



Sockel des Lueger-Denkmal am Dr.-Karl-Lueger-Platz in Wien

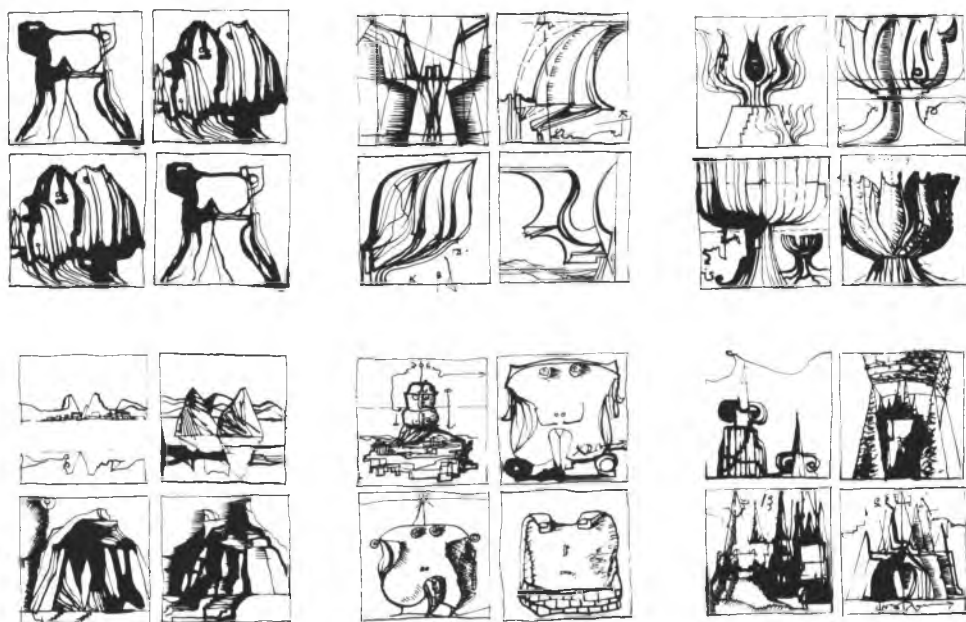
SIEGFRIEDS KÖPFE

Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus an der Universität

Context XXI

ISSN 1028-2319 · EUR 9,- · Nr. 7-8/01; 1/02





Blume aus Beton



Bogdan Bogdanovic

Mahnmal in Jasenovac

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL	4
HERIBERT SCHIEDEL: Universität und Rechtsextremismus	6
CLAUDE HADDAD: Als ich nach Österreich kam	13
EVA KRIVANEC: „als unbegründet abzuweisen“	13
ROLAND ATZMÜLLER: Studentische Immunität?	18
ALEX DEMIROVIC: Politische Orientierung der Studierenden an hessischen Hochschulen	19
HERIBERT SCHIEDEL/MARTIN TRÖGER: „Durch Reinheit zur Einheit“	27
INTERVIEW MIT RITA THALMANN V. ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY: Wehret den Kontinuitäten	40
CARLOS GUZMAN-BÖCKLER: „Desperta pueblo hijo de la gran puta!“	45
INES GARNITSCHNIG: Neutralität der Wissenschaft. Neutralität der Weisheit	52
THOMAS SCHMIDINGER: Völkerkunde abschaffen	63
EVA KRIVANEC: Kindermanns Hof	63
EVA KRIVANEC: Nachhaltige Wirkungen	70
ALEXANDER POLLAK/HERIBERT SCHIEDEL: Nationaler Schulterschuß gegen die Erinnerung	73
HEIDEMARIE UHL: Vom „Kampf um die Erinnerung“ zur Inszenierung eines Medien-Hype	81
MANFRED GMEINER: Beteiligung der Wissenschaft am rechten Diskurs	88
MARTIN TRÖGER: Zur politischen Betätigung eines Professors	88
EL AWADALLA: Lebensschutz oder Frauenverachtung?	94
BENNO WEISER: Wie ich, obwohl Jude, nicht Arzt wurde	98
WOLFGANG LAMSA: Der Siegfriedskopf	104
WEG MIT DEM BRAUNEN FLECK?!	104
DIE EWIGE „JUDENNASE“	108
ARBEITSGRUPPE DER UNIVERSITÄT WIEN	111
HEIDELINDE HAMMER: Othmar Spann	112
ZARA: Zivilcourage und Null Toleranz für RassistInnen	119
HERWIG CZECH: Der Fall Heinrich Gross	120
MARY KREUZER: Konrad Lorenz und die vergleichende Verhaltensforschung	120
WOLFGANG LAMSA: Pernkopf-Atlas	130
DEBORAH HARTMANN: Der Fall Borodajkewycz	135
FERDINAND LACINA: Vor 40 Jahren - der Fall B.	135
BOGDAN BOGDANOVIC	37, 52, 71, 87, 95, 99
AUTORINNEN, MITARBEITERINNEN	143
IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG	142

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Man kann ruhig sagen, daß das Reich der Gedanken
jenem Reich aufs Haar ähnelt, in dem es entsteht.“

B.Brecht: Me-ti/Buch der Wendungen

In die Eingangshalle des Hauptgebäudes der Wiener Universität wurde 1923 eine Büste, Siegfriedskopf genannt, gestellt. Dieser Kopf wurde im Zeichen menschenverachtender Haltungen wie Rassismus und Antisemitismus, und des diese Haltungen kultivierenden Rechtsextremismus errichtet. Der Kopf steht noch immer an seiner Stelle und ist für alle, die ihn noch nicht kennen über die Adresse Dr. Karl-Lueger-Ring 1, nach dem judenhasenden, populären und von Hitler geschätzten christlich-sozialen Bürgermeister Wiens des Fin-de-siècle benannt, erreichbar. Im Schatten der Büste sonnen sich nun seit fast achtzig Jahren Siegfrieds Klone aus Fleisch und Blut: Studierende, Intellektuelle und AkademikerInnen, die ganz im Sinne des Heldenschädels denken und handeln, seien es nun solche, die Bücher und Menschen verbrennen, solche die sich gerne gegenseitig das Gesicht aufschlitzen oder solche, die zeitgemäßere Sadismen oder Masochismen praktizieren.

Doch der Widerstand gegen den Heldenschädel und seine Klone kennt zum Glück viele Formen. Eine Form dieses Widerstandes ist die Schaffung von Öffentlichkeit und Teil einer solchen Öffentlichkeit ist die aktuelle Broschüre von Context XXI, LICRA-Österreich und dem Republikanischen Club-Neues Österreich.

Mit vorliegender Broschüre soll die Existenz von rechtsextremem Gedankengut, von antisemitischen und rassistischen Theorie- und Praxiselementen innerhalb des – nach außen hin so gut vor Vorurteilen geschützten – Raums der Universität und der Wissenschaft thematisiert und zur weiteren Reflexion, Diskussion und Recherche angeregt werden.

Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und systematische Darstellung dieses Ge-



Context XXI



Republikanischer Club
Neues Österreich

genstands, im Gegenteil: die Broschüre selbst entstand als *work in progress*, in dem einzelne Artikel den Blick auf weitere mögliche Artikel eröffneten. So wurden viele Türen gerade einen Spalt breit geöffnet, andere noch gar nicht entdeckt; manche wiederum genauer und aus mehreren Perspektiven beleuchtet, ohne sie deshalb als einzigartig darstellen zu wollen.

Auch die Form der Beiträge sollte die Vielfalt und Unabgeschlossenheit zum Ausdruck bringen: Von Interviews über historische Zeitdokumente zu graphischen Darstellungen, von essayistischen Beiträgen bis zu wissenschaftlichen Aufsätzen reicht die Zusammenstellung. Die historische Involvierung und Verantwortung der Universität und deren Verdrängung steht ebenso zur Debatte wie neuere Entwicklungen rassistischer oder antisemitischer Theoriebildung oder die politischen Einflusszonen von Intellektuellen im Rahmen ihrer medialen Verbreitung.

Im ersten Abschnitt wenden wir uns zunächst den vielfältigen Aspekten des Status Quo zu, ohne dabei deren historische Dimension aus den Augen verlieren zu wollen. Im zweiten Abschnitt wird auf die Kontinuität brauner, weißer und anderer Flecken auf der Universität eingegangen.

Die Broschüre entstand vor allem dank der Unterstützung der ÖH, vieler anderer StudentInnenvertretungen und sonstiger Organisationen. Die wissenschaftliche Unterstützung durch das DÖW erinnert wieder daran, wie notwendig diese, durch Sparmaßnahmen bedrohte Institution für die Kultur des Erinnerns und des Widerstandes gegen Menschenverachtung und gegen Rechtsextremismus ist. Die Plattform der InitiatorInnen fiel für *Siegfrieds Köpfe* ebenfalls breiter aus, da sich der Republikanische Club-Neues Österreich neben der seit kurzem schon mitwirkenden LICRA-Österreich mit den AutorInnen und dem Projekt insgesamt solidarisierte.

Das *work in progress* geht weiter und eine Fortsetzung der Broschüre ist im Herbst geplant. Diese soll mehr über den österreichischen Kontext hinaus gehen und auf wissenschaftlich getarnten Neorassismen, auf die "Neue Rechte" und auf den Umgang mit der jüngsten Geschichte in Japan, der iberischen Halbinsel und anderen Länder mit faschistischer Vergangenheit eingehen. Und im Sinne Wolfgang Purtschellers soll auch in diesem Editorial gesagt werden: Wir verstehen die breite Unterstützung vor allem als Auftrag für die Zukunft. In diesem Sinne: NO PASARAN!

EVA KRIVANEC, ALEXANDER SCHÜRMAN-EMANUELY

Die LICRA – Ligue Internationale Contre le Racisme et l'Antisémitisme, in Paris 1927 gegründet, ist die älteste NGO im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus. Seit Februar 2001 gibt es auch eine Zweigstelle der LICRA in Österreich.

<http://www.licra.org> · <http://www.licra.ch> · <http://www.repclub.at/licra>

Der REPUBLIKANISCHE CLUB hat nichts mit den deutschen „Reps“ zu tun – im Zuge der Waldheim-Affäre entstanden, arbeitet der RC gegen Antisemitismus, Verdrängung der Vergangenheit, Rechtspopulismus und Fremdenhass. Das aktuelle Veranstaltungsprogramm und mehr unter <http://www.repclub.at>

Universität und Rechtsextremismus

VON HERIBERT SCHIEDEL

Wie soll das zusammengehen: hier der Hort von Aufklärung, dort organisierte Unmündigkeit, hier Wissenschaft, dort Ideologie?

Die Selbstwahrnehmung von Universitätsangehörigen steht nicht selten einer Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus im Wege. Historische Phänomene wie Demokratisierung, steigender Frauenanteil und soziale Öffnung werden weniger gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen als der darüber thronenden Universität selbst zugeschrieben. Die Ausblendung von Kontinuitäten gehorcht der wechselseitigen Selbstvergewisserung. Gerade das Bild von Wissenschaft als etwas ganz anderes als Ideologie hat den Faschismus an der Macht relativ unbeschadet überstanden. Aber barbarischer noch als nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, war es, weiter Wissenschaft zu betreiben.

Daneben zeichnet sich die diskursiv vermittelte Wahrnehmung des Rechtsextremismus durch eine Fixierung auf dessen gewaltförmige, subkulturelle Ausdrucksformen vor allem unter (möglichst ungebildeten, arbeitslosen und aus möglichst zerütteten Familienverhältnissen stammenden) Jugendlichen aus. Im besten Fall gerät noch die FPÖ als bewegungsförmiges Ressentiment gegen „Fremde“ und personalisierte Zwänge in den Blick. Seit ein paar Jahren lässt sich auch das Treiben der völkischen, burschenschaftlichen Eliten nicht mehr vollständig ignorieren. Aber ein historisch-analytisches Herangehen an die strukturellen Verbindungen von Universität und Rechtsextremismus ist noch relativ wenig verbreitet.

Begriffsbestimmung

In der wissenschaftlichen Literatur hat der Begriff Rechtsextremismus fast durchwegs den des Neofaschismus ersetzt. Sofern dies das Resultat einer Kritik an vorschnellen historischen Analogiebildungen und der relativen Unbrauchbarkeit des faschismustheoretischen Instrumentariums für die Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Prozesse und moderner Artikulationsformen von radikal antiemanzipatorischen Inhalten darstellt, ist dagegen wenig einzuwenden. Gehorcht die Wahl der Begrifflichkeit jedoch dem Interesse, historische Kontinuitätslinien zu kapten und den Antifaschismus zu entsorgen, ist Einspruch angebracht. Diese Versuche, Rechtsextremismus als Pathologie moderner Gesellschaften zu normalisieren, gehen Hand in Hand mit ideologischen Anstrengungen, rechtsextreme Artikulationen zu entpolitisieren und rassistische Gewalt als affektbehaftete Antworten auf Desintegrations-Erfahrungen zu entschuldigen.

Mit Holzer begreifen wir Rechtsextremismus als kritischen Arbeitsbegriff, der in idealtypischer Weise ein Bündel von Anschauungen, Einstellungsmustern und Verhaltensweisen beschreibt¹. Diese lassen sich im Einzelnen benennen als:

- * Antiliberalismus und -pluralismus
- * Frontstellung gegen (Parteien)Demokratie, „raffenden“ (heute: „unfairen“) Kapitalismus und „internationalistischen“ Sozialismus
- * Antiegalitarismus: Behauptung der „Natürlichkeit“ sozialer Differenz bis hin zu Sozialdarwinismus

- * völkischer Nationalismus, Rassismus/Antisemitismus und Forderung nach starkem Staat
- * Volksgemeinschaftsideologie: Behauptung der organischen Ganzheit und Homogenität des „Volkes“
- * unterschiedliche Formen des „Revisionismus“
- * Autoritarismus: Führer- und Gefolgschaftsprinzip
- * personalisierendes Denken, Verschwörungstheorien, „Sündenbock“-Mechanismen
- * manichäisches Weltbild, Freund-Feind-Schema, dichotomisches Denken: Reduktion der Komplexität sozialen Lebens
- * Gewaltbereitschaft und -akzeptanz, Kult der Stärke und der Männlichkeit

Entlastung der „Mitte“

Ausdrücklich gewarnt sei hier vor einem statischen Verständnis des Phänomens. Der Rechtsextremismus als Diskurs stellt vielmehr eine spezifische Anordnung dieser Elemente dar, wobei diese permanent neu geordnet und gewichtet werden.

Problematisch am Begriff Rechtsextremismus ist insbesondere sein totalitarismustheoretischer Background. Die dahinterliegende Vorstellung von der Anordnung der Ideologien läßt sich mit dem Bild des Hufeisens oder des „Verfassungsbogens“ (Andreas Khol) verdeutlichen: Die Entfernung zwischen den beiden Enden (Rechts- und „Linksextremismus“) ist – je nach Biegung – mehr oder weniger gering, die zu liberal-demokratischen Positionen auf jeden Fall größer. Als zentrale Bestimmungsgröße von Extremismus erscheint hier dessen Frontstellung gegenüber der liberalen Demokratie und der Grad der Gewaltbereitschaft/-akzeptanz. Dadurch wird der Blick auf den unterschiedlichen sozialen Gehalt und auf die unterschiedlichen Ziele der „Extremismen“ verstellt.

Daneben suggeriert die unkritische Verwendung des Rechtsextremismus-Begriffes die Möglichkeit einer genauen ideologischen wie personellen Abgrenzung, insbesondere gegenüber dem Konservativismus. Der soziologische und ideologische Ort, in welchem Rechtsextremismus in der Regel festgemacht wird, ist der „Rand“. Demgegenüber kann gar nicht oft genug betont werden, daß rechtsextremes Gedankengut eine militante Steigerungsform der zentralen Werte und Ideologien spätkapitalistischer Gesellschaften darstellt. An erster Stelle wäre hier das Erfolgs- und Konkurrenzdenken zu nennen, das im rechtsextremen Diskurs zum Sozialdarwinismus radikalisiert wird. Das meint die bekannte Rede, wonach der Rechtsextremismus in der „Mitte“ der Gesellschaft entspringt. Die Weigerung, Rechtsextremismus in erster Linie inhaltlich – und hier vor allem als organisierten Rassismus – zu bestimmen, passt sich in das Bedürfnis nach Entlastung der „Mitte“ ein. Die weite Verbreitung rassistischer und antisemitischer Einstellungen über die vermeintlichen Grenzen des Rechtsextremismus hinaus stünde dem Abschieben des Problems an den „Rand“ entgegen. Auch käme dann die Bedeutung des Medien- und Elitendiskurses für die (Re)Produktion rassistischer Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster in den Blick. Gerade am Beispiel des Rassismus läßt sich zeigen, welche legitimatorische Funktion diese Diskurse für den Rechtsextremismus haben.

Aber der Rechtsextremismus ist nicht auf das bruchlose (historisch-ideologische) Kontinuum gesellschaftlicher Normalität und die direkte Wirkung von herrschenden Diskursen zu reduzieren. Er erscheint vielmehr auch als (vielfältig determiniertes) universelles Deutungsmuster sozialer Realität, insbesondere kann er vor dem Hintergrund kapitalistischer Vergesellschaftung

tungsformen als (über)konformistische Form der Verarbeitung von sich verschärfender sozialer Ungleichheit begriffen werden.

„Neue Rechte“

Aktuellen Versuchen, Faschismus und Konservativismus neu zu verklammern, begegnen wir lange mit analytischer und begrifflicher Verwirrung. Die Verwendung eines statischen Rechtsextremismusbegriffes, der sich allzu eng am historischen Beispiel orientierte, verhin- derte die Erfassung moderner Versuche, den Faschismus zu entthronen. Insbesondere zeigten sich viele sprachlos angesichts der aktuellen Radikalisierung des Konservativismus. Nur wenn wir Rechtsextremismus von vornherein inhaltlich begreifen als „extreme Spielart des Kon- servativen“², lässt sich das Phänomen eines Neokonservativismus, der entliberalisiert und mit völkischem Nationalismus verknüpft wird, analytisch fassen.

Aber aus der Not wurde in der wissenschaftlichen Literatur oft eine Untugend: die unre- flectierte Übernahme der ideologischen Selbstbezeichnung von rechtsextremen Intellektuel- len als „Neue Rechte“ stellt in gewisser Weise bereits einen Erfolg von deren Durchdrin- gungs- und Normalisierungsstrategien dar. Daneben ist zweifelhaft, ob die Etablierung eines vermeintlich abgrenzbaren neuen Begriffes zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus, die Konstruktion eines eigenständigen Zwischenbereiches im bürgerlichen Lager tatsächlich den Erkenntnisgewinn befördert. Vielmehr sollte der Rechtsextremismus als Anordnung ver- schiedener Diskurse und als durchaus flexibel begriffen werden. Er kann von seinen Träger- Innen sehr wohl an die jeweiligen hegemonialen Konstellationen und sozialen Kräfteverhält- nisse angepasst und in Strategie wie Taktik den Anforderungen gemäß variiert werden. Rund um einen harten ideologischen Kern entfaltet der Rechtsextremismus einen Formenreichtum, welcher sich nicht in bloßer Mimikry bis hin zur Selbstverleugnung erschöpft. Dem entspricht auch eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen, die nicht bloß arbeitsteilig operieren, son- dern sich durchaus auch in ihren Mitteln und Zielen unterscheiden.

Daneben ist der Rechtsextremismus nach Auschwitz und in Österreich unter den Bedingun- gen des NS-Verbotsgesetzes auf symbolische und indirekte Diskurse angewiesen. Diese operie- ren mit Andeutungen und Unterschwelligkeiten, wie das Beispiel des Antisemitismus zeigt: Wenn da etwa die Rede ist von einer „Welteinheitsbürokratie“ oder der verborgenen Macht der US-amerikanischen „Ostküste“, wissen die AdressatInnen, daß damit das „Weltjudentum“ gemeint ist.

Neorassismus

Gerade in rassistischen Diskursen ist eine über semantische Tricks hinausgehende Bedeutungs- verschiebung zu bemerken. Im Neorassismus wird nämlich nicht nur einfach „Rasse“ durch „Kultur“, die „biologische Vererbung“ durch die „Unaufhebbarkeit der kulturellen Differen- zen“³ ersetzt, sondern auch auf einer Ebene darüber operiert. Ausgestattet mit den windigen Er- kenntnissen der Verhaltensforschung etwa eines Eibl-Eibesfeldt, liefert der Neorassismus als Me- tarassismus eine Theorie der Ursachen für xenophobe Aggressionen. Dabei wird „nicht die rassische Zugehörigkeit, sondern das rassistische Verhalten zu einem natürlichen Faktor er- klärt.“⁴ Die Ontologisierung des Rassismus erfolgt vor allem über die Behauptung eines Territorialtriebes der Menschen, welcher im Falle der Überschreitung einer unterstellten „To-

leranzschwelle“ gegenüber „Fremden“ deren militante Abwehr befördere. Die Reduktion der potentiellen Opfer rassistischer Gewalt und die ethnopluralistische⁵ Segregation der unterschiedlichen „Kulturen“ wird dann zur antirassistischen, weil Rassismus vorbeugenden, Strategie.

Falsche Sicherheiten

Gerade am Beispiel des Neorassismus wird deutlich, wie sehr die biologistisch (wissenschaftlich!) unterfütterte Ideologie der extremen Rechten bereits hegemonial ist.

Der metapolitischen Strategie der Erlangung einer „kulturellen Hegemonie“ kommt die unter Intellektuellen verbreitete Unfähigkeit entgegen, rechtsextreme Positionen zu erkennen. Am Beispiel befragter deutscher StudentInnen beschreiben Alex Demirovic und Gerhard Paul dies wie folgt: „Das Bild, das eine Reihe von Studierenden in unseren Diskussionsgruppen von Rechtsextremismus hatte, ist offensichtlich bestimmt von der Medienpräsentation gewalttätiger Jugendlicher. Der (linksliberale, Anm. H. S.) Konsens (...) bewirkt eine regelrechte Wahrnehmungssperre gegenüber abweichenden, rechten Meinungen, sobald sie auf subtile, intellektuelle Weise vertreten werden. Dieser Konsens hat zwei bemerkenswerte Eigenschaften. Erstens ist er außerordentlich löchrig; er kann eine Reihe von neurechten Ideologemen einschließen, ohne daß sie erkannt werden. (...) Zweitens wird der Gruppenkonsens in hohem Maße durch Formen symbolischen Drucks und symbolischer Ausgrenzung erzeugt.“⁶

Solange dieser linksliberale, antirassistische Konsens nicht inhaltlich bestimmt wird und auf der Ebene der wechselseitigen Selbstvergewisserung verbleibt, solange er nicht in dissidente Haltungen gegenüber institutionellen Rassismen mündet, spielt er bloß Rechtsextremisten in die Hände. Denn während die Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung von „Fremden“ damit schon längst die Integration rechtsextremer Positionen betreibt, ermöglicht ein abgehobener antirassistischer Intellektuellen-Diskurs die Selbstdarstellung von Rechtsextremisten als „Nonkonformisten“, als Widerstandskämpfer gegen „Denkverbote“, „jeglichen Meinungsdictats“ und die „intellektuelle Immunschwäche, die sich da Political correctness nennt“⁷. Demgegenüber muss die strategische Behauptung der „Neuen Rechten“, es gebe eine ideologische Vorherrschaft der Linken oder „68er“, permanent mit dem institutionellen Rassismus und gesellschaftlichen Rechtsruck kontrastiert werden.

Notwendige Warnungen und Aufrufe wie der „Appell zur Wachsamkeit“ französischer (und im Gefolge europäischer) Intellektueller, bleiben wirkungslos, wenn sich diese Wachsamkeit auf den mehr oder weniger akademischen Diskurs beschränkt. Die Verweigerung der Teilnahme an Diskursen, die Rechtsextremisten integrieren, entzieht diesen eine beliebte Legitimationsgrundlage. Tatsächlich kommt heute keine Podiumsveranstaltung von Rechtsextremisten ohne der Einladung politischer OpponentInnen mehr aus. In der Regel dienen diese dort als demokratisches Feigenblatt. Aber diese Gesprächsverweigerung muß eben Hand in Hand gehen mit einer gesamtgesellschaftlichen politischen Offensive gegen Rechts.

Querfrontstrategie

Die Notwendigkeit des „Appells zur Wachsamkeit“ ergibt sich nicht nur in Frankreich aus dem massenhaften Überlaufen vormals linker und kritischer Intellektueller. Diese greifen zunächst die strategische Gesprächsbereitschaft von Rechtsextremisten auf, lassen sich in einschlägige Diskussions- und Publikationszusammenhänge einbinden, um dort dann schließlich

als reuige Konvertiten herumgereicht zu werden. Das Aufgehen dieser „Querfrontstrategie“ wird neben dem allgemeinen Rechtsruck einerseits befördert von einer intellektuellen Verlotterung und neuen Romantik. Andererseits kommt ihm die Verfassung vieler männlicher Linksinтеллектуeller entgegen. Verena Krieger beschreibt dies am Beispiel Heiner Müllers Begeisterung für Ernst Jünger: „Meine These ist, daß das Jüngersche Amalgam von Dekadenz, Gewalt und Potenz ein in den letzten Jahren etwas aus der Mode gekommenes revolutionäres Heroentum wieder zum Erglühen bringt und ihm neue Gestalt verleiht – eine neue Gestalt, die ihren reaktionären Charakter erst jetzt offenbart, der im Grunde immer schon darin angelegt war. Dieser chauvinistische Heroismus impliziert eine grundsätzliche und abgrundtiefe Verachtung gegenüber allem Schwachen, Weiblichen und Unterlegenen. Auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation bezogen, bedeutet das auch, gegenüber einer Position der Niederlage, Ratlosigkeit und Perspektivlosigkeit. Genau diese Niederlage und Ratlosigkeit aber ist es, in der sich Linke oder besser gesagt: alle die in kritischer Opposition zur herrschenden Realität stehen, befinden – jedenfalls wenn sie ehrlich sind.“⁸

Die elitäre Selbstwahrnehmung und die narzisstische Betroffenheit vieler männlicher Linksinтеллектуeller äußert sich daneben in hektischer Betriebsamkeit. Man(n) müsse ja mit den Rechten um Begriffe streiten, heißt es vielerorts.

Rittern um Begriffe

Am Beispiel des antiaufklärerischen Kampfbegriffes „nationale“ oder „kulturelle Identität“ läßt sich verdeutlichen, wie die rechtsextreme Diskursstrategie dank des Mitspielens ursprünglich opponenter Geister allzu oft aufgeht. Ganz so als ob kollektive „Identitäten“, die entlang ethnisierter Grenzen konstruiert werden, nicht notwendig harmonisierend und herrschaftsstabilisierend, also schon von daher „rechts“ seien, plädieren manche immer noch dafür, den Begriff nicht der Rechten zu überlassen. Im hegemonialen Diskurs des völkischen Nationalismus meint „Identität“ die Eigenschaft eines durch Sprache, Abstammung, Geschichte und Kultur begrenzten Kollektivs, das so als Person und Organismus erscheint. Im ethnopluralistischen Diskurs wird damit sozio-ökonomische Differenz in kulturelle übersetzt und mit der Forderung nach Bewahrung von „Identität“ perpetuiert. Diese Festschreibung von MigrantInnen auf deren (bewahrenswerte!) „Kultur“, die als authentischer Ausdruck des Lebens in den Herkunftsländern und nicht als spezifische Verarbeitungsform der sozialen Realität im Zielland verstanden wird, ist mittlerweile nicht mehr auf den Diskurs der „Neuen Rechten“ beschränkt. Auch paternalistische Formen des Multikulturalismus und „differentialistischen Antirassismus“⁹ haben heute die Rede von den (doch so befruchtenden!) kulturellen Unterschieden kultiviert.

Gegenintellektuelle

Der „neurechte“ Chefideologe Alain de Benoist verschrieb der Szene in selektiver Rezeption des Gramsci der „Gefängnishefte“ den Abschied vom parteiförmigen und/oder militanten Engagement und statt dessen den Kampf um kulturelle Hegemonie. Gramscis Hegemoniekonzept wurde im rechtsextremen Diskurs jedes (Klassen)Gehaltes entledigt und auf eine Technik der Erlangung der Herrschaft über die Köpfe reduziert. Rechtsextreme Kultur-/Hegemoniekämpfer mit dem männlich-elitären Habitus einer Kriegerkaste leugnen ihre sozialen

Interessen und stellen sich als freischwebende Intellektuelle dar. Schon im historischen Bewegungsfaschismus agierten Intellektuelle als Mittler zwischen Kapitalinteressen und den Massen. Auch dabei mussten sie sich notwendig als frei von jedwedem Partikularismus darstellen. Heute positionieren sich „national-freiheitliche Akademiker“ im propagandistischen Rückgriff auf auf das bürgerliche Revolutionchen von 1848 wieder als Vertreter der Interessen der „kleinen Leute“.

Daneben inszeniert sich der rechtsextreme Akademiker oder Bildungsbürger gerne als Querdenker, Tabubrecher und anarchischer Geist. Ganz Mann und noch mehr Narziss trägt er seine Selbstwahrnehmung als Angehöriger einer völkischen Elite oder „geistigen Rasse“ (Julius Evola) demonstrativ zur Schau. Mit dem Vordenker der „Nouvelle Droite“ de Benoist legt der rechtsextreme Intellektuelle eine „aristokratische Moral“ an den Tag, welche sich durch die „Fähigkeit“ auszeichne, „gegen seine eigenen Interessen zu handeln“¹⁰. Er sieht sich gerne als tragischer Held, der völlig verantwortungslos gegenüber den Folgen seines Tuns erscheint. Nochmals der Nietzscheaner Benoist: „Die Freiheit zu handeln geht immer Hand in Hand mit einer Freiheit dem Ziel der Handlungen gegenüber.“¹¹

Als Gegenintellektueller¹² bekennt er offen und stolz, von Intuitionen oder Wesensschauungen auszugehen, welche „keines Beweises fähig“ seien und sich ganz esoterisch nur „demjenigen mit(teilen), der ein Auge dafür hat.“¹³

Diese Gegenrationalität charakterisierte bereits Herbert Marcuse als Versuch, „die Ratio unter die Heteronomie des Irrationalen zu stellen“. Dabei werden „vor die Autonomie der Vernunft als ihre prinzipielle (nicht bloß faktische) Schranke irrationale Gegebenheiten gelagert (...) (‘Natur’, ‘Blut und Boden’, ‘Volkstum’, ‘existentielle Sachverhalte’, ‘Ganzheit’ usw.), von denen die Vernunft kausal, funktional oder organisch abhängig ist und bleibt.“¹⁴

Ab- und Gegenwehr

Diese Form der Rationalität war und ist mit einer Verwissenschaftlichung rechtsextremer Anschauungen durchaus vereinbar. Neben ihren konkreten Beiträgen zum rechtsextremen Diskurs (etwa eines Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Lothar Höbelt oder Felix Ermarcora) kommt WissenschaftlerInnen legitimatorische Funktion zu. Gemäß dem Vorurteil der Ideologiefreiheit von Wissenschaft dient sie auch der extremen Rechten seit jeher zur Immunisierung der eigenen Weltanschauung, der Herstellung von Salon- und Bündnisfähigkeit sowie der Eröffnung neuer publizistischer Foren.

Gegenüber der Wahrnehmung von Wissenschaft als Hort der reinen Wahrheit und von ihren ProduzentInnen als höchstens instrumentalisierbar sollte die Rolle der Universitäten im Faschismus in Erinnerung gerufen werden. Gerade in Österreich kommt den deutschnationalen Angehörigen der autoritären und elitären Anstalt Universität herausragende Bedeutung als Wegbereiter der antisemitischen Herrschaft zu. So wie in den 20er Jahren wird heute das Postulat der „Freiheit der Wissenschaft“ und der „Autonomie der Hochschulen“ von (angehenden) AkademikerInnen immer dann in Anschlag gebracht, wenn sich diese mit Rassismus- und Rechtsextremismusvorwürfen konfrontiert sehen. Andererseits antworten auch viele demokratische WissenschaftlerInnen auf den inneren Faschismus der Universitäten mit dem Rückzug auf eine „reine Wissenschaft“. Dem wäre mit W. F. Haug entgegenzuhalten: „Es ist eine wissenschaftstheoretische Illusion, sich von Entpolitisierung und Reduktion auf For-

melles sozusagen hinterrücks nun doch einen politischen Effekt zu versprechen: den einer ‚politischen‘ Immunität. Vielmehr vermag nur die Reflexion auf gesellschaftliche wie politische Gehalte der Wissenschaft, diese Gehalte, die man eh nicht los wird, zu kontrollieren und dadurch Bedingungen zu schaffen, die es der Wissenschaft erlauben, auf eigenem Boden einer anti-demokratischen Politik ebenbürtig entgegenzutreten.“¹⁵

Neben einer reflexiven Wissenschaftstheorie könnte eine Antwort auf das ideologische Verschanzen hinter einer „Freiheit“ oder „Autonomie“ darin liegen, diese Postulate von ihrer Abstraktheit zu befreien und auf eine gesellschaftliche Grundlage zu stellen. Diese bürgerlich-demokratische Errungenschaft muß nach Auschwitz eben mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Als Minimalkonsens wären diese etwa in Adornos neuem kategorischen Imperativ auf den Punkt gebracht. Demnach wäre das „Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“¹⁶

1 vgl. Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Stiftung DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993. S.11-96.

2 ebd., S.16

3 Balibar, Etienne: Gibt es einen Neo-Rassismus?, in: Das Argument 175, 31. Jg., H.3/1989. S.375

4 ebd., S.374

5 Ethnopluralismus: Kampfbegriff der „Neuen Rechten“, die sich damit vom alten Rassismus abzugrenzen versucht. Hier wird nicht mehr an einer Hierarchisierung der „Rassen“ festgehalten, sondern die Schädlichkeit einer „Vermischung“ der „Kulturen“ oder „Völker“ behauptet. Dies gelte auch und gerade für die minorisierte „Kultur“ in Migrationsgesellschaften und im globalen Zusammenhang, womit der „Ethnopluralismus“, der sich oft mit einem spezifischen Kulturrelativismus verbindet, in multikulturalistische Diskurse der Differenz und postkolonialistische Diskurse einbrechen konnte. Das „ethnopluralistische“ Ordnungsmodell, in welchem die „Kulturen“ sich in wechselseitiger Abgeschiedenheit entwickeln sollen, erinnert nicht umsonst an die Apartheid, denn in weiten Teilen handelt es sich dabei bloß um modifizierten rassistischen Reinheitswahn.

6 Demirovic, Alex; Paul, Gerhard: Eliten gegen die Demokratie? Studierende zwischen demokratischem Selbstverständnis und rechtsextremen Ideologien, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung. F/M., N.Y. 1994, S.86

7 Mölzer, Andreas: 10 Jahre JF. Beilage zur JF 25/26, S.8

8 Krieger, Verena: Rechtsentwicklung der Linksinтеллектуellen?, in: Das Argument 211, 37. Jg., H.5/1995, S.662

9 Taguieff, Pierre-André: Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, Uli (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 21992, S.238

10 zit. nach Hatzenbichler, Jürgen: Korporation, Tradition und Neue Rechte, in: Mölzer, Andreas (Hg.): Pro Patria. Das deutsche Korporations-Studententum – Randgruppe oder Elite? Graz 1994, S.266

11 zit. nach ebd., S.268f

12 vgl. zum Begriff: Brunkhorst, Hauke: Der Intellektuelle im Land der Mandarine. F/M. 1987, S.133ff

13 Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – Neue Chancen. F/M., Berlin 1992, S.22

14 Marcuse, Herbert: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. - F/M. 1979, S.50

15 Haug, Wolfgang Fritz: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Hamburg, Berlin 1987, S.123

16 Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. F/M., S.35

Als ich nach Österreich kam. Ein Traum und heute nur mehr ein Alptraum ...

VON CLAUDE HADDAD

Als ich die Grenze nach Österreich überquert habe, hatte ich ein Ziel: Studieren, und als Diplom-Ingenieur in mein Heimatland zurückkehren. Immerhin haben es vor mir ein Onkel und eine Tante geschafft und vor kurzem ihr Studium im Ausland absolviert. 5 Jahre im Ausland – das schafft für mich eine neue Zukunft.

Deutsch lernen, ein neues Land entdecken und neue Leute treffen. Freunde fürs Leben, Kontakte für das spätere Berufsleben und vor allem die berühmte Stadt kennenlernen. Wien, ich komme...

Dieser Traum ist leider nach so vielen Jahren ein Traum geblieben, dieser Traum wird leider auch nur ein Traum bleiben. Ein zerstörte Zukunft und ein böser Alptraum. Das ist es, was übrig geblieben ist.

In einer immer internationaler werdenden Welt kommt es mir oft so vor, dass Österreich den Rückwärtsgang eingelegt hat und trotzdem dies alles nicht merken will.

In Zeiten der Globalisierung, und der Suche nach neuen Partnern am anderen Ende des Globus, sucht die Österreichische Regierung fast nur mehr Kontakte zur nächsten Gemeinde. Wie lange wird es dauern, bis man hier merkt, dass es so nicht weiter geht?

Studieren ist für viele eine große Herausforderung, da sie ein 400 Seiten Skript lernen sollen. Studieren ist für einige eine Herausforderung da Sie 30 km von zu Hause entfernt wohnen werden.

3.500 km von zu Hause weg sein, Deutsch zum ersten Mal gehört zu haben und kein einziger Mensch, den man kennt, sind Herausforderungen. Ein Sprung ins Ungewisse, mit vielen

Dieser Text wurde 1999 geschrieben. Er bezieht sich lediglich auf eine Form des – strukturell rassistischen – Ausschlusses und der massiven Benachteiligung von ausländischen Studierenden. Aufgrund der Entwicklungen mit Einführung der Studiengebühren und das heißt, der doppelten Studiengebühren für AusländerInnen, scheint die Problematik des Studienplatznachweises ein vernachlässigbarer Teil innerhalb einer verschärften Ausschlussmaschinerie zu sein. Dennoch zeigt sich an diesem Beispiel, dass eine rassistische Gesetzgebung mit den Interessen der Universitäten durchwegs konvergent ist.

Schon für Studierende, die aus Österreich kommen, oder für „Gäste“ aus der EU sind die ersten Schritte an die Universität nicht unbedingt ein Kinderspiel: unverständliche Begriffe, abweisende Bürokratie, etc. Für

„als unbegründet abzuweisen“

VON EVA KRIVANEC

müssen sie jetzt trotzdem bezahlen“.

Gleiche Ermäßigungen. StudentIn ist StudentIn!

1.200,- ATS jährlich spende ich für die Fremdenpolizei. Da ich mein Visum jährlich verlängern muss. Neben dem Studienerfolg, kommen auch wieder die 70.000,- ATS, die ich nachweisen muss. Ich habe das Glück, dass ich dies nicht als Problem habe. Aber nicht einmal die Fremdenpolizei glaubt, dass jede/r die 70.000 ATS jährlich aufbringen kann. „Und wie sollen wir das, wenn wir nicht arbeiten dürfen?“ Das sind die Schikanen. Viele meiner KollegInnen verlieren Tage und Wochen, bis Sie dieses Problem lösen können. Kann man dann wirklich lernen?

Visum für die Studiendauer, und keine Schikanen und Hürden.

Der Nachweis über 70.000,- ATS gehört abgeschafft, und wir sollen arbeiten dürfen.

Ich darf in Österreich sozusagen keine Freundin haben. Wenn ich mich entscheide, hier zu bleiben, und mit meiner Freundin eine Lebensgemeinschaft führe, müssen wir heiraten, da ich sonst nicht hier bleiben kann. Also Heiratspflicht. Warum soll mich das Gesetz zwingen, meine Freundin zu heiraten? Und das schlimmste wäre, auch eine ausländische Freundin zu haben, dann müssen wir beide das Land verlassen. Das gilt sowieso nur für die Mann-Frau Beziehung. Mann-Mann bzw. Frau-Frau-Beziehungen haben für AusländerInnen keine Zukunft. Entweder gleich nach dem Studium Schluss machen oder die Uni subventionieren und wieder ein neues Studium anfangen. Wann wird der Gesetzgeber einsehen, dass Beziehungen nicht nur aus HEIRATEN bestehen bzw. nicht nur aus MANN-FRAU?

Bleiberecht für alle nach dem Studium.

Was ist mit den Berufserfahrungen neben dem Studium? Wenn ich dem Gesetz folgen will, (und das tue ich brav, da ich sonst ein Aufenthaltsverbot für 5 Jahre bekomme) dann habe ich die Wahl zwischen: nicht arbeiten, gratis arbeiten oder Zeitungen verteilen. Für Frauen bleibt nur das Au-Pair. (Au-Pair in Österreich ist ein Verschönerungswort für Dienstmädchen für alles, und alles heißt auch manchmal Schlimmes).

Im Vergleich zu anderen EU-Ländern merkt man, dass Österreich da fast einen Sonderfall darstellt. In Deutschland, Frankreich, England, Schweden, Norwegen und vielen anderen

Diese Klauseln – abgesehen davon, dass auch jedes Dokument übersetzt und mehrfach beglaubigt werden muss – führen dazu, dass viele der Anträge ausländischer Studierender auf Zulassung zum Studium abgewiesen werden. Einige von ihnen stellen sich daraufhin auf die Füße, versuchen zu belegen, dass sie alle notwendigen Unterlagen eingereicht haben und legen Berufung ein. Diese „Fälle“ werden dann im „Senat“, dem höchsten Kollegialorgan der Universität besprochen. Nein, besprochen wäre zuviel gesagt – es liegt zu jeder Berufung eine Stellungnahme der Rechtsabteilung der Universität vor und nach deren Empfehlung wird dann zumeist entschieden. In meiner zweijährigen Teilnahme an diesen Sitzungen als Mitglied des Senats war ich immer wieder empört über die Rigidität, mit der hier vorgegangen wurde. Die Universität hat dabei ein leichtes Spiel, sie kann sich immer auf den Gesetzgeber berufen und hat darüber hinaus auch kein großes Interesse an zusätzlichen Studierenden.

Folgende zwei „Fälle“ (ich würde gerne „Geschichten“ sagen, aber dazu reichen meine Informationen

Ländern dürfen ausländische Studierende aus Drittstaaten arbeiten. (In den Sommerferien, Oster- und Weihnachtsferien). Ausländische Studierende in Österreich können sogar während der Ferien in Deutschland arbeiten. Die Problematik liegt nur an der Schwierigkeit, eine Arbeit zu finden, solange man/frau noch in Österreich ist.

Arbeitsrecht jetzt für alle.

Studienwechsel ist nicht erlaubt. Wer sich einmal für Medizin entscheidet, darf in Österreich dann nur Medizin studieren, oder muss 5 Jahre abwarten. Studienwechsel ist nicht erlaubt, außer man kann wieder vom Heimatland einen Studienplatznachweis bekommen. Die Frage nach dem wie hat sich der Gesetzgeber wahrscheinlich nie gestellt. Wie kann ich eine Aufnahmeprüfung in meinem Land machen, wenn ich noch hier Kurse besuchen muss? Oder wie kann überhaupt eine(r) die Aufnahmeprüfung schaffen nach nur (als Beispiel) 3 Jahren Aufenthalt in Österreich.

Weg mit dem Studienplatznachweis für alle, die sich schon in Österreich befinden.

Studieren sollen AusländerInnen ab diesem Jahr nur mehr in Wien, Graz und Leoben. Wir müssen am Studienanfang Deutsch lernen, und da gelten wir als außerordentliche Studierende. Die Unis haben sogenannte Vorstudienlehrgänge eingerichtet, um uns diese Möglichkeit zu geben: Deutsch lernen und die Ergänzungsprüfungen ablegen. Was man nicht gemacht hat, ist das Einrichten solcher Lehrgänge in Salzburg, Linz oder Innsbruck. Und so müssen auch Studierende aus den ärmsten Ländern, die eigentlich die Studiengebühren rückerstattet bekommen sollen, 10.000,- ATS pro Semester bezahlen, und dazu noch die Gebühren eines Deutschkurses. Also sozusagen ca. 15.000,- ATS spendieren und nicht einmal die Uni besuchen. Die ersten Auswirkungen hat man schon in Salzburg dieses Jahr gespürt. Einen deutlichen Rückgang bei den Erstzulassungen bei ausländischen Studierenden.

*Rückerstattung für alle Studierende aus den Entwicklungsländern
auch während der Zeit des Deutschlernens.*

Und das Einrichten von Vorstudienlehrgängen an allen österreichischen Universitäten.

Krank werden dürfen wir nicht, Flugzeug verpassen auch nicht. Wer krank im Bett liegt und sein Flugzeug verpasst, kann dann gleich in seinem Heimatland für immer bleiben. Nach den

nicht aus) dokumentieren ganz gut, welche Absurditäten eine solche Regelung mit sich bringen kann.

S. stammt aus Bosnien. Er kam 1993 als Kriegsflüchtling nach Deutschland und machte dort 1998 sein Abitur. Im Sommer 1998 war seine Aufenthaltsbewilligung abgelaufen und er ging nach Bosnien zurück. Seit 1. Oktober 1998 ist er als ordentlicher Hörer für Medizin an der Universität Tuzla inskribiert. Es scheinen die Voraussetzungen da zu sein: das Abitur, der Studienplatz an einer Universität seines Herkunftslandes,... Aber nein, so einfach ist es nicht. Der Studienplatz muss in jenem Land nachgewiesen werden, in dem das Abitur gemacht wurde, in diesem Fall in Deutschland. Leider nicht! Dass S. ja nicht aus Jux und Tollerei 5 Jahre seines Lebens in Deutschland verbracht hat, sondern vor dem Krieg in seiner Heimat geflüchtet ist, und auch nicht zum Spaß wieder gegangen ist, sondern nicht mehr bleiben durfte, spielt hier keine Rolle...

E. ist Türkin. In der Türkei werden Studienplätze nach Ablegen einer Aufnahmeprüfung von einer zentralen Stelle vergeben. E. hat diese Prüfung bestanden und einen Studienplatz für Spanische Sprache und Lite-

neuen Vorstellungen der Regierung, muss man sich jedes Semester an der Uni anmelden, und die 10.000,- ATS bezahlen. Wer jedoch das Geld nicht bezahlt, wird abgemeldet. AusländerInnen gelten dann gleich ab dem nächsten Tag als illegal in Österreich bzw. dürfen nicht mehr ins Land einreisen. Bei so einem Fall muss man einen neuen Antrag zur Zulassung beantragen und sogar einen neuen Studienplatznachweis holen, aber auch die Prüfungen anrechnen lassen.

Mir fällt da nur eines ein: Wir sind unerwünscht und man versucht bei jeder Gelegenheit, uns Steine auf den Weg zu legen, mit der Hoffnung, dass wir dann stolpern und aufs Gesicht fallen und als Folge Österreich verlassen. Mit den heutigen restriktiven Bestimmungen praktiziert das Land eine „Politik des Aussperrens“, die für viele ausländische StudienbewerberInnen und ExpertInnen nicht hinnehmbar ist. Wann wird man in Österreich aufwachen und uns das Gefühl geben, wir wären willkommen? Wann wird man erkennen, dass wir nicht nur unsere Sitzplätze an den Unis wärmen, sondern auch viel mehr zu Österreich beitragen können? Wann wird mensch in Österreich erkennen, dass wir nicht als Sozialfälle gelten wollen und auch nicht so behandelt werden wollen?

Wir wollen nur Rechte, damit wir in Würde leben und studieren können. Wir wollen unsere Semmel in der Früh bezahlen können, ohne den täglichen Streit mit der Bank, da wir kein Geld auf unserem Konto haben. Wir wollen einfach studieren, wir wollen studieren, wir wollen studieren. Was heutzutage nicht mehr für uns möglich ist. Aufwachen bevor es zu spät wird! Es wurde die Zukunft von inzwischen ehemaligen Studierenden im Jahr 2001 zerstört und viele haben das Land schon verlassen.

ÖSTERREICH FÜR ALLE GLEICH. Jetzt und heute. Wir leben hier, wir tragen bei, dieses Land besser zu gestalten, und wir wollen gleich behandelt werden. Für mich ist der Zug schon abgefahren, und die Gesetze haben Schlimmes verursacht. Aber was ist mit den Studierenden, die nächstes Jahr nach Österreich kommen wollen? Werden sie wieder in die gleiche Falle tappen? Werden Sie das gleiche Schicksal haben?

Wir wollen studieren, wir wollen Rechte und nicht nur Pflichten.

ÖSTERREICH FÜR ALLE GLEICH. Die Universität muss für alle gleich sein.

ratur zugewiesen bekommen. Da sie schon wusste, dass sie im Sommersemester in Wien studieren möchte, inskribierte sie im Herbst nicht in der Türkei, sondern entschied sich dafür, einen Deutschkurs zu besuchen, um auf das Studium in Österreich gut vorbereitet zu sein. Auch hier, könnte mensch meinen, sind die nötigen Nachweise erbracht. Irrtum: Es reicht nicht, einen Studienplatz zugewiesen zu bekommen, E. hätte ihn auch gleich in Anspruch nehmen müssen und zwar schon im Herbst, da es in der Türkei keine Einteilung in Semester gibt und sie somit ihren Studienplatz fürs ganze Jahr verspielt hat. Mit dieser aberwitzigen Unterscheidung zwischen Zuweisung und Inanspruchnahme eines Studienplatzes heißt es also für E.: Zurück an den Start!

Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache als die beliebten Slogans zu „studentischer Mobilität“, Internationalisierung der Wissenschaften, interkulturellem Austausch, etc. Die Zahl der ausländischen StudentInnen, die nicht aus EU-Ländern kommen, ist in den letzten Jahren zurückgegangen, nicht zuletzt auch aufgrund der verschärften Aufenthaltsbestimmungen.

Träumen. Das erleben viele ausländische Studierende.

Wenn man das Glück (!) hat und die Einreisebestimmungen erfüllt, (das dauert meistens mehr als 6 Monate), beginnen die bösen Überraschungen ans Tageslicht zu kommen.

70.000 ATS müssen wir jährlich nachweisen, und das auf einem österreichischen Konto. (Sogar manchmal vor der Einreise). Eine Wohnung finden müssen noch vor der Einreise. Und seit diesem Jahr, die berühmten 10.000 PRO SEMESTER zahlen. Dazu kommt noch, dass wir hier nicht arbeiten dürfen. Nicht einmal geringfügig. Die Aufenthaltsgenehmigung, die wir bekommen, gilt für Studieren als Zweck und nur fürs Studieren. Man verlangt sozusagen von uns: lernen, Prüfungen ablegen, essen, schlafen, Geld ins Land holen und Mund halten.

Bei unserer Vertretung dürfen wir aktiv arbeiten, aber auch immer nur als Mitarbeiter. Selber entscheiden dürfen die AusländerInnen NICHT. Wer wird denn uns wahrnehmen, wenn wir eh nur wählen dürfen (und wer von uns geht überhaupt wählen) und keine „Gefahr“ für andere wahlwerbende Gruppen darstellen. Wir sollen uns doch zufrieden geben, mit unserem AusländerInnenreferat. Was man außerhalb der ÖH nicht weiß, ist aber eine Realität. Die ReferentInnen sind weisungsgebunden. Also entscheiden dürfen sie nichts alleine. Man verlangt also hier brav in die Kassa unserer Vertretung zu bezahlen und zufrieden zu sein, wenn jemand für uns was macht. Das Glück entscheidet, wer Vorsitzende/r ist und was für Schwerpunkte gesetzt werden. Heute läuft es gut, aber wie war es gestern und vor allem was kommt morgen?

Wahlrecht jetzt, und ein Autonomes AusländerInnenreferat innerhalb der ÖH.

Doppelt bezahlen müssen wir nicht nur die Studiengebühren. Doppelt und manchmal dreifach müssen wir auch für den Öffentlichen Verkehr bezahlen. Als ich vor 2 Wochen beim Schwarzfahren in Wien erwischt wurde, habe ich dem Kontrolleur gleich gesagt, dass ich keinen Fahrschein habe. Als die Frage „Und wieso haben Sie keinen?“ kam, habe ich die reine Wahrheit gesagt: „Aus Prinzip, ich bezahle nur die Hälfte meiner absolvierten Fahrten in der U-Bahn. Ich studiere hier und bezahle wie alle meine KollegInnen an der Uni nur die Hälfte. Das Gesetz sieht es anders, aber ich sehe keinen Grund, warum ich doppelt bezahlen soll, da auch ich meinen Hauptwohnsitz in Wien habe.“ Er schaute mich an und sagte: „Ja aber die Strafe

Studierende aber, die aus anderen Teilen der Welt kommen, sind zusätzlich noch massive rechtliche Hürden für die Zulassung an der Uni gesetzt, an denen viele scheitern – die Folgen: Verlust der Aufenthaltserlaubnis, Illegalisierung, etc.

Das UniStG sieht vor, dass ausländische Studierende neben der „allgemeinen Universitätsreife“, sprich Matura oder anerkannter gleichwertiger Schulabschluss noch die „besondere Universitätsreife“, das heißt den Nachweis eines Studienplatzes an einer Universität des Landes, in dem die „allgemeine Universitätsreife“ erbracht wird, erbringen müssen, dazu kommt noch der Nachweis von Deutschkenntnissen. Argumentiert wird diese einigermaßen absurd anmutende Regelung – warum muss mensch einen Studienplatz dort haben, wo er/sie (zumindest für eine gewisse Zeit) gar nicht studieren will, um dort studieren zu können wo er/sie will? – damit, dass sonst sämtliche Studierende aus Deutschland, die dem *Numerus Clausus* entgehen wollen, an österreichische Universitäten strömen würden.

Studentische Immunität?

Einleitendes zum Text von Alex Demirovic

VON ROLAND ATZMÜLLER

Politische Wahlforschungen weisen regelmäßig große Erfolge der FPÖ bei Personen mit niedrigem Einkommen und Bildungsgrad bzw. bei ArbeiterInnen aus. Der wachsende Einfluss rechter und rechtsextremer Diskurse in der Bevölkerung wird als Ausdruck des Protests sogenannter ModernisierungsverliererInnen, jener, die sich von verantwortungslosen Demagogen verführen ließen, welche ihre Ängste und ihre Uninformiertheit ausnützen, verständnisvoll interpretiert und bestimmten Bevölkerungsgruppen zugeschoben.

Aus dem Blick gerät die Frage nach politischen Einstellungen und Orientierungen der gegenwärtigen und zukünftigen Eliten wie etwa der Studierenden.

Vordergründig scheint dies verständlich. Der RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) erreichte bei den letzten ÖH-Wahlen gerade mal 3 % der abgegebenen Stimmen. Nach den Ergebnissen des IFES-Instituts liegt der Anteil der FPÖ-WählerInnen unter Personen mit Matura oder Universitätsabschluss mit 22 % weit unter dem anderer Bildungsgruppen.

Nicht zuletzt die Diskrepanz zwischen ÖH-Wahlen und Nationalratswahlen lässt jedoch die Vermutung zu, dass die Wirksamkeit rechter Ideologeme und Diskurse unter Studierenden größer sein könnte. Es wäre daher notwendig, Analysen der in rechten/rechtsextremen Verbindungen organisierten Studierenden durch vertiefte, qualitativ ausgerichtete Untersuchungen zu politischen Einstellungen der Studierenden und zur Effektivität rechter Ideologeme und Diskurse im Selbstverständnis einer Personengruppe, die – gezeichnet fürs Leben als ‚high potentials‘ und ‚opinion leader‘ – als zukünftige TrägerInnen und RepräsentantInnen gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftspositionen, diese reproduzieren helfen, zu ergänzen.

Zum angedeuteten Fragenkomplex wurde in den 90er Jahren eine großangelegte Studie am Frankfurter Institut für Sozialforschung durchgeführt, die im folgenden kurz vorgestellt werden soll. Natürlich können die Ergebnisse nicht umstandslos auf die österreichische Situation übertragen werden, trotzdem ergeben sich wichtige Hinweise und Fragestellungen zur Artikulation rechter Diskurse im Selbstverständnis von Studierenden, die auch in den österreichischen Verhältnissen anzutreffen sind und näher untersucht werden müssten (rassistische Mobilisierung gegen MigrantInnen, Law and Order-Diskurse, Schlussstrich-Debatten...). Das gilt auch für jene Felder, die aufgrund gesellschaftlich und politisch unterschiedlicher Entwicklungen in Österreich, andere Manifestationen und Kristallisationspunkte für die Artikulation rechter Ideologeme im Selbstverständnis Studierender sichtbar werden lassen. So wird in der BRD etwa die Wiedervereinigung zum zentralen Medium der Normalisierung eines ‚selbstbewussten‘ Nationalismus, während sich dies in Österreich eher an der Frage der Einmischung von Außen (von Waldheim bis zu den EU-Sanktionen) entzündet.

Der folgende Beitrag ist daher nicht als Antwort sondern als Frage zu verstehen.

Politische Orientierungen der Studierenden an hessischen Hochschulen

VON ALEX DEMIROVIC

Vorbemerkung

Die im Folgenden vorgestellte Untersuchung wurde 1996 abgeschlossen. Die Ergebnisse könnten deswegen veraltet erscheinen. Doch handelt es sich um breit erhobene Daten, die auf grundlegende Muster der Meinungsmilieus unter Studierenden hinweisen. Insbesondere neuere, allerdings nicht so intensive Befragungen der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung bestätigen diese Vermutung und lassen erkennen, dass es weiterhin und sogar zunehmend in der Studierendenschaft in Deutschland eine relativ starke Gruppe von rechts orientierten Studierenden mit nationalistischen und rassistischen Tendenzen gibt. Nach wie vor gilt, dass diese Gruppe nicht, wie manche erwarten könnten, rechtsradikal organisiert ist und als solche auftritt. Das aber macht den Sachverhalt als solchen keineswegs harmloser. Es gilt immer noch die Überlegung von Adorno aus den fünfziger Jahren, dass gefährlicher als die Feinde gegen die Demokratie die Feinde in der Demokratie sind. Das gilt auch für diese Kategorie rechter Studierender. Sie stellen ein Potenzial demokratieablehnenden Verhaltens dar, das mit um so besserem Gewissen auftritt, als es für sich in aller Patzigkeit und Großsprecherei in Anspruch nimmt, demokratisch zu sein und mit demokratischem Recht auch das einer freien und selbstbestimmten Praxis Entgegenstehende, die Zensur, die Repression, das Vorurteil, die Dumpfheit, die Heuchlerei, die Korruption und die Manipulation, auszuüben.

Die fremdenfeindlichen Attacken und Mordanschläge, die Pogromstimmung und die Hetzmeuten in der Bundesrepublik seit 1991 bestimmten und bestimmen immer noch die politische, publizistische und politische Diskussion über das Phänomen des Rechtsextremismus. Das öffentliche Bild war und ist geprägt von den aktuell etwa 6.000 gewaltbereiten Neonazis und Skins, die durch ihre spezifischen Symbole, die Glatze, die Reichskriegsflagge, den „deutschen Gruß“ und ihre brutalen Handlungsweisen die mediale Aufmerksamkeit fesseln. Es schien zunächst so, als handle es sich um Jugendliche, die aufgrund ihrer miserablen sozialen Situation und Perspektive sich in die Gewalt flüchteten, aber alles nicht so meinten. Doch vieles von dem, was hier brutal und in kurzen Parolen gebrüllt wurde und wird, findet sich in feineren Formulierungen und subtileren Umgangsformen in allen sozialen Schichten. Der nuanciert auftretende Antisemitismus und die abwägende, sich mutig als freie Meinungsäußerung gerierende Fremdenfeindlichkeit lässt sich in großen meinungsbestimmenden Zeitungen wie in lokalen Anzeigenblättchen lesen, in akademischen Schriften finden oder dient in der Politik der autoritär-populistischen Stimmungsmache. Die Rechtsextremismusforschung weist deswegen darauf hin, dass sich der Blick auf die Konfiguration von materiellen Bedingungen und politischen Konstellationen, Einstellungen und Deutungsmustern in der Bevölkerung, auf Wähler- und Politikerverhalten, Organisationsnetzwerke und den Bereich zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge, also die Zirkel von rechten Intellektuellen und ihre Praxis,

die Zeitschriften und Verlage, die Musikszene und die Sportclubs richten muss. Denn es ist die gesellschaftliche Normalität, in der sich die rechtsextremen Orientierungen ausbilden.

Solche Überlegungen legen es nahe, auch die Hochschulen und die Studierenden näher zu betrachten. Auf den ersten Blick mag dies abwegig erscheinen. Denn seit der Protestbewegung der späten sechziger Jahre kann die Mehrheit der Studierenden an den deutschen Hochschulen als demokratisch und linksorientiert gelten. In jener damaligen demokratischen Aufbruchstimmung wie in den darauffolgenden neuen sozialen Bewegungen waren die Studierenden eine treibende Kraft, unkonventionelle politische Beteiligungsformen waren unter ihnen sehr verbreitet, der Campus wurde als ein Forum des gemeinsamen Experimentierens mit alternativen Lebensentwürfen und neuen, emanzipatorischen Lebens- und Verkehrsformen betrachtet.

Damit ging unverhofft etwas in Erfüllung, was in der hochschulpolitischen Diskussion der fünfziger Jahre von vielen Seiten gewünscht worden war. So bat der damalige Rektor der Universität Frankfurt, Max Horkheimer, in einer zum Wintersemester 1952/53 gehaltenen Immatrikulationsrede die Studierenden, mit kompromisslosem Willen an „einer besseren Einrichtung der Welt“ mitzuarbeiten und sich an der studentischen Selbstverwaltung in Fachschaften, StudentInnenparlament und Asta zu beteiligen [Horkheimer 1988, S. 418f]. Der Hintergrund für diese Aufforderung war, dass unter den StudentInnen und in vielen Studentenverbindungen in den zwanziger Jahren völkische, antisemitische und antidemokratische Orientierungen sehr weit verbreitet waren. Der zu Beginn der fünfziger Jahre beobachtete Mangel an politischem Engagement und der Zulauf zu den häufig nationalistisch orientierten und autoritär organisierten Burschenschaften ließ erneut, so wurde befürchtet, auf eine enorme Distanz gegenüber den demokratisch verfassten politischen Institutionen erkennen. Es bestand die Sorge, dass eine bedeutende Teilgruppe der Studierenden, aus denen sich die zukünftigen Eliten der Bundesrepublik rekrutierten, die Demokratie nur so lange akzeptieren würde, wie diese von wirtschaftlichem Erfolg getragen war. Ansonsten schienen jene Studierenden aber durchaus disponiert, eine schleichende Unterhöhlung demokratischer Spielregeln hinzunehmen und eine Diktatur zu unterstützen. Eine Ende der fünfziger Jahre durchgeführte Befragung kam zu dem Ergebnis, dass 66 Prozent der Befragten politisch nicht festgelegt seien und diejenigen, die auch im Fall einer Krise demokratisch handeln würden, eine Minderheit von 9 Prozent waren, denen eine Gruppe von 16 Prozent gegenüberstand, die als definitiv autoritär betrachtet werden konnte [vgl. Habermas u.a. 1961, S. 232].

Im Vergleich nun zu einer verbreiteten und intensiven studentischen Politisierung und Partizipation seit den Protesten der sechziger Jahre, in der die kritische Auseinandersetzung mit den autoritär-etatistischen Traditionen und den Fortwirkungen des Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielte, wird in den vergangenen fünfzehn Jahren ein deutlicher Rückgang des politischen und hochschulpolitischen Interesses und Engagements sowie eine allmähliche Veränderung der politischen Orientierung festgestellt.

Tino Bargel [1994] von der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung, die seit 1982/83 regelmäßige StudentInnensurveys durchführt, bezeichnet die Studierenden des ersten Drittels der neunziger Jahre als im Vergleich zu früheren StudentInnengenerationen konventioneller und pragmatischer, politisch apathischer und abstinenter, desinteressierter und gleichgültiger. Diese verbreitete Haltung gründe jedoch keineswegs in Zufriedenheit, sondern in

Resignation. Ähnlich beobachtet auch Rainer Brämer eine Entpolitisierung der Studierenden und stellt einen Rückzug aus der institutionalisierten Politik auf allen Ebenen fest [vgl. Brämer 1993, S. 195]. Er betont allerdings, dass es sich nicht um das in Deutschland traditionell anzutreffende Muster des Unpolitischen handle, der letztlich antidemokratisch und rechtsorientiert sei. Ein nennenswerter Trend nach rechts sei nicht auszumachen. Ein Rückgang des politischen Interesses wird zwar von der 1995 im Auftrag der „Zeit“ durchgeführten StudentInnenstudie bestritten. Doch bestätigt auch sie die abnehmende Bereitschaft, sich im Rahmen etablierter (hochschul-)politischer oder gesellschaftlicher Institutionen zu engagieren. Darüber hinaus aber stellt sie fest, dass ein gutes Viertel der Befragten sich in einer autoritären und antidemokratischen Gedankenwelt bewege [vgl. Infratest Burke 1995, S. 33f].

Die Entwicklung der Orientierungen der Studierenden ist also uneindeutig, Anlass zur Beunruhigung gibt es durchaus. Dies bestätigen auch einzelne Vorgänge. In einem an der Universität Münster durchgeführten Experiment wurde beobachtet, dass zahlreiche Studierende bereit waren, der Aufforderung Folge zu leisten, für „Ausländer“ und „Deutsche“ getrennte Eingänge in die Mensa zu benützen [vgl. FR vom 21.4.1994]. In Hochschulgebäuden ließen sich zahlreiche antisemitische und fremdenfeindliche Wandschmierereien feststellen. An der Universität Duisburg machte im November 1993 ein „Nationaler Studentenbund Deutschlands - Kampfgruppe Duisburg“ mit einer schwarzen Liste von sich reden, die „volksschädliche Elemente“ und solche „Emanzen“ erfasste, die abgetrieben hatten. Von Mitarbeitern der Zeitschrift „Junge Freiheit“ wurde an den Universitäten München und Mannheim eine studentische Liste „LUST“ gegründet, die dem Kulturbolschewismus den Kampf ansagte. Aus dem Umfeld der Zeitschrift und in Zusammenarbeit mit großdeutsch orientierten Burschenschaften wird auch versucht, Lesezirkel, Diskussionsgruppen und jungkonservative Arbeitskreise zu organisieren. Die „Junge Freiheit“ - die mit „Jedes Abo eine konservative Revolution“ für sich warb - ist Teil eines Netzwerks von rechtskonservativen Kreisen, Zirkeln und Zeitschriften, die das Projekt einer nationalen Revolution verfolgen [vgl. auch Groß 1993]. Innerhalb dieses Netzwerks hat sie ausdrücklich die Funktion, die Studierenden als Mitglieder der zukünftigen Eliten der Bundesrepublik für dieses Ziel zu gewinnen.

Es geht den Jungkonservativen darum, die von ihnen kritisierte linke Hegemonie an den Universitäten zu brechen, so dass die im Geiste der westlichen Demokratie und der Alliierten umerzogenen Studierenden wie frühere StudentInnengenerationen wieder national denken. In einem an der Frankfurter Universität verteilten Flugblatt eines „Jungkonservativen Arbeitskreises“ hieß es zur Emeritierung von Jürgen Habermas: „Jahrzehntelang hast Du versucht, die reine Lehre der Umerziehung zu bewahren. Kein Wunder bei Deinem Faible für die amerikanische Krüppelphilosophie der Nachkriegszeit. Nation hast Du zum Unwort des Jahrhunderts gemacht.“ Gedroht wird mit einer tiefgreifenden Veränderung der Universitäten durch die Rechten. Wie sie erreicht werden soll, sagt ein anderes Flugblatt: Widerstand gegen die Diskriminierung von Eliten, gegen den Terror der 68er-Opas, gegen die Linksextremisten und gegen die „AntiFa“.

Die Autoren der „Jungen Freiheit“ - häufig Akademiker und Studierende - nehmen für sich in Anspruch, demokratische Rechte zu sein. Sie distanzieren sich von „Bierhallen-Chauvinisten“, rechtsextremen Kadern sowie kurzhaarigen Gewalttätern und versuchen, ein Lebensgefühl zu vermitteln, das sich auszeichnen soll durch die Bereitschaft zu nonkonformem,

wagemutigem Denken, das aus dem Mainstream ausschert [vgl. dazu die Selbstdarstellungen in Bubik 1995]. Wenn sie von den Ideen der konservativen Revolution sprechen, meinen sie – ohne es so zu sagen – das faschistische Denken der zwanziger und dreißiger Jahre. Sie beziehen sich auf Schriften der Neuen Rechten und vor allem auf die Schriften Carl Schmitts, der mittlerweile den Ruf genießt, ein bedeutsamer Klassiker des politischen Denkens zu sein, obwohl er entschieden für eine völkische Staats- und Rechtsauffassung, die Beseitigung der Gewerkschaften und die Vernichtung der als Feinde des deutschen Volkes betrachteten jüdischen Deutschen und für eine imperiale Expansionspolitik Deutschlands eintrat, sowie die diktatorische Willkür des Führers als Rechtssetzungspraxis verteidigte. Da die junge rechte Intelligenz aus den Universitäten kommt und auf die Studierenden einwirken will, stellt sich die Frage, ob die von ihr vertretene Mischung von oberflächlich-taktischen demokratischen Bekenntnissen und jungkonservativer Ideologie mit den für den Rechtsextremismus charakteristischen Elementen des Antidemokratismus, der elitären Haltung, des Nationalismus und des Rassismus unter den Studierenden verbreitet oder zustimmungsfähig ist. Auf alle Fälle kann nicht angenommen werden, dass sie nur von außen durch Propaganda an die Studierenden herangetragen wird.

In einer empirischen Untersuchung, die das Institut für Sozialforschung 1994/95 an den fünf hessischen Hochschulen durchgeführt hat, sollte diese Frage weiter geklärt werden. Einige der Ergebnisse dieser Studie möchte ich im folgenden darstellen [vgl. ausführlich Demirovic/Paul 1996].

Das Interesse der Studierenden an studentischer Politik ist gering. Etwa ein Viertel bekunden Interesse. Dem entspricht, dass die Beteiligungsquote an den Wahlen zu StudentInnenparlamenten an hessischen Hochschulen bei etwa 20 Prozent liegt und wohl noch weiter sinkt. Die Mitarbeit an den Gremien der studentischen Selbstverwaltung ist gering. Etwa zwei Prozent der Studierenden in Hessen sind in politischen StudentInnengruppen engagiert, knapp vier Prozent arbeiten in Fachschaften mit. Nur zwei Fünftel der Befragten äußern ein starkes politisches Interesse, das damit etwas weniger ausgeprägt ist als in der Bevölkerung im allgemeinen. Drei Viertel der Studierenden halten sich für teilweise oder sehr politikverdrossen. Die Politikverdrossenen befürworten häufiger als der Durchschnitt der Befragten das Ziel einer selbstorganisierten Gesellschaft und die Vorgabe, dass Demokratisierung nicht nur Mitbestimmung, sondern auch selbstbestimmtes Handeln meint. Es handelt sich bei der Politikverdrossenheit also nicht um Apathie, sondern eher um politische Politikdistanz und vor allem um eine Ablehnung der Parteien und des politischen Personals. Die grün-alternative Politikpräferenz schwächt diese Vorbehalte nicht, im Gegenteil neigen diejenigen, die sie haben, zu einem lockeren Engagement in BürgerInneninitiativen und selbstorganisierten Gruppen. Die verfassungsmäßigen politischen Institutionen werden von der großen Mehrheit der Befragten (78 Prozent) bejaht.

Doch angesichts einer verbreiteten düsteren Zukunftserwartung vor allem hinsichtlich der Umweltzerstörung und einer zunehmenden sozialen Polarisierung aufgrund des Abbaus des Sozialstaats besteht vielfach eine Enttäuschung über die mangelnde Bereitschaft der Politik, Veränderungen herbeizuführen. Entsprechend groß ist die Zustimmung zu Reformen, die auf eine Erweiterung der Beteiligung an den politischen Entscheidungen zielen. Unter der Mehrheit der Befragten lässt sich eine Bereitschaft zur Förderung von Minderheiten, die Zu-

stimmung zu sozialstaatlichen Maßnahmen für sozial Schwache sowie die Sympathie für gesellschaftliche Oppositionsgruppen wie KernkraftgegnerInnen, Kriegsdienstverweigerer und Frauengruppen feststellen.

Ihrem Selbstverständnis nach nehmen die Studierenden, wenn sie sich auf der Links-Rechts-Achse mit der Bevölkerung vergleichen, mehrheitlich (61 Prozent) eine Position links von der Mitte ein. Weder diese politische Positionsbestimmung noch die deutliche Wahrnehmung von sozialen und ökologischen Problemlagen führen allerdings zu eigenem Engagement. Wie in ausführlichen Interviews zum Ausdruck gebracht wird, stehen dem der Zeitmangel und die erwartete Einflusslosigkeit entgegen. Auch wird – realistisch oder nicht, für eine Demokratie ist es kein gutes Zeichen – befürchtet, dass politisches Engagement berufliche Nachteile mit sich bringen könnte. Viele setzen ihre Hoffnung auf einen staatlich herbeigeführten ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und vor allem auf eine Verstärkung der „Kompetenz von Experten“ (64 Prozent). Die Konsequenzen für die demokratische Willensbildung und Kontrolle werden dabei nicht immer mitbedacht, ein dezisionistisches Moment lässt sich feststellen. Immerhin 30 Prozent der Befragten bejahen die Ansicht, dass eine starke politische Führung und/oder ein starker Staat zur Lösung politischer Probleme notwendig sei.

Die demokratische Orientierung eines Teils der Befragten ist also durchaus brüchig. Werden die Studierenden nach ihrem Verhältnis zu grundlegenden demokratischen Prinzipien befragt und die Zustimmungen auf vier Vorgaben zusammengefasst, so kann ein Viertel der Antworten als antidemokratisch, weitere 40 Prozent können als labil demokratisch bewertet werden. Nach ihren politischen Präferenzen beurteilt, antworten häufiger diejenigen antidemokratisch, die sich konservativen Richtungen zurechnen.

Für eine Einschätzung der antidemokratischen Orientierung unter Studierenden und der möglichen Erfolge der jungkonservativen Strategie ist auch von Bedeutung, dass etwa ein Viertel der Befragtengruppe der Notwendigkeit einer starken Führungselite zustimmt, häufig verbunden mit naturalisierenden Argumenten: die Individuen werden als passive Masse und kopflose Herde betrachtet, die von Führern geleitet werden muss. Festzustellen ist auch in diesem thematischen Zusammenhang eine von den in Einzelinterviews Befragten betonte Haltung, die beansprucht, sich mutig über gesellschaftliche Tabus hinwegzusetzen. Früher nämlich sei es nicht möglich gewesen, sich positiv über die Notwendigkeit einer starken Führung zu äußern – sei es wegen des Einflusses der 68er-Revolution, sei es wegen der negativen Assoziationen, die der Elitebegriff mit dem NS-Regime verbinde. Nun sei es wieder möglich, etwas Neues zu denken. Demokratietheoretische Einsicht in die Problematik erscheint nun plötzlich als Manipulation, als Trick, während die Anpassung an die Macht als Erkenntnis und Eigenständigkeit des Denkens präsentiert wird.

Eine solche historisierende Neubewertung von gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen könnte sich mit einem Revisionismus der deutschen Vergangenheit insgesamt verbinden. Denn die Wiederbelebung eines positiven deutschen Nationenverständnisses und eine daraus folgende großdeutsche Politik wird nach Auffassung der Rechten – und wie die jüngsten Debatten nach der Rede Martin Walsers gezeigt haben, einer deutlich nach rechts verschobenen deutschen Öffentlichkeit, die selbst noch den Massenmord an den europäischen Juden instrumentalisiert, um das nationale Kollektiv herzustellen – blockiert durch ein schlechtes Gewissen, einen „nationalen Selbsthass“, der den Deutschen mit Hinweis auf NS-Ver-

brechen von den alliierten Siegern, ihren linken Helfern, dem Ausland und den Israelis eingeredet wurde. Deswegen halten sowohl die alten Rechten wie die Jungkonservativen es für geboten – wenn sie nicht ohnehin offen damit sympathisieren –, das NS-Regime nicht als die Konsequenz einer langen und in Teilen noch fortbestehenden gesellschaftlichen Dynamik in Deutschland zu verstehen, sondern als eine kurze Periode zu relativieren, die nicht weiterhin als negative Folie der deutschen Politik betrachtet werden dürfe. Es müsse vielmehr auf der einen Seite auf die geschichtliche Kraft des volkhaften Instinkts der deutschen Stämme zurückgegriffen werden, um die deutsche Einheit herzustellen, auf der anderen die selbstquälerische Vergangenheitsbewältigung beendet werden. Der Vorgabe „Unter die deutsche Vergangenheit gehört ein Schlusstrich“ stimmten 28 Prozent der Befragten zu. Interviews bestätigen, dass auch unter Studierenden eine Vielzahl der revisionistischen Argumente verbreitet sind, die in der rechten Ideologiebildung eine zentrale Bedeutung haben: die Rede davon, dass auch andere Völker und Nationen ihre Leichen im Keller haben oder dass sie nicht mehr bereit seien, sich vom Ausland ein schlechtes Gewissen einreden zu lassen.

Etwa die Hälfte derer, die einen Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit befürworten, stimmen auch einer Stärkung der nationalen Identität der Deutschen zu, nicht ganz so viele sind auch fremdenfeindlich orientiert. Insgesamt beträgt der Anteil derjenigen, deren Antworten eine deutliche fremdenfeindliche oder kulturellrassistische Tendenz haben, 14 Prozent der von uns Befragten. Eine etwa ähnlich große Gruppe betrachten wir aufgrund ihres Antwortverhaltens als nationalistisch. Insgesamt, so lässt sich zusammenfassen, finden sich bei den Studierenden Orientierungen, die es erlauben, von einer bemerkenswert großen Gruppe zu sprechen, die auf rechte Ideologeme positiv ansprechen. 11 Prozent der Studierenden lassen sich als tendenziell autoritär und weitere vier Prozent als deutlich autoritär charakterisieren. Bei ihnen kommen in unterschiedlich stark ausgeprägter Weise die Ablehnung von Demokratieprinzipien, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit bzw. Rassismus zusammen. Als rechts sollen sie zunächst deswegen nicht bezeichnet werden, weil sie sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf der Links-Rechts-Skala weitgehend in der rechten Mitte sehen. Dieser Gruppe der Autoritären steht allerdings eine Gruppe von 24 Prozent DemokratInnen und weiteren 20 Prozent tendenzieller DemokratInnen gegenüber. Diejenigen, die sich politisch kaum festlegen, bestehen aus 25 Prozent. Auch wenn ein Vergleich zu den späten fünfziger Jahren nur mit großen Vorbehalten möglich ist, lässt sich doch festhalten, dass die Zahl der Unprofilieren sich deutlich zur Seite der Demokratie hin orientiert, während die Zahl der Autoritären sich nicht verändert hat.

Die Zahl autoritärer Studierender entspricht etwa dem, was auch in der Wahlbevölkerung insgesamt beobachtet wird. Es wird angenommen, dass es unter den Wahlberechtigten etwa fünf Prozent „harte“ und 15 Prozent tendenzielle Rechtsextremisten gibt [vgl. Falter 1994]. Offensichtlich immunisiert die akademische Bildung nicht grundsätzlich, wie noch in den sechziger Jahren gehofft wurde, gegen antidemokratische Ideologeme. Bemerkenswert sind die festgestellten Werte für die Studierenden nach drei Hinsichten. Erstens handelt es sich bei den Studierenden mit autoritärer Tendenz in überwiegendem Maße um Männer. Im allgemeinen wird dieser Aspekt in der Diskussion zum Rechtsextremismus kaum in dem Maße beachtet wie er es verdienen würde [vgl. Demirovic 1997], denn sowohl die Ursachenanalyse wie Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit könnten hier spezifischer ansetzen. Zweitens

sind autoritäre Ideologeme weniger häufig unter den Studierenden der Sozial- und Kulturwissenschaften zu finden - also in den Fächern, die sich seit Mitte der sechziger Jahre und der Hochschulreform in besonderer Weise verändert haben, durch die bildungspolitischen Restriktionen aber auch in besonderem Maße betroffen sind - sondern überdurchschnittlich häufig in den Fachgebieten Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sowie Jura. Aus diesen Fächern wird in der Bundesrepublik nach wie vor das Führungspersonal der Verwaltungen, der Politik und der Wirtschaft rekrutiert. Es soll nun nicht behauptet werden, dass diese Fächer die Ursache für solche Orientierungen sind, doch immerhin lässt sich festhalten, dass die Fachausbildung auch nicht per se autoritäre Orientierungen neutralisiert, und dies um so weniger, wie sozialwissenschaftliche Komponenten in der Ausbildung keine Rolle mehr spielen. Können diejenigen, die autoritäre Orientierungen aufweisen, sich also aufgrund ihrer Studienwahl durchaus berechtigte Hoffnung darauf machen, zu den zukünftigen VerantwortungsträgerInnen und meinungsbildenden MultiplikatorInnen der deutschen Gesellschaft zu gehören, so ist diese Hoffnung in ihrem Fall um so berechtigter, wenn drittens berücksichtigt wird, dass die Gruppe der Autoritären auch über ein beachtliches symbolisches Kapital verfügen muss, insofern sie häufiger aus Familien mit der höchsten Statusposition abstammen, ihr Elternhaus also akademisch geprägt ist und über hohe Einkünfte verfügt. Diese Tatsache weist ein weiteres Mal darauf hin, dass eine autoritäre Orientierung, die tendenziell zu einer rechten werden kann, keineswegs auf die unteren Schichten der von Anomie Bedrohten begrenzt ist.

Zum Schluss möchte ich noch prüfen, wieweit eine solche autoritäre Orientierung zu einer komplexen rechten Position werden kann. Um dies zu bestimmen, wurde geprüft, wie weit das Antwortverhalten der Befragten spezifische Muster erkennen lässt. Die Antworten auf insgesamt 61 Vorgaben erlaubt es, modellartig acht Meinungsmilieus unter den Studierenden zu unterscheiden: linke BasisdemokratInnen (14%), linke PessimistInnen (10%), unsichere Linke (16%), optimistische Linksliberale (18%), Unpolitische (9%), pluralistische Konservative (7%), Neokonservative (10%) und schließlich Rechte (13%). Das Meinungsklima an den Universitäten ist nach dieser Einteilung deutlich links, linksliberal und grün-alternativ geprägt. Doch gibt es in den linken Meinungsgruppen erhebliche Unsicherheiten in ihren Orientierungen. Bemerkenswert ist auf der anderen Seite, dass die Gruppe der Rechten doch relativ groß ist. In ihr findet sich fast die Hälfte der Autoritären und ein Drittel der tendenziell Autoritären. Als rechts wird diese Meinungsgruppe bezeichnet, weil sie den höchsten Anteil von Befragten versammelt, die sich in der rechten Mitte und rechts sehen. Für die Mitglieder dieser Gruppe haben beruflicher Aufstieg und ein hohes Einkommen überdurchschnittliche Bedeutung, ebenso fällt das Bekenntnis zu Führung und Leistung überdurchschnittlich aus. Dass Wettbewerb die Solidarität unter den Menschen zerstört, wird von ihnen besonders häufig bestritten. Die Unterstützung der Marktwirtschaft fällt bei dieser Gruppe besonders stark aus, die gegen den Sozialstaat gerichtete neoliberale Formel, Leistung müsse sich wieder lohnen, wird von über 90 Prozent dieser Gruppe befürwortet. Findet der Sozialstaat und die Förderung sozial benachteiligter Gruppen nur geringe Unterstützung, ist demgegenüber der Wunsch nach einem starken Staat sehr ausgeprägt, und die innere Sicherheit wird überdurchschnittlich häufig als bedroht empfunden. Wie auch in anderen Untersuchungen zum Rechtsextremismus [vgl. Rippl u.a. 1998] führen diese Beobachtungen zu dem Ergebnis, dass eine starke Markt-orientierung mit weiteren Orientierungen wie Durchsetzungswille, der starken Befürwortung von

Leistung und Konkurrenzbereitschaft, Ablehnung sozialer Gleichheit und vordemokratischer Befürwortung von Sicherheit und Ordnung und eines starken Staates verbunden ist. Es handelt sich um in die Marktgesellschaft eingelassene selbstdestruktive Tendenzen, die gefährlich werden können, wenn sie sich gerade unter denen, die potenziell zu den Eliten der Gesellschaft gehören, ungehemmt entfalten können. Bemerkenswert an dieser Gruppe der Rechten ist schließlich noch, dass sie sich politisch überdurchschnittlich interessiert zeigt und zu einem starken Engagement in Parteien neigt. Das Handlungspotential ist in dieser Gruppe also erheblich. Dies erklärt möglicherweise auch das während des studentischen Streiks im Herbst 1997 zu beobachtende Phänomen, dass bei einer insgesamt breiten Streikbereitschaft die Streikziele und -formen doch sehr unterschiedlich waren: einem Teil der Studierenden ging es allein um eine Effizienzsteigerung ihres Studiums, die ProfessorInnen wurden für ihre zu starke akademische Orientierung kritisiert, die Universitätsleitungen dafür, nicht die relevanten Ausbildungsfächer wie Wirtschaftswissenschaften und Jura zu stärken, es gab – zumindest in Frankfurt – durchaus die Bereitschaft, die Polizei gegen die ebenfalls streikenden KommilitonInnen an die Universität zu rufen; ein anderer Teil der Studierenden betonte hingegen eher den Mangel an wissenschaftlichen Inhalten und die resignative und larmoyante Haltung vieler HochschullehrerInnen, beklagte die Überlastung der Hochschulen und die Ungleichgewichte der öffentlichen Haushalte, die zu einer systematischen Benachteiligung der Bildung geführt hatten. Es zeichnet sich ab, dass sich die Studierenden polarisieren, ohne dass dies ihnen selbst bewusst wird, weil sie aufgrund von Erwerbsarbeit, Studien- und Wohnverhalten sowie sich fremd bleibenden Fachkulturen auf dem Campus kaum in Berührung kommen. Verstärkt wird dies durch den Mangel an öffentlichen Diskussionen, der bedingt ist durch das deutlich gesunkene politische Engagement der Studierenden und verstärkt wird durch starke und juristisch sanktionierte Vorbehalte gegenüber dem politischen Mandat der Studierendenschaften.

Literatur:

- Bargel, Tino, 1994: Student und Politik im vereinten Deutschland, Bonn (Hg. v. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft)
- Brämer, Rainer, 1993: Studis in Vakuum; in: WSI Mitteilungen 4
- Bubik, Roland, 1995: Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen, Berlin
- Demirovic, Alex/Paul, Gerd, 1996: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren, Frankfurt - New York
- Demirovic, Alex, 1997: Die Kategorie Geschlecht und rechte Ideologeme unter Studierenden; in: Barbara Danckwortt/Claudia Lepp (Hg.), Von Grenzen und Ausgrenzung, Marburg
- Greif, Franz, 1993: Die Neue Rechte - Zur ideologischen Erneuerung der Rechten in Europa; in: Forschung Frankfurt 1/1993
- Infratest Burke, 1995: Student '95. Eine repräsentative Umfrage von Infratest Burke GmbH Berlin im Auftrag der Wochenzeitung Die Zeit, Hamburg, Hamburg/Berlin
- Falter, Jürgen W., 1994: Wer wählt rechts?, München
- Habermas, Jürgen/Friedeburg, Ludwig v./Oehler, Christop/Weltz, Friedrich, 1961: Student und Politik, Neuwied
- Horkheimer, Max, 1988: Begriff der Bildung; in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main
- Rippl, Susanne/Boehnke, Klaus/Hefler, Gerd/Hagan, John, 1998: Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen; in: Politische Vierteljahresschrift, Dezember 1998, H. 4

„Durch Reinheit zur Einheit“

Zum deutschnationalen Korporationswesen¹ in Österreich

VON HERIBERT SCHIEDEL/MARTIN TRÖGER

Im Jahreslagebericht 1999 des BM für Inneres heißt es, dass von mehreren österreichischen Burschenschaften „ein unterschwelliger und verklausulierter Rechtsextremismus ausgeht. Die Agitation dieser Studentenverbindungen lässt auch den Versuch erkennen, auf Umwegen eine gewisse Akzeptanz für nationalsozialistisches Gedankengut zu schaffen.“² Ein Jahr später kündigen die Behörden an, dass der von mehreren „Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung (...) im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet (wird).“³ Auch der Innsbrucker Historiker Michael Gehler kommt zum Schluss, dass Österreichs Burschenschaften in Teilen von einer „bis ins Neonazistische reichenden Gesinnung“⁴ geprägt sind.

Einer pauschalen Charakterisierung aller deutschnationalen Korporationen Österreichs als rechtsextrem oder gar neonazistisch soll hier aber nicht das Wort geredet werden. Vielmehr müssen Publikationen und Veranstaltungspolitik der jeweiligen Verbindung analysiert werden. Daneben ist die Anzahl von (ehemaligen) Neonazis und deren Stellenwert in den Korporationen zu berücksichtigen. Über den Grad des Extremismus sagt auch die Mitgliedschaft in den Dachverbänden viel aus. So verließ das gemäßigtere *Corps Symposion* im Wintersemester 1983/84 den *Wiener Korporationsring* (WKR) aufgrund dessen „einseitiger Politisierung“. Umgekehrt trat die Innsbrucker *Universitätssängerschaft Skalden*, bei welcher übrigens der FPÖ-Politiker Ewald Stadler Mitglied ist, 1992 aus der *Deutschen Sängerschaft* (DS) aus. Dieser Dachverband erlaube es nämlich, dass „auch ein Chinese, falls er sich zur Pflege deutschen Kulturgutes verpflichtet“, in eine DS-Verbindung aufgenommen werden kann. Die *Skalden* erachten dies als „unakzeptabel“ und wollen ihre völkische „Tradition (...) nicht auf dem Altar einer ‚multikulturellen‘ Verwirrungsideologie opfern“⁵. Und als sich die berüchtigte Wiener Burschenschaft *Olympia* Anfang 1996 anschickte, erneut den Vorsitz im deutsch-österreichischen Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB) zu übernehmen, traten einige gemäßigtere deutsche Burschenschaften aus.

Grundsätzlich findet die Bereitschaft von KritikerInnen, das Korporationswesen differenziert zu betrachten, seitens nicht-rechtsextremer Verbindungen jedoch kaum eine Entsprechung: Korpsgeist und Bunkermentalität verhinderten bis dato eine Ausdifferenzierung der Szene. Somit sind auch jene, die gemeinsam mit rechtsextremen Burschenschaften in Dachverbänden organisiert sind oder Veranstaltungen durchführen, von der Kritik nicht auszunehmen.

Zwischen Macht und Kriminal

In den zu Beginn der 90er Jahre eingeleiteten und dem verstärkten behördlichen Druck geschuldeten Umstrukturierungsprozessen im Rechtsextremismus kommt den deutschnationalen Korporationen hoher Stellenwert zu. Ähnlich der Situation 1933, als nach dem Verbot der NSDAP zahlreiche Burschenschaften neben Turnvereinen als deren Tarnorganisationen

dienten, bieten sie auch heute Unterschlupf. Das martialische Auftreten und die offene Agitation militanter Rechtsextremer wurde zugunsten der ideologischen wie personellen Wühlarbeit weitgehend aufgegeben. Der Erfolg gesellschaftlicher Durchdringungsstrategien wird befördert durch den Charakter von Korporationen als männliche Solidargemeinschaften und Seilschaften. Daneben bieten sie aufgrund rigider Aufnahmekriterien⁶ und zum Teil exklusiver Veranstaltungspolitik Schutz vor lästigen Einblicken. Neben der ideologischen Nähe zieht die Schutzfunktion⁷ militante Rechtsextremisten auf die Buden der Burschenschaften, welche sich vom Durchlauferhitzer zum Auffangbecken gewandelt haben. Denn während sich zuvor Burschenschafter wie Franz Radl jun. von ihren Bünden entfernten oder von diesen „unehrenhaft“ entlassen wurden, treten seit geraumer Zeit zum Teil amtsbekannte und verurteilte Neonazis den Korporationen bei. So las sich etwa die Aktivenliste der Wiener *aB! Teutonia* zu Beginn der 90er Jahre wie ein Auszug aus dem Mitgliederverzeichnis der *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO).

Der Bedeutungszuwachs deutschnationaler Korporationen für den Rechtsextremismus wird auch durch schon länger anhaltende Versuche, diesen zu intellektualisieren, begünstigt. Eine vorschnelle Etikettierung des Milieus als „neurechts“ erscheint aber nicht angebracht. Gerade die Burschenschaften zeigen sich weitgehend resistent gegenüber Erneuerung. Dies wird auch von Jürgen Hatzenbichler, einem prominenten Vertreter der modernisierungsbereiten Rechten, eingestanden. Er meint resignierend, dass die „Positionen der Alten Rechten (...) leider auch im Bereich der Korporationen vielfach noch heruntergeleiert (werden)“⁸.

Die Radikalität des Deutschnationalismus in Österreich, die jede mäßigende Innovation sofort als Verrat am „deutschen“ Gedanken erscheinen lässt, steht tatsächlich einem Abrücken von der „Alten Rechten“ im Wege. Daneben binden Männertreue und Lebensbundsprinzip die Generationen aneinander und verhindern eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zahlreicher „Alter Herren“. So hält die Grazer *aB! Arminia* das Andenken an Bundesbruder Ernst Kaltenbrunner – als einer der Haupttäter des NS-Vernichtungswerkes in Nürnberg hingerichtet – bis heute hoch. Der Euthanasiearzt und erste Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, Irmfried Eberl, wird immer noch als „Alter Herr“ der Innsbrucker *aB! Germania* geführt⁹. Ein anderer Kriegsverbrecher, der zu lebenslanger Haft verurteilte Rudolf Heß, wurde 1987 vom Dachverband *Deutsche Burschenschaft in Österreich* (DBÖ) gar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Doch erschöpft sich die Bedeutung der Burschenschaften nicht in der Funktion einer Kaderschmiede oder eines Auffangbeckens für den militanten Rechtsextremismus, auch die entliberalisierte FPÖ rekrutiert ihr Führungspersonal wieder vorrangig im korporierten Milieu. Es waren vor allem dessen Angehörige, die Jörg Haider (*pB! Albia*, Bad Ischl und *aB! Silvania*, Wien) 1986 als FPÖ-Obmann durchsetzten. Mit der Eskalation rassistischer Gewalt Ende 1993 setzte seitens der FPÖ-Spitze jedoch nach außen hin eine gewisse Absetzbewegung vom eigenen korporierten Umfeld ein. Haider selbst distanzierte sich Anfang 1995 vom Burschenschafter-Zentralorgan *Aula*, die damals als Bestimmungstäterin des Terrors der *Bajuwarischen Befreiungsarmee* (BBA) durch die Medien ging. Nun legte das „freiheitliche Magazin“ unter der Verantwortung des ehemaligen NSDAP-Mannes und FPÖ-Nationalrates Otto Scrinzi (*VDSst*, Innsbruck) jede Rücksichtnahme ab. In der *Aula* wird schon mal für Publikationen geworben, in welchen die Shoah geleugnet wird. Auch ist dort die Rede vom „auf uns lasten-

de(n) althebräische(n) Zinseszinssystem“, von Hitler als „unerwünschte(n), weil erfolgreiche(n) Sozialrevolutionär“, dessen durchgesetztes „Primat der Politik über die Wirtschaft (...) gewissermaßen das Todesurteil der kapitalistisch geführten Welt heraus(forderte).“¹⁰ All das und vieles mehr kann jedoch hochrangige FPÖ-Funktionäre nicht davor abhalten, weiter in der *Aula* zu publizieren. Nach wie vor bezeichnet die FPÖ selbst die *Freiheitlichen Akademikerverbände* (FAV) und die von diesen herausgegebene *Aula* als ihre „Vorfeldorganisationen“. ¹¹

Das Verhältnis der FPÖ zum burschenschaftlichen Vorfeld wurde vorübergehend auch durch programmatische Auseinandersetzungen getrübt. Nachdem schon das von Haider im Sommer 1996 verordnete Abrücken der FPÖ von jeder Deutschtümelei¹² auf Widerstand gestoßen war, taten sich Burschenschafter auch in der jüngsten Programmdebatte hervor. Insbesondere der Passus vom „wehrhaften Christentum“ erschien den Antiklerikalen in der Tradition eines Georg Ritter von Schönerer, bis heute „Ehrenbursch“ zahlreicher Verbindungen, als Affront. Als Kompromiss fand schließlich ein „Christentum, das seine Werte verteidigt“ Eingang in das neue Parteiprogramm.

Die Bedeutung des korporierten Milieus wuchs mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ weiter an. Im Gefolge der freiheitlichen Regierungsmitglieder rückten Burschenschafter verstärkt zu den Hebeln der politischen Macht vor. Unmittelbar dem Milieu verbunden ist Justizminister Dieter Böhmendorfer (*aB! Südmark*, ein Ableger der *aB! Sylvania*¹³), Sozial- und Frauenminister (!) Herbert Haupt (*akad. Landsmannschaft Kärnten zu Wien*), Staatssekretär Reinhard Waneck (*AV! Wartburg*), Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (Gatte Michael Passer ist „Alter Herr“ der *aB! Suevia*) und Staatssekretärin Mares Rossmann (Pächterin des Grazer Burschenschafterlokals „Wartburg“). Das hebt das Selbstbewusstsein: Die vormaligen Opfer des NS-Verbotsgesetzes sehen die Sterne für dessen Aufweichen offenbar jetzt günstig stehen. In der Wochenzeitung *Zur Zeit*, dem von Andreas Mölzer (*C! Vandalia*, Graz) redigierten und mit herausgegebenen Ableger der deutschen Jungen Freiheit, stößt man sich etwa an der Tatsache, dass das BM für Inneres in seinem Rechtsextremismus-Bericht 1999 „30 schlagende Studentenverbindungen unter die Lupe genommen“ habe. Die oben zitierte Einschätzung der Staatsschützer werden als diffamierende „Unterstellungen“ abgetan. Demgegenüber ruft *Zur Zeit* die beiden korporierten FPÖ-Regierungsmitglieder Böhmendorfer und Waneck auf, „mit ihrem Regierungskollegen im Innenministerium ein Einvernehmen herzustellen, um diese Gesinnungsschnüffelei in korporierten Kreisen und diese Diffamierung der studentischen Korporationen (...) abzustellen.“¹⁴ Das dürfte nun auch geschehen sein. Nachdem Burschenschaften auch im Jahreslagebericht 2000 Erwähnung gefunden hatten, intervenierten FPÖ-Politiker wütend im Innenministerium. Mit Erfolg: In Zukunft wird kein gesonderter Rechtsextremismus-Bericht erscheinen...

Der FPÖ-Nationalrat Martin Graf (*aB! Olympia*) geht noch einen Schritt weiter und lehnt das NS-Verbotsgesetz grundsätzlich ab: „Es muß in einer demokratischen Welt zulässig sein, ein Gesetz, das die Meinungsfreiheit und die politische Tätigkeit einschränkt, zu kritisieren.“¹⁵ Damit liegt der Politiker voll auf der Linie seiner Verbindung, bezeichnet diese doch die behördlichen Schritte gegen die Leugnung der Shoah und andere Geschichtsfälschungen als „Rückfall in eine längst überwunden geglaubte Zeit der geistigen Unfreiheit“. Die *Olympen* weiter: „Wenn ein Deutscher über einzelne ‚sensible‘ Fragen der Geschichte nur in den von den Umerziehern und ihren deutschen Helfern vorgegebenen Bahnen denken und sprechen darf,

stellt dies eindeutig einen Mangel an Meinungs- und Redefreiheit und somit auch ein Fehlen der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre dar.“¹⁶

Völkischer Nationalismus

Die Aktivitäten heimischer Burschenschafter werden tatsächlich in einem zentralen Punkt eingeschränkt: Staatsvertrag und NS-Verbotsgesetz verbieten jede Propaganda und Handlung, welche die Selbständigkeit der Republik untergräbt und auf den Anschluss an Deutschland zielt. Damit trifft die Verfassung den Kern burschenschaftlichen Selbstverständnisses – den Deutschnationalismus. Seine Propagandisten sind daher angehalten, ihre Ablehnung der österreichischen Nation mit einem Bekenntnis zur staatlichen Unabhängigkeit zu verbinden. Die Behauptung, bei den ÖsterreicherInnen handle es sich einerseits um BürgerInnen eines souveränen Staates, andererseits um Angehörige der „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, ist nur dann richtig zu bestimmen, wenn der unterschiedliche Stellenwert von Staat und „Volk“ im burschenschaftlichen Diskurs mitgedacht wird.

Im Mittelpunkt dieses Diskurses steht das völkische Menschen- und Weltbild, wie es im Zusammenhang der „Befreiungskriege“ gegen die Heere Napoleons (1813/14) entworfen wurde. Basierend auf den Schriften von Fichte, Jahn, Fries und Arndt und in militanter Opposition zur aufgeklärten Idee der Nation als politische Willensgemeinschaft wurde das „Volk“ zur natürlichen Abstammungsgemeinschaft erhoben. Schon die Gründerväter der burschenschaftlichen Bewegung definierten ihr „Deutsches Volk“ in Abgrenzung zum „Judentum“. Die von den französischen Heeren aus dem Ghetto befreiten Juden und Jüdinnen wurden als Fünfte Kolonne Frankreichs identifiziert.

Gleichzeitig erwuchs insbesondere unter der akademischen Jugend aus der enttäuschten Hoffnung auf staatliche Einigung jenes rebellische Ressentiment gegen die adelige Obrigkeit, das bis heute mit revolutionärem Freiheitsdrang verwechselt wird. Die kollektive Enttäuschung der Studenten, die in „Freikorps“ gegen die französischen Truppen gezogen waren und sich danach in Burschenschaften organisierten, verschaffte sich 1817 am Wartburgfest erstmals Luft. Das Treffen wurde von Jahn initiiert und gipfelte nicht umsonst in der ersten deutschen Bücherverbrennung. Dabei kommt die spezifische Verbindung von romantischem Freiheitsdrang, nationalem Einigungswunsch und völkischem Reinheitswahn zum Ausdruck. Denn verbrannt wurden nicht nur Symbole und Schriften der verhassten Diktatur, sondern auch das kodifizierte bürgerliche Recht, der Code-Napoleon, und Saul Aschers „Germanomanie“. Geradezu mit prophetischem Weitblick warnte Heinrich Heine angesichts dieser symbolischen Ermordung eines jüdischen Autors: „Dies war ein Vorspiel nur; dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“

Entgegen aller korporierten Legenden war der Antisemitismus von Anfang an fixer Bestandteil burschenschaftlichen Lebens. Bereits die „Urburschenschaft“ bestimmte, dass „nur ein Deutscher und Christ“ Mitglied werden dürfe. Bei der Vereinigung der bereits bestehenden Burschenschaften zur *Allgemeinen Deutschen Burschenschaft* (1818) stritt man um den „Arierparagraphen“. Dieser fand 1820 am geheimen Burschentag in Dresden eine Mehrheit, wobei sich zunächst nicht alle an diesen Beschluss hielten. Dass er 1831 wieder zurückgenommen wurde, ist Ausdruck einer Kräfteverschiebung. Denn neben der völkischen Gruppe existierten tatsächlich demokratisch-jakobinische Strömungen. Diese erhielten unter dem Ein-

druck der Pariser Julirevolution von 1830 Aufwind. Jahn und seine Germanomanen sahen darin zurecht ein Abbrücken von den Idealen der „Urburschenschaft“. Sie wetterten gegen die „Verjudung“ und „Verwälschung“ der Bewegung, die am Vorabend der 48er Revolution tief gespalten war.

Nach dem Scheitern der Revolution, das gleichbedeutend ist mit der endgültigen Niederlage demokratischer Positionen innerhalb der Burschenschaften, gewann die völkische Richtung, die 1848 im Abseits war, wieder Oberhand. Nun stimmte man ein in den Chor der Reaktion, welche die Revolution von Anfang an als „jüdisch“ und das Werk „ausländischer Rädelsführer“ denunziert hatte.

Wenn Burschenschafter sich heute in die Tradition der bürgerlichen Revolutionäre stellen, welche die politischen Rechte der Männer nicht mehr an die Konfession banden, beziehen sie sich auf jene liberale, bürgerlich-demokratische Position, gegen die gerade die „Urburschenschaft“ gegründet wurde. Angesichts derartig dreister Kontinuitätsbezüge wirkt die Offenheit der *Aula* geradezu erfrischend. Dort wird die militante Frontstellung der Burschenschaften zum „jakobinisch-freimaurerischen Gedankengut der französischen Revolution“¹⁷ betont.

Ausgestattet mit kollektiven Eigenschaften und Interessen wurde das „Volk“ nicht nur gegen innere (Juden und Jüdinnen) und äußere Feinde (Frankreich), sondern auch gegen das Individuum als politisches Subjekt konstruiert. Der völkische Antiliberalismus ordnet die irrationale Kategorie des „Volkes“ jedem politischen Denken und Handeln über. Damit verbunden ist eine Geringschätzung des Individuums, welches sich voll und ganz den „völkischen Interessen“ zu unterwerfen habe.

Gerade die österreichischen Burschenschaften, die sich ab den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts konstituierten, lehnten schon lange vor dem Nationalsozialismus die Gleichsetzung von Staats- und Volksgrenzen, von StaatsbürgerInnen und Angehörigen eines „Volkes“ (den späteren „Volksgenossen“) ab. In ihrem „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“, in welchem die „deutsche Nation unabhängig von staatlichen Grenzen (existiert)“¹⁸, lebt diese Anschauung bis heute fort. Unter den gegenwärtigen politisch-rechtlichen Bedingungen ist dieser völkische Nationalismus aber nicht mehr unmittelbar in Forderungen nach einer neuerlichen „Wiedervereinigung“ übersetzbar. Das Ziel burschenschaftlichen Engagements in Österreich wird daher heute kryptisch damit umschrieben, „den Gedanken an die deutsche Einheit wachzuhalten“¹⁹. Gleichzeitig wird versucht, mit Hinweisen auf das Selbstbestimmungsrecht und die angebliche Willkürlichkeit der gegenwärtigen Grenzen, die großdeutsche Option offen zu halten. So meint der *Olympe* und FPÖ-Nationalrat Graf: „Die heutigen Staatsgrenzen wurden willkürlich gezogen; das deutsche Volkstum muß sich frei in Europa entfalten können.“²⁰ Wie sich die *Olympia* eine freie Entfaltung des Deutschtums vorstellt, geht auch aus Flugblättern hervor, die noch in den 80er Jahren zum „Tag der deutschen Einheit“ verteilt wurden: Diese zeigen ein Deutschland in den „Reichsgrenzen“ vom 1. September 1939.

Männliche Eliten

Den Korporationen kommt seit dem späten 19. Jahrhundert die soziale Funktion einer männlichen Elitenreproduktionsstätte zu. Als Männerbünde perpetuieren sie den Ausschluss der Frauen von universitärer Bildung. In Uniformierung und stolzer Zurschaustellung der „Schmisse“ heben sich Korporierte von der Masse der Studierenden ab.

Die streng reglementierte und hierarchisierte Gemeinschaft auf den Verbindungshäusern erzieht daneben den Einzelnen zu jenen Denk- und Verhaltensweisen, die gemeinhin autoritären Charakterstrukturen zugeschrieben werden. Norbert Elias hat die Ausbildung dieser Charaktere präzise beschrieben: „Der Mensch, der durch das Training der Mensuren ging, benötigte zur Zähmung seiner sozial verstärkten Kampfpulse eine unterstützende Gesellschaft mit einer klaren Über- und Unterordnung, mit einer Hierarchie des Befehlens und Gehorchens. Er entwickelte eine Persönlichkeitsstruktur, bei der die Selbstzwänge, also auch das eigene Gewissen, der Unterstützung durch den Fremdzwang einer starken Herrschaft bedurften, um funktionieren zu können. Die Autonomie des individuellen Gewissens war begrenzt.“²¹ Über das Erziehungsinstrument der Mensur werden nicht nur Sekundärtugenden wie Tapferkeit oder Gehorsam eingeübt, sondern auch jene Härte und moralische Indifferenz, die Elias als „menschlichen Habitus ohne Mitleid“²² beschrieb.

Über das (burschenschaftliche oder „deutsche“) Erziehungsideal der Härte meinte Adorno: „Die Vorstellung, Männlichkeit bestehe in einem Höchstmaß an Ertragenkönnen, wurde längst zum Deckbild eines Masochismus, der – wie die Psychologie dartat – mit dem Sadismus nur allzu leicht sich zusammenfindet. Das gepriesene Hart-Sein, zu dem da erzogen werden soll, bedeutet Gleichgültigkeit gegen den Schmerz schlechthin. Dabei wird zwischen dem eigenen und dem anderer gar nicht einmal so sehr fest unterschieden. Wer hart gegen sich ist, erkaufte sich das Recht, hart auch gegen andere zu sein, und rächt sich für den Schmerz, dessen Regungen er nicht zeigen durfte, die er verdrängen mußte.“²³

In der burschenschaftlichen Beschreibung der Mensur kommt darüber hinaus die schon angedeutete Geringschätzung des Individuums zum Ausdruck: „Wird in einem Ritual absichtlich Blut vergossen, so bedeutet das in der Regel, daß der Wert, zu dessen Ehren das Blut fließt, höher geachtet wird als das Leben des Blutenden.“²⁴ Als jener „Wert“, dem das Leben des Einzelnen zu opfern ist, erscheint stets das (deutsche) „Vaterland“.

Antisemitismus

Neben dem völkischen Nationalismus und einem spezifischen Männerbild stellt der eliminatoire und bald auch exterminatorische Antisemitismus ein konstituierendes Moment der Burschenschaftsbewegung gerade in Österreich dar. Während in Deutschland noch über einen „Arierparagraphen“ diskutiert wurde, nahmen ihn die „Ostmärker“ in ihrer Praxis bereits vorweg. Die *ab! Libertas* (Wien), die den oberösterreichischen FPÖ-Obmann Hans Achatz zu ihren „Alten Herren“ zählt, hat 1878 als erste österreichische Verbindung Juden die Mitgliedschaft verwehrt, und bereits um 1890 fanden sich unter den aktiven Burschenschäftlern in Österreich keine jüdischen Studenten mehr. 1896 wurde diesen am Waidhofener Verbandstag auch das Recht auf „Genugtuung“ im Duell abgesprochen. Die Wiener *ab! Silesia* begründete diesen Schritt nicht nur mit einer „angeborenen Feigheit der Juden“, sondern auch mit dem Grundsatz, „daß man eine unsere nationale Existenz und germanische Moral gefährdende Rasse isolieren müsse.“²⁵ Es waren in der Folge vor allem österreichische Burschenschäftler, die versuchten, den nunmehr rassistisch argumentierenden Antisemitismus in den Dachverbänden durchzusetzen. Mit Erfolg: Die DB verlieh am Burschentag 1920 der „Überzeugung“ Ausdruck, „daß die ererbten Rasseeigenschaften der Juden durch die Taufe nicht berührt werden“²⁶.

Dass der korporierte Antisemitismus gerade in Österreich eine Kontinuität über 1945 hinaus

aufweist, wird vereinzelt sogar von Angehörigen des Milieus eingeräumt. So bedauert der Korporierte Harald Seewann, dass „auch heute noch in der Auffassung einzelner die Waidhofener Beschlüsse nicht überwunden scheinen“²⁷. Tatsächlich verteidigten österreichische Burschenschafter den „Arierparagraphen“ auch nach 1945. Noch in den 60er Jahren rühmten sich Verbindungen „die jüdischen Elemente entfernt“ zu haben oder „seit 1882 judenrein“²⁸ zu sein. Der „Pauk-Comment“ der Wiener pennalen Waffenstudenten legt in §4 fest: „Genugtuungsfähig auf Schläger ist jeder ehrenhafte arische Mensch.“²⁹ Und die *Suevia* argumentierte 1960 gegenüber deutschen Kameraden: „Wir müssen (...) betonen, daß es für die Deutsche Burschenschaft in Österreich unmöglich ist, Nichtdeutsche aufzunehmen. Wir (...) stehen auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, daß somit auch der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat.“³⁰ Angesichts eines derartigen Standpunktes überrascht es kaum, wenn auch mal Taten folgen. So verwüsteten im November 1961 zwei Burschenschafter den jüdischen Friedhof in Innsbruck. Einer der Täter, Aktivist der *Suevia*, zwängte seinen Antisemitismus zuvor in holprige Reimform: „...der einzige Feind, den es Wert ist zu hassen/und unter Umständen auch zu vergasen/ist doch der ewige Jude, der heute/wie früher die dummen, weil ehrlichen Leute bestiehlt/und uns allen die Frischluft wegsaugt/nicht ahnend, daß er nur zum Einheizen taugt./Die Zeit wird bald kommen, darauf ist Verlaß/daß man ihn zum letztenmal setzt unter Gas./Dann werdet auch Ihr, trotz Aktiven-Allüren,/das Feuer von Auschwitz behüten und schüren./Wir werden, wenn auch ohne Mütze und Band,/die Gasöfen füllen bis an den Rand.“³¹

„Heim ins Reich“

Den „Anschluss“, noch 1988 in einer von Herwig Nachtmann (*aB! Brixia*, Innsbruck) verantworteten Aula-Broschüre als „Wiedervereinigung“ bezeichnet, feierten die Burschenschaften mit dem Aufziehen von Hakenkreuzfahnen. Die Machteinsetzung der NSDAP wurde zuvor im Organ der DB bejubelt: „Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschaft von 1817 jahraus, jahrein an uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden.“³² Bis aber „der Traum der Deutschen Burschenschaft vom großen Reiche aller Deutschen Wirklichkeit wurde“³³, mussten die korporierten Nazis in Österreich noch durch die Widrigkeiten der Illegalität. Über die Bedeutung der Burschenschaften nach dem Verbot der NSDAP 1933 meinte der Rektor der Universität Wien im März 1938: „Das große Verdienst der deutsch eingestellten studentischen Korporationen Österreichs besteht darin, daß sie sich in der Zeit des Kampfes restlos in den illegalen politischen Aufbau eingefügt haben. Jede Körperschaft bildete einen in sich geschlossenen Kampftruppenteil.“³⁴

Als Entlastungsargument führen Burschenschafter heute dennoch gerne an, ihre Verbindungen seien 1938 unter Zwang aufgelöst worden. Diese Behauptung hat seine Berechtigung nur für das katholische Verbindungswesen und einige Corps, hingegen lösten sich auch die österreichischen Burschenschaften feierlich selbst auf und gliederten sich zum Großteil als *Kameradschaften* in den *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund* ein. Von gedrückter Stimmung angesichts dieses Schrittes ist zumindest bei der Olympia nichts zu bemerken: „Bei der eindrucksvollen Feier im großen Konzerthausaal anlässlich der Überführung der waffenstudentischen Korporationen in die Gliederungen der NSDAP wurden die Farben das letzte Mal in der Öffentlichkeit getragen.“³⁵

Neben der Behauptung, von den Nazis „verbotten“ worden zu sein, dient der vereinzelt Widerstand von deutschnational Korporierten der Reinwaschung des ganzen Milieus. Diese Selbstverleugnung war nicht immer vorherrschend: 1955 wurde es noch abgelehnt, „Widerständler‘ aus unseren Reihen zu benennen und sie als Schild zu mißbrauchen“³⁶. Auch in der *Aula* verschloss man sich zunächst den Versuchen, „einen nationalen Widerstand zu konstruieren“³⁷.

Kontinuität und Neuanfang

Stellvertretend formuliert die *Olympia* die Ablehnung der nachfaschistischen Umwälzungen: „Gleich nach Kriegsende setzte die von den Siegern betriebene systematische Umerziehung (reeducation) ein, die einen intensiven Wandel des Denkens, der Empfindungen und Verhaltensweisen erreichen wollte und auch erreichte. Alle Ideen und Überzeugungen, die nach Meinung der Sieger zu der politischen, moralischen und charakterlichen Korruption der Deutschen geführt hatten, sollten ein für allemal ausgerottet werden. (...) Die entstandene geistig-kulturelle Bewußtseinslücke wurde durch die Etablierung der westlich-pluralistischen Gesellschaftsform ‚ausgefüllt‘.“³⁸

Tatsächlich sehen sich Burschenschafter bis heute als Besiegte und den 8. Mai 1945 als „totale Niederlage“³⁹. Als Gliederungen der NSDAP wurden die Burschen- bzw. Kameradschaften 1945 aufgelöst, das Schlagen von Mensuren wurde genauso verboten wie der Aufzug mit Mütze und Band auf Universitätsgelände. Die deutschnationalen Männerbünde waren zunächst angehalten, die Kontinuitäten mittels Auftreten unter unverfänglichem Namen zu verdecken. So rekonstituierte sich etwa die *Olympia* 1948 als *Akademische Tafelrunde Laetitia*. Als mehr oder weniger belastete NS-Kader hatten zahlreiche Korporierte mit der Entnazifizierung zu kämpfen: „Ein Großteil der Überlebenden,“ heißt es bei der *Olympia*, „war politisch verfolgt und mit Berufsverbot belegt.“⁴⁰ Aber bald verspürte man das Nachlassen des Entnazifizierungseifers und somit wieder Aufwind. Mit dem gesamten „Dritten Lager“, das spätestens 1938 fast zur Gänze in der NSDAP aufgegangen war, reorganisierte sich ab 1948 auch das burschenschaftliche Milieu. Die Mensuren wurden 1952 wieder erlaubt, zwei Jahre später durften die deutschnational Korporierten wieder mit Mütze und Band an die Hochschulen. Diese glichen spätestens ab 1955 dem Bild zwischen 1920 und 1938 – Hochburgen des Antisemitismus und Rassismus.

Die Renaissance der Burschenschaften war begleitet von Gewalt: So kam es 1961 in Innsbruck zu Übergriffen auf US-amerikanische Studenten, die dabei als „Juden“ beschimpft wurden. 1965 stürmten rechtsextreme Schläger unter „Hoch Auschwitz!“-Rufen eine Demonstration gegen einen antisemitischen Professor. Dabei erschlug ein *Olympe* den ehemaligen KZ-Häftling Ernst Kirchweger.

Zu Beginn der 60er Jahre stiegen Burschenschafter in den Südtirolterror ein und ließen diesen eskalieren. Richtete sich dieser ursprünglich gegen Sachen, so nahmen die „Volkstums-kämpfer“ rund um Norbert Burger (*ab! Olympia*) den Tod auch von ZivilistInnen bewusst in Kauf. Diese mörderische Terrorkampagne wird nach wie vor als „Einsatz für das bedrohte Grenzlanddeutschum“⁴¹ verharmlost. Und FPÖ-Nationalrat Graf meint noch heute über den 1991 verstorbenen Neonazi: „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus.“⁴² Dieser Verbundenheit unter dem Dach einer Burschenschaft kann offenbar

auch nicht die Tatsache Abbruch tun, dass Burger in Italien wegen mehrfachen Mordes in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Als eine der spärlichen Reaktionen wurde die *Olympia*, die das organisatorische Zentrum des Neonazi-Terrors darstellte, 1961 behördlich aufgelöst. Bis zur Wiedenzulassung 1974 fanden die *Olympen* Unterschlupf bei der vorübergehend reaktivierten *Vandalia*.

1952 gründeten Burschenschafter den *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS), welchem ein Jahr später Burger vorstand. Nachdem sich die FPÖ zu Beginn der 60er Jahre an ihrer Spitze zu liberalisieren begonnen hatte, entfernten sich die Mannen rund um Burger mehr und mehr von der Mutterpartei. 1967 gründeten sie schließlich die *Nationaldemokratische Partei* (NDP). Die Kontakte rissen jedoch nie ganz ab: Neben dem RFS stellten vor allem die bereits erwähnten *Freiheitlichen Akademikerverbände* (FAV) – eine Vereinigung „Alter Herren“ im Vorfeld der FPÖ – das Bindeglied zwischen NDP und FPÖ dar. Nach der Kür Haider zum FPÖ-Obmann 1986 war wieder Einheit angesagt. Bei einem von Otto Scrinzi arrangierten geheimen Treffen zwischen Haider und dem NDP-Vorsitzenden Burger besprachen diese im Juli 1987 eine mögliche Zusammenarbeit. Als dann 1988 die NDP endlich behördlich aufgelöst wurde, war sie ohnehin schon überholt: Ein Großteil der Mitglieder und Kader hatte den Weg zurück zur FPÖ bereits gefunden.

Heute laufen die Kontakte zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) ebenfalls über das burschenschaftliche FPÖ-Vorfeld: In der *Aula* häuften sich etwa mit dem Einstieg von Jürgen Schwab (*aB! Thessalia zu Prag*, Bayreuth und *Germania*, Graz)⁴³ ab 1998 die Lobeshymnen auf die deutschen Neonazis. Das „freiheitliche Magazin“ bot darüber hinaus dem NPD-Vorsitzenden Platz zur ausführlichen Selbstdarstellung.⁴⁴

Die FAV Wien, Burgenland und Niederösterreich luden im Herbst 1999 den NPD-Kader Horst Mahler zu einem Vortrag nach Wien. Dabei gab dieser seiner Bewunderung des „Führers“ unverholen Ausdruck: „Hitler hat die nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Kräfte dieses Volkes aufgegriffen und gebündelt.“ Dann wandte sich Mahler aktuellen Bedrohungen zu: den „Türken“, welche sich anschickten, Deutschland „von innen her“ zu übernehmen, der „Umerziehung“, die dafür verantwortlich sei, dass „unser Volk es nicht mehr wagt, sich der Auslöschung durch Überfremdung zu widersetzen“ und dem „jüdischen Volk“, das der „Feind“ der Deutschen sei. Auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“ müssten sich die „Deutschen“, zu welchem Mahler und seine korporierten Zuhörer auch die ÖsterreicherInnen zählen, von den „negativen jüdischen Prinzipien“ wie dem „Mammonismus“ befreien. Aber noch würden „unsere Feinde“ (die Juden und Jüdinnen, Anm.) „über unsere Gedanken (herrschen)“. Mahler versuchte in Wien auch, die antisemitische Verfolgung zu legitimieren: „Den Juden wurde der Hass auf andere Völker auferlegt. Die anderen Völker haben diesen Hass nur erwidert.“⁴⁵

Schließlich konnten Burschenschafter im Juni 2000 niemanden Geringeren als Frank Renicke begrüßen. Der Neonazi-Barde und NPD-Aktivist trug seinen germanomanen Singsang auf dem „Innenhoffest“ der *Olympia* vor.

Doch vermögen auch die stimmungsvollsten Treffen nicht über die anhaltende Schwäche hinwegzutäuschen: Das deutschnationale Korporationswesen hat nach seiner Hochblüte in den 50er und 60er Jahren bis heute mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen. Denn mit der partiellen Öffnung (i.e. dem Anwachsen des Anteils von Frauen und Angehörigen unterer sozialer Schichten) und Demokratisierung der Universitäten zu Beginn der 70er Jahre ging der Einfluss

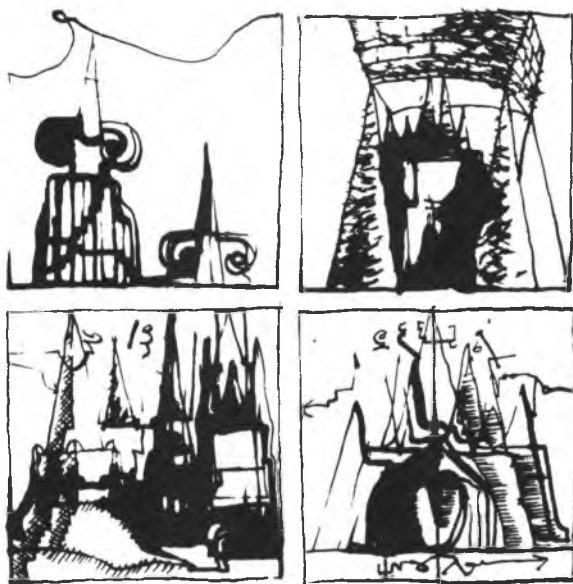
des Rechtsextremismus auf akademischem Boden nach und nach zurück. Deutlicher Ausdruck dieser Kräfteverschiebung ist der Niedergang des RFS: Der hochschulpolitische Arm von Burschenschaften und FPÖ sank in der studentischen WählerInnengunst von 32% (1953) auf gerade 2% (1987) ab. Wenn sich auch das völkische Milieu an den Universitäten im Zuge gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen konsolidiert zu haben scheint, ist es von alter Stärke nach wie vor entfernt. Heute tummeln sich nach unseren Schätzungen in knapp 60 deutsch-nationalen (akademischen und pennalen) Korporationen rund 3000 Aktive und „Alte Herren“. Und der RFS vermag es nach wie vor nicht, bei ÖH-Wahlen bundesweit über 4% hinauszukommen.

Deutsch-„deutsche“ Verbundenheit

Gemäß ihrer Ideologie versuchen deutsche und österreichische Burschenschaften, die staatliche „Wiedervereinigung“ in ihren Dachverbänden vorwegzunehmen. 1919 vereinigte sich die *Burschenschaft der Ostmark* mit der DB. Um einem Verbot zu entgehen, schieden jedoch die heimischen Verbindungen im Juni 1933 aus dem gemeinsamen, nun auch offiziell nazifizierten Dachverband aus. 1938 vereinigte man sich wieder – diesmal unterm Dach des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes*. Sieben Jahre nach der Befreiung vom Faschismus schloss der österreichische *Allgemeine Delegiertenconvent* (ADC) mit der DB ein „Arbeits- und Freundschaftsabkommen“ ab. Der ADC, 1959 in *Deutsche Burschenschaft in Österreich* (DBÖ) umbenannt, scheiterte 1961 zunächst in seinen Bestrebungen nach erneuter Fusion mit der DB am beiderseitigen Misstrauen. Ein Mainzer Burschenschafter brachte die Vorbehalte gegenüber den „Ostmärkern“ auf den Punkt: „Auf Grund persönlicher Gespräche, schriftlicher Dokumente und den Erfahrungen von den Burschentagen müssen wir leider feststellen, daß in den österreichischen Burschenschaften ein radikaler Geist herrscht, dem wir uns verschließen müssen. Wir lehnen ganz entschieden jede Form von politischem Extremismus und Antisemitismus ab. Die Geschichte lehrt uns, daß diese Geisteshaltung die deutsche Burschenschaft ins Unglück führen würde und uns an unserem Volke schuldig werden ließe.“⁴⁶ Die unterlegene Fraktion schloss sich darauf zur *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) zusammen. Im Gründungsprotokoll der aus 42 österreichischen und deutschen Burschenschaften bestehenden BG⁴⁷ bekennt sich diese „zum volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“ und fordert „die geistige und kulturelle Einheit aller, die dem deutschen Volke angehören und sich zu ihm bekennen.“ Hochgehalten wird von der BG ein Großdeutschland in den Grenzen vom 1. September 1939.⁴⁸

Die völkischen Fundamentalisten konnten am Burschentag von 1961 jedoch einen Etappensieg einfahren: Ein Antrag der Münchener *Danubia*, die DB möge gegenüber der DBÖ feststellen, dass es die „wichtigste politische Aufgabe der Gegenwart“ sei, für die „Wiedervereinigung“ Österreichs mit Deutschland zu kämpfen, wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen. Für die anwesenden *Olympen* fragt sich der Berichterstatter, „mit welchem Recht sich die 48 Bünde“, welche gegen den Antrag stimmten und somit „Österreich und Südtirol nicht mehr als einen Teil ihres Vaterlandes anerkennen wollen, noch als Burschenschaft bezeichnen.“⁴⁹

Die jahrelangen Streitereien zwischen den Fraktionen wurden 1971 am Burschentag in Landau kurzfristig beigelegt. Der geschlossene Kompromiss beinhaltet zwar die Freistellung der Mensur, doch setzten sich die Hardliner aus DBÖ und BG mit der Verankerung ihres



„volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes“ durch.⁵⁰ Darüber hinaus wurden den DBÖ-Verbindungen Einzelbeitritte zur DB gestattet. Die Wiener Burschenschaften *Libertas* und *Vandalia* (i.e. *Olympia*) traten umgehend bei, bis heute haben sich 18 heimische Burschenschaften der DB angeschlossen.⁵¹

Die DB verdankt ihre Radikalisierung, welche 1995 erstmals zu einer Erwähnung im deutschen Verfassungsschutzbericht führte, vor allem dem erfolgreichen Entrimismus der „Ostmärker“. Jedoch wurde deren Auftreten nicht immer gutgeheißen: So erntete Norbert Burger bei der 175-Jahr-Feier der DB in Jena 1990 für seine „extremen Grußworte“⁵² Pfiffe. Im selben Jahr sah sich die DB gezwungen, „sich bei Staatssekretär Kroppenstädt (...) wegen der globalen Beschimpfungen und Verleumdungen (...), die durch ein Mitglied der vorsitzenden Burschenschaft in der DB, B! Olympia Wien, in einem Interview ausgesprochen worden sind, in geeigneter Form zu entschuldigen.“⁵³ In besagtem Interview wurde die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze seitens der deutschen Regierung kritisiert und betont, „daß auch die Ostgebiete, Südtirol usw. alles deutsche Länder sind“⁵⁴. Ein Jahr darauf forderten die *Olympen* am Burschentag: „Die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Angehörige von fremden Völkern bedroht die biologische und kulturelle Substanz des deutschen Volkes (...) Das deutsche Volk ist vor Unterwanderung seines Volkskörpers durch Ausländer wirksam zu schützen.“⁵⁵

Angesichts derartiger Urlaute überrascht es nicht, dass gemäßigte deutsche Verbindungen die neuerliche Wahl der *Olympia* zum Vorsitzenden der DB 1996 mit ihren Austritten quittierten. Als Grund für diesen Schritt wurde unter anderem angegeben, die Wiener Fundis hätten gefordert, „Österreich und Teile Polens in die Wiedervereinigung Deutschlands mit einzubeziehen“⁵⁶.

- 1 Unter dem Begriff deutschnationale oder nationalfreiheitliche Korporationen werden Burschenschaften, Sängers-, Jäger- und (Grenz-)Landmannschaften sowie akadem. Turnvereine, Vereine Deutscher Studenten (VDSSt) und die div. Corps zusammengefasst. Diese formal als Vereine organisierten „Lebensbünde“ unterscheiden sich bei allen Gemeinsamkeiten in der männerbündischen Struktur von den katholischen Verbindungen (CV, MKV, kath. Landmannschaften) durch ihren Deutschnationalismus, ihre Skepsis gegenüber der liberalen Parteiendemokratie, ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus und durch das weitgehende Festhalten am schlagenden Prinzip (Pflichtmensur). Im Folgenden beschränken wir uns weitgehend auf die Burschenschaften. Dies gehorcht neben deren Stärke und Stellenwert im Milieu v. a. deren explizit politischer Ausrichtung, die eine ideologische Verortung erleichtert.
- 2 BM f. Inneres, Gruppe C, Abteilung II/7: Rechtsextremismus in Österreich. Jahreslagebericht 1999. Wien 2000, S. 10
- 3 BM f. Inneres, Gruppe C, Abteilung II/7: Rechtsextremismus in Österreich. Jahreslagebericht 2000. Wien 2001, S. 12
- 4 Gehler, Michael: Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom 19. Jahrhundert bis heute, in: Reinalter, H.; Petri, F.; Kaufmann, R. (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. Innsbruck 1998, S. 390
- 5 Mitteilungen der US! Skalden, Februar 1993; Die übrigen Sängerschaften in Österreich – mit Ausnahme der Wiener Barden – traten in der Folge ebenfalls aus der DS aus.
- 6 Die Mitgliedschaft in einer Korporation wird erst nach Ablauf einer längeren Probe- und Bewährungsfrist gewährt. Neben der „Burschung“ erfolgt die Aufnahme in den „Lebensbund“ über ritualisierte Fechtduelle („Mensuren“).
- 7 Den offensten Ausdruck findet diese Schutzfunktion bei NS-Wiederbetätigungsprozessen, welche von Burschenschaftlern geleitet oder vorbereitet werden. So sorgte etwa Hans Peter Januschke (VDSSt Sudetia, Wien) mit seiner Prozessführung 1996 für einen mittleren Skandal: Nachdem sich Januschke im Verfahren gegen einen Wiener Berufsschullehrer mehrmals als „Nationaler“ zu erkennen gegeben und dies auch mit einschlägigen Sprüchen („...das KZ Dachau war für Asoziale, Zigeuner und dergleichen“) verdeutlicht hatte, wurde er wegen Befangenheit abgelöst. Auch Staatsanwalt Heinrich Steinsky (aB! Suevia, Innsbruck) geriet aufgrund seines Verhaltens während der Vorerhebungen gegen mutmaßliche Neonazis wiederholt zum Gegenstand parlamentarischer Anfragen an den Justizminister.
- 8 Hatzebichler, Jürgen: Korporation, Tradition und Neue Rechte, in: Mölzer, Andreas (Hg.): Pro Patria. Das deutsche Korporations-Studententum – Randgruppe oder Elite? Graz 1994, S. 262f
- 9 vgl. Gehler, Michael: Studentenverbindungen ...a.a.O., S. 361f
- 10 Aula 2/99, S. 20
- 11 vgl. Parlamentarische Anfrage, XX GP-NR, 5310/J, 1998-12-02
- 12 Über die Ernsthaftigkeit dieses Abrückens von einem konstituierenden Moment des nationalfreiheitlichen Lagers gab Haider selbst Auskunft: Am 120. Stiftungsfest der Sylvania bekräftigte er, weiter „für die Erhaltung des deutschen Volkstums zu stehen“. (Junge Freiheit 47/96, S. 7)
- 13 Der ehemalige Burschenschafter und liberale Politiker Helmut Peter meint über die Südmark: „Dort herrschte (...) ein rabierter Antisemitismus, das waren richtiggehende Extremisten.“ (zit. nach: Joachim Riedl: Der Dominator von Bad Goisern. Über die Versuchungen des jungen H., in: Scharsach, Hans-Henning (Hg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek b. Hamburg 2000, S. 158)
- 14 Zur Zeit Nr. 19/00, S. 1
- 15 Format 21/00, S. 50
- 16 Wiener akadem. Burschenschaft Olympia (Hg.): Wahr und treu, kühn und frei! 130 Jahre Burschenschaft Olympia. Wien '89, S. 2
- 17 Aula 1/98, S. 25ff
- 18 Interview mit der Wiener Burschenschaft Olympia, in: Junge Freiheit 4/90, S. 8
- 19 Wiener Couleur-Szene, Oktober 1991, S. 5
- 20 zit. nach Der Spiegel 24/97, S. 54
- 21 Elias, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. u. 20. Jahrhundert. Ffm 1989, S. 128

22 ebd., S. 144

23 Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: ders.: „Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse“. Ein philosophisches Lesebuch, hrsg. v. Rolf Tiedemann. Ffm 1997, S. 56

24 Wiener akademische Burschenschaft Olympia...a.a.O., S. 113

25 zit. nach Knoll, Curt: Die Geschichte der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark. Wien 1924, S. 321

26 zit. nach Heither, Dietrich et al.: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt a. M. 1997, S. 92

27 Aula 9/94, S. 5

28 Österreichischer Hochschulführer, zit. nach Volksstimme, 8. 4. 1965

29 zit. nach Kartell-Chargen-Konvent des MKV (Hg.): Die schlagenden Mittelschulverbindungen Österreichs. o.O. WS 1963/64

30 zit. nach Gehler, Michael: Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit, in: Bergmann, W.; Erb, R.; Lichtblau, A. (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Ffm./N. Y. 1995, S. 243

31 zit. nach Tribüne, Nr. XI/62

32 Burschenschaftliche Blätter 6/1933, S. 130

33 100 Jahre Wiener Akademische Burschenschaft Bruna Sudetia, in: Akademisches Leben, 7./8. Folge, Juli/August 1971, S. 22

34 zit. nach Lichtenberger-Fenz, Brigitte: Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime, in: Talos, E.; Hanisch, E.; Neugebauer, W. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 271

35 Wiener akademische Burschenschaft Olympia...a.a.O., S. 30

36 Burschenschaftliche Blätter 7-8/55, S. 218

37 Wrabetz, Peter: Das nationalfreiheitliche Lager in Österreich, in: Aula 5/73, S. 6

38 Wiener akademische Burschenschaft Olympia...a.a.O., S. 76f

39 ebd., S. 79

40 ebd., S. 1

41 ebd., S. 4

42 Format 21/00, S. 50

43 Schwab ist Leiter des „Arbeitskreises Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand.

44 Aula 9/98, S. 15f

45 Die Presse, 25. 11. 1999; profil 48/99, S. 66f

46 zit. nach Gehler, Michael: Studentenverbindungen...a.a.O., S. 380

47 Österreichische BG-Mitglieder: Allemannia, Arminia, Carniola, Cheruskia, Germania, Marcho-Teutonia (alle Graz), Suevia (Innsbruck), Leder, Cruxia (Leoben), Alania, Albia, Aldania, Bruna Sudetia, Gothia, Libertas, Moldavia, Oberösterreich Germanen, Olympia (Wien), Altherrenverband der aB! Südmark (Perg)

48 vgl. Perner, Markus; Zellhofer, Klaus: Österr. Burschenschaften als akadem. Vorfeldorganisationen d. Rechtsextremismus, in: Stiftung Dokumentationsarchiv d. österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch d. österr. Rechtsextremismus. Wien 21996, S. 275f

49 Bericht über den Burschentag der DB in Nürnberg von Günter Höllerl, S. 3 (Kopie im DÖW)

50 vgl. Acta Studentica, 3. Jg., Folge 1+2, Oktober 1972, S. 9

51 Albia, Aldania, Bruna Sudetia, Gothia, Libertas, OÖ Germanen, Olympia, Moldavia, Silesia (alle Wien), Allemannia, Arminia, Carniola, Germania, Marcho Teutonia (Graz), Brixia und Suevia (Innsbruck), Cruxia und Leder (Leoben)

52 Acta Studentica, 21. Jg., Folge 82, Juni 1990, S. 7

53 ebd., 22. Jg., Folge 86, Juni 1991, S. 8

54 Interview mit der Wiener Burschenschaft Olympia, in: Junge Freiheit 4/90, S. 8

55 zit. nach Perner, Markus...a.a.O., S. 275

56 Junge Freiheit 18-19/96, S. 4

Wehret den Kontinuitäten

Die französische Universität zwischen Vichy-Tabuisierung, Shoah-Verleugnung und Neuer Rechter

EIN INTERVIEW MIT RITA THALMANN

GEFÜHRT VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

Sie sind als Flüchtlingskind nach Frankreich gekommen und haben als U-Boot überlebt. Sie waren also schon sehr früh auf lebensgefährliche Art und Weise mit dem Rassismus und Antisemitismus der Nazis und ihrer KollaborateurInnen konfrontiert. Nach dem Krieg haben Sie sich als Lehrende und als Historikerin, aber auch als Aktivistin der LICRA gegen Rassismus und Antisemitismus engagiert.

Ich bin gegenwärtig emeritierte Professorin und lehrte von 1962 bis 1984 an der Universität François Rabelais in Tours, dann bis 1996 an der Universität Denis Diderot – Paris 7 Geschichte der deutschsprachigen Länder und Minderheiten. Bestimmt wurde die Wahl dieser Problematik durch meine Erfahrungen von Kindheit an beeinflusst. Unsere Familie flüchtete 1933 als Juden und politisch links stehend aus Nürnberg, von Streicher verfolgt, zuerst in die Schweiz, Heimat unserer Mutter, dann von dort ausgewiesen in das benachbarte Elsaß. Von dort wiederum ausgewiesen, erhielten wir schließlich eine Aufenthaltsgenehmigung in Dijon. So lernte ich schon früh, wie Rassismus, Fremdenhaß und Judenfeindschaft von einem Tag auf den anderen die Lebensbedingungen zerstören können. Mit dem Krieg, der NS-Okkupation Frankreichs und dem Vichy-Regime fiel der letzte demokratische Schutz, so daß Vater und Mutter umkamen und mein Bruder und ich dank hilfsbereiter Menschen, vorwiegend Lehrer und Lehrerinnen, überlebten. Ein Schicksal, das der Existenz der Mehrheit jüdischer Reichsflüchtlinge entsprach, u.a. der überlebenden Kinder, die ich als junge Erzieherin in den Nachkriegsjahren in Heimen des Kinderhilfswerks betreute. Nach 1945 mußte ich erst die durch Krieg und Okkupation verlorenen Studienjahre nachholen, dies erklärt, daß meine militante Tätigkeit gegen Rassismus und Antisemitismus erst Anfang der sechziger Jahre mit meiner Berufung an die Universität von Tours und dem ersten Prozeß gegen den Shoah-Verleugner Paul Rassinier kollidierte.

Wie manifestierten sich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach dem Krieg an der Universität und in intellektuellen Kreisen?

Bis Anfang der 60er Jahre war Judenfeindschaft in Frankreich durch die Kollaboration weitgehend diskreditiert und beschränkte sich deshalb auf einen kleinen Kreis, u.a. um den Verleger Maurice Bardèche, Schwager des wegen Kollaboration hingerichteten Schriftstellers Robert Brasillach. Bardèche stellte bereits 1948 in seinem Buch *Nuremberg ou la Terre Promise* [Nürnberg oder das gelobte Land] die Nürnberger Prozesse als jüdische Verschwörung dar. Ab 1952 schuf er mit der Zeitschrift *Défense de l'Occident* [Verteidigung des Abendlandes] ein Sprach-

rohr für rechtsextreme Intellektuelle.

Doch dominierend war vielmehr zu dieser Zeit der durch die französischen Kolonialkriege – zuerst in Vietnam, dann in Nordafrika, besonders Algerien – über diesen Kreis hinausragende Rassismus, der sich später durch die Ankunft der aus diesen Ländern geflüchteten Französinnen und Franzosen (Pieds Noirs) und politisch oder wirtschaftlich bedrohten Immigrantinnen und Immigranten verstärkte.

Die Synthese von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgte ab Mitte der sechziger Jahre auch in rechtsintellektuellen und studentischen Kreisen in Folge des Aufkommens soziobiologischer Thesen, die zuerst von der „national-europäischen Studentengruppen“ ausgingen, anschließend von der „*Nouvelle Droite*“ (Neuen Rechten) übernommen wurden.

Spezifisch und besonders schwerwiegend in dieser Entwicklung war die radikale Umkehr des ehemaligen sozialistisch-pazifistischen Mittelschullehrers Paul Rassinier, der nach seiner Rückkehr aus dem KZ Buchenwald-Dora zuerst Artikel gegen die kommunistische Dominanz in den NS-Lagern schrieb und bereits 1959 mit der Veröffentlichung seines ersten Buches *Le mensonge d'Ulysse* [Die Lüge des Odysseus] den Raster für die weiteren Verleugner der Gaskammern lieferte.

Mit der Zeitschrift *Défense de l'Occident*, mit Rassinier und seinen Nachfolgern Faurisson, Roques, Notin, Garaudy, hatte Frankreich das traurige Privileg des Versuchs der Auschwitz-Lüge einen wissenschaftlichen Status an Universitäten und Forschungsinstitutionen zu verschaffen. Besonders aktiv waren die Shoah-Verleugner in Paris, ferner an den Universitäten Lyon II, Lyon III und Nantes, wo deren Tätigkeit seitens der LICRA und der *Vereinigung ehemaliger Deportierter* durch Prozesse bekämpft wurde. Die von der *jüdischen Studentenschaft* veranstalteten Störungen des Seminars von Faurisson und etliche Beschwerden beim Erziehungsministerium trugen zur Aufdeckung dieser Universitätslehrenden bei. Kennzeichnend für Frankreich war auch, daß sich dieser „Revisionismus“ allmählich auf die Ultralinke erstreckte. Insbesondere Pierre Guillaume und der Soziologe Serge Thion, welche den Verlag *La Vielle Taupe* [Der alte Maulwurf] leiteten, der die bisher wenig beachteten Schriften Rassiniers neu auflegte, entpuppten sich als aktive Mitstreiter der Revisionisten.

Während Faurisson relativ schnell von seiner Stelle an der Universität Lyon II zum Fernunterricht versetzt wurde, dauerte es über zehn Jahre, bis sich das *Centre National de la Recherche* (CNRS)-Lyon entschloß, Serge Thion in den Ruhestand zu versetzen.

Der Höhepunkt rechtsextremistischer wie ultralinker Agitation erfolgte als Reaktion auf die Studentenrevolte von 1968 mit der Gründung verschiedener Gruppen und Klubs, u.a. der bereits erwähnten „Neuen Rechten“ von Alain de Benoist mit ihrer Forschungs- und Studiengruppe zur europäischen Zivilisation GRECE und dem *Club de l'Horloge*. Beide wurden allerdings durch Le Pens Front National, besonders nach dessen ersten großen Wahlsieg 1984 zurückgedrängt, zumal sie im Gegensatz zu Le Pen die katholisch-nationalistischen und fundamentalistischen Erben der Ära Pétain mit der Hervorhebung der antichristlichen, neuhheidnischen Kulturen des Abendlandes abschreckten.

Wie weit sind sich die FranzösisInnen über die Verantwortung der Republik, zumindest eines Großteils ihres Staatsapparates an der Kollaboration bewußt? Wie ging mensch nach dem Krieg mit Vichy-Frankreich, mit der Kollaboration um?

Zum Trend der französischen Geschichtsschreibung. Um die Schattenseiten u.a. der Kolonialpolitik zu verschweigen, kam bald nach Kriegsende eine gewisse Abschwächung der Rolle des Vichy-Regimes. Denn nach den ersten großen Prozessen der Kollaboration (u.a. von Pétain und Laval [Staatschef und Premier des Vichy-Regimes]) konnten dank der Amnestie-Gesetze von 1951 und 1953 hohe Beamte des Vichy-Regimes, wie der Generalsekretär der Polizei und sein Assistent, die Präfekten Bousquet und Leguay, ohne die die Verhaftung von Widerstandskämpfern und Juden kaum durchführbar gewesen wäre, ihre gesellschaftliche Position wiederfinden. Parallel dazu dominierten fünfundzwanzig Jahre lang nach Kriegsende mit wenigen Ausnahmen eine gaullistische und eine kommunistische Historiographie, die beide den Widerstand Frankreichs hervorhoben, die Kollaboration als Verrat einer Minderheit und das Vichy-Regime als illegalen De-facto-Staat darstellten. Noch 1971 begnadigte Präsident Pompidou, im Namen der nationalen Versöhnung, den Chef der Miliz von Lyon, Paul Touvier, der persönlich an der Hinrichtung jüdischer Geiseln in der Umgebung von Lyon teilnahm und jahrelang mit Hilfe mehrerer katholischer Institutionen der Fahndung entgangen war.

Wann gab es den ersten Bruch mit den Tabus der Vichy-Zeit?

Die Idealisierung der Geschichte Frankreichs der 30er und 40er Jahre erfuhr ihre ersten Abbrüche mit dem Aufkommen einer jüdischen Erinnerungskultur ab 1974, die in den großen Nachkriegsprozessen ebenso wenig wie in den Säuberungsmaßnahmen Beachtung gefunden hatte und nun gewissermaßen auf die Gefahr der Verharmlosung der Vergangenheit und der Verbreitung von revisionistischen Thesen der Shoah-Verleugner reagierte. Zur Beschwichtigung des durch Touver's Begnadigung ausgelösten Protestes der Organisation ehemaliger Widerstandskämpfer und Deportierter forderte die französische Regierung von Bolivien die Auslieferung von Klaus Barbie. Er kam aber erst zehn Jahre später in Lyon, wo er als SD-Offizier besonders grausam gewirkt hatte, an und wurde 1987 von einem Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der über zehn Wochen dauernde Prozeß wurde von zahlreichen SchülerInnen- und StudentInnengruppen besucht, ferner erstmals nach strikten Vorschriften verfilmt, schließlich im Fernsehen und in Schulen vorgeführt.

1972 verabschiedete das Parlament ein erstes, unter aktiver Mitwirkung der LICRA vorgelegtes Antirassismus-Gesetz, das 1990 durch ein zweites gegen Verfälscher und Verleugner der Geschichte ergänzt wurde. Allerdings löste diese Ergänzung Kontroversen seitens mancher Historiker und Historikerinnen aus, die zwar 1978 eine öffentliche Erklärung gegen Geschichtsfälschung unterschrieben hatten, aber nun dachten, daß eine gesetzlich-juristische Maßregelung zur Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit führen könnte.

Aufgrund der Unverjährbarkeit der Verbrechen gegen die Menschheit, die bereits 1964 vom französischen Parlament verabschiedet worden war, wurden nun ab Mitte der 70er Jahre die Fälle von Touvier, Leguay, Bousquet, Papon von den Rechtsanwälten Serge Klarsfeld und Joe Nordmann wieder aufgeworfen. Obwohl Touvier erst 1989 festgenommen, schließlich kurz vor seinem Tod zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden konnte, verhinderte die außergewöhnlich lange Prozedur der Prozesse die Verurteilung von Bousquet und Leguay. Bousquet erlag den Folgen des Attentats eines Irrsinnigen, Leguay starb in der Zwischenzeit.

Im Vergleich mit diesen zwei Hauptakteuren der Judenpolitik des Vichy-Regimes war der

Fall Papon, der unter Pétain als Generalsekretär der Präfektur Bordeaux-Aquitaine an der Ermordung von 1690 jüdischen Frauen, Männern und Kindern mitgewirkt hatte, dennoch durch ein Ehrengericht der *Résistance* entlastet worden war, in der Rezeption weniger geeignet zur Aufklärung der Vergangenheit. Denn weit mehr als Bousquet und Leguay, die sich nach dem Krieg mit Stellen in Verwaltungsräten begnügt hatten, setzte Papon seine Karriere fort, zuerst als Gouverneur von Algerien, dann als Polizeipräfekt von Paris, wo er in seltsamer Kontinuität die Kundgebungen algerischer ImmigrantInnen für die Unabhängigkeit ihres Landes blutig niederschlagen ließ. Dies verhinderte schlußendlich nicht, daß er zum Finanzminister ernannt wurde.

Wie weit hat die „revisionistische Schule“ heute noch einen Einfluß an den Universitäten und gibt es die, – auch in Österreich plötzlich modern gewordenen – Aufrufe Intellektueller, die einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen?

Während Intellektuelle wie Rassinier und Garaudy keine bemerkenswerte Rolle auf französischen Universitäten spielten, selbst die sogenannte „revisionistische Schule“ heutzutage nur noch in wenigen Nischen wie Lyon III und unter dem Flügel von Le Pens *Front National* in Erscheinung tritt, es auch keine ausgesprochenen Appelle zum Schlußstrich unter die Vergangenheit gibt, plädieren doch manche, wie z.B. der Historiker Pierre Nora und Henry Rousso oder der Philosoph Paul Ricoeur gegen die Übertreibung der Erinnerungskultur, bzw. der „Pflicht des Erinnerns“ (*devoir de mémoire*), insofern diese, ihrer Meinung nach, allzu oft zur Rekonstruktion oder gar zur Sakralisierung der Vergangenheit führt.

Sie lehrten im Sommersemester 1983 als Gastprofessorin in Salzburg – wie weit war es möglich, an einer österreichischen Universität in den 80er Jahren über die Shoah zu sprechen, ohne an Grenzen zu stoßen?

Meine Erfahrungen in wissenschaftlichen Institutionen Österreichs waren höchst unterschiedlich. Anfang der 80er Jahre konnten wir mit Unterstützung von Bundeskanzler Kreisky, Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg und Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten Johanna Dohnal die *Wissenschaftliche Internationale Frauenforschung* (WIF) in Salzburg gründen, die auch dort ihren ersten Kongreß über Frauen und Faschismus in Europa veranstaltete. In diesem Zusammenhang bot mir Kollege Gerhard Botz eine Gastprofessur zur Frauengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts für das Sommersemester 1983 am Institut für Geschichte der Universität Salzburg an. Auffallend war für mich zuerst das völlige Schweigen über die NS-Vergangenheit, sodaß ich zuerst den erstaunten StudentInnen meine Herkunft und einen kurzen Lebenslauf als Beispiel für Frauengeschichte schilderte. Dieser direkte Kontakt flößte Vertrauen ein, sodaß sie mich tags darauf nach meiner Ansicht zum Fall Peter befragten, da ihr „verehrter Mentor“ ihnen abgeraten hatte, die Petition gegen Peter zu unterschreiben, mit der Begründung, er sei seinerzeit aus Idealismus in die SS eingetreten. Daraufhin erklärte ich ihnen, daß HistorikerInnen zumindest bewußt sein sollte, was es bedeutet, 1938 als Offizier der SS beizutreten und jeglichen Befehl auszuführen. Daraufhin unterschrieben sie nicht nur die Petition, sondern luden mich zu einer Kundgebung gegen die ‚Apartheid‘ in Südafri-

ka ein. Doch nur wenige Kollegen, vor allem Gerhard Botz, engagierten sich in dieser Angelegenheit.

Als langjähriges Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitschrift *Austriaca* bot sich später manche Gelegenheit österreichische KollegInnen zu treffen und mit ihnen an wissenschaftlichen Vorhaben zu kooperieren. Auch hier waren die Erfahrungen höchst unterschiedlich, wobei mir gelegentlich auch geraten wurde, „jüdische Probleme“ möglichst zu vermeiden oder zumindest mit größter Vorsicht anzusprechen. Es erübrigt sich wohl zu betonen, daß es sich dabei nicht einmal um Rechtsextreme oder ÖVP-Leute handelte. Der Fall Waldheim und die blau-schwarze Regierungskoalition haben letzten Endes bewiesen, was eine derartige Tabuisierung in einem Land bewirken kann.

Rechtsextreme Gruppierungen scheinen derzeit in Frankreich keine Blütezeit zu erleben, das kann sich natürlich jederzeit ändern. Welchen neuen Formen von Rassismus und Antisemitismus begegnet mensch heute in der französischen Gesellschaft?

In Frankreich hat sich die Lage während der letzten zehn Jahre merklich geändert. Rassismus und Antisemitismus spielt sich heute verstärkt ganz woanders ab. Durch das Aufbegehren der zwar in Frankreich geborenen und automatisch eingebürgerten dritten Generation der ImmigrantInnenkinder aus Entwicklungsländern, die die Prinzipien und Institutionen der Republik verwerfen, entstanden ganz neue Probleme. Obwohl viele sich zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht, diskriminiert fühlen, reagiert besonders ein beträchtlicher Teil aggressiv und gewalttätig, sodaß eine gewisse Abschwächung des französischen Modells der Integration durch eine Ethnisierung, einen Rückzug auf spezifische Gruppen und eine gewisse Islamisierung kompensiert wird. Zum sozialen Bruch kommt daher nun der kulturelle Bruch, der sich im Unterricht als Konflikt der Erinnerungskultur und durch Ablehnung der Inhalte äußert. Ferner erscheint Judenfeindschaft in neuer Form unter dem Einfluß eines durch den Nahostkonflikt geförderten Rassismus einerseits und durch einen immer stärker werdenden islamischen Fundamentalismus andererseits. Dieser wird durch die Tatsache gefördert, daß die 4 bis 5 Millionen französischen Moslems bis jetzt nicht imstande waren, wie die anderen großen Konfessionen eine offizielle Vertretung im Sinn des republikanischen Vereinsrechts aufzubauen, die sowohl die Rechte ihrer Mandanten, als auch deren Beachtung der französischen Trennung von Staat und Kultus (*laïcité*) garantieren würde.

Es stellt sich nun die Frage für alle, die seit Jahren gegen Rassismus und Antisemitismus engagiert sind, wie diese gefährliche Entwicklung der Ethnisierung und der religiösen Fundamentalismen behoben werden kann.

Rita Thalmann, geb. 1926, ist em. Professorin für Kulturgeschichte der deutschsprachigen Länder und Minderheiten an der Universität Paris VII. Seit 1987 Leiterin der Arbeitsgruppe *Mémoire historique et Droits de l'Homme* der LICRA-Frankreich.

Thalmann, Rita; Emmanuel Feinmann. Die Kristallnacht, Athenäum, Frankfurt a.M., 1988.

Bettelheim, Peter; Robert Streibel (Hg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Picus, Wien, 1994.

www.amnistia.net • www.anti-rev.org • www.licra.org • www.phdn.org • www.rasfront.org

„Despertá pueblo hijo de la gran puta!“⁰

Rassismus und Universität in Guatemala

VON CARLOS GUZMÁN BÖCKLER

ÜBERSETZT VON MARY KREUTZER

Die Ursprünge von Rassismus in Lateinamerika

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismus in Guatemala sind Teil einer Ideologie, die in ganz Lateinamerika im Zuge des europäischen Kolonisierungsprozesses (Ende des fünfzehnten bis zum ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts) Strukturen entwickelte, die bis heute in den Republiken des Kontinents aufrechterhalten werden. Der Aggressionskrieg der Spanier und Portugiesen begann mit relativ kurzen Eroberungsetappen, wirkte sich jedoch umso effektiver auf die Zerstörung des kollektiven Lebens der militärisch besiegten Bevölkerungen aus, die, niedegerafft durch von den Aggressoren mitgeschleppte infektiöse Krankheiten (Pocken, Grippe, etc.) gezwungen wurden, die christliche Taufe anzunehmen. Parallel zur Etappe des Raubfeldzuges an Land, Reichtümern und Freiheiten, eigneten sich die Aggressoren als wichtigen Teil der Kriegsbeute auch die Frauen der Besiegten an. Die ersten Kontakte zwischen europäischen Männern und *Indígenas*¹ bestanden in der Vergewaltigung der Frauen, und später in der zeitlich unbegrenzten Vergewaltigung als ein Ausdruck der unterschiedlichen Formen von persönlicher Unterjochung, denen die Totalität der Bevölkerung ausgesetzt war und welche ihren Anfang in der Sklaverei hatten, sich jedoch fortpflanzten in den Systemen der *encomienda*², des *repartimiento*³, der *mita*⁴, der Zwangsarbeit, des Tributes, usw. Dem aus brutaler Gewalt entstandenen *mestizaje*⁵ folgte somit jener, der sowohl aus der Situation ökonomischer Ausbeutung und gesellschaftlicher Ausgrenzung als auch der absoluten Wehrlosigkeit der jungen *Indígenas* gegenüber ihren zuerst spanischen oder portugiesischen, später auch mestizischen Herren resultierte.

Die Reiseroute des Rassismus

Als Zentren und Ausgangspunkte der kolonialen Aggression bestimmten Häfen, Städte und kleinere Ortschaften, sowie Plantagen, Minen und Ansiedlungen rund um die Haciendas, die geografische Gestaltung der neuen Provinzen und zwangen die Bevölkerung in bestimmten Niederlassungen zu leben, die ab nun als Orte der Arbeit, des *mestizaje* und der permanenten Ungleichheiten funktionierten. Die aus solch ungleichen Beziehungen geborenen Kinder litten unter der Geringschätzung oder Ablehnung ihrer Eltern, da sie mit ihrem Äußeren an die Unterschiede erinnerten, die Leid für die Eltern und für die *Mestiz@s* bedeuteten. Mit der Zeit versetzte der Zustand, im gesellschaftlichen Niemandsland gestrandet zu sein, die *Mestiz@s* in einen Gefühlszustand ständiger Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Umgebung, welche sie nicht genau verstehen konnten, sowie mit sich selbst und vor allem mit ihrem Äußeren, wenn die Ähnlichkeit mit ihrer indigenen Mutter überwiegte.

Als Konsequenz der hohen Sterberate der lokalen Bevölkerung, welche die Spanier mit

ihren brutalen Methoden auf den Antillen auslösten, führten die Europäer als Lösung dieses Problems und als weitere Bereicherungsquelle den Sklavenhandel ein. In großer Zahl wurden AfrikanerInnen vom Golf von Guinea in Äquatorialafrika bis zu den Häfen und Sklavenmärkten der Karibik und der brasilianischen Küsten gebracht, von wo aus sie an verschiedenste Orte des amerikanischen Kontinents verteilt wurden. Die tragische Situation dieser gewaltsam verschleppten und in Handelsware verwandelten Bevölkerung stellte sie auf die unterste Stufe der sozialen Hierarchie. Ihr massiver Einsatz auf den Zuckerrohr- und Tabakfeldern, sowie in den Minen und für gewisse persönliche Dienstleistungen öffnete den Herren und ihren Zwischenhändlern die Türen, um die Sklavinnen zu vergewaltigen, aber auch um in Kontakt mit der ebenfalls ausgebeuteten indigenen Bevölkerung zu kommen, was auch sexuelle Beziehungen zwischen Frauen und Männern beider Gruppen ermöglichte. Die Früchte dieser Beziehungen erhielten unterschiedliche Bezeichnungen: Mulattinnen und Mulatten (Kinder aus Verbindungen weißer Männern mit afrikanischen Frauen) und *Zambos* (Kinder von Indígenas mit AfrikanerInnen). Nach der Selbstbeschreibung basierte die koloniale Gesellschaft auf drei menschlichen Säulen: die sogenannten *Weissen*, *Indios* und *Schwarzen*. Es unterschieden sie die drei Hautfarben sowie die Gesamtheit der somatischen Eigenheiten (Größe, Muskulatur, Art und Farbe der Haare, der Haut und der Augen, usw.). Zu diesen objektiven körperlichen Unterschieden summierten sich jene der Stellung innerhalb der sozialen Hierarchie entsprechend dem Grad der Ausbeutung, dem jede Gruppe und jede Person indigener oder afrikanischer Herkunft unterworfen war, laut Kriterien, die sich je nach geografischer Region änderten, je nach Überfluss oder Mangel an verfügbarer Arbeitskraft und der Art der benötigten Arbeit, nach Nähe oder Ferne von Nahrungsquellen, nach Entfernung zu den wichtigen Städten und den Häfen, so wie je nach Schwierigkeitsgrad der Verkehrswege und Kommunikationsmittel, etc.

Der Maßstab der sozialen Schande

Ausgehend von den vorhin aufgezählten Punkten gab es eine Reihe von Überzeugungen, die Maßstäbe und Unterschiede festschrieben, die heute nicht nur irrational sondern absurd erscheinen. Jedoch waren sie damals unanfechtbare und fixe Bestandteile der gesellschaftlichen Überzeugungen. Was soweit ging, dass im gesamten Territorium unter spanischer Herrschaft eine Skala der gesellschaftlichen Stellung eingeführt wurde, basierend auf den Hautfarben *weiß*, *dunkel* und *schwarz*, wovon man in einigen Regionen bis zu 16 mögliche Kombinationen ableitete, die andere unzählige koloniale Kasten innerhalb der Hierarchie der globalen Gesellschaft bezeichneten (vergl. Pérez de Barradas, J., *Los mestizos de América, Cultura Clásica y Moderna*, Madrid, 1948) und sie in ein Regime der *pigmentocracia*⁶ (vergl. Lipschutz, Alejandro, *El problema racial en la conquista de América*, Siglo XXI Editores, S.A., México, 1975) einspannte. Entsprechend dieser Vorstellungen war die Farbe der *Weissen* ein Symbol für Güte, Reinheit und Schönheit und wurde beschmutzt und verdunkelt, wenn sie sich mit der kupfernen Farbe der *Indígenas* vermischte, und/oder ging unter mit der schwarzen Farbe der *Schwarzen*.

Chronisten und Reisende des 17., 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts beschreiben die Vehemenz, mit der die Mitglieder aller Kasten ihre Position über jene, die sie für minderwertiger hielten, bestätigten und mit allen Kräften vorzutäuschen versuchten, jenen anzugehören,

die sich auf dieser Skala über ihnen befanden. Auch wenn am Ende der spanischen Herrschaft unter der Bevölkerung die strengen Kastenunterschiede ihren Sinn verloren – es waren die Unabhängigkeitskriege, die dazu beitrugen, viele der Trennlinien aufzuheben – so überlebten die Entfernungen zwischen *Weißén*, *Mestizen*, *Indígenas* und *Schwarzen*, da jede dieser Kategorien innerhalb einer grundlegenden Aufteilung zwei gesellschaftlichen Blöcken angehörte. In der ersten Gruppe zählte die konkrete Position, welche auf sozio-ökonomischem, politischem, kulturellem und religiösem Terrain sowohl die kolonialen Eliten, bestehend aus Spaniern, ihren direkten, indirekten oder imaginierten (aber einkommensstarken) Nachkommen (in Mexiko und in Zentralamerika „Criollos“ genannt) und aufgestiegene Mestizen oder die schwachen Mittelschichten, sowie die armen urbanen und ruralen Sektoren, einnahmen.

Im zweiten gesellschaftlichen Block befanden und befinden sich nach wie vor die Mitglieder der zahlreichen unterschiedlichen ethno-linguistischen Gruppen Amerikas sowie die Nachfahren jener afroamerikanischen Kulturen, die von den USA ausgehend bis Uruguay und Argentinien zerstreut wurden, mit einer sehr starken Präsenz in den an die Karibik angrenzenden Gebieten, sowie an den Atlantikküsten Brasiliens und jenen des Pazifiks von Kolumbien bis Peru. Die Segregation der Mehrheit der Indígenas und Schwarzen ist zum Großteil wirtschaftlichen, soziokulturellen, religiösen, technologischen und vor allem informativen Charakters. Ich verwende den Begriff „Information“ als weit gefassten Begriff, er umschließt somit nicht nur die Ereignisse lokalen, regionalen und globalen Charakters, sondern auch die kulturelle, künstlerische und technologische Produktion der verschiedenen Zivilisationen und besonders der westlichen, die, obwohl sie die unmittelbarste globale Herrschaft darstellt, mit Vorliebe die trivialsten, brutalsten und inkonsistentesten Aspekte ihrer Produktion verbreitet.

Die kolonialen Spuren in den zeitgenössischen Universitäten Die Anfänge und die ersten universitären Erfahrungen

Die „Real y Pontificia Universidad de San Carlos de Guatemala“⁷ wurde per königlichem Dekret von Karl dem II. am 31. Jänner 1676 gegründet und war somit nach Santo Domingo, Mexico und San Marcos de Lima die vierte Universität Amerikas. Ihre Funktion bestand in der Produktion qualifizierten Personals für die Bereiche Administration, Judikatur sowie Kanonisches- und Zivilrecht für die spanische königliche Bürokratie und die kolonialen Eliten im gesamten Gebiet des Generalkapitanats „Goathemala“, welches von den gegenwärtigen mexikanischen Staaten *Chiapas* und *Tabasco* bis zu den Grenzen Costa Ricas mit den Gebieten *Veraguas* und des *Darién* in der gegenwärtigen Republik Panama reichte.

Die San Carlos Universität wurde von Mönchen des Dominikanerordens geleitet, die mittels der Lehre von Theologie und kanonischem Recht für die Erhaltung und Verbreitung der Ideologie der spanisch-katholischen Monarchie sorgten. Gleichzeitig konnte sie sich auf eine überstaatliche und unantastbare Instanz berufen: das Tribunal des Heiligen Amts der Inquisition.

Somit waren ihre Lehrer und Schüler die Träger des kolonialen Status Quo, der sowohl sie als auch die sie beschützende Institution mit Privilegien versah. Erst gegen Ende der Kolonialzeit erreichte Guatemala ein Hauch von Aufklärung. Lehrer und Schüler verlangten und erreichten eine Reform, die die Einführung von Lehrstühlen der Naturwissenschaften ermöglichte, für deren Lehre erstmals experimentelle Methoden angewandt wurden.

Die der Unabhängigkeit vorausgegangenen Schritte stützten sich auf die Ideen der französischen Enzyklopädisten und der Gründer der Vereinigten Staaten von Amerika, welche wichtigen Teilen der intellektuellen universitären Elite entsprachen. Diese Ideen wanderten zunächst durch das Sieb der Klasseninteressen und -vorurteile und wurden dann von den erwähnten Eliten ihren politischen Projekten angepasst. In diesem Sinn akzeptierte man für das neue, im Entstehen begriffene Land nur gewisse Änderungen und war überzeugt davon, dass die soziale Struktur in den althergebrachten Bedingungen verbleiben müsse. Sowohl die konservative als auch die liberale Partei entsprachen in vielen Aspekten den jeweiligen Interessen und Ambitionen der *Criollo*- oder Mestizen-Führer. Beide wurden von zivilen Notabeln oder hohen Militärs geführt, die nach der Erreichung der Unabhängigkeit von Spanien (ab dem 15. September 1821) das neue Land, „Vereinigte Provinzen Zentralamerikas“, in einen aussichtslosen Bürgerkrieg stürzten, der es schwächte und in die fünf aktuellen zentralamerikanischen Republiken fragmentierte.

Die wirtschaftlichen und ideologischen Grundlagen des Rassismus

Als Konsequenz der Trennung von Spanien verlor die Universität San Carlos die Attribute „königlich“ und „päpstlich“. Kurzfristig wurde sie zu einer laizistischen Institution, verfiel jedoch ab Mitte des 19. Jahrhunderts unter den konservativen Diktaturen in die intellektuelle Stagnation. Die liberalen Diktaturen, die mit nur kurzen Unterbrechungen zwischen 1871 und 1944 folgten, förderten zwar eine universitäre Ausbildung, die verspätet und fragmentiert einige der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte des Auslandes einführte, ließen jedoch keinerlei Änderungen betreffend gesellschaftlicher Aspekte und somit des kolonialen Schemas zu.

Das ist v.a. darauf zurückzuführen, daß seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das Generalkapitanat „Goathemala“ und, seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Republik Guatemala von den Exporten eines oder sehr weniger Agrarprodukte, die mit wenig oder gar keiner Veränderung von *Indígenas* erzeugt wurden, abhängig war. Auf den internationalen Markt gelangten die Produkte über die Metropolen, die sich das Recht reservierten, die Quoten und die Einkaufspreise festzusetzen. Der Export von Kakao, Anilin⁸ und Grana⁹ hielt die Beziehungen zu Spanien aufrecht.

Für die ab 1871 an die Macht gekommenen liberalen Regierungen wurde Kaffee zum Exportgut Nummer eins. Um eine massive Produktion zu erreichen, wurde die indigene Bevölkerung zu Zwangsarbeit, sowohl in der Landwirtschaft als auch im Straßenbau gezwungen. Exportiert wurde in erster Linie nach Hamburg und Bremen, bis diese Handelsbeziehungen durch die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zunächst eingeschränkt und später gänzlich unterbrochen wurden. Die niedrigen Gehälter der *Indígenas*, auf deren Arbeit sich der gesamte Reichtum des Landes begründete, und ihre gewaltsame Diskriminierung führten zu sozialen Spannungen. Um das politische Überleben zu sichern, verließ sich das System auf die Diktaturen der konservativen und liberalen *Ladino*-Eliten, die sich den mächtigen Abnehmern ihrer Produkte politisch und kulturell unterordneten, auch wenn die politischen Verfassungen Guatemalas als einen freien, demokratischen und unabhängigen Staat deklarierten.

In jenen Jahren wurden mehrere Abschlussarbeiten an der öffentlichen Universität San Carlos geschrieben, in denen die These verteidigt wurde, dass die *Indígenas* in jedem Sinn

minderwertig seien und einen Stolperstein für den Fortschritt des Landes darstellten. Die europäische Immigration solle gefördert, *Indígena*-Frauen von europäischen Männern geschwängert und ein produktiverer *Mestizaje* erreicht werden. Zwei dieser Arbeiten wurden sogar ausgezeichnet.¹⁰ Das geschah in den 1920er und 1930er Jahren, als die US-Präsenz mit verschiedenen Unternehmen, wie z.B. des Bananenkonzerns *United Fruit Company* immer stärker wurde und bis 1960 ganz Zentralamerika politisch und wirtschaftlich dominierte.

Revolution und Konterrevolution

Zwischen 1944 und 1954 erlebte Guatemala ein politisches Erwachen und begann einen demokratischen Prozess der Suche nach besseren Möglichkeiten sowohl für eine zahlenmäßig eher geringe ArbeiterInnenklasse, da die Industrie kaum entwickelt war, als auch betreffend einer Agrarreform, die in den kurzen zwei Jahren ihrer Gültigkeit grundlegende Veränderungen im Landbesitz hervorbrachte und somit dem Großteil der Bauern, mehrheitlich *Indígenas*, zugute kam. Ein weiteres Kapitel des Kalten Kriegs bestand in den gemeinsamen Verschwörungen – intern – der Rechten und – extern – der *United Fruit Company* und des *US-State Departments*, die 1954 im Sturz der demokratischen Regierung von Jacobo Arbenz Guzmán gipfelten.

Die folgenden Regierungen der Rechten und des Militärs versperren alle Wege der politischen Partizipation der verschiedenen städtischen und ländlichen Bevölkerungssektoren und öffneten somit das Tor für den Guerillakampf. Dieser Krieg dauerte 36 Jahre, und die Ursachen, die ihn auslösten, sind auch heute noch – trotz der Friedensabkommen – nicht beseitigt. Die Universität San Carlos (autonom und staatlich seit 1944) machte zwar betreffend ihrer akademischen Qualität enorme Fortschritte, bewahrte jedoch Abstand gegenüber Themen von gesellschaftlicher Relevanz.

Seit Ende der 50er Jahre wurden im Land Privatuniversitäten von verschiedenen rechten, religiösen (Jesuiten und Protestanten), und anderen an US-Interessen gebundenen Sektoren gegründet, welche die StudentInnen der Mittelschicht der öffentlichen Universität San Carlos erfolgreich köderten. Letztere erlebte in den schlimmsten Jahren der Repression (1975 – 1985) die Ermordung, Folter, und das Verschwindenlassen durch das Militär sowie das Exil ihrer besten StudentInnen und ProfessorInnen, was auch den Niedergang ihrer akademischen Effizienz und ihres Prestiges mit sich brachte. Heute, im Jänner 2002, ist die San Carlos im wissenschaftlichen und technischen Bereich unfähig die Bedürfnisse ihrer 75.000 StudentInnen zu decken und gravierende Korruptionsfälle zu lösen. Für die ehrgeizigsten Sektoren der Mittelschicht gibt es auch eine rechtsextreme Universität, in der das neoliberale Modell gepredigt wird, und die eindeutige faschistische und militaristische Merkmale aufweist.

Die Diskussion ist offen

Die Analysen der Rechten ab 1954 fallen auf. Darunter befindet sich z.B. eine Arbeit von Richard N. Adams, die zeitgleich mit jener von Joaquín Noval, Mitglied des Zentralkomitees des PGT (Kommunistische Partei Guatemalas), im universitären Verlag der Universität San Carlos (1967) erschien. Beide wollen einen langsamen und unaufhaltsamen Prozess des Sterbens der indigenen Kultur und deren Aufgehen in einer angeblich existenten lateinamerikanischen Kultur erkennen. Dies geschehe über einen Prozess der „Ladinisierung“¹¹, der die industrialisierten und – zumindest für Adams – offen kapitalistischen Gesellschaften zum Vorbild habe.

Ab 1962 begannen die Guerillakämpfe und die Militärrepression und damit wurde die Suche nach kohärenten Erklärungsmodellen der sich dramatisch zuspitzenden sozialen Situation vorrangig. Im April und im Juni 1970 erschienen „*Guatemala: una interpretación histórico-social*“ (Siglo XXI Eds., México) von Carlos Guzmán Böckler und Jean Loup Herbert und „*La Patria del Criollo*“ (Editorial Universitaria, Guatemala) von Severo Martínez Peláez. Da alle drei Autoren zu dieser Zeit an der San Carlos unterrichteten und forschten, begannen die Diskussionen innerhalb derselben, erreichten bald wichtige Teile der gesamten Gesellschaft und schlossen zum ersten Mal auch *Indígena*-Intellektuelle der verschiedenen ethnolinguistischen Gruppen mit ein. Martínez' Erklärungsversuche, beginnend mit der kolonialen Gesellschaft, weisen trotz ihres angeblich marxistischen Ansatzes immer wieder Rassismen auf. Er bestätigt die angebliche Minderwertigkeit der indigenen Kultur und Lebensform ab der ersten Konfrontation mit den spanischen Erobererbanden und glaubt – wie auch Noval – , dass ihre Situation der Unterdrückung durch einen Prozess der Proletarisierung überwunden werden würde, mit dem Ziel ihrer Teilnahme an der Revolution, welche die Bourgeoisie stürzen werde.

Guzmán Böckler und Herbert gehen ihrerseits von der Analyse der grundlegenden Elemente aus, welche die indigenen Gruppen Guatemalas mit dem zivilisatorischen Prozess Mesoamerikas und mit den radikalen Brüchen, die als Konsequenz des europäischen Angriffes erlitten wurden, verbinden. Sie analysieren die Dualismen, welche bei der Gegenüberstellung von *Indígenas* und *Ladins* als zwei verfeindete Geschwister erscheinen, die jedoch das gemeinsame Produkt des kolonialen Regimes sind. Jedoch ist sich die/der *Indígena* ihrer/seiner historischen Identität, Lebensform und *cosmovisión*¹² bewusst, während die/der *Ladin* ein gesellschaftlicher Paria auf der Suche nach einer Identität ist, die sie/er nicht finden kann, da sie/er im Versuch dem *Indio* und allem Indianischen zu entkommen, in Wirklichkeit vor sich selbst flieht und in fremden, fernen und unerreichbaren Modellen jenes authentische Wesen sucht, das ihr/ihm das System verweigert.

Guzmán Böckler und Herbert versuchen nicht, die Tiefe der sozialen Spaltungen und die Klassendifferenzen abzustreiten, jedoch sehen sie es als unentbehrlich an, die Variablen zu analysieren, welche durch die Ethnizität in all ihren Verwicklungen und Abgründen genauer zu betrachten sind, vor allem in jenen Gesellschaften, in denen die Kolonialzeit tiefe Spuren hinterlassen hat. Diese Debatte ist in Guatemala nach wie vor nicht abgeschlossen und sie wird heute mit einer immer größeren Teilnahme der Mayas der Gegenwart geführt.

Guatemala, 3.1.2002

Anmerkungen der Übersetzerin:

0 „Wach auf, Volk, du Hurensohn!“ schrie 1980 verzweifelt ein als Che Guevara verkleideter Student während der traditionellen studentischen Protestaktionen der sogenannten „Huelga de Dolores“, dem „Streik der Schmerzen“. Jorge Ramón González-Poncianos führt das als krasses Beispiel der Irrtümer des „Leninismus à la guatemalteca“ an, demnach der Intellektuelle die Massen zu ihrer endgültigen Befreiung führt. „Obwohl die universitäre Linke die ‚Huelga de Dolores‘ immer als phantasievollen Ort der Kritik an der herrschenden Macht bewahren konnte und dafür auch Risiken einging, traf sie sich doch oft, in einem Land, wo eine gebildete Minderheit den Vorteil über eine Mehrheit von AnalphabetInnen ausnützt, was das Weiterbestehen von ungleichen Beziehungen der Unterwerfung betrifft, mit der Rechten.“ (Jorge Ramón González-Poncianos: *Esos sangres no están limpias. Modernidad y pensamiento civilizatorio en Guatemala* (1954 – 1997):S.43, in: „Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú“ von Clara Arenas, Gustavo Palma und Charles Hale (Hrsg.), Avanco, Guatemala 1999. Neben dem Sexismus, der

an der „Huelga de Dolores“ oft kritisiert wird, ist auch das rassistische Element im „hijo de la gran puta“ enthalten. In Mexiko ist es noch offensichtlicher, dort wird das Schimpfwort „hijo de la chingada“ verwendet: „Sohn der Vergewaltigten“, in Anspielung auf die vergewaltigten *Indígena*-Frauen.

1 *Indígenas*: indigene Bevölkerung. In Guatemala ist der Begriff „Indi@“ abwertend konnotiert und wird im rassistischen Sprachgebrauch gleichgesetzt mit: schmutzig, faul, hinterlistig, usw. Der Autor verwendet Begriffe des kolonialen Sprachgebrauchs für alles, was mit dieser Zeit und damit auch mit der Gegenwart zusammenhängt. „Um eine rassistische Gesellschaft zu analysieren, muss ich die rassistischen Begriffe verwenden. Ich kann nicht von Musik sprechen ohne die Noten zu erwähnen.“ schreibt er und verwendet auch Begriffe wie „Schwarze“ in diesem Sinn. In der Selbstbezeichnung gibt es auch innerhalb der *Indígenas* verschiedene Termini, beispielsweise wird die Bezeichnung „Maya“ vor allem von indigenen Organisationen verwendet, wobei dieser Bezeichnung je nach Zusammenhang auch „und Xinka“ beigefügt werden muss, da die *Xinka* eine eigene ethno-linguistische Bevölkerungsgruppe in Guatemala darstellen, die keine der 22 Mayasprachen sprechen, sondern *xinka*. Einige interessante Beiträge zu dieser Diskussion wurden in einem 1999 erschienen Sammelband: „Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú“ von Clara Arenas, Gustavo Palma und Charles Hale in Guatemala herausgegeben.

2+3 Die *encomienda* bestand in der Konzession der BewohnerInnen eines bis mehrerer Dörfer oder gar einer Mikroregion für ein Individuum: den *encomendero*. Dieser erhielt dadurch das Recht auf Tributzahlungen „seiner“ *Indígenas*: Textilien, Agrarprodukte, Metalle usw., später auch Geld und direkte Arbeitskräfte. Der spanische König verlangte im Gegenzug vom *encomendero* ein Pferd, Waffen und Militärdienst. Außerdem hatte dieser die Bevölkerung zu christianisieren. Die Aufteilung (*repartimiento*) von *Indígenas* in *encomiendas* war integraler Bestandteil der *conquista* und der „Pazifizierung“ der eroberten Gebiete. *Encomienda* und *repartimiento* stellen gemeinsam eine der verschiedenen kolonialen Formen der Ausbeutung dar.

4 Die *mita* bestand zu Kolonialzeiten in einer Auslosung und Zuteilung, welche bestimmte, wieviele *Indígenas* an öffentlichen Arbeiten mitwirken mussten. In Peru wurden als *mita* die von den *Indígenas* zu leistenden Tribute bezeichnet.

5 *Mestizaje* beschreibt die (gewaltsame) „Mischung“ von *Indígenas* und Spaniern. Die *Mestiz@s*, also das „Produkt“ der gewaltsamen Kolonisation beschreibt Guzmán Böckler als doppelte Flüchtlinge: sie flüchten nicht nur vor sich selbst, sondern auch vor der Mutter, die *Indígena* ist. Die Trennung zwischen *Mestiz@s*, in Guatemala und Teilen Mexikos auch *Ladin@s* genannt, und *Indígenas* ist Teil der kolonialen Ideologie um 1820/21 (Unabhängigkeitserklärung). Ein dritte kleine Gruppe definiert sich heute noch selbst als „weiß“, als *Criollos*. Marta Casaus hat dazu 1992 eine exzellente Studie veröffentlicht: „Guatemala: Linaje y Racismo“. (Interview mit Guzmán Böckler am 21.11.2001 in Guatemala Ciudad).

„Die/der *Ladin@* definiert die Unterschiede zu den *Indígenas* als naturgegeben und somit als unveränderbar; sie sind das unantastbare Erbe, das ihre Überlegenheit und die Minderwertigkeit der ‚Indios‘ festschreibt. Der Trost der/des armen *Mestiz@s* ist es, wenigstens kein ‚Indio‘ zu sein. Das ist schmerzvolle aktuelle Realität. Über diese Basisideologie stützt die Gruppe der *Ladin@s* je nach Epoche, die liberalen oder konservativen, linken oder rechten, neoliberalen oder neu-linken Ideologien.“ (Guzmán Böckler)

6 *Pigmentocracia*: „Die Verarmung, die durch die Wirtschaftskrise des 18. Jahrhunderts ausgelöst wurde, verschärft die sozialen Kämpfe; in diesem Jahrhundert kristallisiert sich die ‚pigmentocracia‘ heraus [Lipschütz], d.h., dass jede Stufe der sozialen Funktionen mit einem Spektrum an rassistischen Farben korrespondiert.“ (aus: „Guatemala: una interpretación histórico-social“ Carlos Guzmán-Böckler, Jean Loup Herbert, Siglo XXI, 3. Ausgabe 1972, S:135).

7 Königliche und päpstliche Universität San Carlos von Guatemala.

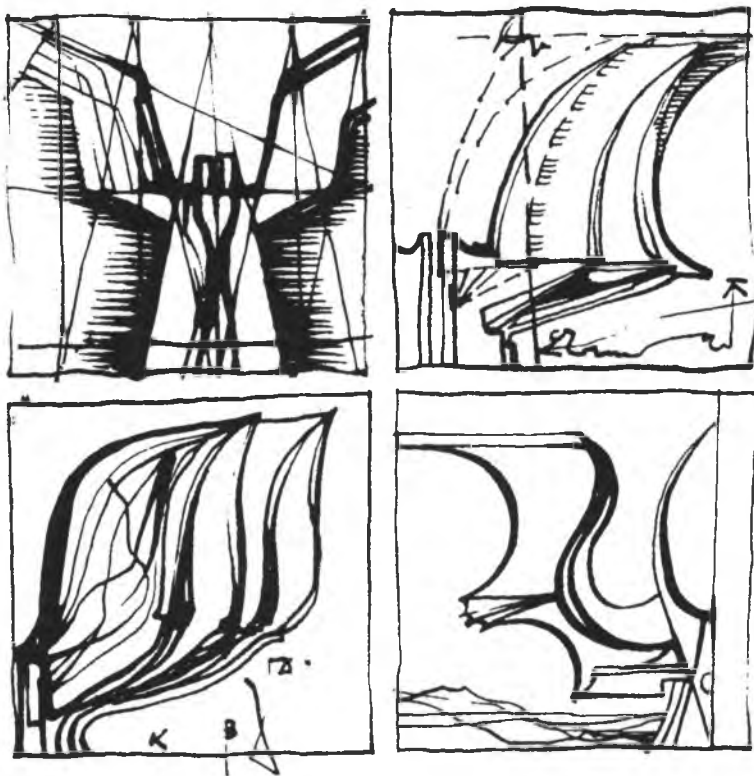
8 Anilin: Ausgangsstoff für viele Verbindungen, wie Farbstoffe (z.B. Anilin-Blau), Arzneimittel, Kunststoffe, Photochemikalien.

9 Grana: Blattläuse zur Gewinnung eines scharlachroten Farbstoffes.

10 Gemeint sind die Magisterarbeiten von Miguel Angel Asturias, dem guatemalteckischen Literaturnobelpreisträger, und von Jorge del Valle Matheu.

11 *Ladinización*: Ablehnung der indigenen Herkunft, Kultur, Sprache und Identität.

12 *Cosmovisión*: Weltanschauung der Mayas, die jedoch auch religiöse, gesellschaftliche und ökologische Aspekte miteinschließt und nicht nur im engeren Sinn von Ideologie zu verstehen ist.



Neutralität der Wissenschaft, Neutralität der Weisheit

Zum Rassismus in der Psychologie

VON INES GARNITSCHNIG

Dieser Text ist weniger eine Aufdeckung, als vielmehr eine Geschichte der Verstrickungen, auch meiner eigenen.

Ergebnisse psychologischer Forschung und Theoriebildung und die aus ihnen resultierenden Diskurse¹ dienten seit ihren Anfängen vielfach zur Untermauerung und Legitimierung von Abwertung, Ausschluss, Unterwerfung oder Vernichtung von Menschen. Das größte Ausmaß erlangten solche an Menschen verübten Grausamkeiten während der Zeit des Na-

tionalsozialismus. Medizinische und psychologische Experimente an als „rassisch minderwertig“ betrachteten oder politisch unliebsamen Personen und Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen wurden ebenso durchgeführt wie Morde zur „Verbesserung des Erbguts“². Am Institut für Psychologie an der Uni Wien wurde während des Nationalsozialismus die „Kriegswichtigkeit“ als Argument vorgebracht, um auf Ressourcen zu rekurrieren.³ Dem konnten sich die zuständigen Stellen kaum entziehen, handelte es sich doch um Masseneignungsuntersuchungen von Kriegsgefangenen für Rüstungsbetriebe und die Flugmotorenwerke Ostmark.⁴

An den Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus hatte sowohl die naturwissenschaftlich als auch die geisteswissenschaftlich orientierte akademische Psychologie ihren Anteil, denn während sich erstere an den Universitäten durch Leistungs-, Eignungs- und Intelligenztests profilierte, untermauerte zweitere mit ihren Charaktertypologien, Rassentheorien und der Rede von „wahrem Leben“ und „lebendiger Echtheit“ im Gegensatz zu „Intellektualismus“ und „Geist“ als Feinden der Seele die „wissenschaftliche Fundierung“ nationalsozialistischer Politik.

Eine Analyse des Rassismus in der Psychologie deshalb als historische abzuhandeln, wäre allerdings verfehlt. Vielmehr zeichnet sich Rassismus sowohl durch historische Kontinuität als auch durch Wandelbarkeit aus und wird in seinen unterschiedlichen Formen in dieser Disziplin, wie in unserer Gesellschaft als ganzer, bis heute explizit vertreten und implizit gestützt und weitergetragen.

Kategorisierung, Bewertung, Machtausübung

Besonders empfänglich für essentialistischen Rassismus⁵ erweist sich bis heute die Differentielle Psychologie. Während die älteren Intelligenz- und Persönlichkeitstheoretiker aus dem deutschsprachigen Raum aufgrund ihrer Verbindungen zu den NationalsozialistInnen heute innerhalb der Mainstream-Psychologie kaum behandelt werden, lassen sich sonst kaum Ressentiments bemerken, rassistische Wissenschaftler und ihre Thesen zu rezipieren.

Das Argument der (angeborenen) Intelligenz wurde zur Auswahl für militärische Zwecke ebenso eingesetzt wie zur Rechtfertigung des staatlichen Mordes an Straffälligen, von Einwanderungsbeschränkungen, Rassengesetzen, Zwangssterilisierungen und der Ermordung behinderter und psychisch kranker Menschen.⁶ Gerade der Fachbereich der Differentiellen Psychologie scheint aber an einer kritischen Betrachtung der eigenen Geschichte nicht eben interessiert zu sein. So wird mensch bei der Lektüre der Skripten zur Vorlesung „Differentielle Psychologie“ mit Aussagen konfrontiert, die bestürzen. Da wird etwa Sir Francis Galton als „einer der vielseitigsten und brilliantesten Wissenschaftler des 19. Jhdts.“⁷ gepriesen. Ebendieser Galton gilt nicht nur als „einer der Begründer der wissenschaftlichen Untersuchung individueller Differenzen“⁸, sondern auch als Begründer der Eugenik. Sein Leben lang begleitete diesen Mann, der zum Ehrenpräsidenten der *Internationalen Gesellschaft für Rassenhygiene* ernannt wurde, der Drang, eine Elite von „Begabten“ und „Starken“ zu züchten. Sein Ziel war es, „die Rasse zu verbessern“, um den „Stolz auf die Rasse“ zu fördern. Dazu erachtete er es für notwendig, die Vermehrung der Leistungsfähigen zu unterstützen und den weniger Leistungsfähigen und Schwachen „freundliche Aufnahme und Zuflucht in Zölibaten, Klöstern und Schwesternschaften“ zu gewähren.⁹ Er drängte darauf, „daß ein unnachgiebiger Druck ausgeübt

werden sollte, um die uneingeschränkte Vermehrung des Erbguts derjenigen zu verhindern, die ernstlich von Wahnsinn, Idiotie, Gewohnheitskriminalität und Armut befallen sind“¹⁰. Durch eine „Wissenschaft von der Rassenverbesserung“ sollte „den geeigneteren Rassen oder Geschlechtern eine bessere Chance [gegeben werden], sich gegenüber den weniger geeigneten durchzusetzen, als sie sonst gehabt hätten.“¹¹

Der erste Inhaber des von Galton gestifteten Lehrstuhls für Eugenik am Londoner University College wurde, dessen Bedingungen folgend, Karl Pearson, der vorwiegend als Statistiker bekannt ist. In seinem 1911 erschienenen Buch „The Scope and Importance to the State of National Eugenics“ beschreibt dieser drei Entwicklungsstufen der Wissenschaft: die ideologische, die beobachtende und – nicht eben schwer zu erraten – die messende. Seiner Auffassung nach konnten ausschließlich die neuen psychologischen Messtechniken „Licht auf den Aufstieg und Untergang von Nationen, auf rassischen Fortschritt und nationale Verkümmern werfen“¹². Dabei soll die Nation „ein organisiertes Ganzes (sein), die dadurch auf einer hohen Stufe interner Effizienz gehalten wird, daß sie die Rekrutierung ihrer Mitglieder in erster Linie aus dem besseren Zuchtgut sicherstellt, und die sich auf einer hohen Stufe externer Effizienz hält, indem sie konkurriert, hauptsächlich durch Kriege mit minderwertigen Rassen“¹³. Entsprechend der von ihm aufgestellten Hierarchie der „Wissenschaftlichkeit“ war es ihm bei aller Plumpheit seiner menschenverachtenden Äußerungen ein Leichtes, sich selbst als „objektiven Wissenschaftler“ zu positionieren, der über jede „Trübung“ seines wissenschaftlichen Blicks durch Weltanschauung oder Emotionen erhaben war und damit die noch heute gängige klassische Haltung westlicher Wissenschaft anzunehmen. „Um eine wirkliche Wissenschaft zu erhalten, muß man unser Studienggebiet von Parteienhader, Glaubenskämpfen, falschen Vorstellungen von Wohltätigkeit oder den unausgewogenen Impulsen des Gefühls fernhalten.“¹⁴

Zu den Schülern und Mitarbeitern von Pearson gehörten Cyril Burt, Raymond Cattell und Charles Spearman. Burts Forschungsergebnisse sind inzwischen eindeutig als Betrug entlarvt worden, der zum Ziel hatte, den Beweis für die Vererbung von „Intelligenz“ mit allen Mitteln zu führen, wozu Burt auf sehr ungeschickte Weise die entsprechenden Daten erfand. Raymond Cattell dagegen gilt bis heute als ehrwürdiger Wissenschaftler, seine rassistischen und rechtsextremen Ergüsse werden einfach verschwiegen. So schrieb Cattell etwa in seinem 1937 erschienenen Buch *The Fight for our National Intelligence* über die drohende „Abenddämmerung der westlichen Zivilisation“ und die Gefahr, die von „Untermenschen“ ausgehe, die „heimtückisch die zentralen Wurzeln des nationalen Lebens“ angriffen.¹⁵ Und weiter: „Die Negerasse hat sowohl in Afrika als auch in Amerika eine stabile Kultur aufgebaut, aber sie hat so gut wie nichts zum sozialen Fortschritt und zur Kultur beigetragen [...] alle sozialen und religiösen Anschauungen, die dem Neger mit Eifer aufgepfropft worden sind, sind von ihm mit Ungestüm übernommen, simplifiziert, vergrößert und emotionalisiert worden. Ich zitiere dieses Beispiel nur um zu zeigen, daß, auch wenn eine Rasse von der Konstitution her gutmütig und liebenswert ist, ihre geringere geistige Kapazität Rückschritt, Roheit [sic] und eine schwere Last des Konservatismus bedeutet.“¹⁶ Auch plädierte Cattell dafür, Armut „innerhalb einer Generation“ auszumerzen, „indem man die Bevölkerungsteile mit einer sehr niedrigen geistigen Kapazität, die zum zivilisierten Leben ungeeignet sind, entfernt“¹⁷. Und auch Cattell greift WissenschaftlerInnen, die seine Thesen nicht teilen, als unwissenschaftlich an, wenn er die „naive und gefährliche Weise, in der viele Sozialwissenschaftler ohne Unterschied

ihre persönlichen, politischen und religiösen Werte mit ihren mehr wissenschaftlichen Schlußfolgerungen vermischen“¹⁸, beklagt.

Auch Charles Spearman, für seine Generalfaktortheorie der Intelligenz bekannt, zeigt sich der Idee von der Überlegenheit der eigenen „Rasse“ durchaus zugeneigt, wenn er bemerkt, dass „die von nahezu jedem Forscher hervorgehobene allgemeine Schlußfolgerung so aussieht, daß, im Hinblick auf ‚Intelligenz‘, die germanische Rasse im Durchschnitt einen klaren Vorsprung vor den Südeuropäern hat. Und dieses Ergebnis scheint auch äußerst bedeutsame praktische Konsequenzen für die Formulierung der gegenwärtigen, sehr strengen amerikanischen Einwanderungsgesetze gehabt zu haben.“¹⁹

Die USA galten diesen Londoner Eugenikern nicht von ungefähr als Vorbild, fanden dort doch Theorien über die Minderwertigkeit von Schwarzen, EinwandererInnen, psychisch Kranken, Behinderten und Armen wesentlich größeren Zustrom und praktische Anwendung²⁰. Daran waren Lewis M. Terman, Catherine M. Cox, Robert M. Yerkes oder E. L. Thorndike wesentlich beteiligt, was ihrem Ruf als WissenschaftlerInnen bis heute wenig Abbruch zu tun scheint.

Es zeigt sich also, dass ein Großteil der frühen Forschung und Theoriebildung im Bereich der Differentiellen Psychologie und auch der Statistik von Menschen durchgeführt wurde, die von dem Glauben an „höherwertige“ und „minderwertige“ Menschen beflügelt waren und danach trachteten, eine Gesellschaftsordnung zu etablieren, in der erstere gefördert und zweitere „ausgemerzt“ werden sollten. Dies hat sich bis heute nicht grundlegend geändert. Und bis heute stellt die Behauptung wissenschaftlicher Objektivität und Wertfreiheit einen beliebten Deckmantel und wichtiges Indiz für ungenierte Ideologie dar.

Zu den Protagonisten dieser neuen Generation von Soziobiologen und Rassisten vor und nach 1945 zählen E. O. Wilson, Konrad Lorenz, Arthur Jensen, H. J. Eysenck und Eibl-Eibesfeldt²¹, allesamt als Grundlagenforscher auf dem Gebiet der Psychologie anerkannt.

Jensen und Eysenck fallen nicht nur durch ihre Verehrung für Burt auf²², sondern auch durch ihren Glauben an die Vererbbarkeit des Spearmanschen Generalfaktors der Intelligenz.²³ Jensen führte 1969 IQ-Berechnungen durch und leitete aus den gewonnenen Daten die Behauptung ab, Schwarze seien biologisch „dümmer“ als Weiße, weshalb Schulförderungsprogramme im Widerspruch zu den biologischen Fakten stünden und Geldverschwendung seien.²⁴

Eysenck warf in seinen Attacken gegen die Soziologie dieser in *The Inequality of Man* vor, sie sei „auf dem unsicheren Treibsand eines doktrinären Environmentalismus etabliert“²⁵. An anderer Stelle wetterte er gegen den „Aufstieg einer neuen Mittelmäßigkeit“, die „sozial ungerecht, politisch verhängnisvoll und ethisch nicht vertretbar“ sei, weil dadurch Menschen mit „überlegener Intelligenz“ bei ihrem Aufstieg in die „besser bezahlten und besser ausgebildeten Schichten der Gesellschaft“ behindert würden.²⁶

Eibl-Eibesfeldt spricht im Zusammenhang mit Migration vom „Wirtsvolk“. Auch ohne das Pendant dazu zu benennen, ist klar, dass es sich diesem Sprachgebrauch nach nur um Parasiten handeln kann.²⁷

Alle diese Psychologen werden am Institut für Psychologie bis heute als strebsame, allein der „wissenschaftlichen Erkenntnis“ verpflichtete und von hehrem Forscherdrang beseelte Männer dargestellt. Ihr weltanschaulicher Hintergrund und ihre politische Positionierung wird

in keinem der Vorlesungsskripten auch nur erwähnt, geschweige denn zu ihren Forschungsergebnissen in Beziehung gesetzt. Kaum verwunderlich, bedenkt man/frau, dass der Großteil der Grundlagenforschung der Differentiellen Psychologie, Statistik und Diagnostik auf diese Psychologen zurückgeht. Darüberhinaus mag allerdings ein gewichtiger Grund hierfür die fehlende Auseinandersetzung mit rassistischen Vermächnissen moderner Forschung im allgemeinen sein.²⁸

Bemerkenswert ist dabei die strukturelle Ähnlichkeit zwischen der Theoriebildung (Differentieller) Psychologie und der Wirkungsweise von Rassismus: Hier wie dort werden aus einer Machtposition heraus Eigenschaften zu- und festgeschrieben und bewertet. Dass eine solche Vorgehensweise in der Wissenschaft die Abwertung von Menschen wahrscheinlich macht, liegt nahe.

selektiv, verkürzt und fehlgeschlossen

Vom methodologischen Standpunkt ist die Intelligenz- und Persönlichkeitsforschung vielfach kritisiert worden. So analysieren etwa Lewontin, Rose und Kamin, wie psychometrische Untersuchungen zur Erblichkeit durch „unzureichende Stichprobengrößen, fehlerhafte subjektive Beurteilungen, selektive Adoption, mangelhafte Trennung sogenannter ‚getrennt‘ aufwachsender Zwillinge²⁹, nicht-repräsentative Stichproben von Adoptivkindern und willkürliche, ungeprüfte Annahmen über die Ähnlichkeit von Umwelten“ glänzen.³⁰ Auch Cernovsky weist darauf hin, dass statistische Ergebnisse vielfach falsch interpretiert wurden und veraltete Methoden zum Einsatz kamen, wie etwa die Messung des Kopfumfangs als Indikator für Intelligenz.³¹

Noch immer werden in Intelligenztests Verfahren eingesetzt, die auf der Vermutung Galtons beruhen, Intelligenz wäre wie biologische Eigenschaften vererbt und normalverteilt, d.h. mittlere Ausprägungen wären am häufigsten, „Genialität“ oder „Dummheit“ dagegen selten (z.B. Wechslers Intelligenztest und Cattells Grundintelligenztest). Ausdruck dieser Vorstellung ist auch die Zusammenfassung von Testergebnissen im IQ, dem Intelligenzquotienten. Diese Vorgehensweisen dienen der Hierarchisierung von Menschen und hängen der Vorstellung von einer verdinglichten „Intelligenz“ und dem übertriebenen Glauben an die Vererbung an. (vgl. Gould 1988: 168; Ulmann)

Die inhaltlichen Denkfehler der Intelligenztestbewegung analysieren Lewontin et al.³² ausführlich: Unterschiede in Status, Reichtum und Macht werden als Resultat unterschiedlicher endogener Begabung bzw. Intelligenz erklärt. Intelligenztests werden als adäquates Mittel zur Messung derselben betrachtet. Die festgestellten Unterschiede werden als genetische fixiert, weshalb sie gleichzeitig als unveränderlich gelten. Wenn nun Fähigkeitsunterschiede zwischen Menschen genetisch bedingt sind, so ein weiterer Schluss, gelte dies auch für Unterschiede zwischen Klassen und „Rassen“.³³ All diese Annahmen sind Fehlschlüsse.

Die Relevanz von „Intelligenz“ für anstehende Fragen wurde und wird vielfach vorausgesetzt. Dies steht der Erkenntnis entgegen, dass es nur zwei Bereiche gibt, in denen Ergebnisse aus Intelligenztests eine gewisse Aussagekraft haben: bei der Vorhersage des Erfolgs in Schule und Studium (an Noten gemessen) und des Berufsstatus. Hier sind einige Zusammenhänge auszumachen: Schule wie Testsituation liefern ein Umfeld, in dem kontextfreie Vorgaben, Fremdbestimmtheit, Kontrolle und die Bereitschaft zu Unterordnung entscheidend sind und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten nicht gelernt, sondern eher vorausge-

setzt bzw. unterminiert wird. Zur Erklärung der Korrelation von Schulleistung und Intelligenztest muss also kaum auf das Konstrukt Intelligenz zurückgegriffen werden. Die Verbindung zwischen den beiden kann zu einem großen Teil aus der Ähnlichkeit der äußeren Gegebenheiten von Schulsituation und Versuchsbedingungen erklärt werden.

Darüber hinaus stellte sich als bester Prädiktor für Bildungs- und beruflichen Status 1977 in einer amerikanischen Studie das Bildungsniveau des Vaters heraus,³⁴ Ulmann betont die Kovariation zwischen „IQ“ und Reichtum.³⁵ Darin zeigt sich die Rolle von Intelligenztests und Biologisierungen bei der Verdeckung und Perpetuierung der gesellschaftlichen Produktion von Ungleichheiten.

Ulmann (1989) fasst die Unsinnigkeit der Frage nach dem Verhältnis von Anlage und Umwelt mittels eines Vergleichs: Menschliche Fähigkeiten entwickeln sich aufgrund angeborener Ausgangsbedingungen (nicht als Substanzen, sondern als Potenzial zur Entwicklung menschlicher Fähigkeiten), Bedingungen der Umwelt und Gründen des Menschen. Diese Bedingungen als Anteile auszurechnen, wäre das Gleiche, wie zu postulieren, „dies Brot besteht zu 30% aus Geschmack, zu 60% aus Nährwert und zu 10% aus Ästhetik“.³⁶

Eine Kritik an Intelligenztests kann sich aber nicht nur auf Methoden und Inhalte beziehen, will sie sich nicht an der Frage nach der „Gleichheit“ oder „Ungleichheit“ der Menschen arbeiten und damit eben den Denkweisen verhaftet bleiben, die sie angreift.

Die Politik des Rückgriffs auf Natur

Eine Kritik psychologischer Forschung greift zu kurz, wenn sie sich mit dem Nachweis methodischer oder logischer Fehler begnügt. Vielmehr können diese immer wieder als Hinweise auf die Durchsetzung bestimmter Vorstellungen von Gesellschaft, Politik und Ökonomie gelesen werden. Damit rückt die Frage nach der Zielsetzung von Wissenschaft in den Blick. Eine Analyse der Intelligenz- und Persönlichkeitsforschung liefert hier Antworten, die auf viele Bereiche und Richtungen der Psychologie zutreffen. Biologisierende, dekontextualisierende, ahistorische Interpretationen menschlichen Handelns führen hier vielfach zur Zu- und Festbeschreibung von Eigenschaften, ihrer Hierarchisierung nach spezifischen Verwertungsinteressen und der Machtausübung über Menschen.

Die Formierung und Funktionalisierung von Fragestellungen, Theorien und Methoden durch sozioökonomische, politische und kulturelle Bedingungen und Trends wird durch das Postulat der Objektivität und Wertneutralität von Wissenschaft verschleiert und gewinnt durch ihre Unausgesprochenheit an Wirkmächtigkeit. Gerade die Psychologie spielt im Zuge der „Verwissenschaftlichung“ vieler Lebensbereiche und des damit einhergehenden zunehmenden ExpertInnenwahns eine entscheidende Rolle, befriedigt sie doch in ihren dominanten Formen scheinbar den Wunsch nach Erklärungen, während sie gleichzeitig die Verantwortung den Einzelnen zuschiebt, ohne den gesellschaftlichen Status Quo in Frage zu stellen.

Auch in psychologischen Erklärungsansätzen zum Rassismus findet sich vielfach eine solche Individualisierung struktureller Macht. Durch die Konzentration auf Vorurteile erfolgt eine Reduktion von Rassismus auf eine Ansammlung individueller Irrtümer oder psychischer Störungen bei der gleichzeitigen Annahme, dass Urteile über Eigenschaften bestimmter Gruppen von Menschen grundsätzlich berechtigt oder sogar notwendig sind.³⁷

Psychologische Theorien dethematisieren politische und gesellschaftliche Macht, verei-

genschaften Handlungsweisen, denken individuelle Entfaltung und Freiheit ohne gesellschaftliche Veränderung, pathologisieren in ihrer Unfähigkeit, psychologische von materiellen Bedürfnissen zu unterscheiden, drängen die Subjekte zur Anpassung an die Gesellschaft, halten zur Unterordnung an, stärken soziale Kontrolle, predigen Kooperation und Anpassung im Sinne von Effizienz und Überleben, personalisieren und individualisieren gesellschaftliche Konfliktlinien und naturalisieren so bestehende Verhältnisse.³⁸ Damit werden „[g]esellschaftliche Beschränkungen [...] in subjektive Beschränktheit uminterpretiert“³⁹. Und davon sind Personen, die rassistischer oder sonstiger Diskriminierung ausgesetzt sind, stets in besonderem Ausmaß betroffen.

Weiße Unabsichtlichkeiten

„Aber, so wird man sagen, es besteht gar nicht die Absicht, nicht der Wille, zu verletzen. Mag sein, doch gerade dieser fehlende Wille, diese Ungeniertheit, diese Lässigkeit, diese Leichtfertigkeit, mit der man ihn festnagelt, ihn gefangennimmt, ihn primitivisiert, ist verletzend.“⁴⁰ (Frantz Fanon)

In ihrer Rolle als „conformity promoter“⁴¹ stützt und legitimiert Psychologie eine kapitalistische, rassistische, patriarchale und auf Konkurrenzdruck und Ausschluss angelegte Gesellschaft. In einer Auseinandersetzung mit Rassismus in der Psychologie erscheint es wesentlich, die damit einhergehende hierarchische Organisation der Gesellschaft zu begreifen. Das leistet meiner Meinung nach weder eine Thematisierung rechter Ideologien in der Psychologie, noch eine Analyse rassistischer Implikationen psychologischer Forschung in ausreichender Weise. Vielmehr läuft solch eine Herangehensweise Gefahr, gesellschaftliche Normalität gegen Rassismus zu verteidigen. Dabei wird verdeckt, dass strukturelle bzw. institutionelle Ungleichheit unsere Gesellschaft bestimmt und darin auch alle Menschen, die in dieser leben, verwoben sind – als Diskriminierte oder/und NutznießerInnen. Aus dieser Verstrickung resultiert die Notwendigkeit, unsere⁴² Zugehörigkeit zur Dominanzkultur⁴³ zu thematisieren und ein Verständnis von Weißsein als Organisationselement, das eine „soziopolitische Platzzuweisung“⁴⁴ impliziert, zu forcieren.

Während essentialistischer Rassismus bestehende Dominanzverhältnisse durch explizite Platzzuweisungen stützt, hat ein farbenblinder Rassismus den selben Effekt, indem er durch sein Festhalten am „Gleichheitsethos“⁴⁵ institutionellen Ausschluss und Diskriminierung ausblendet und als selbstverschuldet bzw. auf einer natürlichen Differenz beruhend rationalisiert. Durch diesen Unwillen, zwischen der Konstruktion einer „menschlichen Essenz“ und der Anerkennung der Verschiedenheit historischer, politischer, sozialer und kultureller Bedingungen zu unterscheiden, werden Dominanzverhältnisse negiert. Dagegen müssen Unterschiede nicht als vorgängige, sondern gesellschaftlich gewordene, aber als solche manifeste begriffen werden, die nicht binär sind, aber auch nicht beliebig.

Gleichzeitig wird auch in Erklärungsansätzen zu Rassismus ein Rassismusbegriff weitergetragen, der „race“ oder „Ethnie“ stets als nichtweiße thematisiert und damit die weiße Position dethematisiert und als scheinbar neutralen Ort behandelt.⁴⁶ Dadurch wird eine Normalität von Weißsein suggeriert, die andere Positionen ausgrenzt und letztlich eine Etablierung von Kompetenz qua Weißsein stützt. „Weiß-Sein ist nicht präsent und gleichzeitig omnipräsent.“⁴⁷

Dem stellt bell hooks die „Dezentrierung der unterdrückenden Anderen“ und die Einför-

derung des Rechts auf Subjektivität entgegen. Dazu müssen Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen rassistisch Unterdrückte „nicht auf die Reaktion der KolonisatorInnen angewiesen sind, um [ihre] Legitimität zu ermitteln“. ⁴⁸ Hierzu hält hooks einen Differenzbegriff für erforderlich, der auf die Veränderung der politischen Strategien (im weitesten Sinne) abzielt. ⁴⁹ Ein solcher Differenzbegriff muss offenlegen, wie sowohl der Gleichheitsgedanke als auch bestimmte Differenzvorstellungen die Interessen derer bedienen, die sich ihre Repräsentationen der „Anderen“ zur Bestätigung der eigenen Person zunutze machen und so bestehende Herrschaftsverhältnisse festigen. ⁵⁰

In diesem Zusammenhang eröffnet sich die Frage nach dem Verhältnis von Fortschreibung und Negierung: Der Anspruch, die Welt durch nicht-diskriminierende Repräsentationen zu verändern, kann auch zur Fortwirkung bestehender verfestigter Strukturen führen, die ohne Thematisierung nicht aufgebrochen werden können. Die Kunst besteht darin, an der Situation der Menschen anzusetzen, ohne sie festzuschreiben, aber auch ohne durch politische Korrektheit die Aufarbeitung bestehender Widersprüche zwar aus der Sprache zu tilgen, damit aber auch ungreifbar zu machen und zuzudecken.

Wir Weiße erhalten unseren Status als Angehörige der Dominanzkultur (auch) über Rassismus aufrecht, ob aus Selbstverständlichkeit und Ignoranz oder mit bewussten Absichten. Doch auch die fehlende Auseinandersetzung hat System ⁵¹ und unabsichtliche Diskriminierung ist eine schlechte Ausrede. Vielmehr erscheint es notwendig, gleichzeitig strukturelle und institutionelle Ungleichheit und unsere „Mikropolitik“ ⁵² rassistischer Unterdrückung zu thematisieren und gegen beides anzukämpfen in der Gleichzeitigkeit von Verstrickung und Widerstand, mit Gayatri Spivak, das „unmögliche Nein“ auszusprechen ⁵³.

Ebenso gilt für die westliche ⁵⁴ (Mainstream-)Wissenschaft: Wo sie sich als neutral und objektiv positioniert, fallen Weißsein, Wissenschaft und Neutralität in eins. Auch hier stellt sich „Unvoreingenommenheit“ auf die Seite der Herrschaft.

Der Text reißt ab. Die Geschichte hat kein Ende.

1 „Diskurs“ meint hier, angelehnt an Stuart Hall, eine Gruppe von Aussagen, mittels derer eine bestimmte Weise des Sprechens formiert wird und Wissen sowie Bedeutungen produziert und eingegrenzt werden. Somit stellt er ein System dar, durch das Macht über die Objekte des Wissens ausgeübt wird und zum Zirkulieren gebracht wird. „Diejenigen, die den Diskurs produzieren, haben also die Macht, ihn wahr zu machen.“ (Hall, Stuart (1994): *Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht*. In: ders.: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument, 154)

2 Hierzu arbeitete die akademische Psychologie eng mit Psychiatrie und Eugenik zusammen (vgl. etwa Benetka, Gerhard: „Im Gefolge der Katastrophe...“ *Psychologie im Nationalsozialismus*. In: Paul Mecheril/Thomas Teo (Hg.) (1997): *Psychologie und Rassismus*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt; 60); Fallend, Karl et al. (Hg.) (1989): *Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen*. Wien; Benetka, Gerhard/Kienreich, Werner (1989): *Der Einmarsch in die akademische Seelenlehre*. In: Gernot Heiß et al. (Hg.): *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik

3 vgl. Benetka, Gerhard (1992): „Dienstbare Psychologie“; Besetzungspolitik, Arbeitsschwerpunkte und Studienbedingungen in der

- „Ostmark“. In: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen (1992): Psychologie und Gesellschaftskritik. Psychologie im Nationalsozialismus, Jg. 16, Heft 1; 65
- 4 vgl. Benetka/Kienreich 1989: 121
- 5 Als die drei zentralen Mechanismen rassistischer Zuschreibungen werden in den hier rezipierten Theorien weitgehend, wenn auch mit unterschiedlicher Fokussierung, die Zuschreibung von „Andersartigkeit“ und die Bewertung derselben bei gleichzeitigem Agieren aus einer Machtposition heraus betrachtet. Unter essentialistischem Rassismus werden jene Formen des Rassismus verstanden, die von endgültig fixierten, also in einer menschlichen „Essenz“ festgelegten Unterschiede ausgehen. Dazu können sowohl biologistische als auch kulturalistische Rassismen gezählt werden.
- 6 zur Geschichte der Psychometrie siehe: Gould, Stephen Jay (1994): Der falsch vermessene Mensch. 1. Aufl. 1988, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- 7 Gittler, G. & Arendasy, M (2000): Differentielle Psychologie I. Grundlagen und Intelligenztheorien (Skriptum zur Vorlesung); 14
- 8 Gittler/Arendasy 2000: 14
- 9 Galton: Genie und Vererbung, Leipzig 1910: 383, zit. nach Billig, Michael (1981): Die rassistische Internationale. Zur Renaissance der Rassenlehre in der modernen Psychologie. Frankfurt: Neue Kritik; 30
- 10 Galton: Memories of my Life, London 1908: 322, zit. nach Billig 1981: 35
- 11 Galton: Inquiry into Human Faculty and its Development, London 1907: 17 (Fn.), zit. nach Billig 1981: 31
- 12 Pearson, ebd. 38, zit. nach Billig 1981: 39
- 13 Pearson: National Life from the Standpoint of Science, Cambridge University Press, 1905: 46, zit. nach Billig 1981: 41
- 14 Pearson: The Scope and Importance to the State of National Eugenics. Cambridge University Press 1911: 11, zit. nach Billig 1981: 37f.
- 15 Cattell: The Fight for our National Intelligence, 1f., zit. nach Billig 1981: 51f.
- 16 R.B. Cattell (1937): The Fight for our National Intelligence, London, 56
- 17 Cattell: The Fight for our National Intelligence. London 1937: 64, zit. nach Billig 1981: 52
- 18 The Mankind Quarterly, 1979, Jg. 19, 298; zit. nach Billig 1981, 93 zu Mankind Quarterly, Themengebiet „Rasse und Vererbung“ (Billig 96):
- 19 Spearman: The Abilities of Man: their Nature and Measurements. London 1927: 379, zit. nach Billig 1981: 49
- 20 Zwischen 1911 und 1930 erließen 24 amerikanische Bundesstaaten Gesetze zur Sterilisierung sozial „Nichtangepasster“, in 30 Staaten wurden „gemischtrassige“ Ehen gesetzlich beschränkt. 1924 wurde ein Gesetz verabschiedet, dass die Einreise „rassisch minderwertiger“ beschränken sollte, (vgl. Billig 1981: 49)
- 21 Seine Bücher sind an der Uni Wien sogar in der Lehrbuchsammlung erhältlich.
- 22 Jensen nennt Burt „einen geborenen Edelmann“, dem „größere und repräsentativere Stichproben, als sie je ein Forscher in diesem Bereich beigebracht hat“, einen „Platz in der Geschichte der Wissenschaft“ einbringen werden. (Jensen, A. R.: Sir Cyril Burt (Nachruf) Psychometrika 1972, 37, 115-117, zit. nach Lewontin et al. 1988, 81) Er bezeichnet Burts Untersuchungen zur Erbllichkeit von Intelligenz als „den befriedigendsten Versuch“ der Erbllichkeitsschätzung des IQ. Dem steht in eigentümlicher Weise die Änderung seiner Haltung nach Bekanntwerden von Burts Fälschungen entgegen: Nun behauptete Jensen, Burt habe nur fahrlässig gehandelt und dass auch ohne Burts Daten die Beweislage zugunsten einer hohen Erbllichkeit des IQ nicht entscheidend geschwächt wäre. (vgl. Jensen: How Much Can We Boost IQ and Scholastic Achievement, Harvard Educational Review, 1969, 39, 1-123, zit. nach Lewontin et al. 1988, 83) Eysenck lobt die Werke seines ehemaligen Lehrers Burt für „die hervorragende Qualität der Planung und statistischen Verarbeitung in diesen Studien“ (Cernovsky: 88)
- 23 Sie gehen allgemein davon aus, Intelligenz sei zu 80% vererbt. (vgl. Ulmann 1989: 168) Vgl. auch Billig 1981: 76f.
- 24 vgl. Billig 1981: 71
- 25 in: Die Ungleichheit des Menschen. München 1975: 53, zit. nach Billig 1981: 51. Dieses Buch findet sich gemeinsam mit weiteren seiner Werke in Literaturlisten faschistischer Gruppen wie der National Front.

26 Eysenck: Die Experimentiergesellschaft. Soziale Innovation durch angewandte Psychologie, Reinbek 1973, 196, zit. nach Billig 1981, 84

27 vgl. Lothar Baier in Billig 1981: 9

28 So stellt etwa Kant, von dem bekanntermaßen berichtet wird, dass er Königsberg zeit seines Lebens nicht verließ, durchaus keine Ausnahme dar, wenn er sich recht einschlägig über Menschen in aller Welt äußert: "Das Volk der Amerikaner nimmt keine Bildung an. Es hat keine Triebfedern, denn es fehlen ihm Affekt und Leidenschaft. Sie sind nicht verliebt, daher sind auch nicht furchtbar [sic; d.h. sind nicht ängstlich]. Sie sprechen fast nichts, lieblosen einander nicht, sorgen auch für nichts, und sind faul." (Starke, Friedrich Christian (Hg.) (1831): Kants philosophische Anthropologie. Nach handschriftlichen Vorlesungen. Leipzig, S. 352, zit. nach Eze, Emmanuel Chukwudi (1997): The Color of Reason: The Idea of 'Race' in Kant's Anthropology. In: ders. (Hg.): Postcolonial African Philosophy: A Critical Reader. Blackwell; Fußnote 71, 135)

"Die race der Neger, könnte man sagen, ist ganz das Gegenteil von den Amerikanern; sie sind voll Affekt und Leidenschaft, sehr lebhaft, schwatzhaft und eitel. Sie nehmen Bildung an, aber nur eine Bildung der Knechte, d. h. sie lassen sich abrichten. Sie haben viele Triebfedern, sind auch empfindlich, fürchten sich vor Schlägen und thun auch viel aus Ehre." (ebd., zit. nach Eze, Fußnote 72)

"Die Mohren...haben eine dicke Haut, wie man sie denn auch nicht mit Ruthen, sondern gespaltenen Röhren peitscht, wenn man sie züchtigt, damit das Blut einen Ausgang finde, und nicht unter der Haut eitere." (ebd., zit. nach Eze, Fußnote 73)

"Die Hindus haben zwar Triebfedern, aber sie haben einen starken Grad von Gelassenheit, und sehen alle wie Philosophen aus. Demohgeachtet sind doch zum Zorne und zur Liebe sehr geneigt. Sie nehmen daher Bildung im höchsten Grade an, aber nur zu Künsten und nicht zu Wissenschaften. Sie bringen es niemals bis zu abstrakten Begriffen. Ein hindostanischer großer Mann ist der, der es recht weit in der Betrügerei gebracht und viel Geld hat. Die Hindus bleiben immer wie sind, weiter bringen sie es niemals...Dahin gehören die Hindus, die Perser, die Chinesen, die Türken, überhaupt alle orientalischen Völker" (ebd., S. 352 f., zit. nach Eze, Fußnote 76)

"Die Race der weißen enthält alle Triebfedern und Talente in sich; daher werden wir sie etwas genauer betrachten müssen" (ebd., S. 353, zit. nach Eze, Fußnote 77)

29 Die Bestimmung des Erbanteils von „Intelligenz“ zählt seit jeher zu den Hauptanliegen der Zwillingsforschung. 1988 liefern Lewontin et al. eine eingehende Kritik an Zwillingsstudien und weisen darauf hin, dass außer den „Studien“ von Burt lediglich drei unveröffentlichte Untersuchungen zum IQ bei getrennt aufgewachsenen eineiigen Zwillingen existieren (vgl. 1988: 85ff). Bei diesen wurden hochkorrelierende Umwelten festgestellt, oft wuchs ein Kind bei der Mutter, das andere bei einer Tante auf. Die Kinder gingen in die gleiche Schule. Die Angaben über das Ausmaß der Trennung der Zwillinge wurde anhand von mündlichen Berichten derselben bestimmt, wobei allerdings Zwillinge Belegen zufolge dazu neigen, das Ausmaß ihrer Getrenntheit „romantisch zu übertreiben“ (88). Weiters wurden Versuchsleitereffekte nicht ausreichend berücksichtigt.

Gittler führt Zwillingsstudien als die Methode zur Untersuchung der Umwelt- oder Erbbedingtheit von Merkmalen an. (vgl. Gittler (1998): Differentielle Psychologie. in: Institut für Psychologie der Universität Wien (Hg.) (1998): Psychologie als Wissenschaft. Skriptum zur Eingangsphase für das Studium der Psychologie, 2. Auflage, WUV, 69) Seine Bemerkungen zur Einzigartigkeit von Menschen lassen dabei eindeutig auf eine Favourisierung der Vererbung schließen, wenn er ebendiese Einzigartigkeit eineiigen Zwillingen abspricht und legen zudem einen soziobiologischen Hintergrund offen, wenn er im nächsten Atemzug soziales Handeln damit in Beziehung setzt: „Die Einzigartigkeit von Individuen ist (abgesehen von eineiigen Zwillingen mit identischem Genbestand) eine der Grundtatsachen des Lebens überhaupt. Jeder reagiert auf die ihm eigene Weise auf seine Umwelt und Mitmenschen.“ (Gittler 1998: 65)

30 Lewontin et al. (1988): Die Gene sind es nicht...Biologie, Ideologie und menschliche Natur. München-Weinheim. Psychologie Verlags Union, 80

31 vgl. Cernovsky, Zack Z. (1997): Pseudowissenschaftliche „Rassenforschung“ der Gegenwart. In: Paul Mecheril/Thomas Teo (Hg.) (1997): Psychologie und Rassismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt; 73; Auch im Skriptum zur Vorlesung „Differentielle Psychologie“ finden sich Rezeptionen von Untersuchungen zum Zusammenhang von Kopfumfang und „Intelligenz“. Hier werden Kopf-

große, Hirnvolumen und Intelligenz verglichen (Gittler/Arendasy 2000: 61) und eine Metaanalyse von 54 Untersuchungen aus den Jahren 1906 bis 1999 präsentiert. Wessen Untersuchungen dies sind, wird allerdings nicht erwähnt.

32 vgl. Lewontin et al. 1988: 66 und passim

33 Diese These vertritt Eysenck in *The Inequality of Man und Jensen in Educability and Group Differences*.

34 McCall, zit. nach Zimbardo, Philip G. (1995): *Psychologie*. Berlin: Springer, 538

35 Ulmann, Gisela (1989): Die Problematik der biologischen Fundierung menschlicher Intelligenz. in: Ahrens/Amelang (1989): *Brennpunkte der Persönlichkeitsforschung*, Bd. 2; 167

36 Ulmann 1989: 163

37 siehe hierzu: Terkessidis, Mark (1998): *Psychologie des Rassismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag

38 siehe hierzu auch: Prilleltensky, Issac (1994): *The Morals and Politics of Psychology. Psychological Discourse and the Status Quo*. State University of New York Press

39 Markard, Morus (1997): *Begabung, Motivation, Eignung, Leistung – politisch-operative Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung: Eine Betrachtung aus kritisch-psychologischer Sicht*. Beitrag zur Tagung „Ungleichheit als Projekt“, Marburg. <http://www.kalaschnikow.revolte.net/archuiv/a10/a10markard.html>

40 Fanon, Frantz (1980): *Schwarze Haut, weiße Masken*. Frankfurt/Main: Syndikat; 24

41 Prilleltensky 1994: 10

42 Dieses „Wir“ betrifft den Großteil, aber wohl nicht die Gesamtheit der LeserInnen dieses Texts. Somit produziert es Einschlüsse in eine und Ausschlüsse aus einer Gemeinschaft, die zu thematisieren mir notwendig erscheint, nicht um ihren Zusammenhalt zu stärken, sondern um ihre Auswirkungen zu thematisieren und ihre Macht zu schwächen.

43 siehe hierzu: Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag

44 Wachendorfer, Ursula (1998): *Soziale Konstruktionen von Weiß-Sein. Zum Selbstverständnis Weißer TherapeutInnen und BeraterInnen*. in: María del Mar Castro Varela et al. (1998): *Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie*. Tübingen: dgvt; 53

45 Terkessidis 1998: passim

46 vgl. bell hooks (1996): *Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht*. Berlin: Orlanda, passim; Wachendorfer 1998: 50

47 Wachendorfer 1998: 51

48 hooks 1996: 65

49 vgl. hooks 1996: 83

50 Mark Terkessidis spricht vom „Ausschluss durch Einbeziehung“ als „dreifachem Prozeß“: „1. konkrete Objektivierung (Beschränkung der Freiheit, soziale und rechtliche Ungleichheit), 2. Zuweisung von abstrakter Freiheit (die Behauptung, jeder sei „frei“, seine „Natur“ selbst zu machen) und 3. konkrete Subjektivierung-als-Abweichung (Naturalisierung des Unterschieds).“ (Terkessidis 1998: 257)

51 Dies zeigt etwa Birgit Rommelspacher anhand der Beziehung von nichtjüdischen zu jüdischen Frauen in Deutschland (Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur*; 91ff.; Rommelspacher, Birgit (1995): *Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen*. Hamburg)

52 Frankenberg, Ruth (1993): *White Women, Race Matters. The Social Construction of Whiteness*. New York/London: Routledge; 159

53 Dazu Mark Terkessidis: „Jedes Nein zu den Institutionen ist ein Nein in den Institutionen, ein unmögliches Nein zu einer alltäglichen Praxis, der eigenen Subjektivierung, den eigenen Wahrnehmungen und dem eigenen Wissen.“ (Terkessidis 1998: 262, mit Bezug auf Spivak, Gayatri Chakravorty (1993): *Outside in the teaching machine*. London, 60)

54 „Westlich“ bezeichnet hier nicht einen geographischen Raum, sondern ein ideologisches Konstrukt. (vgl. hierzu: Hall, Stuart (1994): *Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht*. In: ders.: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument)

Völkerkunde abschaffen!

VON THOMAS SCHMIDINGER

Obwohl die Ethnologie heute oft gegen das Image eines nutzlosen Orchideenstudiums anzukämpfen hat, entstand auch sie aus einem konkreten Nutzen für das kolonialisierende und missionierende Europa heraus.

Die Völkerkunde entstand als Wissenschaft in der Hochblüte des Europäischen Kolonialismus. Das Wissen um die zu beherrschenden „Völker“ Asiens, Afrikas, Australiens, Ozeaniens und Amerikas diente unmittelbar der Beherrschbarkeit der „Studienobjekte“. Insofern ist es nur logisch, dass die ersten Ethnologen auch in Österreich aus der christlichen Mission stammten. Pater Paul Schebesta etwa, der Gründer der institutionalisierten Völkerkunde in Wien, machte sich bei den Pygmäen auf die Suche nach einer ursprünglichen monotheistischen Religion und auch wenn er eine solche nicht finden konnte, legte er sich seine Forschungsergebnisse so zu recht, dass er eine solche doch noch „wissenschaftlich“ beweisen konnte.

Waren diese ersten österreichischen Ethnologen noch von einem christlichen Hintergrund geprägt, so spielte bei der jüngeren Generation von VölkerkundlerInnen seit den Dreißiger Jahren eine säkularisierte Rassenlehre eine immer bedeutendere Rolle. Nationalsozialistische EthnologInnen wie Hermann Baumann, Hugo Adolf Bernatzik oder Viktor Christian waren bereits vor der Machtübernahme der Nazis an der Universität Wien aktiv, die noch stärker austrofaschistisch geprägte Führungsspitze des Instituts für Völkerkunde um Pater Wilhelm Schmidt und Wilhelm Koppers, beide wichtige Vertreter der Wiener „Kulturkreislehre“, wurde jedoch entmachtet. „Koppers und Schmidt wurden kurzzeitig verhaftet und mussten ausreisen. Der Privatdozent Heine-Geldern befand sich während des Machtwechsels in den USA und kehrte nicht zurück.“ (LINIMAYR, 1994: 51) Viktor Christian, der Vorstand des Instituts

Das „Zentralinstitut für Theaterwissenschaft“ war eine von neun Institutsneugründungen an der Universität Wien in den Jahren 1938 bis 1945, neben einschlägigen Gründungen wie dem „Institut für Rechtsvereinheitlichung“, dessen Gründer und Leiter Ernst Swoboda die Erzeugung eines „einheitlich nationalsozialistisch durchtränkten deutschen Rechts“¹ als wichtigste Aufgabe nach dem „Anschluss“ ansah, oder des „Rassenbiologischen Instituts“, das sowohl an der medizinischen als auch an der philosophischen Fakultät verankert sein sollte und das bisherige Institut für Anthropologie in sich aufnehmen sollte². Im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften sind auch noch

Kindermanns Hof

Warum das Wiener Institut für Theaterwissenschaft in der Hofburg residiert und warum sich niemand darüber wundert

von Eva Krivanec

für Orientalistik übernahm die Interimsleitung des Instituts für Völkerkunde. Von 1940 bis 1945 leitete der überzeugte Nazi Hermann Baumann das Institut.

Trotz dieser Brüche konnte die neue Führung des Instituts für Völkerkunde auf wissenschaftliche Vorarbeiten setzen und an einen Rassendiskurs anknüpfen der die deutschsprachige Völkerkunde im „Altreich“ bereits längst prägte. Die physischen Merkmale der zu erforschenden „Völker“ spielten bereits zuvor eine wichtige Rolle in der deutschsprachigen Völkerkunde.

Unter der NS-Herrschaft setzte sich diese rassistische Völkerkunde endgültig durch. Die Suche nach mythischen Ursprüngen nationalsozialistischer Ideologie und Symbolik spielte in der Folge eine wichtige Rolle am Institut für Völkerkunde. Physische Anthropologie und geisteswissenschaftliche Völkerkunde rückten zunehmend zusammen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Erforschung der „Indogermanen“. Dabei waren jedoch viele Forschungsvorhaben auch von nationalsozialistischer Interdisziplinarität geprägt, an denen die Völkerkunde auch – aber nicht nur – beteiligt war.

Johann Knobloch etwa studierte an der Universität Wien indogermanistische Sprachwissenschaften. Unter seinen Lehrern befanden sich jedoch nicht nur Professoren der Sprachwissenschaft, sondern auch der interimistische Institutsvorstand der Völkerkunde, Viktor Christian. Knobloch, der auch nach 1945 seine wissenschaftliche Karriere an österreichischen und deutschen Universitäten fortsetzte, recherchierte für seine Dissertation über „Romani-Texte aus dem Burgenland“, die er am Institut für Sprachwissenschaft verfasste, im NS-„Zigeunerlager“ im Salzburger Stadtteil Leopoldskron, wo er mit der Macht der bewaffneten NS-Wächter im Hintergrund Informationen aus seinen „Forschungsobjekten“ herauspresste. (LEWY, 2001: 231ff) Dass diese draufhin deportiert und vernichtet wurden, interessierte den Völkerkundler nicht.

„Noch während des Krieges sammelte er in Lagern für sowjetische Kriegsgefangene in der weiteren Umgebung von Wien tscherkessisches, osetisches, georgisches, mingrelisches und lakkisches Sprachmaterial“. (BOTHEN / ÖLBERG / SCHMIDT, 1985: XV)

Wie im gesamten österreichischen Wissenschaftsbetrieb war der Bruch, der mit der mili-

das „Institut für Zeitungswissenschaft“ sowie die „germanisch-deutsche Volkskunde“ zu erwähnen.

Für die Gründung des Instituts für Theaterwissenschaft setzte sich neben Heinz Kindermann, einem österreichischen Germanisten, der zu dieser Zeit Professor an der Universität Münster war und nach dem „Anschluss“ gerne nach Österreich zurückkommen wollte, vor allem Reichsstatthalter Baldur von Schirach ein, der „Wien zum kulturellen Zentrum des Reiches machen [wollte] und plante, die Reichstheaterwoche und die Reichstheaterfestwochen der HJ in Wien stattfinden zu lassen“³ Die Philosophische Fakultät hingegen sträubte sich sowohl gegen das neue Institut als auch gegen Kindermann, gab dem Ausbau anderer Bereiche, etwa der Südosteuropaforschung den Vorzug, und warf ihm vor, kein Theaterwissenschaftler zu sein, was dieser zum Anlass nahm, innerhalb eines Jahres ein umfangreiches „theaterhistorisches Werk“ vorzulegen, in dem er die „Art“ niederlegte, „in der wir nun rassistisch und volkhaft bedingte Theatergeschichte betreiben sollen“⁴. Nach langen Kontroversen schien schließlich eine freigewordene Planstelle an der katholisch-theologischen

tärischen Niederlage Deutschlands 1945 einherging, auch in der Völkerkunde bei weitem nicht so spektakulär wie er hätte sein sollen. Baumann flüchtete zwar und Schmidt, Koppers und Heine-Geldern kehrten nach Wien zurück. Trotzdem blieben wichtige EthnologInnen in ihren Positionen oder kehrten nach Erhalt ihres „Persilscheins“ wieder in den Wissenschaftsbetrieb zurück.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist Walter Hirschberg, der aufgrund seiner NSDAP-Partei-Mitgliedschaft zwar seinen Dienst am Völkerkundemuseum quittieren musste, aber schon bald wieder einer der anerkanntesten deutschsprachigen EthnologInnen der Nachkriegsära wurde. Hirschberg hatte lediglich bis 1950 Lehrverbot an der Universität Wien, wurde aber schon 1962 wieder mit einer Professur bedacht.

Hirschberg war auch Herausgeber des 1988 im Dietrich Reimer Verlag erschienenen „Wörterbuch der Völkerkunde“, das heute noch in den Einführungsvorlesungen am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, wie das Institut für Völkerkunde mittlerweile heißt, empfohlen wird. Zu einem Zeitpunkt wo selbst rechte Verhaltensforscher wie der Konrad Lorenz-Schüler Eibl-Eibesfeldt anerkennen mussten, dass der Rassebegriff auf den Menschen bezogen wissenschaftlich unhaltbar ist, ist in diesem Werk unter dem Stichwort „Rasse“ noch zu lesen:

„Wichtige Rassenmerkmale sind [...] Körpersubstanzen [...] und – bei Tier und Mensch – auch geistig-seelische Differenzierungen (Verhaltensweise, Temperament usw.). [...] Auch beim Menschen ist es im Laufe seiner Stammesgeschichte zur Bildung zahlreicher R. gekommen. Sowohl die zeitliche Aufeinanderfolge als auch das Nebeneinander verschiedener Menschenformen von den Anfängen der Menschheit bis zur Gegenwart liefern Anschauungsmaterial für seine rassische Differenzierung in Raum und Zeit. [...]“ (HIRSCHBERG, 1988: 390) Im gesamten Beitrag wird nicht einmal erwähnt, dass es Zweifel an der Existenz von Rassen gäbe. Kaum wo zeigt sich so deutlich die zwar verbale Entschärfung aber kaum versteckte Weitertradierung einzelner Ideologeme des Nationalsozialismus in der Völkerkunde.

Walter Hirschberg durfte auch im als Lehrbuch allen EthnologiestudentInnen bekannten Sammelband „Ethnohistorie und Kulturgeschichte“ zwei Aufsätze verfassen. Neben Hirschberg findet sich auch der deutschnationale Soziologe Roland Girtler* mit zwei Artikeln über

Fakultät, sowie nachhaltige Interventionen von Kindermann selbst und der Reichsstatthaltertschaft, die Institutsgründung und Berufung Kindermanns als Ordinarius zu gestatten, doch der Vorschlag der Fakultät vom Dezember 1942 reihte Kindermann lediglich an dritter Stelle, was zwar eine symbolische Geste der Opposition war, den Ruf Kindermanns nach Wien im Jänner 1943 jedoch nicht verhinderte. Das Institut wurde denn auch nicht an der Universität selbst eingerichtet, sondern in 12 Räumen in der Hofburg, die von Baldur von Schirach zur Verfügung gestellt wurden. Die finanzielle Ausstattung des Instituts war fürstlich, sie betrug mit 225.000 RM soviel wie die Hälfte des gesamten jährlichen Sachaufwands der Universität, was angesichts des Zeitpunkts der Errichtung und des wohl nicht übermäßigen Interesses Berlins an dieser „Konkurrenz“ erstaunlich ist⁵.

Heinz Kindermann hatte, bevor er Institutsleiter wurde, bereits eine beachtliche Karriere hinter sich. Er trat 1918 ins Ressort für Volksbildung im deutsch-österreichischen Unterrichtsministerium ein und schuf dort

„Hermeneutik und Ethnohistorie“ und die „Aktualität der Soziologie für die Geschichtswissenschaft“ unter den Autoren dieses Werkes, an dem keinE Völkerkunde-StudentIn im ersten Studienabschnitt vorbeikommt.

Noch vor wenigen Jahren, als ich im ersten Studienabschnitt studierte, war ich in der Einführung in die Völkerkunde Indiens von Dr. Pillai-Vetschera mehrmals mit dem Begriff der „Rasse“ konfrontiert. In der damals vom Kastendienst der Institutvertretung ausgegebenen, aber nicht autorisierten, Vorlesungsmitschrift vom Ende der Achzigerjahre war von „kleinwüchsigen, dunkelhäutigen, flachnasigen“ Menschen die Rede, als es um die Ureinwohner Indiens ging. Als ich statt einer Prüfung eine geharnischte Kritik an diesen Begriffen abgab, erhielt ich von der Vortragenden eine Antwort, in der es u.a. hieß: „Von der Erwähnung physischer Merkmale werde ich allerdings auch in Zukunft nicht abgehen. [...] Selbst die Erwähnung von ‚klein, dunkelhäutig, flachnasig,...‘ hat ihren guten Grund: Es sind Merkmale, die in der ältesten Literatur erwähnt werden. Gerade diese frühen Hinweise werden heute von den Dalits und den Adivasi verwendet, um nachzuweisen, dass sie die autochthone Bevölkerung der Landes waren, die von den später eingewanderten Aras (die in der Dalit-Literatur übrigens als ‚Nazis‘ bezeichnet werden) des Bodens beraubt und unterdrückt wurden.“ (PILLAI-VETSCHERA, Brief vom 19. 2. 1997)

Ich würde den Lehrenden am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie unrecht tun, wenn ich nicht erwähnte, dass solche „Ausrutscher“ heute eher die Ausnahme als die Regel darstellen. Der Rassebegriff und die Behandlung physischer Unterschiede ist aber auch aus vielen anderen Vorlesungen noch nicht verschwunden. Zugleich gab es aber auch schon in den Siebzigerjahren mit Walter Dostal eine marxistisch inspirierte Sozial- und Kulturanthropologie am Institut und auch wertkonservative Professoren wie Prof. Wernhardt, der selbst Mitglied des katholischen *Cartellverbandes* ist, arbeiten heute in ihren Vorlesungen zur Fachgeschichte die rassistische und nationalsozialistische Vergangenheit der Wiener Völkerkunde ungeschminkt auf. Dies ist ebenso als Fortschritt zu beurteilen, wie die Umbenennung des Instituts, nicht aber der Studienrichtung, in ein „Institut für Ethnologie, Sozial- und Kulturanthropologie“.

eine Wanderbühne, die Theatergemeinschaft der Bundesländer und mehrere Volksbüchereien, habilitierte sich 1924 an der Universität Wien und ging zunächst als Professor für neuere Literaturgeschichte an die Technische Hochschule Danzig, 1936 wechselte er nach Münster. Die Liste seiner Publikationen ist unüberschaubar lang, das Bemühen und der Kampf ums „Deutschtum“ ist jedoch allen Schriften zwischen 1933 und 1945 anzusehen, Titel wie „Von deutscher Art und Kunst“ (1935), „Dichtung und Volkheit“ (1937), „Rufe über Grenzen. Dichtung und Lebenskampf der Deutschen im Ausland“ (1938), „Kampf um die deutsche Lebensform“ (1941), „Der großdeutsche Gedanke in der Dichtung“ (1941), „Ferdinand Raimund. Lebenswerk und Wirkungsraum eines deutschen Volksdramatikers“ (1943), sprechen für sich und beschreiben den Wirkungsraum eines durchwegs „praxisorientierten“ Geisteswissenschaftlers im Nationalsozialismus. „Seit den Dreißiger Jahren begleiten seine Publikationen den Weg der herrschenden nationalsozialistischen Macht wie ein verlässlicher Kommentar.“⁶

Trotzdem zeichnet sich in der modernen deutschsprachigen Völkerkunde eine Verschiebung des Rassebegriffes zum Kulturgebegriff ab, wie es auf der politischen Ebene die „Neue Rechte“ schon vorexerziert hat. Der Begriff der „Kultur“ wird dabei weitgehend unangetastet belassen und für Gruppenidentitäten verwendet, die zuvor eher biologisch hergeleitet wurden. Das Bild von in sich geschlossenen „Kulturen“ wird dabei nur selten in Frage gestellt. Dass dabei viele Studierende noch wesentlich reaktionärer sind als ihre Vortragenden, ändert nichts an dieser Tatsache, sondern lässt für die Zukunft nur noch Schlimmeres erwarten.

Aus meiner persönlichen Erfahrung heraus kann ich mich etwa an eine Vorlesung aus dem 2. Studienabschnitt erinnern, wo angehende EthnologInnen darüber diskutiert haben, an welchen Eigenschaften denn nur „echte Hawaiier“ zu erkennen wären. Mein damaliger Einwand, dass Gruppenidentitäten, wenn überhaupt, so nur durch das ideologische Bekenntnis zu ihnen festgemacht werden können, da es sich dabei um ideologische Konstrukte, vorgestellte Gemeinschaften handle, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Studierenden nur mit Unverständnis betrachtet.

Hier zeigt sich auch, dass die deutschsprachige Völkerkunde anderen Instituten für Sozial- und Kulturanthropologie im anglosächsischen oder französischen Sprachraum noch Jahrzehnte hinterherhinkt.

Dort sind es gerade auch fortschrittliche EthnologInnen wie Ernest Gellner gewesen, die sich mit dem ideologischen Konstrukt von Gruppenidentitäten beschäftigt haben. Aber welche Studierenden haben in Wien schon Gellners „Nationalismus und Moderne“ gelesen?

Dabei spielt sicher auch die weitgehende Theoriefeindlichkeit vieler VölkerkundestudentInnen eine wichtige Rolle, bei der Weigerung sich mit den ideologischen Grundlagen des eigenen Faches auseinanderzusetzen. Theorievorlesungen sind unter der Mehrzahl der Studis verhasst. Da hört mensch sich lieber nette Geschichten von afrikanischen oder indischen Göttern an oder lauscht gebannt Erzählungen über möglichst exotische „Indianer“ oder Aborigenes. Die Sehnsucht nach „Natürlichkeit“, „Ursprünglichkeit“ und Exotik ist vielen angehenden EthnologInnen anzusehen, wenn ihre Augen zu leuchten beginnen, sobald es um geheime Kulte, afrikanische Musik oder vermeintliche Reste „natürlicher Urvölker“ geht.

Nach 1945 gelang ihm – nach kurzer Absenz und ohne größere Schwierigkeiten – die glänzende Weiterführung seiner Karriere. Im Zuge des Verbotsgesetzes 1945 wurde Kindermann seines Dienstpostens enthoben, konnte jedoch 1954, trotz ablehnender Gutachten und einer kritischen Haltung in der Öffentlichkeit, wieder an die Universität zurückkehren, zunächst als außerordentlicher Professor, 1955 bereits wieder als Institutsvorstand, 1959 als Ordinarius⁷. Seine Vertrautheit mit den ministeriellen Gepflogenheiten und sein inniges Bemühen um das „Österreichische“ in den Jahren des „Wiederaufbaus“ dürften ihm einige Wege geebnet haben. Das Interesse konservativer Kulturpolitik an einer ideologisierenden „Kulturation“-Rhetorik schien Kindermann jedenfalls bestens bedienen zu können, schon ab 1949 konnte er mit Unterstützung des Ministeriums als „Freier Wissenschaftler“ rechnen. Innerhalb weniger Jahre setzte sich das Institut für Theaterwissenschaft mit ihm an der Spitze ins Zentrum des staatlich-institutionellen Theaterlebens und baute ein mächtiges Beziehungsnetz auf, das vom „Raimund-Seminar“, dessen Direktor Hans Niederführ eine ganz ähnliche

Letztlich bleibt aber jede noch so verdienstvolle Aufarbeitung der Fachgeschichte der Ethnologie durch ProfessorInnen und Studierende, die sich selbst noch als WissenschaftlerInnen und nicht als zivilisationsmüde EsoterikerInnen verstehen, eine fachinterne Aufarbeitung und „Vergangenheitsbewältigung“. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Völkerkunde als eigene Wissenschaftsdisziplin bleiben davon ausgespart. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn würden diese einmal einer näheren Betrachtung unterzogen werden, könnte sich ja herausstellen, dass konsequenterweise nur die Selbstabschaffung der Völkerkunde zu fordern wäre.

Die Völkerkunde ist, wie Anfangs erwähnt, als Kolonialwissenschaft entstanden. „Wissen über Andere“ bedeutet oft auch „Herrschaft über Andere“, insbesondere dann, wenn dieses Wissen sich nur in eine Richtung entfaltet und nicht reziprok auch als Wissen „der Anderen“ über „uns“ existiert. An der Universität Wien gibt es immer noch ein eigenes Studium und eigene Institute zu Erforschung nichteuropäischer „Völker“ oder „Kulturen“ und zur Erforschung europäischer „Völker“. Ersteres nennt sich Völkerkunde, zweiteres Volkskunde. Dabei gibt es keinerlei wissenschaftliche Begründung, diese Trennung aufrechtzuerhalten, es sei denn, jemand ist tatsächlich noch der Meinung, dass es sich bei AfrikanerInnen, AraberInnen, Papuas oder InderInnen um etwas ganz anderes handle, als bei uns „zivilisierten EuropäerInnen“.

Vielleicht gäbe es nach ausreichender Hinterfragung der Begriffe „Kultur“ und „Identität“ eine Rechtfertigung für ein Studium einer „internationalen Kulturwissenschaft“, einer „vergleichenden Soziologie“, die sich mit der Menschheit auf dem gesamten Planeten beschäftigt. Für ein Studium der Völkerkunde gibt es eine solche sicherlich nicht! Ansonsten wären die Subbereiche der Völkerkunde leicht anderen Studienrichtungen zuzuordnen. Warum beschäftigt sich die Völkerkunde mit afrikanischer Kunst und nicht die Kunstgeschichte? Warum beschäftigt sich die Völkerkunde mit politischen Systemen der Indigenas in Ecuador und nicht die Politikwissenschaft? Warum beschäftigt sich die Völkerkunde mit den Gesellschaften der Papuas in Neuguinea und nicht die Soziologie?

Was für Europa in den verschiedensten sozial- und kulturwissenschaftlichen Fachbereichen erarbeitet wird, wird für die ehemaligen Kolonialgebiete unter der „Völkerkunde“ subsumiert. Auch der Einwand, all diese anderen Sozial- und Kulturwissenschaften würden sich

Karriere hinter sich hatte, über das Burgtheater zu den Salzburger und Bregenzer Festspielen, Theaterkritikern, Ministerialräten und Politikern reichte. 1964 schließlich konnte er die „Kommission für österreichische Theatergeschichte“ an der Akademie der Wissenschaften gründen und wirkte dort noch weit über seine Emeritierung 1966 hinaus⁸. Zahlreiche Festschriften zu seinem 70., 80. und 90. Geburtstag, sowie seine – nach wie vor als Standardwerke gehandelten – Publikationen sichern ihm auch heute posthume Ehre und Wirkung. Und Generationen von StudentInnen bewegen sich in jenen Räumen, die „einst“ der Reichsstatthalterschaft gehörten, ohne dass es dazu irgendwo einen Hinweis gäbe.

nur mit Europa und den USA beschäftigen und deshalb wäre eine Wissenschaft notwendig, die sich nur mit den von den anderen Sozial- und Kulturwissenschaften vernachlässigten Regionen beschäftigt, kann nur dann gelten, wenn sich EthnologInnen selbst als Abfalleimer für vernachlässigte Studienbereiche aus anderen Fachgebieten verstehen. Die Völkerkunde ist jedoch trotz aller Reformen in ihren Grundlagen immer noch die alte rassistische Kolonialwissenschaft, die sie von Anfang an war. Sie kann sich deshalb nicht innerhalb der Grenzen ihrer Wissenschaft selbst reformieren, sondern harrt ihrer Überwindung. Revolutionäre VölkerkundlerInnen können somit nur ihre eigene Abschaffung betreiben!

* vgl. den Artikel von Manfred Gmeiner: Beteiligung der Wissenschaft am rechten Diskurs., auf S. 88-93 der Broschüre, in dem die diesbezüglichen Aktivitäten Roland Girtlers noch eingehender beschrieben werden.

Literatur:

- BOTHEN, Heinz / ÖLBERG, Hermann M. / SCHMIDT, Gernot: Festschrift für Johann Knobloch. Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft, Band 23. Innsbruck, 1985
- GELLNER, Ernest: Nationalismus und Moderne. Berlin, 1995
- HIRSCHBERG, Walter (Hg.): Neues Wörterbuch der Völkerkunde. Berlin, 1988
- KNOBLOCH, Johann: Romani-Texte aus dem Burgenland. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Universität Wien. Wien, 1943
- LEWY, Guenter: „Rückkehr nicht erwünscht“ Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich. München, Berlin, 2001
- LINIMAYR, Peter: Wiener Völkerkunde im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, 1994
- WERNHART, Karl R. (Hg.): Ethnohistorie und Kulturgeschichte. Wien, Köln, Graz, 1986

1 vgl. Edith Saurer: Institutsneugründungen 1938-1945. – in: Gernot Heiß, Siegfried Mattl, u.a. (Hg.): Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945. – Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1989. S.313f.

2 vgl. ebenda, S.317-319.

3 ebenda, S.315.

4 Brief Kindermanns an den Dekan Christian, 3.10.1941 zit. in ebenda, S.316.

5 vgl. ebenda, S.316f.

6 Sebastian Meissl: Wiener Ostmark-Germanistik. – in: G.Heiß, S. Mattl (Hg.): Willfähige Wissenschaft. [s.o.] S.145.

7 vgl. Evelyn Deutsch-Schreiner: Theater im ‚Wiederaufbau‘. Zur Kulturpolitik im österreichischen Parteien- und Verbändestaat. – Wien: Sonderzahl 2001. S.290f.

8 vgl. ebenda, S.292-296.

Nachhaltige Wirkungen

Erinnerung an ein gerne vergessenes Buch über eine gerne vergessene Geschichte

VON EVA KRIVANEC

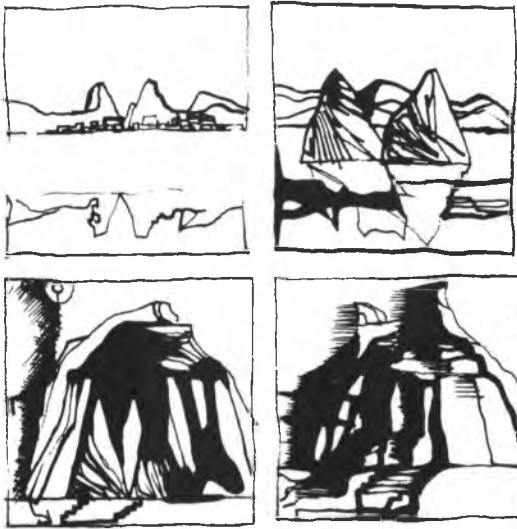
Anlässlich der ‚Anschluss‘-Gedenkveranstaltungen 1988 fand am Institut für Philosophie in Wien eine Tagung zur Geschichte des Wiener Instituts für Philosophie während des Nationalsozialismus statt, die selbst zum Gegenstand heftiger Polemiken und Debatten wurde. Diese sind teilweise im 1993, also fünf Jahre später (!) unter beträchtlichen Mühen und gegen massive Widerstände publizierten Sammelband¹ nachzulesen. Unter dem Eindruck der entstandenen Aufregung wurde auch der Fokus verändert – der Zeitraum von 1930 bis 1950 erweitert und den Kontinuitäten mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Denn die Tatsache, dass es sich um ein so ‚heißes Thema‘ handelte, wies deutlich darauf hin, dass es bei einem solchen Unterfangen keineswegs nur um ‚Vergangenheitsbewältigung‘ gehen kann, sondern um die Analyse einer aktuellen Situation in ihrer konkreten historischen Bedingtheit.

Für die folgende Kurzdarstellung, die sich an den in diesem Sammelband – „Der geistige Anschluss“ – veröffentlichten Aufsätzen orientiert, soll deshalb der Versuch unternommen werden, von heute beginnend zur Situation in den Dreißiger Jahren ‚zurückzugehen‘.

Das heute existierende Institut für Philosophie an der Uni Wien, das verhältnismäßig viele Lehrende aufweist, das in sich vielfältig fragmentiert ist, sich in ‚Schulen‘ organisiert – sowohl was die Reproduktion der Lehrenden als auch die Segregation der Studierenden betrifft – und das immer wieder durch heftige Kontroversen oder umstrittene Entscheidungen ins Licht der universitären Öffentlichkeit gerät, beruht in vielen seiner strukturellen Eigenheiten auf seiner Entwicklung ab den 50er Jahren. Diese war durch die Teilung in zwei Institute und deren Ordinarien Erich Heintel auf der einen, Leo Gabriel auf der anderen Seite – durch eine versperrte Tür getrennt – geprägt². Interessant scheint nun, gerade jene Punkte zu nennen, die diese beiden philosophischen Institute und ihre „Padrones“ gemeinsam hatten, denn sie stabilisierten sich gegenseitig ungemein und beruhten auf einem Grundkonsens dessen, wie Philosophie zu denken und zu lehren sei, bzw. wie ihr Verhältnis zur Wissenschaft auszusehen habe – auch wenn sie von ihren jeweiligen SchülerInnen die emphatische Übernahme *ihrer* philosophischen Gestus, wie es Elisabeth Nemeth in dem höchst aufschlussreichen Aufsatz „Zwischen Orthodoxie und gesellschaftlicher Sichtbarkeit“³ nennt, forderten.

Zentrale Elemente dieses Grundkonsenses sind zum einen eine Konzeption von Philosophie und deren Vermittlung, die sich „sozialer Magie“, starker Gruppenkohäsion und dem Erlernen einer bestimmten Sprache, bestimmter Argumentationsfiguren, eines spezifischen Gestus und einer Haltung (ganz im Sinne Brechts) verdankt, zum anderen eine auf beiden Seiten gleich starke Ablehnung marxistischer Philosophie ebenso wie der Philosophie des „Wiener Kreises“⁴.

Dieser Grundkonsens ist es auch, der uns sogleich in die Dreißiger Jahre geleitet, so wie die zwei Ordinarien Heintel und Gabriel, und es ruft vielleicht kein großes Erstaunen hervor, wenn wir in diesen zwei Figuren der Wiener Nachkriegsphilosophie die zwei Spielarten des



deutschsprachigen Faschismus repräsentiert finden.

Als „Schüler und Freund“⁵ von Robert Reininger, der 1939 in „Wertphilosophie und Ethik: Die Frage nach dem Sinn des Lebens als Grundlage einer Weltordnung“ vom „angeborene[n] Ethos einer Rasse und eines Volkes“ spricht, das „keiner Belehrung durch die Theorie bedarf“⁶, im selben Jahr emeritiert und von dem langjährigen NSDAP-Mitglied und NS-Weltanschauungs-Anthropologen Arnold Gehlen als Ordinarius für Philosophie abgelöst wird⁷, bemüht sich Erich Heintel in den Jahren nach dem Anschluss um eine NSDAP-Mitgliedschaft, die er schließlich am 1. Juli 1940 erhält⁸.

Heintel habilitiert sich 1939 mit einer Arbeit zu Nietzsches ‚System‘, wo es z.B. heißt: „Wer, wie er [Fichte], im Gelehrten das ‚öffentliche Gewissen‘ im Staate sah, konnte wohl kaum mit ihm jenes Bild eines feigen und marklosen Schwätzers verbinden, welches unser aufbrechendes Zeitalter mit Recht verhöhnt und verachtet, [...]“⁹ und veröffentlicht 1944 die Schrift „Metabiologie und Wirklichkeitsphilosophie“, in der er es begrüßt, „[d]aß man nämlich mit dem biologischen Denken Ernst gemacht hat, daß man also z.B. Vererbungslehre als Eugenik usw. in den Dienst menschlicher Daseinsgestaltung gestellt hat, [...]“ und meint damit für alle, die „an gesunder, sauberer Leiblichkeit [...] Freude ha[ben]“¹⁰, sprechen zu können.

Die „philosophischen“ Kreuzritter der Tat und des neuen Geists „gegen Intellektualismus und Mechanismus“ weisen sich so die legitimatorische Funktion ihres Wirkens gleich selbst zu.

Leo Gabriel wiederum war dem Austrofaschismus zugewandt, publizierte in den Dreißiger Jahren Aufsätze zur „Arbeit als gemeinschaftsbildendes Element“ und zur „geistigen Situation der Volksbildung“ in katholisch-ständestaatlichen Zeitschriften¹¹. Im denkwürdigen Buch mit dem Titel „Führertum und Gefolgschaft“ (1937), legte er ein eindeutiges Bekenntnis zu Führerprinzip und Autoritarismus ab: „Der Führer hat ein sittliches, im Wesen der Gemeinschaft tief begründetes Anrecht, einen Gefolgsanspruch zu stellen.“¹² Auch Gabriels Freundschaft mit einem gewissen Dr. Heimböck, einem ehemaligen Schüler des Philosophieprofessors Moritz

Schlick – dem letzten in Wien lehrendem Mitglied des „Wiener Kreises“ –, läßt einige Fragen offen¹³. Nelböck ermordete Schlick am 22.6.1936 nach mehreren Morddrohungen auf den Hauptstiegen der Universität Wien.

Gerade die problemlose Rehabilitation jener Universitätsangehöriger nach 1945, die dem Austrofaschismus nahestanden, – als Opfer des Nationalsozialismus – ist angesichts der radikalen antisemitischen „Säuberungspolitik“ an den Universitäten in Österreich vor dem ‚Anschluss‘ ein Hohn. Zwecks der Anschaulichkeit: Die Durchsetzung der Nationalsozialistischen Rassengesetze, die in Österreich lediglich einen Bruchteil der Zeit brauchte als davor in Deutschland, betraf im Bereich der österreichischen Universitätsphilosophie lediglich zwei Personen, beide selbst nicht Juden, sondern, wie es hieß, „jüdisch versippt“, alle anderen Lehrenden der Philosophie jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft waren bereits davor aus der Universität ausgeschlossen oder vertrieben worden¹⁴.

1 Kurt R. Fischer, Franz M. Wimmer (Hg.): Der geistige Anschluß. Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930-1950. - Wien: WUV-Universitätsverlag 1993. siehe insb. Anhang: Darstellungen und Kontroversen, S.239-292.

2 vgl. Herta Nagl-Docekal: Das Institut für Philosophie der Universität Wien. Der Status Quo und seine Genese. - in: ebd., S.206-220. (Trotz wichtiger Informationen über die Lage des Instituts in den frühen 60er Jahren suggeriert dieser Artikel eine kontinuierliche positive Entwicklung, die in Anbetracht des reaktionären „Backlashs“ in der Machtverteilung am Institut verharmlosend wirkt).

3 Elisabeth Nemeth: Zwischen Orthodoxie und gesellschaftlicher Sichtbarkeit. Erinnerungen an Karl Ulmer und Überlegungen zum Institut für Philosophie an der Universität Wien. - in: ebenda, S.221-235.

4 vgl. ebenda, S.230f. In den laufend erscheinenden Würdigungen zu Heintels Leben und Werk wird meist die „Monumentalität“ seiner Philosophie hervorgehoben – eine Monumentalität, die sich mit den Detailfragen kritischer Rationalität und Wissenschaftlichkeit, geschweige denn einer Reflexion der eigenen Tätigkeit, nicht einzulassen gewillt war.

5 vgl. Kurt Walter Zeidler: Kritische Dialektik und Transzendentalontologie. Der Ausgang des Neukantianismus und die post-neukantianische Systematik R. Hönlswalds, W. Cramers, B. Bauchs, H. Wagners, R. Reiningers und E. Heintels. - Bonn: Bouvier 1995. S.291
6 zit. in: Otto Pfersmann: Philosophie in Wien zwischen „Anschluß“ und Befreiung, Mythos, Affekt und praktischer Vernunft. - in: K.R.Fischer, F.M.Wimmer (Hg.): Der geistige Anschluß. S.86-88.

7 vgl. Gernot Heiß: „...wirkliche Möglichkeiten für eine nationalsozialistische Philosophie“? Die Reorganisation der Philosophie (Psychologie und Pädagogik) in Wien 1938 bis 1940. - in: ebenda, S.132-134.

8 vgl. Kurt Rudolf Fischer, Franz Martin Wimmer: Vorbemerkung. - in: ebenda, S.7f. - Mit der Arbeit George Leamans dürfte die umstrittene Frage, ob das Ansuchen Heintels auf NSDAP-Mitgliedschaft erfolgreich war oder nicht, zunächst zumindest insoweit geklärt sein, als Heintels Mitgliedschaft und seine Mitgliedsnummer feststehen.

9 zit. in: Otto Pfersmann (s.o.) S.92.

10 zit. in: Frank Hartmann: Das Wiener Philosophische Institut und der Nationalsozialismus. Ein Bericht. - in: K.R.Fischer, F.M.Wimmer (Hg.): Der geistige Anschluß. S.176.

11 Die Arbeit als gemeinschaftsbildendes Element. - in: Volkswohl. Katholische Monatsschrift für Volksbildung, Kultur und Gesellschaftsreform Jg. 25, H. 7 (1933/34) S.198-203 - Die geistige Situation der Volksbildung. - in: Das Volksbildungswesen der Stadt Wien unter Bürgermeister Richard Schmitz in den Jahren 1934-1936. Wien 1937. S.5-9. vgl. Bibliographie Leo Gabriels unter: http://www.austrian-philosophy.at/gabriel_bibliographie.html

12 zit.in: Frank Hartmann (s.o.) S.172.

13 vgl.ebenda.

14 vgl. George Leaman: Die Universitätsphilosophen der "Ostmark". - in: FORVM, Nr. 481-484 (22.4.1994).

Nationaler Schulterschluss gegen die Erinnerung

Über Aktualität und politische Opportunität von Burgers Philosophie des Vergessens

VON ALEXANDER POLLAK/HERIBERT SCHIEDEL

„Also, ich bin sicherlich nicht derjenige, der ein Leben lang im Bülberhemd durch die Welt geht. (...) Warum soll ich mich mit irgendwelchen Vergangenheitsproblemen belasten?“ (Jörg Haider, in: Der Spiegel 5/2000)

„Reden wir über Wiedergutmachung: Die betrifft nämlich nicht nur die in New York und im Osten, sondern vor allem auch unsere sudetendeutsche Freunde. Wir wollen uns zuerst um die eigenen Leute kümmern.“ (Jörg Haider, am 20. 10. 2000 in der Wiener Stadthalle)

Der Schattenkanzler der Wenderegierung gibt auch im Bereich der Vergangenheitspolitik die Richtung vor. Sein ideologischer Einflüsterer Andreas Mölzer nennt als Ziel der FPÖVP-Regierung die „Überwindung des typisch deutschen und damit österreichischen Nationalmasochismus und die Gewinnung eines geläuterten, auf historischer Wahrheit beruhenden zukunftsfähigen Selbstbewußtseins des österreichischen Gemeinwesens“¹.

Dieser als „Selbstbewusstsein“ verharmloste Nationalismus verträgt sich nicht mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen, die maßgeblich von Österreichern geplant und begangen wurden. Das gilt insbesondere für die Shoah, der planmäßigen Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen. Bis Mitte der 80er Jahre wurde diese Schuld und die daraus resultierenden (finanziellen) Verpflichtungen von politischer Seite mit dem Opfermythos abgewehrt. Nach diesem waren die ÖsterreicherInnen das „erste Opfer“ der NS-Aggression, wie Kanzler Schüssel im Interview mit der *Jerusalem Post* am 9. November (!) 2000 neuerlich behauptete. In den Entschädigungszahlungen an die tatsächlichen Opfer drückt sich demnach auch kein Rechtsanspruch aus, sondern eine „moralische Verantwortung“ (Schüssel). Den so vom guten Willen Österreichs abhängigen jüdischen NS-Opfern wird dann auch noch Dankbarkeit abverlangt. Vor allem sollen sie endlich Ruhe geben: In der unter kritischer internationaler Beobachtung erfolgten Einigung mit den jüdischen Opferverbänden drückt sich der Wunsch nach einem „Schlussstrich“ aus, wie es Finanzminister Grassler in seiner diesbezüglichen Rede im Parlament auch unumwunden aussprach. Sein Parteifreund Westenthaler wollte Anfang 2001 von den zuständigen MinisterInnen wissen, „wie lange wir noch zahlen müssen“. Der

ungeduldige FPÖ-Klubobmann meinte weiter, dass man die „Frage stellen dürfen (soll), wann ein Schlußstrich gezogen wird.“²

Diejenigen, die sich dem Schlussstrich widersetzen oder alleine durch ihre Existenz dauernd an die Shoah erinnern, werden neuerlich zum Objekt des Hasses.

Sekundärer Antisemitismus

In der Kritischen Theorie wurde noch in den 50er Jahren jener postnazistische Antisemitismus, der sich nicht trotz, sondern wegen Auschwitz ausbildet, auf den Begriff „sekundär“ gebracht³. Der sekundäre Antisemitismus hat seine Ursache im spezifischen Umgang mit der Shoah seitens der TäterInnen, ZuschauerInnen und ihrer Nachkommen. Dieser Umgang lässt sich zusammenfassend als „Abwehr“ und „Verdrängung“⁴ von Schuld und Erinnerung beschreiben. Wie jeder Antisemitismus stellt auch der sekundäre eine Rationalisierung von Aggressionen, hier diejenigen der Schuld- und Erinnerungsabwehr, dar. Diese Aggressionen rühren aus der inneren Bedrohung des narzisstischen Größenselbst⁵ durch die Erinnerung an das Grauen. Deren Abwehr beschreibt Adorno als „den Versuch, die eigene überwertige Identifikation mit dem Kollektiv, zu dem man gehört, in Übereinstimmung zu bringen mit dem Wissen vom Frevel: man leugnet oder verkleinert ihn, um nicht der Möglichkeit jener Identifikation verlustig zu gehen“⁶. Hier ist bereits der Zusammenhang zwischen dem Grad des Nationalismus und dem sekundären Antisemitismus angesprochen. Aber auch autoritäre Unterwürfigkeit und Konformismus, die eine kritische Distanz zur (Groß-)Elterngeneration verunmöglichten, begünstigen ihn.

Die wohl beliebteste Rationalisierung der Abwehraggression stellt die Behauptung dar, die Juden und Jüdinnen würden die Erinnerung an die Shoah zu eigenen, meist finanziellen oder machtpolitischen Zwecken missbrauchen⁷. Mit Norman G. Finkelsteins Buch über eine angebliche „Holocaust-Industrie“⁸, welche den Missbrauch im großen Maßstab und systematisch betreibe, erfuhr diese Rationalisierung einen „objektiven“ Legitimationsgewinn. Spätestens nun stieg sie vom Stammtisch in den akademischen Diskurs auf.

Die idiosynkratische Verbindung von „Juden“ und „Geld“ oder „Macht“ in obiger Behauptung verweist auf die Kontinuität in der Stereotypenbildung. Tatsächlich bezieht sich der Wechsel vom primären zum sekundären Antisemitismus weniger auf die Inhalte als auf die Form und die Motivation: „Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, bedient sich eben der Motive, welche es bereiten halfen.“⁹ Der Antisemitismus der Erinnerungs- und Schuldabwehr nimmt also den primären Antisemitismus in sich auf und spiegelt ihn wider.

Die Folgen der Abwehr für die Individuen haben Margarete und Alexander Mitscherlich in ihrer bahnbrechenden Studie beschrieben: „Die Abwehr kollektiv zu verantwortender Schuld (...) hat ihre Spuren im Charakter hinterlassen. Wo psychische Abwehrmechanismen wie etwa Verleugnung und Verdrängung bei der Lösung von Konflikten (...) eine übergroße Rolle spielen, ist regelmäßig zu beobachten, wie sich die Realitätswahrnehmung einschränkt und stereotype Vorurteile sich ausbilden; in zirkulärer Verstärkung schützen dann die Vorurteile wiederum den ungestörten Ablauf des Verdrängungs- oder Verleugnungsvorganges.“¹⁰

Eine der zentralen Reaktionsformen, „mit denen die Einsicht in die überwältigende Schuldlast ferngehalten wird“¹¹, ist die Absperrung oder Gefühlsstarre¹². Die Abspaltung der Affekte ging im mancher Hinsicht nicht nur der Tat voraus, sondern bildete auch die Grundlage ihrer

anhaltenden „Verdrängung“, gar Verleugnung. Dort wo die emotionale Besetzung eines zu erinnernden Ereignisses fehlt, ist dem Gedächtnis eine zentrale Voraussetzung entzogen. Die emotionale Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern ist also die Grundlage des Vergessens. Die erfolgreiche Abwehr der Affekte wird im Umkehrschluss als Beleg der Unschuld genommen: Weil die TäterInnen und ihre Nachkommen nicht unter dem, was getan wurde, litten/leiden und unfähig waren/sind, „das Grauenhafte als grauenhaft wahrzunehmen“¹³, konnte kein Verantwortungs- und Schuldgefühl entstehen.

Nur das kulturindustriell bearbeitete Grauen findet den Zugang zu den Emotionen, wo es sentimentale Reaktionen hervorruft. Als narzisstische Form der Trauer spiegelt sich in der Sentimentalität weniger das Los der Opfer als das deformierte Selbst. Sich selber ein Bild des unsäglichen Grauens zu machen, würde genau jene empathische Erinnerungsarbeit erfordern, gegen welche sich das traumatisierte¹⁴ (Un)Bewusstsein in den TäterInnengesellschaften so vehement versperert. Statt dessen kam und kommt es zu einer „Affektverleugnung und Affektisolation, was heißt, daß (...) das, was in Auschwitz geschah, zwar durchweg anerkannt wird, aber im Erleben nichts bedeutet.“¹⁵ Dort, wo das Mitfühlen nicht zugelassen wird, kann auch ein authentisches Erinnern nicht Platz greifen. Geschwätzige Betroffenheits-Rhetorik, ritualisiertes Gedenken und philosemitische Schwärmerei ersetzen die individuelle Bearbeitung.

Die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens verdrängte den Antisemitismus zunächst ins Private. Im sekundären Antisemitismus wird nun diese Spannung zwischen antisemitischer Einstellung und der weitgehenden Ächtung ihrer öffentlichen Artikulation den Juden und Jüdinnen angelastet. Von diesen fühlen sich auch die sekundären AntisemitInnen verfolgt. In Sätzen wie „Man darf ja heute gar nichts mehr sagen über die Juden“ spiegelt sich das Stereotyp von der jüdischen Allmacht und die paranoide Aufrichtigkeit von AntisemitInnen. Die tatsächliche Präsenz von Auschwitz in Presse, Funk und Fernsehen wird – unter Aktualisierung des alten Stereotypes von der „jüdischen Medien-“ oder „Manipulationsmacht“ – dem Einfluss der Juden und Jüdinnen zugeschrieben.

Dort, wo Auschwitz nicht einfach geleugnet werden kann, erscheinen die Gedanken daran als verordnete. Der FPÖ-Bundesrat John Gudenus brachte dies auf den Punkt: „Gaskammern? Ich halte mich da raus. Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist.“ In bewährter Manier sehen sich nicht wenige Deutsche und ÖsterreicherInnen als passiv, ja geradezu als Opfer, diesmal der Umerziehung und des NS-Verbotsgesetzes, welches öffentliches Leugnen der Shoah mit Strafe bedroht, sowie der „Holocaust-Industrie“, welche sich der Ausbeutung schuldig mache.

Der innere Spannungszustand zwischen dem narzisstischen Größenselbst und Resten von Schuldgefühlen, die durch die Abwehrmauern sickern und notwendig vom Ich als äußerlich, als von außen aufoktroiyert empfunden werden, wird zur Quelle der Paranoia, die bereits den primären Antisemitismus massenwirksam werden ließ.

Die Projektion ist der zentrale Mechanismus auch im sekundären Antisemitismus: Nun werden die Reste des Schuldgefühls und der Erinnerung auf Juden und Jüdinnen übertragen. „Die Überlebenden der Vernichtung werden zu Trägern der Affekte, die wiederum die nichtjüdischen Deutschen in ihrer psychischen Struktur nicht integrieren können.“¹⁶ Gehasst und verfolgt werden Juden und Jüdinnen dann, weil sie allein durch ihre Existenz dauernd an Auschwitz erinnern. Wenn man das Grauen nicht an sich herankommen lässt, neigt man

dazu, „den, der auch nur davon spricht, von sich wegzuschieben, als wäre er, sofern er es ungemildert tut, der Schuldige, nicht das Opfer.“¹⁷

Im philosemitischen Diskurs werden Juden und Jüdinnen hingegen zur moralischen Instanz erhoben, welche mahnend über der TäterInnengesellschaft thront. Auch hier wird ihnen Macht zugeschrieben. Im Unterschied zu AntisemitInnen erwarten die nachgeborenen FreundInnen des Judentums jedoch, von der Autorität geliebt zu werden. Wieder Kindern gleich, bitten sie Juden und Jüdinnen um „Vergebung“ für ihre „bösen Taten“ (so Kanzler Vranitzky 1993 in Israel).

Lassen sich die derart Bedrängten dann nicht in die Rolle der gütigen Eltern pressen oder zeigen sie wenig Bereitschaft, das Geschehene vergessen zu wollen und Auschwitz den Deutschen und ÖsterreicherInnen als historischen Betriebsunfall durchgehen zu lassen, kommt es auch hier zum Umschlag in den Hass. Mindestens die Drohung eines wiedererstarkenden Antisemitismus schwebt dann über denjenigen, die der sogenannten Aussöhnung im Wege stehen.

Im öffentlichen Diskurs ist heute jedoch auch ein Formwandel der „Abwehr“ und „Verdrängung“ festzustellen. Anstatt über Auschwitz und die eigene Schuld zu schweigen, kommt heute fast keine Sonntagsrede ohne den Verweis auf das Unsägliche aus. Dieser dient aber nicht dem Abrufen der Erinnerung zum Zweck der Durcharbeitung und – damit verbundenen – Selbstreflexion, sondern hat andere Ursachen. Jüngst wurde damit etwa versucht, den Angriffskrieg auf Jugoslawien zu legitimieren. Schon im Stadium des Schweigens erkannte Adorno: „Man hat es nicht so eilig mit dem Schlussstrich unter die Vergangenheit, wenn sie der Abwehr dient.“¹⁸ Tatsächlich stellen die so beliebten Vergleiche von Hitler mit aktuellen „Schurken“ oder von Kriegsverbrechen mit der Shoah implizit einen Versuch dar, die NS-Gräueltaten zu relativieren.

Akademische Tilgung der Erinnerung

Vor dem Hintergrund der Existenz sekundär-antisemitischer Diskurse, der politischen Opportunität und der (hier nicht näher zu bestimmenden) persönlichen Motivation ist Rudolf Burgers „Plädoyer für das Vergessen“¹⁹ zu lesen.

Dieses beginnt mit einer Obsoleterklärung der „Verdrängungstheorie der Nazizeit“: Angesichts „einer Unterhaltungsindustrie, welche den ‚Holocaust‘ seit gut zwanzig Jahren quer durch alle Genrebereiche auswalzt“, könne nicht mehr von Verdrängung gesprochen werden. Die Kritik an der kulturindustriellen Aufbereitung und Verwertung des Themas, welche den Mechanismus von „Abwehr“ und „Verdrängung“ eben nicht stören muss, sondern vielmehr das „kalte und leere Vergessen“ (Adorno) befördern kann, ist nicht neu²⁰. Neu hingegen ist die Instrumentalisierung dieser Kritik zum Zwecke der Erledigung jeder Erinnerung an die Shoah. Es war vor allem Martin Walser, der 1998 mit seiner berühmten Rede hier den Weg wies.²¹

Auch gilt nicht, wie Burger behauptet, jeder, den vor der kulturindustriellen Verwertung des Grauens „ekelt“, automatisch „als Antisemit.“ Diese polemische Übertreibung mag persönlicher Ausdruck unbestimmter Ängste sein, auf jeden Fall dient sie der Selbstimmunisierung gegenüber dem offenbar befürchteten Antisemitismus-Vorwurf.

Nachdem Burger die Freudsche Theorie im Vorbeigehen als „ein genial erzähltes Kunstmärchen aus dem schwülen Milieu des Wiener Fin de siècle“ abzutun versucht hat, knüpft er sich deren Anwendung in der Analyse sozialer Phänomene und des kollektiven Umganges

mit der NS-Vergangenheit vor. Dabei ignoriert er zunächst die Freudsche Einschränkung der Massenpsychologie, um diese dann um so einfacher mit der Jungschen Archetypenlehre und „Völkerseele“ zusammenfallen lassen zu können. Auch setzt sich Burger über das regressive Moment pathologischer Gruppenbildung²³ souverän hinweg. Gerade die NS-Volksgemeinschaft ist ein eindrucksvoller Beleg für die von ihm geleugnete Möglichkeit der Ausbildung eines kollektiven Über-Ichs in der Form des „Führers“. Und nur in diesem Zusammenhang macht die von Burger kurzerhand als falsch abgetane Rede von der Traumatisierung und „Verdrängung“ auf der Seite der TäterInnen Sinn: Es waren ja gerade nicht die Verbrechen, sondern die traumatischen Erfahrungen des Verlustes des „Führers“ und des narzisstischen Größenselbst des „Ariers“, die verdrängt wurden. Da nicht davon auszugehen ist, dass Burger das diesbezügliche Standardwerk von Alexander und Margarete Mitscherlich („Die Unfähigkeit zu Trauern“) nicht kennt, muss es sich hierbei um eine (bewusste?) Verdrehung handeln. Aber die Wahrheit hat stets einen schweren Stand, wenn die Erinnerung an Auschwitz getilgt werden soll.

Ähnlich verhält es sich mit der „Kollektivschuld“, die Burger als Popanz aufbaut. Die Rede von der „Kollektivschuld“ ist integraler Bestandteil des Abwehrdiskurses und erfüllt nur in diesem seine Funktion: Von der Unmöglichkeit einer „Kollektivschuld“ wird dann stets rasch auf die einer individuellen Schuld und Verantwortung geschlossen.

Wie stets im Abwehrdiskurs wird die Shoah bei Burger vom singulären Bruch in der Zivilisation zu einem „Großverbrechen“ unter vielen. Darüber hinaus suggeriert Burger mit seinem Hinweis auf das Vergessen von (Bürger)Kriegen, bei der antisemitischen NS-Vernichtungspolitik handle es sich um einen solchen. Wenn er weiters behauptet, dass „die Nazizeit so versunken (ist) wie Karthago“ und „neue Generationen (...) herangewachsen (sind), die mit dem Geschehen von damals absolut nichts mehr zu tun haben“, leugnet er die Kontinuität etwa in Form des maßgeblich auf ausgebeuteter Zwangsarbeitskraft und geraubtem jüdischen Eigentum basierenden kollektiven Wohlstandes. Soviel zur materiellen Grundlage des Vergessens.

Am Ende kommt Burger endlich zur Sache: Weil es sich bei den Thesen über die „Abwehr“ und „Verdrängung“ der NS-Vergangenheit um bloßes „Gerede“ ohne realen Gehalt handle, muss deren anhaltende Verbreitung anderen Interessen als der Wahrheitssuche geschuldet sein. Und so ist dieses „Gerede“ für Burger „eine politische Erpressungsstrategie“ und ein „schamloses Geschäft“. Wer die „Erpresser“ und „Geschäftemacher“ sind, denken sich AntisemitInnen dann dazu.

Im zentralen Satz, den Burger an den Schluss gestellt und wohl bewusst weitgehend in Andeutungsform gehalten hat, drückt sich der Glaube an die Existenz einer (jüdischen) „Holocaust-Industrie“ aus: „Wie die Dinge liegen, wäre Vergessen [der NS-Verbrechen, Anm.] nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch ein Akt der Redlichkeit; und es wäre eine Geste der Pietät. Schlimme Folgen hätte es keine, nur vielleicht für das Geschäft.“

Noch deutlicher wurde Burger dann einige Monate später in der ORF-Sendung „kreuz und quer“. Am 6. November 2001 diskutierten dort mit ihm Dan Diner, Eva Menasse und Jörn Rüsen über die Frage „Vergessen oder Erinnern: Warum heute noch von Auschwitz reden?“. Burger betonte dabei neuerlich, dass er nicht nur „den scham- und würdelosen kulturindustriellen Umgang mit dem Holocaust“ kritisiere, sondern auch verlange, dass es angesichts dieser Formen der kulturindustriellen Erinnerung wohl besser sei, die Shoah überhaupt zu vergessen. Doch damit war Burger noch nicht am Ende seiner Argumentation, seine zentrale

These, die er an diesem Abend vertreten wollte, ging nämlich über eine Kulturindustriekritik und eine Wiederholung seines „Plädoyers“ hinaus. Bevor Burger auf den Punkt kam, formulierte er folgende – rhetorische – Fragen: „Das Thema Holocaust ist relativ neu, kommt erst in den siebziger Jahren mit der amerikanischen ‚Holocaust‘-Serie auf. Warum erst so spät? Ist das (wirklich) Verdrängung? Oder war die Vergangenheit sehr wohl verfügbar?“

Kurz darauf wiederholte Burger seine Fragen, um dann sogleich die – für ihn – passenden Antworten zu geben: „Wenn der Holocaust als Ereignis [wie zuvor vom Historiker Dan Diner in die Diskussionsrunde geworfen, Anm.] von so einer Wucht in der Wirkung war, warum rückt es dann erst so spät ins Zentrum? Warum nicht schon in den vierziger und fünfziger Jahren? (...) Wir haben es mit einer Kulturindustrie zutun und wir haben es damit zutun, dass Neomythen mediengesteuert gemacht werden, oder zumindest mitgemacht werden. Und genau das ist das Problem. Jetzt rückt Auschwitz/der Holocaust ins Zentrum.“

Burger sieht im „Holocaust“ und vor allem in der Tatsache, dass dieser ins Zentrum der Erinnerung gerückt sei, nicht nur die (mediengesteuerte) Etablierung eines „Neomythos“, sondern er hält es auch für „auffällig und ärgerlich“, dass man heute nur noch von den Juden und Jüdinnen, aber nicht mehr von den „politischen“ NS-Opfern spreche: „65.000 Juden sind von den Nazi ermordet worden und 90.000 politische Gegner, 90.000! Das war die Hälfte mehr – redet man davon noch? Also auch die Einengung auf ein bestimmtes Opferkollektiv, das ist auch ärgerlich.“²⁴

Abgesehen davon, dass Burger mit falschen Zahlen operiert – die Zahl der politischen NS-Opfer in Österreich lag bei etwa 30.000 – und es bei der Erinnerung an die Shoah keineswegs nur um die österreichischen Opfer, sondern um den industrialisierten Massenmord an den Juden und Jüdinnen in Europa geht, zeigen seine Bemerkungen sehr deutlich, dass er davon ausgeht, dass die westliche Welt seit den späten siebziger Jahren einer massiven „Holocaust-Erinnerungsmanipulation“ ausgesetzt ist, die das eigentlich nur mäßig bedeutsame Ereignis „Holocaust“ in den Mittelpunkt rücke, während die eigentlich zentralen Erinnerungsereignisse, wie etwa, dass es auch politische NS-Opfer gegeben habe, an den Rand gedrängt würden. Wer diese „Erinnerungsmanipulationsindustrie“ betreibe, will uns Burger zwar (noch) nicht genau verraten, aber das braucht er eigentlich auch gar nicht, denn in Österreich und im Diskurs eines „Antisemitismus ohne Antisemiten“²⁵ werden seine Anspielungen durchaus verstanden – wissen nicht ohnehin alle, wer in Hollywood das Sagen hat und die Medien steuert?

Die bemerkenswerte Tatsache, dass die Äußerungen Burgers durchaus im Sinne sekundär-antisemitischer Anspielungen interpretiert werden können, deutet auf die unserer Ansicht eigentlich relevanten Bedeutungsschichten von Burgers Philosophie des Vergessens hin: Während er vordergründig die „Irrtümer der Gedenkpolitik“ zum Thema erklärt, spiegeln sein Text und seine Äußerungen etwas anderes und wesentlich problematischeres wieder – nämlich den Versuch der Rechtfertigung und Rationalisierung der eigenen Abwehr der Erinnerung an die Shoah.

Alles in allem reiht sich Burger mit seinem Postulat des Vergessens in die „sekundäre Volksgemeinschaft“²⁶ ein: „Der Gestus, es solle alles vergeben und vergessen sein, der demjenigen anstünde, dem Unrecht widerfuhr, wird von den Parteigängern derer praktiziert, die es begingen.“²⁷

Kein nationaler Schulterschluss ohne nationale Intelligenzia...

1 Zur Zeit, Nr. 5/00

2 Neue Kronen Zeitung, 5. 1. 2001

3 vgl. Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Berlin, Hamburg 1998, S. 231ff

4 Die Begriffe Abwehr und Verdrängung sind im Zusammenhang mit den NS-Gräuel und auf Seiten der TäterInnen weniger in ihrer engeren, psychoanalytischen Bedeutung zu verstehen, sondern unter Miteinbeziehung bewusster (politischer und sozialer) Dimensionen. Die politische und gesellschaftliche Notwendigkeit kommt den unbewussten Reaktionsweisen entgegen, der sekundäre Antisemitismus hat nicht nur unbewusste Ursachen. Mit Adorno ist hier vielmehr zu betonen, dass die „Tilgung der Erinnerung“ an Auschwitz „eher eine Leistung des allzu wachen Bewusstseins als dessen Schwäche gegenüber der Übermacht unbewusster Prozesse“ darstellt. (Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Gesammelte Schriften 10.2. Frankfurt/M. 1977, S. 558)

5 Bezeichnung für das vielfältig geschwächte und beschädigte Ich, das sich über verschiedene Identifikationen (z.B. mit „starken Männern“, höheren Idealen oder als mächtig erlebten Kollektiven) aufbläht. Hier ist v.a. die psychische Machtressource Nationalismus angesprochen.

6 Adorno, Theodor W.: Schuld und Abwehr, in: ders.: Gesammelte Schriften 9.2, Frankfurt a. M. 1977, S. 150

7 1995 waren 28% der ÖsterreicherInnen der Meinung, dass „die Juden den NS-Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnützen.“ (Gallup Institute of Austria: Current Austrian Attitudes towards Jews and the Holocaust. A Public-Opinion Survey. Wien 1995) Heute bejahen 45% der ÖsterreicherInnen die Aussage: „Die Juden nutzen die Erinnerung an den nationalsozialistischen Holocaust für eigene Zwecke aus“. (Gallup Institute of Austria: Attitudes towards Jews and the Holocaust in Austria. Wien 2001)

8 vgl. zur Auseinandersetzung mit Finkelsteins Behauptungen: Dietzsch, Martin/Schobert, Alfred (Hg.): Ein „jüdischer“ David Irving? Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten. Erinnerungsabwehr und Antizionismus. Duisburg 2001; Surmann, Rolf (Hg.): Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft. Köln 2001; Steinberger, Petra (Hg.): Die Finkelstein-Debatte. München; Zürich 2001

9 Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: Vorwort zu Paul W. Massings „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, in: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften Bd. 8. Frankfurt a. M. 1985, S. 126

10 Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. Frankfurt a. M. u.a. 1970, S. 24

11 ebd., S. 40

12 Diese Kälte gegenüber den Opfern bleibt oftmals nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt. Rudolf Burger fiel etwa zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ein: „Kühl betrachtet hatte das ja eine Ästhetik des Erhabenen“. (zit n. profil 52A/1/2001, S. 78)

13 Anders, Günther: Besuch im Hades. Auschwitz und Breslau 1966. Nach „Holocaust“ 1979. München 1985, S. 186

14 Dierk Juelich führt das Trauma der Deutschen (wir können ergänzen: der ÖsterreicherInnen) auf eine narzisstische Kränkung zurück. Am 8. Mai 1945, im Alltagsdiskurs treffend als „Zusammenbruch“ bezeichnet, wurden demnach die TäterInnen und ZuschauerInnen der Shoah mit der Tatsache konfrontiert, dass die von der antisemitischen „Ideologie verheißende Erlösung nicht eingetreten war und der Rahmen, der diese Erlösung ermöglichen sollte, „zusammenbrach“. (Juelich, Dierk: Erlebtes und ererbtes Trauma. Von den psychischen Beschädigungen bei den Urhebern der Schoa, in: Schreier, Helmut; Heyl, Matthias (Hg.): „Dass Auschwitz nicht noch einmal sei...“ Zur Erziehung nach Auschwitz. Hamburg 1995, S. 83-110, hier S. 98)

15 ebd., S. 98

16 ebd., S. 99

17 Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: Gesammelte Schriften Bd. 10. 2. Frankfurt a. M. 1997, S. 67

18 ders.: Schuld und Abwehr a.a.O., S. 237

19 Burger, Rudolf: Irrtümer der Gedenkpolitik. Ein Plädoyer für das Vergessen, in: Europäische Rundschau, Nr. 2/2001, S. 3-

13; falls nicht anders angegeben, sind alle Zitate Burgers diesem Text entnommen.

20 vgl. z.B.: Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1994; Young, James E.: Beschreiben des Holocaust. Darstellung und Folgen der Interpretation. Frankfurt a. M. 1992; Berg, Nicolas; Jochimsen, Jess; Striegler, Bernd (Hg.): Shoah. Formen der Erinnerung. Geschichte, Philosophie, Literatur, Kunst. München 1996

„Die massenmediale Kultur hat Auschwitz assimiliert. Das zu begreifende Unbegreifliche ist in eine triviale Banalität verwandelt worden (...). Die unterschiedlichen Gefühle von Schuld, die durch die massenmediale Konfrontation mit dem Verbrechen ausgelöst werden, werden am Bewusstsein vorbei in Sentimentalität verwandelt – eine Form des Kitsches, die der Unterhaltungsindustrie eigen ist.“ (Claussen, Detlev: Die Banalisierung des Bösen. Über Auschwitz, Alltagsreligion und Gesellschaftstheorie, in: Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt a. M. 1995, S. 13) Die Kulturindustrie verwandle „Gewalt in folgenlosen konformistischen Genuß.“ (ebd., S. 14) Der Erfolg der kulturindustriellen Aufbereitung der Shoah hat eine zentrale Ursache im Bedürfnis, sich selbst kein Bild und keinen Begriff machen zu wollen. Durch die Integration des Grauens in den herkömmlichen Erzählfluss verliert dieses seine monströse Einzigartigkeit. Den KonsumentInnen ermöglicht dies, der drohenden grenzenlosen Ohnmacht und Verzweiflung angesichts dieses Grauens auszuweichen.

21 Walser, Martin: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998. Frankfurt a. M. 1998; Brumlik, Micha; Funke, Hajo; Rensmann, Lars: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik. Berlin 2000; Dietzsch, Martin; Jäger, Siegfried; Schobert, Alfred (Hg.): Endlich ein normales Volk? Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation. Duisburg 1999

22 Fenichel betont mit Freud („Massenpsychologie und Ich-Analyse“), „daß wir, wenn wir von massenpsychologischen Phänomenen reden, beileibe nicht an mystische ‚Massenseelen‘ zu denken haben, da seelisches Geschehen sich für den Naturwissenschaftler immer nur im einzelnen Individuum abspielt. (...) Sie (die Massen- oder Sozialpsychologie, Anm. H. S.) unterscheidet sich von der Einzelpsychologie nur dadurch, daß sie die Vorgänge im Einzelnen untersucht, „insofern er einer Masse angehört“. Der Mensch ‚gehört‘ Massen ‚an‘, insofern er mit anderen Individuen jeweils verschiedene Gruppen psychischer Eigenschaften gemeinsam hat. Solche psychische Eigenschaften, in denen Gruppen von Menschen übereinstimmen, sind Gegenstand der Massenpsychologie.“ (Fenichel, Otto: 119 Rundbriefe. 2 Bde, hrsg. v. Johannes Reichmayr u. Elke Mühlleitner. Frankfurt a. M., Basel 1998, S. 843) Freud selbst schränkte ein: „Den Terminus ‚das Verdrängte‘ gebrauchen wir hier im uneigentlichen Sinn. Es handelt sich um etwas Vergangenes, Verschollenes, Überwundenes im Völkerleben, das wir dem Verdrängten im Seelenleben des Einzelnen gleichzustellen wagen. (...) Es wird uns nicht leicht, die Begriffe der Einzel-Psychologie auf die Psychologie der Masse zu übertragen, und ich glaube nicht, daß wir was erreichen, wenn wir den Begriff eines ‚kollektiven‘ Unbewußten einführen. (...) Wir behelfen uns also vorläufig mit dem Gebrauch von Analogien.“ (Freud, Sigmund: Der Mann Moses und die monotheistische Religion, in: ders.: Gesammelte Werke XVI. Frankfurt a. M. 1999, S. 241)

23 Eine Gruppenbildung ist dann als pathologisch zu bezeichnen, „wenn sie dem ohnmächtigen Individuum vor allem dazu verhilft, unsublimierte und uneingeschränkt destruktive Triebenergien abzuführen“. (Simmel, Ernst: Antisemitismus und Massen-Psychopathologie, in: ders.: Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1993, S. 72)

24 Bürger in „kreuz und quer“, ORF 2, 6. 11. 2001

25 vgl. Marin, Bernd: Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder. Frankfurt a. M./New York 2000

26 vgl. zum Begriff: Scheit, Gerhard: Sekundäre Volksgemeinschaft, in: ders.: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. Freiburg 2001, S. 93-108

27 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit a.a.O., S. 555

Vom „Kampf um die Erinnerung“ zur Inszenierung eines Medien-Hype

Zur Verortung der „Burger-Debatte“ im „österreichischen Gedächtnis“

VON HEIDEMARIE UHL

Der Wiener Philosoph Rudolf Burger hat mit seinem Artikel „Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Ein Plädoyer für das Vergessen“, der im Heft 2/2001 der „Europäischen Rundschau“ und wenig später in gekürzter Form in einem Kommentar des „Standard“¹ veröffentlicht wurde, für Furore gesorgt. Die durchaus überzogenen Angriffe gegen eine Gedächtnispolitik, die „keine analytische Kur mit kathartischer Wirkung, sondern eine politische Erpressungsstrategie mit moralischen Mitteln“ sei, die conclusio, dass „Vergessen nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch ein Akt der Redlichkeit, (...) eine Geste der Pietät“ wäre, nicht zuletzt provokante Formulierungen wie dass die NS-Zeit „real (...) so versunken wie Karthago“ ist und Vorwürfe wie „moralische Ausbeutung der Toten“, „Schuldstolz“ etc. haben Burger weniger als philosophischen Zeitkritiker denn als durchaus erfolgreichen Medien-Strategen ausgewiesen. Wochenlang füllte die sogenannte „Burger-Debatte“ die Kommentarspalten der Printmedien, das Nachrichtenmagazin „Format“ widmete den Thesen Burgers sogar eine Titel-Geschichte – allerdings: Das „Zeitfenster“ (Marianne Enigl) der medialen Aufmerksamkeit war begrenzt und mit dem Erscheinen des Heftes 3 der „Europäischen Rundschau“, das als Diskussionsforum zu den im vorherigen Heft veröffentlichten Thesen konzipiert war², im wesentlichen ge- oder vielmehr verschlossen: Die differenzierten „Antworten“ von WissenschaftlerInnen auf Burgers Thesen stießen eigentlich kaum noch auf Interesse.

Retrospektiv scheint es sich eher um die Inszenierung einer Debatte zu handeln, um die gelungene Intervention in die mediale „Ökonomie der Aufmerksamkeit“³, die außerhalb Österreichs allerdings kaum auf Resonanz stieß. Dennoch soll diese Debatte – und nicht Burgers provokant-triviale Thesen – zum Anlass genommen werden, um aktuelle Diskurse und Praxisformen gesellschaftlicher Erinnerung im Spannungsfeld zwischen „Kultur“, „Politik“ und „Wissenschaft“ zu reflektieren.

I. Gedächtnis zwischen Kultur, Politik und Wissenschaft

„Gedächtnis“ ist in den letzten Jahren im globalen Maßstab zu einem Thema von gesellschaftspolitischer Relevanz geworden. Pierre Nora spricht von einer weltweiten „Gedächtniskonjunktur“, einer „Flutwelle der Erinnerung“, in der neue Formen der Aneignung der Vergangenheit entwickelt werden, sei es durch ein neues Interesse an dem, „was die Angelsachsen *heritage*, die Franzosen *patrimoine* und die Deutschen Erbe nennen“, sei es durch einen Bruch mit bisherigen Traditionen bzw. Narrationen gesellschaftlicher Erinnerung, durch Kritik an der offiziellen Geschichtsschreibung und ein „Wiedererwachen“ des Verdrängten.⁴ Insofern ist nicht nur in Österreich der „Zivilisationsbruch Auschwitz“ (Dan Diner)⁵ zum

„Gravitationszentrum der neueren Geschichte“⁶ geworden; „Gedächtnis“ ist in den letzten Jahren global zu einer Schnittstelle (kultur-)wissenschaftlichen, politisch-öffentlichen und kulturellen Interesses geworden. Im Rahmen einer gesteigerten Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Formen der Erinnerung (bzw. den „sozialen Rahmen“ individueller Erinnerungen) haben sich unterschiedliche Verwendungszusammenhänge herauskristallisiert, die sich im wesentlichen zwischen zwei Polen bewegen:

1. Gedächtnis als Kategorie der politischen Kultur

Der Umgang mit den „wunden Punkten“ der „eigenen“ Geschichte, d.h. die Auseinandersetzung mit Verbrechen, die auf das gesamte Kollektiv und nicht nur auf individuelles Fehlverhalten zu beziehen sind, wird zunehmend als Maßstab für die zivilgesellschaftliche Verfasstheit eines Staates betrachtet. Dieser Befund verweist auf aktuelle Debatten und Konflikte um die „Bewältigung“ der jüngsten Vergangenheit, wie etwa auf die Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien oder mit den Verbrechen des *Apartheid*-Regimes in Südafrika, aber auch auf nach wie vor virulente Fragen des Umgangs mit länger zurückliegenden Ereignissen wie der Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg oder der Haltung der Türkei zum Völkermord an den Armeniern.⁷ In einem transnationalen Zusammenhang steht jedoch der Stellenwert des „Zivilisationsbruchs Auschwitz“ im Zentrum der Debatte. Was Norbert Frei für Deutschland konstatiert – „eine politische Kultur, die sich in hohem Maße über den kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit definiert“⁸ –, gewinnt an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert globale Relevanz: Die Shoah kristallisiert sich als „Leitbild eines Menschheitsgedächtnisses“ (Frei) im Rahmen eines zivilgesellschaftlich verfassten Gesellschaftsmodells heraus.⁹ In diesem Zusammenhang bilden Fragen von Schuld und Verantwortung – als generationenübergreifende Verantwortlichkeit für den Bruch in der eigenen Kultur – den Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Formulierung bzw. die Durchsetzung von Narrationen über die Vergangenheit, die sich als eine „Politik der Anerkennung“ einer kollektiven Verantwortung für Verbrechen in der Vergangenheit verstehen. Die gegenwartsbezogene Dimension der „Schuldfrage“ richtet sich sowohl auf einen adäquaten Umgang mit dieser Vergangenheit als auch auf gesellschaftspolitische Leitlinien der Gegenwart: Zeichen des kulturellen Gedächtnisses – Rituale des Gedenkens, die Errichtung von Denkmälern, Museen und Ausstellungen, Initiativen historisch-politischer Aufklärung etc. – implizieren eine Anerkennung des Schicksals der Opfer, denen diese Würdigung und damit materielle und symbolische Formen von „Wiedergutmachung“ oft versagt blieben.

Zugleich bildet diese „Vergangenheit“ ein normatives Bezugsereignis der politischen Kultur. Das Bekenntnis zu den „dunklen Seiten“ der eigenen Geschichte verpflichtet zur zivilgesellschaftlichen Orientierung in der Gegenwart, vor allem zu konkreten politischen Maßnahmen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Intoleranz und die Diskriminierung von Minderheiten.

2. Gedächtnis als Kategorie wissenschaftlicher Reflexion und Analyse

Um die Begriffe „Gedächtnis“ und „Identität“ fokussieren sich jene Forschungsperspektiven, die im Zusammenhang mit der kulturwissenschaftlichen Wende in den Geisteswissenschaften an Relevanz gewonnen haben. „Gedächtnis“ bezieht sich dabei nicht – wie im oben skizzierten Feld der politischen Kultur – primär auf die moralisch-ethischen Normen einer

Gesellschaft¹⁰, sondern bezeichnet eine deskriptiv-analytische Kategorie¹¹. Das Interesse gilt den kulturellen Formen der Erinnerung, mit denen die Weitergabe kollektiv geteilten Wissens über die Generationenabfolge hinaus gesichert werden soll. Kollektives Gedächtnis – verstanden als jenes Wissen, das „die Gesellschaft in jeder Epoche mit ihren gegenwärtigen Bezugsrahmen rekonstruieren kann“ (Maurice Halbwachs)¹² – ist immer eine Konstruktion der Vergangenheit aus dem Blickpunkt der Gegenwart und damit dynamischen Veränderungen unterworfen. Zugleich werden die Wertorientierungen einer Gesellschaft in ihrer „kulturellen Überlieferung“ sichtbar gemacht. Die Beziehung zur Gesellschaft ist für den von Jan Assmann geprägten Begriff des „kulturellen Gedächtnisses“¹³ ebenso konstitutiv wie für das von Pierre Nora entwickelte Konzept der „*lieux de mémoire*“; Dan Diner spricht in diesem Zusammenhang vom „Gedächtniskollektiv“ als einer Formation, die nationale bzw. ethnische Kollektive neu definiert.¹⁴ Das Erkenntnisinteresse richtet sich jedoch – im Unterschied zu den Interessen der AkteurInnen im geschichtspolitischen „Kampf um die Erinnerung“ und gegen die Hegemonie der „Verdrängungs“-Narrationen – auf die Konstruktionsmechanismen gesellschaftlicher Erinnerung, wenngleich gerade die Geschichtswissenschaft vielfältig mit den Deutungskämpfen um die Vergangenheit verflochten ist.

II. Zeitgeschichte und „österreichisches Gedächtnis“

Die Geschichtswissenschaft steht nicht außerhalb der Wissensformationen einer Zeit. Gerade die Zeitgeschichtsforschung ist einerseits in den „Kampf um das Gedächtnis“ involviert: Die Waldheim-Debatte 1986 und vor allem das darauffolgende „Gedenkjahr 1938/88“ sind ein exemplarisches Beispiel für die spezifische Funktion der Wissenschaft im gesellschaftlichen Verhandlungsprozess um das Geschichtsbild. Wissenschaftliche Fragestellungen und Erkenntnisinteressen orientieren sich aber nicht allein an aktuellen Erfordernissen bzw. am generationenspezifischen Erfahrungshintergrund, sondern auch an den theoretischen Entwicklungen im wissenschaftlichen Feld.

Die Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung lassen sich demnach nicht nur auf der Inhaltsebene, also im *re-writing* der Darstellung von Ereignissen (wie etwa dem „Anschluss“ im März 1938) lokalisieren, sondern auch im Hinblick auf jene Veränderungen in der Sichtweise der Vergangenheit, die durch einen methodisch-theoretischen „Perspektivenwechsel“ hervorgerufen werden.

Die wichtigsten Impulse im Hinblick auf eine neue Sichtweise auf die „Verdrängungs“-Geschichte der Zweiten Republik gehen zum einen von der oben skizzierten kulturwissenschaftlichen Wende mit ihrem Postulat, dass kollektives Gedächtnis immer eine soziale Konstruktion darstellt, aus; zum anderen vom zunehmenden Interesse an den transnationalen Strukturmerkmalen im Umgang mit dem Trauma des „Zivilisationsbruchs“. Tony Judt hat in seinem bahnbrechenden Beitrag „The Past is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe“ die Verdrängung des Nationalsozialismus als eine gemeinsame Signatur der europäischen Nachkriegsgesellschaften analysiert¹⁵; im Hinblick auf die Konstruktion (und Dekonstruktion) von politischen Mythen über die „Unschuld“ des Volkes ist der Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit also kein singuläres Phänomen, sondern eine spezifische Ausprägung eines gesamteuropäischen Prozesses. Das Spannungsfeld von Verdrängung und Aufarbeitung, die politischen Rahmenbedingungen (Säuberung, Ahndung von NS-Verbre-

chen, Integration ehemaliger NationalsozialistInnen bzw. SympathisantInnen des Regimes, Konfrontationslinien des Kalten Krieges, etc.) der jeweiligen Aktualisierung von „Vergangenheit“ und die Transformation der Perspektive von einer heroisch-nationalen Widerstandsgeschichte bis zur gegenwärtigen Fokussierung auf die Involvierung der jeweiligen Gesellschaft in den „Zivilisationsbruch Auschwitz“ kann – in unterschiedlichen nationalen bzw. in der Ost-West-Konstellation – als ein Grundmuster der politischen Kultur in Europa seit 1945 angesehen werden.

Die Bezugnahme auf das „österreichische Gedächtnis“ einer verdrängten NS-Vergangenheit¹⁶ – ebenso wie die zumeist konservative Kritik an dieser „Nestbeschmutzung“¹⁷ – argumentiert hingegen zumeist im Rahmen von „nationalen“ Erklärungsmustern. Die gegenwärtige österreichische Gedenk-Kultur – ebenso wie die wissenschaftliche Aufarbeitung der „verdrängten“ Vergangenheit – ist allerdings ohne die internationalen Tendenzen einer „Globalisierung“ des Holocaust als historischem Bezugspunkt eines zivilgesellschaftlichen „Menschheitsgedächtnisses“ nicht hinreichend zu erklären.

Das innovative Potential einer transnational orientierten, kulturwissenschaftlichen Perspektive auf die Schichtungen der österreichischen Erinnerungsdebatten¹⁸ liegt dementsprechend in der Rekonstruktion von „Gedächtnis“ als einer dynamischen Kategorie, als die immer wieder in neuen Konstellationen und mit veränderten Semantiken geführte Auseinandersetzung um die „Deutungsmacht“ im Hinblick auf die NS-Zeit. Demgegenüber evoziert das Vokabular der „unbewältigten Vergangenheit“, wie es sich seit der Waldheim-Debatte herauskristallisiert hat – Amnesie, „Schweigen“, Ausblendung etc., das statische Bild eines homogenen „Verdrängungsdiskurses“ in der Zweiten Republik, ausgehend von der bekannten Formulierung der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, daß Österreich „das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, (...)“ sei.¹⁹

Die gesellschaftlichen Verarbeitungsformen der Erfahrung des NS-Regimes bzw. die dabei entwickelten Erzählmuster und Rechtfertigungsstrategien erweisen sich jedoch als vielstimmig und widersprüchlich, in jeweils unterschiedlichen Bedeutungszusammenhängen verwendbar. So war etwa die Berufung auf den österreichischen Freiheitskampf – aus heutiger Sicht ein Teil der österreichischen Verdrängungsgeschichte – in den 60er Jahren eine vielfach umstrittene Initiative politisch-historischer Aufklärung, die vor dem Hintergrund eines virulenten Deutschnationalismus bzw. von weitverbreiteten Tendenzen der Verharmlosung oder Umdeutung des Nationalsozialismus (etwa als Abwehrkampf gegen den „Osten“) zu sehen ist. Angesichts des „Buhlens um die Stimmen der Ehemaligen“ als einer Konstante in der politischen Kultur Österreichs waren die Errichtung des ersten Denkmals der Republik Österreich für den österreichischen Freiheitskampf und die Durchsetzung eines österreichischen Nationalfeiertags (und nicht, wie seitens der FPÖ gefordert, eines Staatsfeiertages) im Jahr 1965 durchaus umstrittene geschichtspolitische Positionierungen. Dementsprechend folgte die Thematisierung von „Widerstand und Verfolgung“ in der Zeitgeschichts-Forschung der 60er bzw. 70er Jahre der Intention, angesichts des vorherrschenden Meinungsklimas den verbrecherischen und anti-österreichischen Charakter des NS-Regimes verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.²⁰

Eine Analyse der „österreichischen Gedächtnisgeschichte“ aus der Perspektive einer „Sozialgeschichte des Erinnerns“ (Peter Burke)²¹ öffnet die Perspektive auf die Vielschichtigkeit

und Historizität der Konfliktfelder und der Semantiken – nicht nur jener der „Verdrängung“, sondern auch der Diskurse gesellschaftspolitischer Aufklärung. Bereits wenige Jahre nach Kriegsende hielt man die „Vergangenheit“ für „bewältigt“ – bis eine neue „Intervention“ (Skandale wie die Schillerfeier am Heldenplatz 1959, die Borodajkewycz-Affäre 1965, Kreisky-Peter-Wiesenthal 1975, Reder-Frischenschlager 1985, Waldheim 1986, Medienereignisse wie „Holocaust“, aber auch die Resonanz auf den Eichmann-Prozess und die Auschwitz-Prozesse in der BRD etc.) den bisherigen Konsens entlegitimierten oder zumindest prekär erscheinen ließ und die „Schweigestellen“ im Umgang mit der NS-Vergangenheit sichtbar werden ließ. Mit der Waldheim-Debatte hat schließlich die österreichische Variante der Neuverhandlung der Geschichte, die in den 1980er Jahren in vielen europäischen Ländern zu konstatieren ist²², eingesetzt.

Vieles deutet darauf hin, daß sich das Konzept des „Gedächtnisses“ gegenwärtig von der geschichtspolitischen Kampfvokabel zur reflexiven Kategorie entwickelt. Die durchaus provokante Ausgangsfrage des vom Salzburger Historiker Ernst Hanisch konzipierten Eröffnungspanel des österreichischen Zeitgeschichtetags 2001 – „Ist die Geschichte der Zweiten Republik nur eine Geschichte der unaufgearbeiteten österreichischen NS-Vergangenheit?“ – ist ein Indikator dafür; noch vor wenigen Jahren hätte dieser durchaus provokante Anstoß für eine Selbstreflexion der österreichischen Zeitgeschichte und ihrer „Obsessionen“ wohl nicht in dieser Form formuliert werden können, ohne den Applaus von der „falschen Seite“ zu befürchten.

Ist die Bürger-Debatte vor dem Hintergrund der mittlerweile weitgehenden Akzeptanz der Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes als Versuch zu sehen, die „alten“ Konfliktmuster der Debatte „Erinnern versus Vergessen“ wieder zu reaktivieren? Die Evozierung dieses Erregungspotentials war allerdings nur möglich, weil diese Kritik nun (vermeintlich) von „links“ kam, während die traditionelle „Schlussstrich“-Forderung von „rechts“ kaum noch für mediales Aufsehen sorgt.

Anders als unter den Schweigegeboten der Nachkriegszeit, deren Ende wohl erst mit 1986 zu datieren ist, geht es nun nicht mehr primär um den „Kampf“ um die Aufnahme der Opfer des Nationalsozialismus in das öffentliche Gedenken. Vielmehr rückt die Frage nach der adäquaten Formung dieses Gedenkens in den Vordergrund, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das Ende der Generation der Mitlebenden und den Übergang vom kommunikativen zum kulturell geformten Gedächtnis. In wenigen Jahren wird die Weitergabe „authentischer“ Erfahrungen – und sei es durch Schweigen und Verdrängen – abgebrochen sein, wird die Darstellung des „Zivilisationsbruchs“ weitgehend durch die Medien des kulturellen Gedächtnisses – Texte, Bilder, Riten, Gedächtnisorte – geprägt werden. Die Tradierung dieser Erfahrung über die Schwelle des lebendigen Gedächtnisses hinaus, die Bewahrung dieser Erinnerung vor der Erstarrung und dem Verblässen ist wohl die eigentliche Herausforderung gegenwärtiger Gedenkkultur.

1 Rudolf Burger: Die Irrtümer der Gedenkpoltik. Wider die Rede von der „Verdrängung der Nazizeit“ – Ein Plädoyer für das Vergessen, in: Der Standard, 9./10.6.2001, S. 46f.

2 Verdrängen? - Vergessen? - Erinnern? Eine Diskussion, in: Europäische Rundschau. Vierteljahresschr. f. Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte 29 (2001) 3, S. 3-70. (Mit Beitr. v. Rudolf Bretschneider, Isolde Charim, Konrad P. Liessmann, Peter Michael Lings, Christian Meier, Martin Meyer, Günther Nenning, Anton Pelinka, Alfred Pfabigan, Hans Rauscher, Heidemarie Uhl, Werner W. Ernst).

3 vgl. Heidemarie Uhl: Gedächtnis zwischen Gesellschaftskritik und Medien-Hype, oder: Was ist das Neue an der Debatte um Ru-

dolf Burgers „Plädoyer für das Vergessen“, in: ebda, S. 61-66.

4 Pierre Nora: Gedächtniskonjunktur, in: Das Gedächtnis des Jahrhunderts. Transit. Europäische Revue 22 (2002). (in Druck).

5 Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt am Main 1988.

6 Hartmut Böhme/Peter Matussek/Lothar Müller: Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will, Reinbek bei Hamburg 2000 (rowohlt's enzyklopädie), S. 150 (Kapitel „Erinnerung und Gedächtnis“).

7 zum neu konzipierten Forschungsfeld der vergleichenden Genozidforschung vgl. Mihran Dabag, Genozidforschung. Leitfragen, Kontroversen, Überlieferung, in: Zeitschrift für Genozidforschung, 1. Jg. 1999, H.1, S. 6-35.

8 vgl. Norbert Frei: Abschied von den Zeitgenossen, in: Süddeutsche Zeitung, 9./10.9.2000, S. 18.

9 vgl. Daniel Levy/Natan Sznaider: Erinnerung im globalen Zeitalter, Frankfurt am Main 2001 (Edition Zweite Moderne).

10 zur Frage der ethisch-moralischen Dimension von Erinnerung vgl. Avishai Margalit: Ethik der Erinnerung. Max Horkheimer Vorlesungen, Frankfurt am Main 2000.

11 Edgar Wolfrum geht in seinem Versuch einer begrifflichen Differenzierung von dieser Leitdifferenz aus, er unterscheidet zwischen den Termini Geschichtsbewusstsein-Geschichtskultur-Geschichtspolitik einerseits und „Vergangenheitsbewältigung“ (der Begriff wird auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus bezogen) und „Vergangenheitspolitik“ andererseits, unter letzterem versteht Wolfrum den Umgang mit dem personellen und institutionellen Erbe eines überwundenen (diktatorischen) Systems. Vgl. Edgar Wolfrum (Hg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999 (Sammlung Vandenhoeck), S. 55-81, insbes. S. 56-60.

12 + 13 zit. n. Jan Assmann: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders., Tonio Hölscher (Hg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1988, S. 13.

14 Dan Diner: Über Schuld diskurse und andere Narrative. Epistemologisches zum Holocaust, in: Gertrud Koch (Hg.): Bruchlinien. Tendenzen der Holocaustforschung, Köln-Weimar-Wien 1999 (= Beiträge zur Geschichtskultur 20), S. 61-84.

15 vgl. Tony Judt: Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa, in: Transit (1993) 6, S. 87-120.

16 Der Begriff des „österreichischen Gedächtnisses“ bezieht sich auf eine „spezifisch österreichische Kultur des Erinnerns und Vergessens“ bzw. „spezifische Strategien der Normalisierung des Nationalsozialismus in Österreich nach 1945“. Vgl. Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler: Einleitung und Ausgangspunkte, in: dies., unter Mitarb. v. Marlene Weiterschan: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien/Köln/Weimar 21997, S. 11,13.

17 Ein instruktiver Überblick über die zeitgeschichtliche Forschungslandschaft und insbesondere über die Positionen der zumeist konservativen Kritik an der Fokussierung auf die NS-Vergangenheit ist Günter Bischofs Rezension des Buchs von Hubert Feichtlbauer, Der Fall Österreich. Nationalsozialismus, Rassismus: Eine notwendige Bilanz, Wien 2000, zu entnehmen. Vgl. Günter Bischof, Der unerwartete Triumph der „gnadenlos Guten“, in: Zeitgeschichte 28 (2001) 6, S. 331-341.

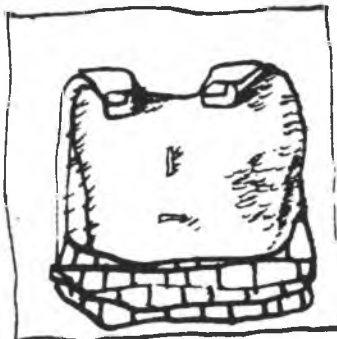
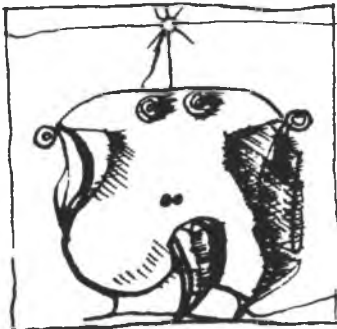
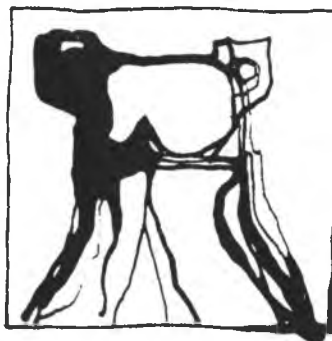
18 Diesen Überlegungen liegen die Forschungsergebnisse des interdisziplinären Projekts „Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Interdisziplinäre Forschungen zur österreichischen Gedächtnisgeschichte in der Zweiten Republik“ zugrunde, das im Rahmen des kulturwissenschaftlichen Forschungsschwerpunktes des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Wien) gefördert wird.

19 Proklamation v. 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1.5.1945.

20 So heißt es einleitend in Wolfgang Neugebauer (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. Bd 1: 1934-1938, Wien 1975, 5: Die Dokumentation habe das Ziel, „den vielfach angezweifelt und bagatellisierten Widerstand (und damit aufs engste zusammenhängend die Verfolgung) ein für allemal aus dem Zwielicht des Zweifels herauszuheben und auf den Boden unbestrittener Tatsachen zu stellen.“

21 Peter Burke: Geschichte als soziales Gedächtnis, in: Aleida Assmann, Dietrich Harth (Hg.): Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt am Main 1991, 289-304, 291.

22 vgl. Judt, 99f.



Beteiligung der Wissenschaft am rechten Diskurs

VON MANFRED GMEINER

1993 wurde in Frankreich ein Appell zur Wachsamkeit von Intellektuellen veröffentlicht, der vor der Vereinnahmung von Wissenschaftlern durch die neue Rechte warnt, die versucht durch Einbindung demokratischer Persönlichkeiten in ihre Publikationsorgane ihren scheinbaren Wandel, ihre scheinbare Abwendung von rechtsextremen Gedanken gut zu demonstrieren. Im Appell heißt es: „Dies ist kein einzelnes Vorgehen, vielmehr Teil der gegenwärtigen Strategie einer Legitimierung der extremen Rechten, die allenthalben auf dem Vormarsch ist (...) Unter Autoren, Verlegern und verantwortlichen Personen in Presse, Rundfunk und Fernsehen scheinen diese Manöver bisher noch nicht das gebotene Mißtrauen hervorgerufen zu haben. Aus Mangel an Information oder Wachsamkeit, aus Respekt vor der Freiheit des Wortes, aus Sorge um uneingeschränkte Toleranz leisten viele von ihnen, darunter die Verdienstvollsten, dieser Legitimierungsstrategie Vorschub. Durch diese ungewollte Komplizenschaft, so fürchten wir, werden in unserem geistigen Leben bald Diskurse alltäglich werden, die bekämpft werden müssen, weil sie gleichermaßen die Demokratie und das Leben der Menschen bedrohen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Worte der extremen Rechten nicht bloße Ideen unter anderen sind, sondern den Anreiz zu Ausschluß, Gewalt und Verbrechen enthalten.“ (zitiert nach: Die Ordnung die sie meinen, Picus 1994)

1993 gab das *Freiheitliche Bildungswerk* erstmals ein Jahrbuch mit dem Titel „Freiheit und Verantwortung“ heraus. Besonders die ersten drei Jahrgänge bis 1995 waren auf Grund ini-

Zur politischen Betätigung eines Professors

VON MARTIN TRÖGER

Dr. Lothar Höbelt, außerordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität Wien, beschränkt seine politische Betätigung nicht auf das Verfassen freiheitlicher Programmschriften und Parteigeschichten. Er bewegt sich seit Jahren vielmehr auch im engen Raum zwischen FPÖ und NS-Verbotsgesetz. Zuletzt sorgte im November 2001 ein Treffen europäischer Rechtsextremer auf Burg Kranichberg/NÖ, bei welchem Höbelt ein Referat hielt, für mediale Aufmerksamkeit. Dazu eingeladen hatte das rechte Wochenblatt *Zur Zeit*, das den Herrn Professor zu seinen Kolumnisten zählt. Gekommen waren u.a. Filip Dewinter (*Vlaams Blok*), Bruno Megret (MNR) und István Csurka (MIÉP).

Es war vor allem die Einladung des wütenden Antisemiten Csurka,

ger Artikel rechter Ideologie stark umstritten. Die drei Jahre waren gleichzeitig jene Jahre, in denen die FPÖ die stärksten Zuwächse erfuhr und deutlich mit dem Anspruch auftrat, in Österreich „aufzuräumen“.

Die Redaktion des Jahrbuches behauptet zwar, eine offene Diskussion in der Gesellschaft über politische Themen führen zu wollen, ein Blick in die jeweiligen Editoriale belegt aber, dass, wer im Jahrbuch schreibt, gleich welchen Themas er/sie sich annimmt, sich de facto an einem rechten Diskurs beteiligt.

Im ersten Editorial heißt es: „Die Freiheit der Gedanken und Ideen, die Freiheit der Meinungen, der Worte und Formulierungen steht hier ebenso Pate an der Wiege einer Publikation, wie die Verantwortung für die Gemeinschaft, für die Heimat, für das Staatsganze, für das Volk, aber auch für das Individuum, den Mitmenschen und Mitbürger. ‚Freiheit und Verantwortung‘ ist somit die Devise einer politischen Gesinnungsgemeinschaft, die auch intellektuell eine offene Auseinandersetzung über große Fragen unserer Zeit sucht...“

Nicht nur wird der Begriff Freiheit fix mit dem Begriff Verantwortung verbunden, eine Behauptung, die auch in den weiteren Editorialen betont, aber nicht begründet wird, sondern Verantwortung wird auch auf Begriffe wie Gemeinschaft, Volk und Heimat bezogen und damit auf Begriffe, die zum Kern rechter Ideologie gehören.

Wie auch bereits erwähnt, finden sich in den Jahrbüchern zahlreiche Artikel rechter Ideologien. Es besteht also kein Zweifel daran, daß wer im Jahrbuch schreibt, sich an einem rechten Diskurs beteiligt, auch wenn sein Artikel selbst keinerlei rechte Ideologie enthält.

Die Etablierung des rechten Diskurses geschieht durch Publikationen wie die Jahrbücher des Freiheitlichen Bildungswerkes auf verschiedene Weise. Einerseits gibt es Artikel von bekannten Persönlichkeiten aus der Politik oder von Universitätsprofessoren, die sachlich, mit möglichst geringen ideologischen Implikationen ein Thema behandeln, das sich nicht schon von der Fragestellung her dem rechtsextremen Diskurs zuordnen läßt und denen zum Teil tatsächlich kein rechtes Gedankengut nachzuweisen ist, die aber im Kontext der übrigen Artikel zum Themenbereich nichts zur Entkräftung rechter Argumente im Diskurs beitragen. Dabei können diese Artikel helfen, der Publikation den Anschein eines offenen Diskursmediums

die (international) für Aufregung sorgte. Zu Recht, wie ein Blick auf Csurkas jüngste Ausfälle beweist. So liest sich sein Kommentar zu den Terroranschlägen vom 11. September wie ein dazugehörendes Bekenner-schreiben: „Die unterdrückten Völker der Welt konnten nicht die Erniedrigung durch die Globalisierung, die Ausbeutung und den in Palästina planmäßig durchgeführten Völkermord ohne einen Antwortschlag erdulden.“ Beim völkischen Treffen auf Burg Kranichberg soll Csurka laut Agenturmeldungen diese Aussage wiederholt haben, ohne dabei auf Widerspruch gestoßen zu sein. Ein Stellvertreter Csurkas an der Spitze der rechtsextremen MIEP schrieb unlängst über Juden und Jüdinnen: „Vom Ufer des Jordans kommen sie wieder an das Ufer der Donau, um noch einmal den Ungarn einen Fußtritt zu geben. Deswegen höre du Ungar die einzige zum Leben führende Botschaft im 1000. Jahr des christlichen ungarischen Staates: Wirf sie hinaus! Denn wenn du es nicht tust, dann werden sie es mit dir tun.“

Dass sich die *Zur Zeit*-Mannschaft am Antisemitismus Csurkas und seiner Partei nicht stößt, überrascht bei

zu geben und damit rechte Ideologien „außerhalb“ rechter Zusammenhänge zu publizieren. In diese Kategorie fallen in den untersuchten Jahrbüchern Artikel von Franz Ceska, zuletzt Generalsekretär der Industriellenvereinigung, über „Wirtschaft auf Europakurs“ (1993) und „Die Zukunft des Industriestandortes Österreich“ (1994). Peter Pernthaler, Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Innsbruck, geht zwar als EU-Gegner mit einer der damaligen FPÖ Linie entsprechenden Sichtweise an seine Themen heran, schreibt aber rechtlich sachlich über „Das Prinzip des Föderalismus und die EG“ (1993) „Das Problem des Austritts aus der EG“ (1994) und „Europäischer Regionalismus – Utopie oder Realität“ (1995). Ingfried Schütz-Müller, Universitätsdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien, schreibt über „EG – Vorbild für den pazifischen Raum?“ (1993), Herbert Vonach, Professor am Institut für Radiumforschung und Kernphysik in Wien, über „Fehlentwicklung Universitätsorganisationsgesetz“ (1993) und Gerhard Pendl, „Alter Herr“ der Burschenschaft *Oberösterreichischer Germanen*, Professor der Medizin an der Universität Graz schreibt über die „Krise des Spitalswesens in Österreich?“.

Noch bedenklicher für die Etablierung des rechten Diskurses sind jene Wissenschaftler, die in der Öffentlichkeit nicht als Rechtsextreme gelten, zum Teil weil sie aus politischen Gruppierungen der Mitte kommen, zum Teil weil sie sich das Image eines kritischen Revolutionärs aufgebaut haben, oder schlicht als „objektive“ Wissenschaftler gelten, in deren Artikeln aber sehr wohl Anklänge an rechtsextremes Gedankengut zu finden sind oder deren Inhalte von Rechtsextremen gut verwertet werden können. Sie helfen tatsächlich rechtsextreme Gedanken in den gesellschaftlichen Diskurs einzuschmuggeln, indem sie sie in vordergründig „objektiven“ oder liberalen Artikeln transportieren.

Im Jahrbuch von 1993 wird bereits im Editorial auf die Sozialdemokraten Norbert Leser und Günther Nenning und auf den Liberalen Otto Graf Lambsdorff hingewiesen, um die Offenheit des Jahrbuches zu belegen.

Norbert Leser war Professor für Philosophie in Salzburg und später in Wien, danach Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für neuere österreichische Geistesgeschichte. Er schreibt im Jahrbuch 1993 über „Totalitäre Gefahren in Staat und Gesellschaft“. Als eben solche wur-

einem kurzen Blick in dieses Blatt nicht. So wurde dort schon mal die mittelalterliche Ritualmordlegende, nach welcher Juden Christenkinder ermordet und mit ihrem Blut magische Rituale vollzogen haben sollen, wieder aufgewärmt. Ein *Zur Zeit*-Autor wurde sogar wegen Holocaust-Leugnung nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt. Das dennoch von der FPÖV-Regierung mit mehr als ATS 800.000 geförderte Blatt wird von Andreas Mölzer mit-herausgegeben und redigiert. Mit dem vormaligen Haider-Berater verbindet Höbelt, der sich abwechselnd als „alter Reaktionär“ und „National-Liberaler“ bezeichnet, eine langjährige gemeinsame publizistische Tätigkeit. So gaben die beiden (gemeinsam mit Brigitte Sob) 1994 das „Jahrbuch für politische Erneuerung 1995“ des Freiheitlichen Bildungswerkes heraus. In diesem erschien ein wüst antisemitischer Artikel des damals in Deutschland lehrenden Politologen Werner Pfeifberger. Dieser sinniert dort über das „Einsickern des orientalischen (jüdischen) Messianismus“ in das Abendland. Seit damals bestimme ein Kampf zwischen „Internationalisten“ und „Nationalisten“ die Geschichte, wobei Pfeifberger hinter ersteren die obligate jüdisch-freimaurerische Welt-

de die FPÖ von vielen betrachtet. Um so mehr kommt es dieser sicher gelegen, dass in ihrem Jahrbuch ein Autor von der „anderen Seite“ nicht zu übersehende Analogien zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus behauptet, dagegen die Verbindung zwischen Faschismus und Nationalsozialismus gelockert sehen möchte. Es kommt ihnen sicher auch gelegen, dass Leser sich die „Entstehung des Faschismus ohne die vorgängige bolschewistische Oktoberrevolution nicht vorstellen“ kann. „Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Bewegungen erschöpft sich aber keineswegs in dieser kausalen Ab- und Nachfolge, sondern setzte sich in einer historischen Schicksalsgemeinschaft der Antipoden, die doch einander zuarbeiten, fort.“ (Leser 1993). Auch die Ortung totalitärer Gefahren in Parteientypen und der Parteienlandschaft Österreichs muß der FPÖ sehr gelegen kommen. In der Beschreibung der liberalen Parteien kann man die FPÖ beim besten Willen nicht erkennen und vor der Gefahr einer Überspannung des Freiheitsgedankens im kulturellen Bereich, die zu „Libertinismus und Anarchismus führen“, wie Leser warnt, ist die FPÖ wohl auch gefeit. Den Großparteien rät Leser hingegen sich von der Mitglieder- und Funktionärspartei zu Wählerparteien zu entwickeln, ein Weg, den die FPÖ konsequent eingeschlagen hat.

Ein permanenter Autor der Jahrbücher ist der Soziologieprofessor Roland Girtler an der Universität Wien, der damals auch gerne in der *Aula* veröffentlichte. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit Außenseitern der Gesellschaft und „alternativen“ Lebensstilen scheinen ihn fern von rechtsextremen Zusammenhängen zu positionieren. Er selbst sagt, es gehe ihm in seiner Forschung um Freiheit und Menschenwürde. Girtler geht es aber überhaupt nicht um soziale Strukturen der Gesellschaft, um Machtverhältnisse, die Menschen an den Rand der Gesellschaft in jene „Randkulturen“ drängen, die Girtler beforcht, sondern um die Betrachtung der Lebenswelt dieser Menschen als eigene Kultur, die unsere Welt bunter, interessanter und abwechslungsreicher gestaltet. Die sogenannten Randkulturen werden dabei nicht selten glorifiziert und mit dem Nimbus des Rebellischen umgeben, eines Rebellentums das aber nicht auf Veränderung abzielt, sondern selbstgenügsam zur eigenen Ehre gereicht. So schreibt er 1995 in „Randkulturen. Stadstreicher, Dirnen, Fußballfans und Sandler“: „Zu solchen Regeln des Alltags gehört die Vorstellung, der Mensch müsse sauber und gepflegt sein, eine Forderung, die

verschwörung zu erkennen glaubt. Über die „Bedeutung der Sowjetjuden für die bolschewistische Revolution“ schreibt er: „In der Tat betrug die jüdische Bevölkerung der Sowjetunion am Ende des Ersten Weltkrieges nur 1,77 Prozent, ihr Anteil unter den bolschewistischen Funktionären, bis hinauf zu Geheimdienstchefs und Politbureau-Mitgliedern, aber rund 40 Prozent. Die ersten namhaften Organisatoren der damals schon besonders blutrünstigen Tscheka (...) waren jüdischer Herkunft.“ Dem Nationalsozialismus attestiert Pfeifenberger, es sei „nicht unlogisch“ gewesen, die beiden Erscheinungsformen des „Internationalismus“, nämlich „Kapitalismus und Kommunismus als nur zeitweise verfeindete Komplizen gegen den Nationalstaat zum zentralen gemeinsamen Feind zu stempeln.“ Auch habe dieser eine „nationalsozialistische Gesellschaft“ geschaffen, „in der die nationale Volks- und Wertegemeinschaft den Klassenkampf erübrigte und die sozialistischen Ziele im wesentlichen friedlich (wenn auch nicht ‚demokratisch‘) verwirklichte.“ Dann wärmt Pfeifenberger die alte NS-Legende von der jüdischen Kriegserklärung gegen das „Dritte Reich“ auf: „Die ‚antikapitalistische Sehnsucht‘ (Gregor Strasser)

der Vagabund der Großstadt einigermaßen großzügig ignoriert. Vom Grundsatz der sexuellen Mäßigung wiederum will die Dirne nichts wissen.“ 1993 beschäftigte er sich unter dem Jahrbuchkapitel Immigration mit der „Dialektik der Grenze. Menschliche Kulturen sind ohne Grenze nicht vorstellbar.“ Den rebellischen „Überwinder“ der Grenzen stellt in diesem Artikel der Schmuggler dar. Diesem kann es tatsächlich nicht um eine Grenzüberwindung im Sinne von Auflösung, zumindest des individuellen Hindernisses, der Grenze gehen, da Schmuggel ohne Grenze kein Geschäft ist. Überwindung ist somit eigentlich der falsche Ausdruck, da es vielmehr um ein Nutzen von Grenzen geht. Jene, die tatsächlich gezwungen sind Grenzen zu überwinden, Flüchtlinge, finden gerade in einem Nebensatz Erwähnung. „Der Schmuggler als sozialer Rebell“ liefert den Vorwand für interessierte Liberalität des Forschers, der im übrigen beschwört: „Fehlen Grenzen, sowohl soziale wie geographische, so kann es zu Verunsicherungen, Verwirrungen und Konflikten kommen. Klare Grenzen können in diesem Sinn Konflikten vorbeugen.“ Diese Inhalte sind zwar nicht als rechtsextrem zu bezeichnen, die quasi-ethnologische Betrachtung an den Rand gedrängter Personen und ihre Erhebung zu „fremder Kultur“ sind im rechtsextremen Diskurs jedoch verwertbar. Girtler hat sich allerdings seit 1997 aus den rechten Publikationen zurückgezogen, vielleicht weil er merkte, dass er von diesen gebraucht wurde und in seinem Anspruch, die „Burschenschafter, die auch rassistische Irrwege gegangen sind, auf ihre wahre Tradition, zu der auch die Revolution von 1848 gehört, hinzuweisen“ (Girtler 1996 in einem offenen Brief an seine Kritiker), gescheitert ist. Seine grundsätzliche Forschungsrichtung hat er meines Wissens jedoch nicht verlassen.

Es gibt auch einige Wissenschaftler, deren Artikel nicht sehr leicht eine Nähe oder Zuarbeitung zu rechtsextremen Diskursen nachweisbar ist, deren Themen aber zu sehr im Kernbereich des Diskurses angesiedelt sind, um sie unter jene am Anfang meines Artikels genannte zu reihen. Rupert Riedl, Biologieprofessor in Wien, hebt sich zwar deutlich von einfachen biologistischen Theorien, wie jene von Irenäus Eibl-Eibesfeldt, in denen leicht rassistische Komponenten auszumachen sind, ab, doch knüpft sein Artikel „Anpassungsmängel der menschlichen Vernunft“ (1994) doch an diese Theorien der evolutiven Vorgaben für menschliches Denken an. Und letztlich scheinen nicht Interessenskonflikte und Herrschaftsstruktu-

der Nationalsozialisten, ihre bedrohliche Unterscheidung zwischen ‚raffendem‘ und ‚schaffendem‘ Kapital (Gottfried Feder) und die Möglichkeit eines eurasischen wirtschaftlich-politischen Kontinentalblockes, der von ausländischen Krediten unabhängig sein würde und solcherart den weltweiten Machtanspruch der internationalen Geldleiher in Frage stellte, lösten bei diesen schrillen Alarm aus. (...) Da der innerstaatliche Konflikt in Deutschland – teils ethnisch bewußt, teils bedingt durch die starke jüdische Mitgliedschaft in internationalistischen Gremien – zu einem Kampf zwischen Deutschen und Juden entartete, der vom politischen Sieger auch nach der Machtübernahme auf staatlicher Ebene fortgesetzt wurde, ist es erklärlich, daß die Verlierer ihn auf die zwischenstaatliche Ebene verlagerten, wo sie sich stärker fühlten. Außenpolitisch sollten die Internationalisten schließlich auch siegreich bleiben.“ Die Ausfälle gipfeln in der Behauptung, „daß ‚Judea‘ (...) kurz nach Amtsantritt der nationalsozialistischen Regierung, nicht nur dieser, sondern ganz Deutschland den Krieg erklärte.“

Bis heute ist übrigens eine Distanzierung Höbelts von diesen Ausfällen unterblieben.

ren für politische Entscheidungen verantwortlich zu sein, sondern die Beschränktheit des menschlichen Verstandes, der die Zusammenhänge noch nicht versteht, da die Technik der Evolution vorausgeeilt ist. Riedl gesteht dem Menschen aber zumindest die Fähigkeit zu, durch Lernen diesen Rückstand aufzuholen.

Ein weiterer berühmter Autor in den Jahrbüchern, der sich als Rechts- und Menschenrechtsexperte einen Namen gemacht hat, ist Felix Ermacora, damals Universitätsprofessor in Innsbruck. Ermacora hat zwar in anderen Publikationen, wie der *Aula* mehrfach eindeutig rechte Aussagen von sich gegeben, seine Artikel in den Jahrbüchern sind aber in trockenem juristischen Stil abgehalten und arbeiten rechter Politik höchstens durch rechtliche Untermauerung zu.

Von einigen weiteren Universitätsprofessoren ist deren Nähe zum rechtsextremen Spektrum mehr oder weniger bekannt, sodass es nicht verwundert, ihre Artikel in den Jahrbüchern zu finden und je nach Bekanntheit ihres Naheverhältnisses, das Ausgangsargument dieses Artikels, die Beihilfe zur Legitimation rechter Publikationen, nicht mehr zutreffend ist. Diese Professoren sind: Friedrich Romig, Privatdozent an der Wirtschaftsuniversität Wien, Lothar Höbelt, Institut für Geschichte, Universität Wien, Ernst Topitsch, Professor für Philosophie in Graz und Wilhelm Brauner, Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät in Wien.

Überhaupt scheint der Herr Professor keine Berührungsängste gegenüber dem organisierten Rechtsextremismus an den Tag zu legen. So referierte er 1993 beim Verein *Dichterstein Offenhausen*, welcher ein paar Jahre später wegen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz endlich behördlich aufgelöst worden ist. Dass sich Höbelt von derartigen Konflikten mit einem zentralen Bestandteil der österreichischen Verfassung nicht abschrecken lässt, beweist seine bis 2000 anhaltende Autorenschaft in der rechtsextremen *Aula*. Deren „Schriftleiter“ wurde 1995 wegen Holocaust-Leugnung nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt.

Ende 1998 finden wir Höbelt unter den Autoren des im rechtsextremen Arndt-Verlag erschienenen Sammelbandes „Wagnis Wahrheit“, einer Festschrift für den britischen Holocaustleugner David Irving. Auch dieser kam wiederholt mit den Behörden in Konflikt: So wird der britische „Revisionist“ in Österreich wegen Verdachtes wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz per Haftbefehl gesucht. 1996 bestätigte das Verwaltungsgericht München die unbefristete Ausweisverfügung für Deutschland. Damit hat Höbelt offenbar auch keine Probleme:

Lebensschutz oder Frauenverachtung?

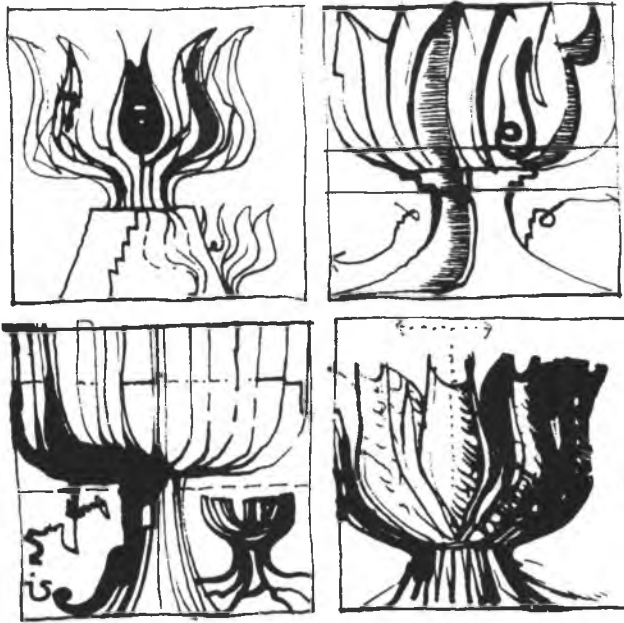
VON EL AWADALLA

Anfang Jänner machte die über deutsche Fernsehsender ausgestrahlte Werbung für ein Buch namens „Kraft zum Leben“ Schlagzeilen. Prominenz aus Sport und Film bekannte sich in diesen Spots zu Gott, dessen Hilfe durch das gratis erhältliche Buch zu bekommen sei. Recherchen von Sektenberatungsstellen ergaben, dass diese Aktion von der US-amerikanischen Familie *De Moss* finanziert wurde. Die millionenschwere Familienstiftung „Arthur S. De Moss Foundation“ gehört zum konservativen evangelikalen Spektrum in den USA und unterstützt mit großen Summen u.a. die Anti-Abtreibungs-Bewegung in den USA, die (US-) „Nationale Koalition gegen Pornographie“, „Campus Crusade for Christ“ und eben auch die „Power-for-Living-Kampagne“. Kontakte bestehen zu rechtsextremen Gruppen ebenso wie zur *Mun*-Sekte und zum rechten Prediger Jerry Falwell, der den Wahlkampf von George W. Bush unterstützte wie schon jenen von Ronald Reagan 1984. Die Fernsehwerbung für „Kraft zum Leben“ wird mittlerweile nicht mehr ausgestrahlt, weil in Deutschland religiöse Werbung an sich verboten ist.

Diese Kampagne ist in engem Zusammenhang mit dem internationalen Vormarsch der AbtreibungsgegnerInnen zu sehen. Bekannt sind in Österreich die Bet- und Belästigungsaktionen vor Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, wie beispielsweise allmonatlich vor der Wiener Mairo-Klinik. Dorthin führen aber nicht nur Prozessionen, sondern nahezu täglich werden Frauen belästigt, um sie am Betreten der Klinik zu hindern.

Vor kurzem konnte die Mairo-Klinik allerdings einen juristischen Erfolg verbuchen: Eine Kündigung der Räumlichkeiten wurde abgewendet. Die Vorgeschichte ist eng mit der blau-schwarzen Regierung verbunden, denn durch diese fühlen sich die AbtreibungsgegnerInnen hierzulande so stark wie noch nie. Im Nationalratswahlkampf 1999 warben sie, die sich selbst gern als LebensschützerInnen sehen, vorzugsweise zwar durch beten, doch auch Flugblätter tauchten auf für die ÖVP, aber auch für die FPÖ. Doch die Beziehungen gehen tiefer.

Schließlich würden „historische Diskussionen, die durch den Kadi entschieden würden, nur auf das Staatswesen zurückgehen.“ Von dem „halte er eh nicht viel“, wie der Professor der Tageszeitung *Der Standard* freimütig erklärte. Daher würde auch der Haftbefehl „eher für Irving und gegen jene, die das gegen den Wissenschaftler machen“, sprechen. Über den Arndt-Verlag weiß Höbelt nichts. Er hält ihn für eine Briefkastenfirma. Vielleicht hätte der Historiker im deutschen Verfassungsschutzbericht 1996 nachschlagen sollen: Dort ist der Verlag in Schleswig-Holstein einschlägig genannt. Zum Verlagsprogramm „gehören Bücher, in denen die deutsche Kriegsschuld geleugnet und die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden.“ Gegen den dem Verlag angeschlossenen Arndt-Buchdienst ist ein Ermittlungsverfahren u.a. wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) anhängig. Dass laut einem Buchbeitrag das „KZ Buchenwald bis 1945 eine ‚Sommerfrische‘ gegen das ab 1945“ gewesen sein soll, dürfte den freiheitlichen Historiker auch nicht stören. Höbelt zum *Standard*: „Man muss sich ja nicht mit allem identifizieren, wenn man in einer Festschrift schreibt.“



Pro-Life, eine der großen und reichen Gruppierungen im Kampf gegen den Schwangerschaftsabbruch, kaufte unter ihrem Anführer Dietmar Fischer letztes Jahr die Wohnung in der Großen Sperlasse 24 in Wien, in jenem Haus, in dem die Mairoklinik ihre Praxis hat, und versuchte seither, diese mit Hilfe von Räumungsklagen zu vertreiben, obwohl die Klinik einen unbefristeten Mietvertrag hat. Vertreten werden die AbtreibungsgegnerInnen durch die (ehemalige?) Rechtsanwaltskanzlei des amtierenden Justizministers Böhmdorfer.

1998 hielt Höbelt beim 150. Stiftungsfest der Münchener Burschenschaft *Danubia* den Festvortrag. Diese dem harten Kern der deutsch-österreichischen Burschenschafterszene zuzurechnende Verbindung machte im Juni 2001 wieder von sich reden: Am 13. Januar 2001 fielen fast 50 Neonazis und Skinheads in München über einen Griechen her und prügelten ihn fast zu Tode. Der rassistische Überfall erfolgte im Anschluss an eine Geburtstagsfeier, die von einem *Danuben* mitorganisiert worden war. Und der mutmaßliche Haupttäter wurde nach der Tat von einem anderen Burschenschafter (*Teutonia*, Regensburg) im Haus der *Danubia* versteckt. Von dort tauchte er am nächsten Tag in den Untergrund ab. Mittlerweile wartet er in Haft auf seinen Prozess, die Anklage lautet auf versuchten Mord.

Während Höbelts politische Betätigung im organisierten Rechtsextremismus die Universitätsbehörden und seine KollegInnen kaum zu interessieren scheint (eine systematische Ignoranz, die wohl einen Grund im „unpolitischen“ Selbstverständnis von WissenschaftlerInnen hat), zog sich der Historiker wiederholt fachliche Kritik

Die österreichischen AbtreibungsgegnerInnen kommen vorzugsweise aus dem rechts-katholischen Lager, doch auch Antifrauenminister Herbert Haupt, „Alter Herr“ der deutschnationalen „Akademischen Landsmannschaft Kärnten zu Wien“, kann zu ihnen gezählt werden. Schon kurz nach seiner Angelobung dachte er laut über Einschränkungen des Schwangerschaftsabbruchs nach, vorerst nur für voraussichtlich Behinderte. Ebenso propagierte er ein Mitspracherecht der Männer beim Schwangerschaftsabbruch. Dass damit nur der Weg zu allgemeinen Einschränkungen bis hin zur Aufhebung der Straffreiheit für alle Abtreibungen geebnet werden sollte, zeigt schon der Beifall für Haupt, der prompt folgte.

Die geradezu klassische Gruppierung im Kampf gegen Abtreibung und Selbstbestimmungsrecht der Frauen sind die „Geborenen für Ungeborene“, 1984 mit ÖH-Geld gegründet. Der damalige „Zentralausschuss“ mit einer Mehrheit aus AG und JES unterstützte die „Geborenen für Ungeborene“ mit 95.000 Schilling (HTU-Info 10/84, 2.5.84). Das Frauenreferat der HTU forderte – erfolglos – den Rücktritt des ZA-Vorsitzenden Herbert Rainer und seiner Stellvertreter von AG und JES. Die größten Aktionen der „Geborenen für Ungeborene“ fanden statt, als Marilies Flemming (ÖVP) Familienministerin war. Sie bekannte sich als Abtreibungsgegnerin und stand im besten Einvernehmen mit den katholischen Bischöfen. Sie verhinderte auch eine umfassende Sexualaufklärung an Österreichs Schulen, indem sie den sogenannten „Sexkoffer“ weitgehend ausräumte. Dieser war als Informationssammlung für LehrerInnen gedacht und enthielt u.a. Materialien über Abtreibung. Doch darüber durften die SchülerInnen nichts erfahren.

Im Gründungsjahr der „Geborenen für Ungeborene“ war Wahlkampf in den USA; der rechtsevanglikale Fernsehprediger Jerry Falwell unterstützte Ronald Reagan, der sich gegen den Schwangerschaftsabbruch engagierte. In diesem Jahr kam es in den USA zu mehr als zwanzig Anschlägen auf als „Abtreibungskliniken“ betrachtete Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche möglich waren. Ein Zusammenhang ist nicht nachweisbar, doch eine Vorbildwirkung kann nicht ausgeschlossen werden.

zu. So kam es im September 1992 im Rahmen eines Seminars am Germanistikinstitut der Londoner Universität zum Eklat, nachdem Höbelt dort die ÖsterreicherInnen zu „ethnische(n) Deutsche(n)“ erklärt hatte. Der britische Historiker Robert Knight meinte dazu: „Hinter der Behauptung, Österreich sei Teil der deutschen Nation, steckt das ideologische Bekenntnis zum Nationalsozialismus.“

1994 wurde der freiheitliche Historiker vom ORF der Manipulation filmischer Dokumente überführt. Dass im unter seiner wissenschaftlichen Verantwortung hergestellten FPÖ-Propagandavideo „So herrschen sie“ ein am Heldenplatz den „Anschluss“ mit Hitlergruß feiernder Mann fälschlicherweise als der spätere Kanzler Raab identifiziert worden war, stellte für Höbelt bloß einen „filmischen Gag“ dar.

Anfang 1996 sorgte Höbelt, dessen Habilitationsschrift 1991 mit nur einer Stimme Überhang anerkannt worden war, mit seiner Gleichsetzung von SS und den „Kinderfreunden der SPÖ“ im Rahmen einer Vorlesung für Aufregung. Doch wie immer legte sich diese rasch...

Wie ich, obwohl Jude, nicht Arzt wurde

VON BENNO WEISER

Als ich 1932 an der medizinischen Fakultät Wiens immatrikulierte, sollte die Unersetzlichkeit akademischen Bodens noch 18 Monate Bestand haben. Pasteur und das Ehepaar Curie setzten ihr Leben in der Forschung aufs Spiel, ich meines am ersten Tag, an dem ich akademischen Boden betrat.

Ich war darauf vorbereitet. Zwar hatte ich großen Respekt vor Märtyrern, aber gleichzeitig großes Unbehagen beim Gedanken, selbst diese Laufbahn einzuschlagen. Und so war ich ein Jahr vor meiner Matura einer jüdischen Selbstverteidigungsgruppe beigetreten, welche denselben Namen trug wie die palästinensische Untergrundorganisation: *Haganah*. Die *Haganah* hatte an allen Fakultäten Zweigstellen, obwohl ihre Hauptaufgabe darin bestand, jüdische Versammlungen und jüdische Bethäuser zu schützen, besonders an hohen Feiertagen. Sie war als spezielle Bereitschaftsgruppe gedacht. Ich will ja niemandem etwas nachsagen, aber die *Haganah* stand also dauernd in der Nähe von Synagogen und jüdischen Versammlungen herum, voller Bereitschaft, einzugreifen, nur: eine Gelegenheit dazu ergab sich nicht. Sie war wahrscheinlich schuldlos nie dort, wo sie sich wirklich nützlich hätte machen können. Möglich, daß sich ihre Leiter mit dem Gedanken trösteten, sie übe wie die Atomwaffe eine abschreckende Wirkung aus. Nur ab und zu hegten ketzerische Mitglieder den Verdacht, die Wiener *Haganah* böte in erster Linie einigen Veteranen des I. Weltkrieges die Gelegenheit, Befehle zu brüllen und ein bißerl Krieg zu spielen.

Den Umgang mit Waffen lernten wir nicht. Von der nazifreundlichen Wiener Polizei mit einer Waffe erwischt zu werden, hätte Gefängnis bedeutet. In der Universität mit einer Waffe erwischt zu werden, hätte den Verweis von der Alma Mater bedeutet, wenn man Jude war. All das Exerzieren, das Ringen, Jiu-Jitsu und Boxen, das man mir beigebracht hatte, stellte sich später als völlig wertlos heraus.

Nur einen einzigen taktischen Kniff aus meinen *Haganah*-Tagen konnte ich verwerten: Ich trug zwei schwere Schlüssel mit mir herum. Sie waren 15 cm lang und mit einem Ring verbunden. Schlüssel galten nicht als Waffe, und lagen mit ihrem Gewicht angenehm in der Hand (Ihre Wirkung in der Hosentasche stand auf einem anderen Blatt. Sobald man sie losließ, zogen sie die Hose erdwärts, sodaß man sich auf die Stulpen stieg und diese ausfranst.) Daß ich meine Schlüssel bei mir hatte, als ich das erstmal in die Universität ging, versteht sich daher von selbst.

Der Tag war nicht gut gewählt. Am Vorabend waren in Simmering drei Nazis von Angehörigen des Schutzbundes erschossen worden. In meiner Unerfahrenheit wußte ich nicht, daß ein Jude an so einem Tag besser zu Hause bleibt. Als ich zur Erledigung der Immatrikulation das Hauptgebäude betrat, fühlte ich mich vom ersten Moment an bedroht. Irgendetwas lag in der Luft. Burschen in Schafstiefeln standen grüppchenweise herum, einige von ihnen mit Messuren im Gesicht. Das Fehlen jüdischer Gesichter fiel mir auf. Obwohl ich nicht die goldblonde Haarfarbe meines Vaters hatte, war ich doch genug hellfarbig und blauäugig, um nicht

sofort als Jude aufzufallen. Verraten hätte mich die fehlende Hakenkreuzbinde können, aber schließlich gab es genügend „Arier“, die auch keine trugen. Die Leute schauten mich flüchtig an und gleich wieder weg.

Ich ging durch die Eingangshalle, die Stiege hinunter und stellte mich vor der Tür des Dekanats an. Erneut fühlte ich mich völlig fremd und ohne Bezug zu den anderen, ausgenommen ein recht hübsches Mädchen, über deren Gesicht bei meinem Nähertreten ein Hauch des Erkennens huschte. Sie stand ungefähr 15 Menschen vor mir in der Reihe und drehte sich mehrere Male nach mir um. Schließlich trat sie aus der Reihe und kam zu mir: „Herr Weiser, darf ich Sie auf ein Momenterl sprechen?“ Etwas widerwillig gab ich meinen Platz in der Warteschlange auf. Daß sie mich kannte, stimmte mich neugierig; ich hatte sie vorher nie gesehen. So ein hübsches Gesicht wie ihres hätte ich nicht vergessen. Wir zogen uns in eine Ecke zurück, und sie sagte: „Für Vorstellungen ist jetzt keine Zeit. Ich kenne Sie, Sie mich nicht. Beim Anstellen habe ich ein Gespräch einiger vor mir stehender Burschen mitverfolgt, und es scheint mir nicht ratsam, wenn wir beide hierbleiben. Würden Sie mich bitte zum Ausgang begleiten?“

Heiser vor Aufregung antwortete ich: „Aber mit dem größten Vergnügen. Nur glaube ich, daß Sie alleine sicherer wären. Die da werden doch keine junge Dame insultieren!“

„Sie haben leider wenig Ahnung, Herr Weiser“, gab sie zurück, „und ich erwarte auch nicht, daß Sie mich beschützen, noch würde mir solche Ritterlichkeit ratsam erscheinen. Aber ein Paar fällt weniger auf als eine Einzelperson. Die da erkennen uns an der Angst in unseren Augen. Zwei Menschen, die miteinander plaudern, können ihren Blicken unverfänglicher ausweichen. Egal, weswegen Sie hierher gekommen sind: es kann nicht so dringend sein.“

Ich nickte und wir gingen zusammen in die Aula zurück. Meine Begleiterin, sie gab sich mir als Lotte Frisch zu erkennen, und in späteren Jahren sollte sie zu einer bedeutenden und hoch angesehenen Psychiaterin werden, sprach auffällig lebhaft auf mich ein. Ihre Hypothese von der Unauffälligkeit eines Pärchens stimmte. Obwohl ich ab und zu einen Blick auf meine Umgebung warf, hatte ich gute Gründe, meine ungeteilte Aufmerksamkeit nur ihr zu schenken. Ohne Eile strebten wir dem Ausgang zu und standen schon draußen auf der Rampe, als drinnen ein tierisches Geheul losbrach. Wir konnten nicht verstehen, was da gebrüllt wurde, nur den Rhythmus bekamen wir mit: eine sechssilbige Phrase, die immer wieder und wieder skandiert wurde.

Es war genau zehn Uhr. Als wir zum Ring hinunterkamen, taumelten die ersten zwei blutüberströmten Gestalten aus eben dem Hauptportal, das wir gerade erst durchschritten hatten. Sofort heulte das Tatü-tata eines Rettungswagens auf; das Rote Kreuz hatte wohl gehnt, was kommen würde, und hatte sich vor der Universität postiert. Eine Horde von uniformierten Nazis ergoß sich plötzlich aus der Aula. Sie besetzten den oberen Teil der Rampe und brüllten. Und jetzt konnten wir verstehen, was:

Ra-che für Sim-me-ring! Ra-che für Sim-me-ring!

Gegen den Rat von Fräulein Frisch ging ich zum Anatomischen Institut. Meine Registrierung beim Dekanat konnte warten, aber an diesem Tag mußte man sich zu den Sezierungen anmelden. Außerdem war das Anatomieinstitut nicht dasselbe wie die Universität. In ihm hatte sich eine Art freiwilliger Segregation vollzogen. Im linken Flügel regierte Prof. Hochstätter, ein Deutschnationaler. Im rechten Flügel hingegen herrschte Prof. Tandler, ein jüdischer Sozialdemokrat und eine der leuchtendsten Persönlichkeiten der Wiener Medizin. Er war bei libe-



ralen, sozialdemokratischen und jüdischen Studenten sehr beliebt. Und so war man als Jude im Anatomieinstitut nicht so hoffnungslos in der Minderzahl wie an der Universität.

Aber dies war der Tag „nach Simmering“. Ich stand gerade vor der Anschlagtafel hinter dem Haupteingang, als über mir im Mezzanin eine Glastür sich öffnete und aus dem Hochstattertrakt ungefähr dreißig Nazis in ihren weißen Sezierkitteln hervorbarsten. Auch sie skandierten, „Rache für Simmering!“ Und eben in diesem Moment trat ein einzelner jüdischer Student aus dem anderen Teil des Mezzanins, dem Tandlerflügel, heraus. Er war klein, trug eine Brille und hielt in seinen Händen vier druckfrische Bände von Tandlers *Die menschliche Anatomie*. Gierig schnappten sich ihn die Nazis. Er wurde geprügelt, seine Brille zerbrach, und schließlich trieben sie ihn mit Tritten die Stiege hinunter, direkt auf mich zu.

Niemand beachtete mich, und ich hätte einfach weitergehen können. Aber meine Hand hatte sich um die Schlüssel in meiner Tasche geschlossen. Ein riesenhafter Bursche mit Schafstiefeln rannte dem blutenden Bürschlein nach, zog ihn hoch und drosch ihm gnadenlos, immer und immer wieder, seine Faust ins Gesicht. Als er einmal mehr zum Schlag ausholte, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen: hier stand ein einzelner Nazi mit seinem Rücken zu mir, und der Ausgang war nur einen Sprung weit weg. Ich zog den Hünen, dessen Stiefel mir schulterhoch vorkamen, am Kragen zu mir herunter und drosch ihm mit aller Kraft die Schlüssel auf den Hinterkopf. Lautlos sackte er in sich zusammen. Den Juden schubste ich aus der Tür und warf noch schnell einen Blick zurück. Oben am Mezzanin standen alle wie erstarrt. In dem Moment kam ein weiterer Korporationsstudent durch die Tür. Er warf sich auf mich. Günstiger hätte er gar nicht kommen können. Meine Schlüssel erwischten ihn mit voller Wucht mitten im Gesicht. Auch er fiel zu Boden, ohne mir ein Haar gekrümmt zu haben. Im nächsten Moment war ich draußen und sah einen Polizisten auf mich zurennen. Unwahrscheinlich, daß er mir einen Orden anheften wollte. Wir waren nicht mehr auf akademischem Territorium, und selbst wenn er mich nur verhören wollte, hätte das denen da drinnen die Gelegenheit geboten, mich wieder ins Gebäude zu zerren und zu Brei zu schlagen. Also gab ich Fersengeld. Von links kam eine Straßenbahn heran, ich sprang wenige Meter vor ihr über eine Absperzung. Bremsen knirschten, und während die drei Wagen meine Flucht deckten, rannte ich in eine Seitenstraße hinein, nahm die erste Tür und lief drei Stockwerke eines Zinshauses hinauf.

Mit pochendem Herzen wartete ich eine halbe Stunde lang und verließ dann vorsichtig um mich spähend mein Versteck. Nach einem Fußmarsch von drei km kam ich zu Hause an. Noch war ich zittrig, aber innerlich von Triumph erfüllt. Mein erster Tag an der Medizinischen, und es stand zwei zu null! Mensch beißt Hund! Ich hatte mich mit einem Riesen angelegt, und zwar nur 50 Schritte von ca. 50 Nazis entfernt! Douglas Fairbanks pflegte solche Risiken im Kino einzugehen, wenn er sich mit 15 Franzosen gleichzeitig anlegte. Aber ich war in keinem Kino gewesen. Welchen Nutzen hatten Ringen, Boxen, und Jiu-Jitsu? Alles, was man brauchte, war ein Eisentrumm und das richtige Timing. Die Herrenknochen der Herrenrasse krachten, mit Eisen bearbeitet, genauso wie alle anderen Knochen.

Zu Hause war ich in einem Zustand der Euphorie. Ich berichtete meiner Mutter; irgendjemandem mußte ich berichten. Eigentlich hätte ich mir denken können, daß sie für meine Heldentat kein Verständnis aufbringen würde. Sie begann zu zittern und sorgte sich im Nachhinein um meine Sicherheit. Hat sie mir das Versprechen abgerungen, solches nie mehr zu

wagen? Ich kann mich nicht mehr erinnern. Wahrscheinlich nicht. Wie hätte sie können? Als wir klein waren, erzählte sie uns Geschichten aus dem Alten Testament; sie konnte sie so lebhaft darstellen. Und ihre Lieblingsgeschichte war die der Makkabäer...

Diese Episode brachte mir das Amt des Anführers der studentischen *Haganah* an der Medizinischen Fakultät ein. Zugegeben, es war niemand in der Lage, meinen Bericht zu bestätigen. Der Student, dem ich zu Hilfe gekommen war, war nicht aufzufinden; außerdem hatte er wahrscheinlich nicht viel mitbekommen. Der Generalstab der *Haganah* konnte sich schwerlich an einen der Nazistudenten wenden, die den Vorfall mitverfolgt hatten. Nichtsdestoweniger verdankte ich meine Ernennung wohl kaum der Leichtgläubigkeit der Ernennen. Es gab einfach keine Juden in Wien, die solche Geschichten anzubieten hatten, und außerdem hielt sich der Andrang für das Amt sehr in Grenzen.

Bald kam ich darauf, daß die idealen Bedingungen meines ersten Überraschungsangriffes sich nicht so einfach duplizieren ließen. Damals war alles so rasch gegangen, daß sich keine Furcht einstellen konnte. Sich mit klarem Verstand in einen Tumult am Institut für Physiologie oder andernorts zu werfen, und das als Anführer eines Häufchens beherzter, aber nervöser Burschen, war etwas ganz anderes. Ich mußte kühl und gefaßt wirken, mußte Selbstvertrauen auch in den schwierigsten Lagen verströmen. Die Operationen waren als solche nicht allzuoft erfolgreich, d.h. wir schafften es nur selten, jüdische Kommilitonen zu „retten“, die in einem Hörsaal in der Falle saßen, auserkoren, sofort nach Ende der Stunde verprügelt zu werden. Aber wir schlugen uns wacker, wenn wir Nazis angriffen, die vor einem Hörsaal auf der Lauer lagen. (Leider gab es auch in den Hörsälen genügend Nazis, die am Ende der Vorlesung mit ihren Attacken begannen, währenddem der Professor nobel wegblickte.)

Meine Schlüssel aber kamen immer zu ihrer Entfaltung. Beim Betreten eines Institutes gab es so etwas wie ein Ritual. Die Nazis stellten sich in einer Phalanx auf, und wir taten dasselbe. Zuerst wurden verbale Unfreundlichkeiten ausgetauscht. Mein Platz war immer in der ersten Reihe. Wenn ich bemerkte, daß der Anführer der Nazirotte in seine Tasche griff, schlug ich ihm in die Fotze, bevor er dazu kam. Ich bekam kein einzigesmal auch nur einen Kratzer ab. Und dann kam uns der Austrofascismus zu Hilfe, indem sich ab dem Februar 1934 die Polizei auch für die Sicherheit des akademischen Bodens zuständig erklärte. Von da an konnten wir uns angstfrei auf unsere Studien konzentrieren.

Heute hat die Universität ihren ehemaligen Glanz verloren. Immerhin ist sie wieder ein Ort des Studiums und nicht der Raufereien.

Apropos Angst: ich verlor die meine an dem Tag, da ich meinen ersten Nazi verdrosch. Das daraus resultierende Gefühl physischen Selbstvertrauens hat mich mein ganzes Leben lang begleitet. Dies war der einzige Profit, den ich aus meinem 5 1/2-jährigen Studium ziehen konnte; ansonsten waren die Jahre eine einzige Zeitvergeudung. Allerdings: Für die Sorte Leben, die mir später zugedacht war, sollte sich dieser Profit als eminent wichtig erweisen.

Aus dem Englischen von Adi Wimmer, Universität Klagenfurt

Der Autor und sein Bericht

Unser Text ist Teil einer längeren autobiographischen Erzählung mit dem Titel *How, though Jewish, I did not become a doctor*, die im November 1978 in der Zeitschrift „Midstream“ veröffentlicht wurde.

Benno Weiser-Varon ist eine jener vielfacettigen und brillanten Erscheinungen, die Nazi-Österreich 1938 verjagte und die das Österreich der Zweiten Republik, indem es von jedem Versuch einer Heimholung Abstand nahm, leichtherzig entbehren zu können glaubte. 1938 stand Weiser-Varon kurz vor seinem Studienabschluß in Medizin, als er vor den braunen Horden nach Quito in Ecuador fliehen mußte. Nach einem gescheiterten Versuch in der Landwirtschaft wandte er sich der Journalistik zu und wurde in unglaublich kurzer Zeit zum meistgelesenen Kolumnisten Ecuadors. Seine Berichte und Kommentare zum Weltkrieg in Europa wurden darüber hinaus in vielen anderen lateinamerikanischen Zeitungen nachgedruckt. Seine Nische in der Weltgeschichte wurde ihm zuteil, als er 1947 im Auftrag Jerusalems in ganz Zentral- und Südamerika für die Anerkennung Israels warb. Die *Encyclopedia Judaica* weist ihm und einem Kollegen das Verdienst zu, daß bei der historischen UNO-Abstimmung alle 20 Nationen Lateinamerikas für die Gründung des Staates Israels votierten. Nachfolgend war Weiser-Varon Botschafter Israels in der Dominikanischen Republik, Jamaica und Paraguay; am Ende seiner diplomatischen Laufbahn war er leitendes Mitglied der israelischen Delegation bei der UNO. In Paraguay versuchten ihn 1970 palästinensische Terroristen zu ermorden. Sie drangen in die Botschaft ein, töteten eine Sekretärin und verletzten eine zweite mit fünf Schüssen lebensgefährlich. Als die jugendlichen Attentäter in Weisers Büro standen, hatten sie ihre Munition verschossen und so entkam er dem Attentat.

Schon in Wien zeigte Weiser-Varon literarische Ambitionen. Seine Mitwirkung an einem zionistischen Kabarett machte auf den jugendlichen Gerhard Bronner solchen Eindruck, daß dieser beschloß, es ihm gleichzutun. Weiser-Varon hat in drei Sprachen publiziert: einen Roman und einen Gedichtband auf Spanisch, einen anderen Gedichtband auf Deutsch (*Visitenkarte*, New York, Marstin Press, 1957) und eine Vielzahl von Essays in englischer Sprache. Seine Autobiographie *Confessions of a Lucky Jew* [erschien 1992]. Obwohl weit jenseits der 70, hält er noch Lehrveranstaltungen an der Boston University ab, und zwar im Fach *Comparative Theology*. A.W.

Nachdruck FORVM März/April 1992 Nummer 458/459

DIE DESERTEURS- UND FLÜCHTLINGSBERATUNG



**SPENDEN SIE EURO –
WIR HELFEN BEIM UMRECHNEN**

Schottengasse 3a/1/59
1010 Wien
Tel.: 01/533 72 71
Fax: 01/532 74 16
deserteursberatung@utanet.at
www.deserteursberatung.at
BAWAG **BLZ 14 000**
Kontonr: **01 01 0813 332**

Ihre Spende ist, wenn sie

so hoch ist	soviel wert
7 Euro	Eine Stunde Beratungszeit der drei bezahlten von insg. 10 MitarbeiterInnen
10 Euro	Ein Schubhaftpaket mit Hygieneartikel und Socken
33 Euro	Betriebskosten für ein Zimmer im Wohnprojekt
41 Euro	ca. eine Monatskarte, die wir zumindest jenen Flüchtlingen, die einen Deutschkurs besuchen, bezahlen möchten
110 Euro	Die Gesamtkosten eines Zimmers im Wohnprojekt
150 Euro	geringfügig beschäftigter Berater für ein Monat
250 Euro	Eine Büro-Monatsmiete

**mach
mal
pause**

UNITAT
rote student nnenzeitung

zu beziehen über:
KSV, Gusshausstr 14/3, 1040 Wien
tel./fax: 01/504 65 30
email: ksv@reflex.at
inet: www.univie.ac.at/ksv



Aktive und passive Wahlrechte für ImmigrantInnen!

Aufhebung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes und
gleichberechtigter Zugang zu allen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung!

Obligatorischer mehrsprachiger Unterricht in Regionen Österreichs, in denen
verschiedene Volksgruppen zusammenleben!

Eine rigorose Kontrolle der Unternehmen, Klagemöglichkeit für Dritte (AK...) für
die Umwandlung von illegalen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, Scha-
densersatz für die geschädigten migrantischen Arbeitskräfte!

Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung, besonders von Gewalt gegen Frauen,
als Asylgrund!

Bleiberecht für illegalisierte ImmigrantInnen!

... gleiche Rechte für alle Menschen!

KPO
<http://www.kpoe.at>

Der Siegfriedskopf

oder wie die Wiener Universität bis Mitte der zwanziger Jahre zu einer Hochburg des Antisemitismus und Deutschnationalismus wurde

VON WOLFGANG LAMSA

Die Nachwirkungen des ersten Weltkrieges waren für die junge österreichische Demokratie innenpolitisch eine schwere Phase. Die „nationalen“ Konflikte, die das Zusammenleben in der Monarchie schwer beeinträchtigt hatten, waren durch deren Zerfall zwar gemildert, doch längst beherrschten neue Feindbilder und chauvinistische Stereotypen wie die sogenannte Dolchstoßlegende die Innenpolitik Österreichs, allen voran der Antisemitismus.

Deutschnationale, aber auch katholische Studenten lehnten die neue demokratische Verfassung ab. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sie die Errichtung einer demokratischen Interessenvertretung für Studierende mit allen Mitteln hintertrieben. Dieser Konflikt steuerte schon 1921, mit der Wahl der „Studentenkammer“ an der Universität Wien, auf einen Höhepunkt zu. „Kandidatenlisten durften und konnten nur von den beiden ‚deutscharischen‘ Gruppen, den völkischen und den katholischen Studentenorganisationen aufgestellt werden“¹. Andere Fraktionen waren zu dieser Wahl nicht zugelassen. Diese Kammer verstand sich als Vertretung der „deutscharischen“ Studentenschaft gegenüber den Lehrenden und den akademischen Behörden. Ihr primäres Ziel war es, jüdische oder linke Studierende von der politischen Partizipation auszuschließen.

Im November 1921 konstituierte sich die „Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung“, doch sie war zu schwach, um gegen die etablierten Fraktionen wirklich antreten zu können. „Das so genannte ‚Kriegsstudententum‘ war enttäuscht mit seinem ‘Front-

Weg mit
dem braunen
Fleck?!

Seit 1923 liegt der „Siegfriedskopf“ in der Aula der Universität Wien. Ein von Rechtsextremen und nationalsozialistischen Studenten platziertes Denkmal, das an die „Helden“ des ersten deutsch-österreichischen Angriffskrieges, die nur durch den Dolchstoß der („jüdischen“ oder „bolschewistischen“) Demokratie gefallen seien, erinnern soll. Noch heute ist dieser steinerne Ausdruck völkisch-heroischer Weltanschauung und deren Kontinuität Pilgerstätte von Burschenschaften, die sich jeden Mittwoch um ihn scharen.

1989 beantragte die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät im „Akademischen Senat“ an der Wiener Universität ein Mahnmal für die vertriebenen WissenschaftlerInnen zu errichten. Vom Senat wurde daraufhin eine Kommission eingesetzt, welche dieses Projekt konkretisieren sollte. Bei ihren Arbei-

erlebnis' aus den Schützengräben in die überfüllten Hörsäle zurückgekehrt. Zu diesem Erschwernis, dem Kampf um Seminar- und Laborplätze, traten noch Kohlenmangel, Inflation und Wohnungsnot – im August 1922 wurden abermals die Studiengebühren drastisch angehoben. – Dass sich unter der gesteigerten Hörerzahl der Wiener Hochschulen – und insbesondere der Universität – eine große Anzahl jüdischer Studenten befand, verstärkte nur noch mehr den ohnehin schon seit den achtziger Jahren virulenten Antisemitismus der völkisch-alldeutsch-imperialistisch orientierten studentischen Verbände.² Die Macht der in den „Studentenkammern“ vertretenen Fraktionen schien unanfechtbar, so bekamen sie sogar das Recht, von allen Studierenden Mitgliedsbeiträge einzuheben, die sie dann für ihre politischen Zwecke verwendeten. Diese politischen Anliegen hatten mit studentischen Interessen nur wenig zu tun. Neben dem direkten gewalttätigen Kampf gegen ihnen nicht genehme Fraktionen, jüdische StudentInnen und Professoren organisierten sie große Demonstrationen gegen den Friedensvertrag von Saint Germain.

Als in Prag im Herbst 1921 Samuel Steinherz zum Rektor der Universität gewählt wird, kommt es in Wien zu gewalttätigen Protesten der völkischen, alldeutschen, antisemitischen und katholischen Studenten. „Steinherz, (...) hatte entgegen aller Gewohnheit die Wahl angenommen. Die Wahl eines Gelehrten mosaischen Glaubens war auch schon in der Zeit der Monarchie vorgekommen, doch hatte der jeweils gewählte schleunigst auf das Rektorat verzichtet und dafür einen Orden erhalten (...) Proteste wurden laut im Parlament, weiters in allen deutschnationalen Verbänden (vom Sportklub bis zum Geflügel- und Kleintierzuchtverein), am lautesten im sogenannten ‚Sudetenländischen‘ Kreis IX der Deutschen Studentenschaft“³. Die Studentenkammern beschlossen einen antisemitischen „Sympathiestreik“⁴ und erhoben folgende Forderung:

„Der hohe Akademische Senat möge beschließen: 1. dass nur Professoren deutscher Abstammung und Muttersprache zu Rektoren, Dekanen und sonstigen Amtswaltern der akademischen Behörden gewählt werden können.“⁵ Als weitere Punkte forderten sie einen *Numerus clausus* für jüdische Lehrende und Studierende von zehn Prozent.

Der Rektor der Universität Wien Carl Diener unterstützte die Wünsche der Studenten-

ten stießen die WissenschaftlerInnen bald auf den „Siegfriedskopf“ und die Deutsche Studentenschaft (DS), welche diesen 1923 als marmorne Personifikation ihrer Weltanschauung errichten ließ. Ulrike Davy begann in der Folge mit historischen Recherchen, die in der Eindeutigkeit ihrer Ergebnisse nichts zu Wünschen übrig ließen: Die 1919 gegründete DS, insbesondere deren österreichischer Ableger (Kreis 8), versuchte als hochschulpolitischer Arm der völkischen Burschenschaften von Anfang an den eliminatorischen und mit der „Rasse“ argumentierenden Antisemitismus an den Universitäten durchzusetzen. Schon früh war die DS darüber hinaus fest in Händen von Nationalsozialisten. Kurz nach der Einweihung des Denkmals und des Nazi-Putschversuches in München hieß es im Organ der DS: „Unsere Ostmark wird erst dann ihre alte Ehre wiedergewonnen haben, wenn von der Wiener Burg und vom Rathaus die schwarz-weiß-rote Fahne mit dem Hakenkreuz weht.“¹

Der „Akademische Senat der Universität Wien“ trug dem Rechnung und beschloss Ende Juni 1990, dass der „Siegfriedskopf“ einem antifaschistischen Mahnmal zu weichen habe. Er sollte „mit einer die Genesis dieses

vertreter nach Kräften, doch seine Macht war begrenzt. Die öffentliche Meinung war gegen die Forderungen der Studenten. Auch konservative und liberale Zeitungen beurteilten die Vorgänge kritisch. „Am Samstag, dem 3. März (1922), war es im Anschluss an eine jüdische Massenversammlung in der Volkshalle des Rathauses zu wüsten Ausschreitungen auf der Ringstraße gekommen, in deren Verlauf sogar Straßenbahngarnituren aufgehoben und die Fahrgäste kontrolliert wurden, ob sich Juden unter ihnen befänden. Dass bei diesen Anpöbelungen und Tätlichkeiten im Zeichen der Hakenkreuzfahne sich in hervorragender Weise auch Techniker beteiligt hatten, rundet das Bild ab. Die Sicherheitswache nahm schließlich 99 Verhaftungen vor; die Bewaffnung der Angehaltenen ähnelte stark der der Studenten bei den letzten Hochschulkrawallen: Totschläger, Gummiknütel, Hieb Waffen aller Art.“⁶ Wie in diesem Artikel angedeutet, waren auch Studenten der Technischen Universität in diese Auseinandersetzungen verwickelt.

Die Lage hätte sich wahrscheinlich beruhigen lassen, schließlich lehnten Politik und Öffentlichkeit die Forderungen der Studentenfunktionäre weitgehend ab, doch immer stärker bezogen nun auch deutschnationale Professoren in diesem Konflikt Stellung. Der Rektor der Universität Wien, Carl Diener, formulierte in seiner Antrittsrede die Forderung: „(...) dass Rektor und Senat stets bestrebt und imstande sein werden, den deutschen Charakter und das wissenschaftliche Niveau unserer *alma mater* mit allen ihnen zu Gebote stehenden, gesetzlich zulässigen Mitteln aufrecht zu erhalten.“⁷ Carl Diener war Professor für Geologie und Paläontologie. Er verfasste im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere über zweihundert Publikationen. Diener stand der Theosophischen Bewegung⁸ nahe.

In seiner feierlichen Antrittsvorlesung als Rektor der Universität Wien kommentiert Diener die Verhandlungen mit den streikenden Studenten dahingehend: „Es wurde eine Einigung über jene Forderungen erzielt, die die Rektoren ihren Professoren-Kollegien bzw. Senaten zur Annahme empfehlen zu können glaubten. Ein umstrittener Punkt blieb allerdings die Frage der von der deutschen Studentenschaft erstrebten Einführung eines Numerus clausus für jüdische Ausländer. Diese Maßregel hat nicht die Zustimmung des Akademischen Senates gefunden, doch sind wir überzeugt, dass das angestrebte Ziel, den Zuzug unerwünschter Ele-

Denkmals versehenen Tafel“ im Arkadenhof aufgestellt werden. Umgehend schreckte das völkische und konservative Milieu auf. Mit publizistischer Verstärkung durch *Neue Kronen Zeitung* und *Die Presse* begannen FPÖ-Politiker, rechte Professoren und Dozenten, Burschenschaftler und sonstige Rechtsextreme (darunter der Neonazi Franz Radl jun.) sich für den Verbleib ihres Denkmals stark zu machen. Mit Erfolg: Der „Siegfriedskopf“ blieb wo er war.

Im Frühjahr '95 fand der Kampf gegen den braunen Fleck einen letzten Höhepunkt: Zahlreiche Artikel über die Hintergründe des „Siegfriedskopfes“ erschienen, neuerlich wurde seine Verlegung lautstark gefordert, AntifaschistInnen suchten Mittwochs auch die direkte Konfrontation mit Burschenschaftlern. Und weil gerade ÖH-Wahlkampf war, entdeckten auch die linken Fraktionen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Die Universitätsbehörden verwiesen nun auf das Bundesdenkmalamt, das sich gegen eine Verlegung des braunen Fleckes sperre. Nun wollte der damalige Rektor zumindest erklärende Tafeln beim „Siegfriedskopf“ anbringen lassen. Aber wieder geschah nichts...

1 vgl. Davy, Ulrike: Der „Siegfrieds-Kopf“. Eine Auseinandersetzung um ein Denkmal in der Universität Wien. Wien 1991

mente von der Universität abzuhalten, auch die vom Akademischen Senat beschlossene Verschärfung der Aufnahmebedingungen für alle Hörer aus den östlichen Staaten Europas, erreicht werden wird. Aus diesen Staaten werden außerordentliche Hörer überhaupt nicht, ordentliche nur dann aufgenommen werden, wenn sie an Staatsgymnasien studiert haben, deren Maturitätszeugnisse den österreichischen gleichwertig sind.“⁹ Die Schwierigkeit an Dieners Zugeständnis an die Studentenvertreter bestand darin, daß es gegen die Verfassung verstieß.

„Zu Beginn des neuen Studienjahres (1922) trat zum erstenmal als Leiter des Kulturamtes der Deutschen Studentenschaft Robert Körber auf. Als Kulturamtsleiter entfaltete er eine Tätigkeit, die die Entwicklung an den Hochschulen nicht unmaßgeblich beeinflusste“¹⁰. Körber wurde zu einem Multifunktionär der einzelnen „Studentenkammern“ und Fraktionen und gründete mit dem Kulturamt des Kreises VIII (Deutschösterreich) der Deutschen Studentenschaft das „Institut zur Pflege deutschen Wissens“. Dieses Institut war eine studentische Einrichtung und diente als Dachverband für die im Folgenden nach Helge Zoitl zitierten studentischen Organisationen:

Akademische Vereinigung für Rassenpflege, Völkische Arbeitsgemeinschaft (Sektion Wissenschaft), Deutsche Gesellschaft für Rassenpflege, Sektion Universität der Frontkämpfervereinigung, Akademische Sektion des Deutschen Turnerbundes, Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Univ. Prof. Dr. Otto Reche), Alldeutscher Verband (Ortsgruppe Universität), Sektion Universität der Frontkämpfervereinigung, Sektion Universität des nationalsozialistischen Vaterländischen Schutzbundes; an der Technischen Universität: Bund Oberland, Deutschakademische Gemeinschaft, Akademische Ortsgruppe des Wandervogels.¹¹ Diese Organisationen prägten im Wesentlichen die studentischen Interessenvertretungen an den Universitäten.

„Der Kulturamtsleiter arbeitete auch im Deutschösterreichischen Schutzverein ‚Antisemitentbund‘ mit; er war bei allen ‚vaterländischen‘ Anlässen zugegen. Doch außer diesen, in Zusammenhang mit Robert Körber zu nennenden Vereinigungen bestand ja noch eine Vielzahl der Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, wehrhaften Vereine usw.“¹² Der politische Einfluss Robert Körbers war groß. Seit 1914 planten Teilnehmer des ersten Weltkrieges ein Heldendenkmal an der Wiener Universität zu errichten, doch sie konnten sich nicht durchsetzen, erst Körber und der ihm wohl gesonnene Universitätsrektor Diener setzten die Errichtung des Denkmals durch. Am 9. November 1923 wurde in der Aula der Wiener Universität der Siegfriedskopf feierlich enthüllt. „Dabei zeigt die Entstehungsgeschichte des Denkmals, zeigen die Diskussionen um seine Errichtung und die Umstände seiner Aufstellung recht deutlich, worum es 1923 ging: nämlich um eine Demonstration des Alleinvertretungsanspruches der Deutschen Studentenschaft an der Universität Wien, der sich gezielt gegen Juden richtete und gegen Organisationen, die Juden als Mitglieder aufnahmen.“¹³ Da das Denkmal von der Universität und der Studentenschaft finanziert wurde, konnte nur eine kleinere Variante als geplant verwirklicht werden. Die Druckschrift „Der getreue Eckhart“ rezensierte das wohl zu Recht als antisemitisch bezeichbete Denkmal wie folgt: „Die Idee habe den Künstler so gepackt, dass er sich von ihr, als die Ausführung des Gesamtmonuments zur Utopie wurde, durch eine Tat befreien musste. Der Meister griff zum Meißel und schuf – die Hauptsache aus dem Beiwerk heraushebend – den gewaltigen Siegfriedskopf, mehr oder weniger rein gefühlsmäßig als die Verwirklichung des tragenden Gedankens im ganzen Denkmal: die Versenkung des deutschen Geistheldentums in vorübergehende Erstarrung.“¹⁴ Bei der feierlichen Enthüllung des Sieg-

friedskopfes durften nur Burschenschaften und studentische Vereinigungen teilnehmen, die den „Arierparagrafen“ schon zu dieser Zeit forderten und anwendeten.

Der Bildhauer Josef Müllner, der mit der Errichtung des Siegfriedskopf betraut wurde, ging später in die Kunstgeschichte des „Dritten Reiches“ ein, er gestaltete eine Hitlerbüste, die in der Aula der Akademie der Bildenden Künste aufgestellt war.

In den folgenden Monaten kam es wieder zu wüsten antisemitischen und rassistischen Ausschreitungen. Robert Körber festigte seine Position als Studentenfunktionär, „sein“ Kulturamt der deutschen Studentenschaft stieg zur alleinigen Vertretung aller österreichischen Studenten auf. Ihr „Leitwort: Wissen ist Macht, deutsches Wissen ist deutsche Macht“¹⁵ ist einer antisemitischen Hetzschrift aus dem Jahre 1927 vorangestellt, die das politische Schaffen des Kulturamtes der vorangehenden Jahre beschreibt. Die Autorenliste des Sammelbandes ist lang und umfasst Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Othmar Spann, Prof. Dr. Otto Reche, Prof. Hofrat Dr. Alfons Dopsch uvm. Das hier formulierte „deutsche Wissen“ betrachtet sich als „geistigen und sittlichen Wegweiser“¹⁶. Der Wissenschaftsbegriff steht ganz unter dem Eindruck unbewältigter Weltkriegserlebnisse, die durch einen fanatischen Antisemitismus kompensiert werden. „Eine Wissenschaft, die nur Tatsachen feststellt, nicht aber auch Wege zum Ausstieg weist, ist eine tote, vertrocknete Wissenschaft. Wir aber brauchen eine Wissenschaft, die nicht unseren Niederbruch und Volkstod feststellt, sondern die uns warnend und mahnend vom Untergang erretten soll, eine lebendige Wissenschaft vom deutschen Volke, der Gesinnung und Gesittung, Volk und Volkstum, Treue, Liebe, Gemüt und Seele, Sprache und Rasse, Heimat und Vaterland, Ehre und Freiheit nicht als ‚unwissenschaftliche‘ Begriffe erscheinen, von denen die Wissenschaft ‚befreit‘ werden müsse. Mit solcher chemisch gereinigter ‚Wissenschaft‘, die Grund und Ziel verloren hat, lehnen wir die geistige Gemeinschaft ab, weil sie schal ist wie chemisch gereinigtes Wasser, weil sie zum kulturbreiligen Internationalismus und zur Beseitigung des Volkstums führen muß“¹⁷. Eine Wissenschaftskritik im eigentlichen Sinn kann das Traktat nicht leisten, auch tut es sich mit der genaueren Definition eines schlüssigen alternativen Wissenschaftsbegriffs schwer. Nur in einem Punkt wird der Text deutlich: „Auch die Stellungnahme zur Judenfrage hat nichts mit ‚Parteipolitik‘ - ‚Teilpolitik‘ zu tun, da es eine wis-

„Die ewige Judennase“

Die antisemitische Stigmatisierung in der Karikatur überlebte den Nationalsozialismus relativ unbeschadet.

Hetze im NS-Blatt „Der Stürmer“



senschaftliche und geschichtliche Tatsache ist, dass die Juden ein uns wesen- und rassenfremdes Volk (sic!) sind und daher nicht ‚Teil‘ unseres deutschen Volkes. Die Behandlung dieser Frage fällt in das Gebiet der Fremden- und Bevölkerungspolitik und Ein- und Auswanderungspolitik, mit der sich jeder deutsche Kulturmensch zu befassen hat.“¹⁸ Robert Körber vertieft diese wahnsinnige Absicht in seinem Beitrag noch, auf die hier im Detail nicht eingegangen werden soll. Auch vergisst Körber nicht auf die Unterstützung seines Mentors Carl Diener einzugehen. „Der berühmte Wiener Geologe Karl Diener hat seinerzeit als Rektor der Universität auf die ‚Levantisierung und Orientalisierung‘ der deutschen Kulturstätten hingewiesen und unter anderem erklärt: ‚Der Abbau der Ostjuden muss heute Programm jedes Rektors und Senates einer deutschen Hochschule einen hervorragenden Platz einnehmen. Der fortschreitenden Levantisierung Wiens muß wenigstens an den Hochschulen Einhalt geboten werden. Hier müssen Rektoren und Senate aller österreichischen Hochschulen eingreifen und dieser Veröstlichung des besten Gutes unseres Volkes einen Riegel vorschieben, damit unsere deutschen hohen Schulen das bleiben, was sie bisher waren: ein Hort deutschen Geistes, deutscher Wissenschaft und deutschen Wesens.“¹⁹ Karl Diener starb 1928, bürgerliche, liberale und linke Medien ergriffen auch über seinen Tod hinaus Partei gegen diesen Rektor der Universität Wien. Robert Körber verließ Österreich nach dem Verbot der NSDAP 1934, sein weiteres publizistisches Schaffen stellte er in den Dienst des Antisemitismus und der NSDAP. In den vierziger Jahren taucht er wieder in Österreich auf, er ist längst zum SS-Obersturmführer aufgestiegen darüber hinaus erhielt er den Titel eines Oberverwaltungsrates²⁰. Auch wenn Körbers Ideale heute weitgehend bedeutungslos geworden sind, so steht der Siegfriedskopf nach wie vor in der Aula der Universität Wien und die wenigsten Studierenden wissen eigentlich, warum er noch dort ist.

1 Helge Zoitl. "Student kommt von Studieren!" Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien. Europaverlag, Zürich-Wien. 1992. S. 286

2 ebenda. S. 318.



Der Ring, Organ des Rings
Freiheitlicher Studenten
(RFS, Nr.7/Okt.1996)

3 ebenda. S. 321.

4 ebenda. S. 322.

5 ebenda. S. 323.

6 *Neue Freie Presse* vom 4.3.1923, zitiert nach Helge Zoitl.

7 Bericht über das Studienjahr 1922/1923, Erstattet von Dr. Karl Diener, dz. Prorektor der Universität. Wien. Selbstverl.d.Universität. 1923.

8 Die Theosophie wurde von der Okkultistin Helena Blavatsky begründet und zeichnet sich unter anderem durch einen pseudo-religiösen esoterischen Antisemitismus aus. Nach ihrer Lehre ist die Menschheit in „Rassen“ eingeteilt, wobei die „arisch-germanische Rasse“ als die „Krönung“ der Schöpfung gilt. Juden und Jüdinnen stehen nach Blavatskys „Vorstellungen“ auf einer wesentlich niedrigeren „Entwicklungsstufe“ und sind dadurch „kulturell und rassisch“ nicht so hoch entwickelt. Neben diesen völkischen, rassistischen und antisemitischen Ideen besteht die Theosophie vor allem aus hinduistischen, buddhistischen, aber auch christlichen Elementen.

9 Inaugurationsrede und Bericht über das Studienjahr 1922/1923, erstattet von Dr. Karl Diener, Dz. Prorektor der Universität. Wien. Selbstverlag der Universität. 1923. S.73.

10 Helge Zoitl. "Student kommt von Studieren!" (s.o.) Europaverlag. Zürich Wien. 1992. S. 335.

11 vgl. ebenda S.338 ff.

12 ebenda S. 339.

13 „Im Kampf um das Haupt des deutschen Helden Siegfried. Traditionen und ihre Hüter.“ von Margarete Grandner, Gernot Heiß und Elisabeth Klamper. - In: FORVM, Dezember 1990.

14 ebenda. S.60

15 Ostmärkischer Freiheitsgeist. Festschrift anlässlich des 3-jährigen Bestandes des Institutes zur Pflege deutschen Wissens. Herausgegeben von Diplomkaufmann Robert Körber, Leiter des Institutes. Selbstverlag. 1927. Dritte Veröffentlichung des Kulturamtes des Kreises VIII (Deutschösterreich) der Deutschen Studentenschaft (Institut zur Pflege deutschen Wissens)

16 ebenda S. 7.

17 ebenda S. 8.

18 ebenda S. 8.

19 ebenda S. 93.

20 DÖW Akt 4492. Dr. Körber an das Rassenpolitische Amt, Gau Wien, Wien 1. Gauhaus. Brief vom 3. Februar 1942.

Ebenfalls 1996 erschien unter der Verantwortung des „Ausländerreferates“ der ÖH der Montanuniversität Leoben ein mehrseitiges Flugblatt zum Nahost-Konflikt. In diesem heißt es wörtlich: „Stellen Sie sich vor. Ein Einbrecher dringt in ihre Wohnung ein. Sie wehren sich so gut es geht und versuchen, diesen Eindringling zu vertreiben. Er schießt auf ihre Frau und ihre Kinder. Genau das ist es, was dieser Tage die „Juden“ und Shimon Peres im Libanon tun. (...) Eine Schande für dieses Europa und die Juden! Der Zweite Weltkrieg war kein Lernprozeß für den Judenführer Peres.“

Der Text wurde durch einschlägige Karikaturen abgerundet. Nach heftigen Protesten distanzierte sich die Leobener ÖH von diesem Flugblatt und ließ es wieder einziehen.

Arbeitsgruppe Nationalsozialismus und Rechtsextremismus an der Uni Wien



REFERAT
FÜR
GESELLSCHAFTSKRITIK

Die Geschichte einzelner Institute kombiniert mit einer Untersuchung der aktuellen Situation sollen Aufschluss über den Umgang mit und die Aufarbeitung von Nationalsozialismus und Rechtsextremismus an der Uni Wien geben. Dass die sogenannte Entnazifizierung nach Ende des 2. Weltkriegs besonders im Bildungsbereich nur ungenügend erfolgt ist bzw. die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nur allzu oft gescheut wurde, hat weitreichende Folgen, die bis heute nachwirken.

Die Arbeitsgruppe wird regelmäßig tagen, sie ist offen für alle Interessierten. Wir möchten sowohl Lehrende der einzelnen Institute, als auch MitarbeiterInnen diverser Institutionen und NGOs zur Kooperation einladen.

Falls du Interesse haben solltest und uns bei diversen Recherchearbeiten helfen möchtest, dann wende dich entweder per email an gesellschaftskritik@oeh.univie.ac.at oder unter der Telefonnummer 01-4277-19548 an uns!

Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen bei künftigen Treffen und über jede tatkräftige Unterstützung!

Referatszeiten: Di 12.30 – 14.30 Uhr



1996 – Flugblatt
des „Ausländer-
referats“ der
Leobener ÖH

Othmar Spann

Vom klerikalfaschistischen Ständestaat und seinen Kontinuitäten

VON HEIDELINDE HAMMER

Einer wollte den Führer führen. Nein: Einige wollten den Führer führen und wirkten so im Zeichen des Führers. Ob Heidegger, Rosenberg oder Spann, die Qualität ihrer Beiträge bleibt in diesem Kontext sekundär, wenn auch im Sinne der üblichen Vorwegnahme bei Spann die Betonung auf der philosophischen Stupidität liegen kann. Ihm gelang jedoch die Formierung eines Kreises, der mehr als sechzig Jahre nach seiner eigenen Entfernung von der Universität, der heutigen WU-Wien, das Gewäsch von Ganzheit wiederholt und daneben peinlich bemüht wirkt, keinen runden Geburtstag des Meisters oder seines ersten Schülers, manchmal auch des zweiten oder folgender, zu vergessen und zumeist mit einem Presseartikel, besser mit einem Jubiläumsband zu bedenken.

Othmar Spann inthronisierte sich in einem hierarchischen Ständemodell – an der Spitze – und war als Lehrer geistiges Zentrum der von ihm Erwählten. In seinem 1921 erstmals veröffentlichten Werk *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft* ordnet er „Stände nach ihren geistigen Grundlagen“¹ und ficht gegen Demokratie, Liberalismus und vor allem marxistischen Sozialismus. Ordnendes Prinzip sei: „daß jeder niedere Stand geistig vom jeweils höheren geführt wird (im Original gesperrt), nach dem geistigen Lebensgesetz aller Gemeinschaft und Gemeinschaftsverbindung, Unterordnung des Niedern unter das Höhere“ (Der wahre Staat, S.176).

Seine zusammenfassende „Übersicht der Stände nach ihren geistigen Grundlagen“:

„1. die Handarbeiter (verankert im sinnlich-vitalen Leben); 2. die höheren Arbeiter, zerfallend in Kunstwerker und darstellende Geistesarbeiter (verankert nicht mehr allein in dem sinnlich-vitalen, sondern auch in einem höheren geistigen Leben, in diesem aber nur, im wesentlichen, teilnehmend); 3. die Wirtschaftsführer, die in wirtschaftlich-organisatorischer Hinsicht selbständig, schöpferisch wirken, im übrigen aber mehr im Sinnlich-Vitalen oder höchstens noch teilnehmend im Geistesleben verankert sind; 4. die Staatsführer, schöpferisch in sittlich-organisatorischer Hinsicht, im wesentlichen nur teilnehmend im höheren Geistesleben; eine Sondergruppe der Staatsführer bilden die höheren selbständig wirkenden Krieger und Priester; 5. endlich die Weisen oder der schöpferisch höhere *Lehrstand* (im Original gesperrt), der nur uneigentlich ein Stand ist und dessen Schöpfungen zuerst ein vermittelnder geistiger Stand (5 a) weitergibt.“ (Ebd., S. 175)

Die Figur des Kreises

Auch er hatte zumindest einen Koch dabei – um „Vollstand“ also „handelnd“ (Ebd., S. 176) zu werden – diese sind durchaus zahlreich, er führt seine Schüler in Privatseminaren (Sonntag Vormittag bei sich zuhause) in die Grundlagen seiner Gesellschaftslehre ein.² Primus wird – mit überaus langem Atem in seinem Wirken – Walter Heinrich. Er promoviert 1925 bei Spann, wird 1927 sein Assistent, habilitiert sich 1928 und erhält 1933 an der Wiener Hochschule für Welt-

handel einen Lehrstuhl für Nationalökonomie. Viele Jahre später zeichnet er in der *Zeitschrift für Ganzheitsforschung* ein Bild wunderbarer Harmonie dieser Lehrer-Schüler-Beziehung, ein Arbeitszusammenhang, der sehr auf politischen Einfluss zielte, hingegen in der Erinnerung jeweils von der konkreten historischen Situation abstrahiert und metaphysische Distanz beansprucht. Der Meister einer elitären Verbindung provoziert den Terminus „Genie“, Kritik wird folglich zu einer inadäquaten Form der Auseinandersetzung, lediglich Analogien zu genialen Personen auf anderen Gebieten (Mozart z.B.) erleichtern die Übersetzung jener „Größe“, die nunmehr in der Erzählung wirkt:³ „Eine ... tiefer schürfende Erklärung für seine [Spanns] Wirksamkeit liegt sicherlich in der geschlossenen Einheit von Leben und Lehre, von Persönlichkeit und geistigem Werk. Hier war das Eroshafte und das Logoshafte, freundschaftliche Nähe und Geisteskraft in seltener Einheit zusammengewachsen und haben vermöge dieser schöpferischen Verbindung einen Gründungsakt eingeleitet, der weiterwirkt. Vom ersten Geistesblitz der Gründung bis zur Entfaltung des Werkes ... der Wurzelgrund der Lehre wurde niemals verlassen. Dieser Wurzelgrund ... ist der Befund, daß Geist nur am anderen Geist werden kann, also gliedhaft; und die Erkenntnis: wo Glied, da Ganzheit. Damit ist eine neue Eroslehre begründet, eine neue Gemeinschaftslehre, eine neue Gesellschaftslehre.“

J. Hanns Pichler, ein später Apologet und heute Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftstheorie und -politik an der WU-Wien, übernimmt u.a. die Aufgabe, in gegebenen Abständen auch an den Schüler zu erinnern, an Geburtstagen, später posthum⁴ oder die Erinnerung an Spann und Heinrich zu verbinden⁵. Daneben oder danach protegiert Spann Jakob Baxa, der Rechtswissenschaften studiert hatte; von Spann zum Dank für seine intensive und wertvolle Auseinandersetzung mit der Romantik im Fach Gesellschaftslehre habilitiert (Siegfried, S. 72). Wilhelm Andrae wechselt ebenso unter dem Einfluss Spanns von der klassischen Philologie, mit der er an der Berliner Universität nicht reüssieren konnte, zur Nationalökonomie; er erhält 1927 in Graz einen Lehrstuhl für Politische Ökonomie (Ebd.). Seine Übersetzung von Platons Staat, woran Spann gerne seine Überlegungen knüpft, wird hier als Habilitationsschrift anerkannt. Hans Riehl promoviert 1923 bei Spann, die Habilitation 1928 kann bereits bei seinem Freund Wilhelm Andrae in Graz erfolgen (Ebd., S. 73).

Ernst von Salomon⁵, selbst in jenem Kräftefeld aktiv, das in der Weimarer Republik von konservativen Revolutionären gebildet wird (u.a. an der Ermordung von Außenminister Walter Rathenau am 24. Juni 1922 beteiligt und verurteilt), hielt sich auf Einladung Spanns in Wien auf und beschreibt in seinem Bestseller, *Der Fragebogen*⁶ das alltägliche politische Verhalten der Spann-Schüler (Zit. nach Siegfried, S. 71): „Die ‚Spannianer‘ bildeten auf der Universität eine besondere Gruppe, die größte Gruppe von allen, und, wie ich wohl behaupten darf, auch die geistig lebendigste. In jeder Verschwörerengrave auf den Gängen, in den Hallen und vor den Toren waren Spannianer, mit dem Ziel einer kleinen Extraverschwörung, wie ich vermute, – die beiden Spannsöhne vermochten schon gar nicht anders durch die Universität zu schlendern, wo sie gar nichts zu suchen hatten, ohne ununterbrochen nach allen Seiten vertrauensvoll zu blinzeln. Jeder einzelne von den Spannschülern mußte das Bewußtsein haben, an etwas selber mitzuarbeiten, was mit seiner Wahrheit mächtig genug war, die Welt zu erfüllen, jedes Vakuum auszugleichen, an einem System, so rund, so glatt, so kristallinisch in seinem inneren Aufbau, daß jedermann hoffen durfte, in gar nicht allzulanger Zeit den fertigen Stein der Weisen in der Hand zu haben.“⁷

Weiter oben im Text zeigt von Salomon Interesse an der Tätigkeit Adalbert und Rafael Spanns und legt ihnen die Worte in den Mund: „Schau, das verstehst du net – wir packeln halt“ (Zit. nach Siegfried, S. 238). Der Autor versucht in der nachgeordneten Darstellung die ideologischen Wendungen der Akteure zu analysieren, schwankt dabei von Gefasel über „jahrhundertelang[en] ... Verkehr mit fremden Völkerschaften und widerstrebenden Mächten“ – die k. u. k. Monarchie wieder einmal – und methodischen Aspekten des Verfahrens männerbündischer Dominanz: „Nichts schien so bedeutend, nichts aber auch so unbedeutend, daß es außer acht gelassen werden könnte.“ (Ebd.)

Die Protagonisten dieser Art Universalismus richten ihre Aktivitäten nach verschiedenen Polen, um in der zeitweiligen Konkurrenz von Nationalsozialismus, Faschismus und Ständestaat ebenso ein Netz zu bilden, wie in den Kontinuitäten der 2. Republik. Ein Blick auf die umfangreiche Publikationsliste J. Hanns Pichlers, des nunmehrigen Vorstands der *Gesellschaft für Ganzheitsforschung*, dokumentiert eine der Traditionslinien. Sein Bemühen gilt den Klein- und Mittelbetrieben, dem Kleinbürgertum, eine mögliche ideologische Parallele zu Othmar Spann, und – entsprechend seiner Funktion – den Anwendungsgebieten des ganzheitlichen Denkens.⁸ Dass er im gegebenen politischen Kräftefeld die Publikationsmöglichkeit im Organ der Freiheitlichen Akademie, *Freiheit und Verantwortung* wahrnimmt, verwundert kaum.⁹ Gerne bespricht er in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift für Ganzheitsforschung Übersetzungen oder Neuauflagen der Schriften Julius Evolas¹⁰, jenes faschistischen Philosophen und Mystikers, der Mussolini von seiner Philosophie überzeugen wollte, die SS liebte und heute Inspiration vieler rechter AktivistInnen ist. Evolas ‚Cavalcare la tigre‘ (Den Tiger reiten) sieht Pichler „ungemein aufrüttelnd und zeitgemäß zugleich“, der beliebte Plot ‚Untergang des Abendlandes‘ wird diesmal durch die „Auflösung im Bereich des Gemeinschaftslebens“ gegeben und Pichler konkretisiert, „von Staat und Parteien, einer weithin endemisch gewordenen Krise des Patriotismus, von Ehe und Familie bis hin zu den Beziehungen der Geschlechter untereinander“ (Zeitschrift für Ganzheitsforschung 4 (1999), S. 209). Denn, so die Diagnose Pichlers in einer Rezension des von Caspar von Schrenck-Notzing herausgegebenen *Lexikon des Konservatismus* (Zeitschrift für Ganzheitsforschung 2 (1998), S. 93), „in einer pluralistisch zerrissenen und ‚unkonservativen‘ Zeit“ dürfen dahingehend mutige Leistungen (das vorliegende Lexikon) nicht geschmälert werden – obgleich er die „notorische und offenbar nicht auszumerzende[!] Fehlinterpretation“ der inneren Ordnung der Werke Spanns bedauert –, den Wirren der Zeit werden der ganzheitlichen „Geistestradition verpflichtete Autoren“ vor- und gegenübergestellt, allen voran immer wieder Spann.

Fragen der politischen Funktion, der Adressaten und Verbündeten der universalistischen Staatslehre werden insoweit unterschiedlich beantwortet, als AutorInnen wie Meyer¹¹, Schneller¹² oder Resele¹³ einen Zusammenhang des ideologischen Konzepts Spanns und der sozialen Interessen der kleinbürgerlichen Mittelschicht betonen, während Siegfried darauf beharrt, dass sich dahingehend keine eindeutige Beziehung feststellen ließe, die konkreten Bündnispartner (Heimwehr, Stahlhelm) vielmehr Oberklassen repräsentierten (vgl. Siegfried, S. 14). Spann wirkt im Zeichen eines „dritten Weges“, ein Motiv, das im Kontext der Konservativen Revolution¹⁴ an unterschiedlichen Positionen deutlich wird und später gerne von VertreterInnen einer vermeintlich „Neuen Rechten“ (*Nouvelle Droite*)¹⁵ affirmiert wird. Das Ständestaatskonzept bietet in seinem Kampf gegen den Historischen Materialismus und die po-

litische Organisation der ArbeiterInnenbewegung eine vorgeblich konsensuale Alternative, die als Wirtschaftsordnung „... jeden, Arbeiter wie Unternehmer, aus seiner Vereinzelung herausreißt und ihm jene Eingliederung in eine Ganzheit gewährt, welche Aufgehobenheit und Beruhigung bedeutet statt vernichtenden Wettbewerb, statt der hastigen Unruhe und Erregung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ (Der wahre Staat, S. 234). In Anlehnung an die Gesellschafts- und Staatslehre der politischen Romantik (Adam Müller) war Spann bemüht, soziale Antagonismen, Phänomene des Klassenkampfes in einem geistigen Gesamtzusammenhang aufzulösen (Vgl. Siegfried, S. 32-34) und das Glück der Unterordnung, der freudigen Hingabe an die subalterne Funktion im hierarchischen Gefüge in unglaublichen Variationen und Auflagen zu verbreiten.

In den Anfängen seiner akademischen Karriere, Spann habilitiert sich 1907 an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn, positioniert er sich in den nationalistischen Auseinandersetzungen der Germanisierungspolitik in der österreichischen Monarchie (zit. nach Siegfried, S. 43): „Der Begriff des passiven Mitgliebes ist theoretisch wichtig zur Beurteilung der Bedeutung der Rasse und praktisch für die Frage der Eindeutschung der slawischen Massen. Nehmen wir an, eine bestimmte nationale Gemeinschaft unterwerfe sich eine fremdrassige, minderbefähigte Nachbarnation, entnationalisiere sie und füge sie damit in ihre eigene Gemeinschaft ein. Wie wirkt dies auf den Körper der Nation? Wenn die neuen Mitglieder rassemäßig zur aktiven Teilnahme an der nationalen Kultur wenig befähigt sind, so können sie als passive Mitglieder doch sehr wertvoll werden.“ (Othmar Spann: Kurzgefaßtes System der Gesellschaftslehre, S. 203)

Derartige Tiraden bedingen nach dem Zusammenbruch der Monarchie die Notwendigkeit seiner Rückkehr nach Wien, wo er von 1919-1938 als Ordinarius für Gesellschafts- und Nationalökonomie an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien wirkt. Die kaum dreiwöchige Felderfahrung Spanns im 1. Weltkrieg, er wurde am 21. August 1914 in der Schlacht bei Kraspe verwundet, verhindert vorläufig die wichtige Dekoration durch eine militärische Auszeichnung (Siegfried, S. 48). Er beantragt daher selbst die Verleihung eines militärischen Ordens, u.a. da seine Vorgesetzten „teils verwundet, teils verschollen“ waren und so sein „Verhalten vor dem Feinde durch die Ungunst der Verhältnisse nicht anerkannt wurde“ (Zit. nach Siegfried, S. 232, Fußnote 154). Sein Ansehen als Hochschullehrer und engagierter Nationalist sollte dadurch nicht geschmälert werden.

Heimwehrkontakte

Als nach dem Eingreifen der Polizei 86 Tote die Empörung der ArbeiterInnen – kumuliert im Brand des Justizpalastes – kennzeichnen, erzwingt die Heimwehr den Abbruch der sozialdemokratischen Kampfmaßnahmen und erfreut sich daraufhin der Zuwendung heterogener reaktionärer Kräfte, die Heimwehr wird (besonders bäuerliche) Massenbewegung (Siegfried, S. 81). In dieser zweiten Legislaturperiode der Regierung Seipel dominiert Spanns universalistische Lehre die Wiener Universität, sein Kreis hatte sich kontinuierlich vergrößert, nun kommt es zu intensiven Kontakten zwischen dem Führer der Christlichsozialen Partei, der Heimwehr-Führung und Mitgliedern des Spann-Kreises. Im Sommer 1929 wird Walter Heinrich Generalsekretär der Bundesführung des österreichischen Heimatschutzes, im Oktober übernimmt Hans Riehl die Leitung der Propagandaabteilung der Selbstschutzverbände (Sieg-

fried, S. 84). Die Spannungen innerhalb der Heimwehren, unterschiedlicher Flügel, wie sie z.T. für die ÖVP charakteristisch sind, sollten durch ein Gelöbnis (Korneuburger Eid, 18. Mai 1930) beseitigt werden, dessen Text wesentlich von Walter Heinrich formuliert wurde. Der Versuch der Beschwörung der Einheit misslingt, Aristokraten siegen über kleinbürgerliche Repräsentanten der Heimwehren und beenden die Tätigkeit des Spann-Kreises in der Organisation (Siegfried, S. 100).

Versuche in Italien

Seit 1929 wenden sich Vertreter der universalistischen Lehre dem Faschismus zu, die italienische Regierung bedachte im übrigen die Heimwehren mit bedeutenden Geld- und Waffenlieferungen, den Mangel eines konkreten politischen Programms will Spann kompensieren (Zit. nach Siegfried, S. 102): „... Das Fehlen des Gedankens vor der Tat ist ein Widerspruch... Zwischen der Szylla und Charybdis des Kommunismus und des Kapitalismus durch die kühne Tat eines einzigen Steuermannes hindurchzuschiffen, das konnte eben noch gelingen. Aber danach kann der Faschismus entweder auf das offene Meer der Abenteuer hinausfahren, wie Odysseus, oder er muß sich über Weg und Ziel aufs klarste bewußt werden, er muß eine theoretische Grundlage (im Original gesperrt) erlangen ... Der politischen Tat, so dünkt uns, muß nunmehr die geistige Arbeit folgen. War das vergangene Dezennium der Gründung und dem ersten politischen Aufbau gewidmet, so muß das kommende Dezennium der Herausarbeitung der geistigen Grundlagen und der theoretischen Vertiefung gehören. Nicht hoch genug kann u. E. diese Aufgabe angeschlagen werden. Denn die jahrhundertelange Arbeit der individualistischen und sozialistischen Theoretiker läßt sich nicht durch die politische Tat allein überwinden, es muß ihr ein tiefdurchdachtes und wohlausgebildetes Gedankengebäude auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des Staates, des Rechtes, der Wirtschaft, der ganzen Gesellschaft entgegengestellt werden.“ (Othmar Spann: Instinkt und Bewußtsein, S. 11)

Bedeutende Differenzen, besonders in Fragen des organisatorischen Aufbaus der Interessenvertretungen, trennen Spanns Konzeption von der faschistischen Syndikatsordnung, in der sich Unternehmer und Arbeiter getrennt gegenüberstehen. Das Ständemodell betont die Vorzüge gemeinsamer Zwangsverbände und die Vermittlerfunktion einer staatlichen Instanz, die selbst in der korporativen Phase des Faschismus durch die beherrschende Funktion mächtiger Monopolgruppen der italienischen Wirtschaft im Staat konträr beschrieben werden kann (Siegfried, S. 177ff). Zwar gibt es persönliche Kontakte zu führenden Funktionären des faschistischen Systems, doch die Wirkung der universalistischen Lehre bleibt gering.

Austrofaschismus

In Österreich war die Transformation der parlamentarischen Demokratie zu einem klerikal-faschistischen Ständestaat durch die Ausschaltung von Parlament und Verfassungsgerichtshof gelungen. Spann verweist auf seine „organisch universalistische Gesellschafts- und Wirtschaftslehre“ und betont deren Unvereinbarkeit mit demokratischen Formen der Repräsentation (Zit. nach Siegfried, S. 139): „Die Forderung einer ständischen Ordnung hat nur Sinn, wenn ein grundsätzlicher Bruch mit allem Individualismus, Liberalismus, Kapitalismus erfolgt und auch in der praktischen Politik der Bruch mit Demokratie und Parteienstaat eingeleitet wird. Denn im organisch-ständischen Gedanken liegt, daß alle großen Lebenskreise der Gesell-

schaft zu arteigenen Gebilden mit *arteigener* (im Original gesperrt) Herrschergewalt („Souveränität“) werden. Nicht nur die Wirtschaft würde zu einem Gesamtstande, welcher in einem organisch aufgebauten System von Berufsständen (im Original gesperrt) sich selbst verwaltet und diese Selbstverwaltungsangelegenheiten dem heutigen zentralistischen Parlament und dem heutigen, omnipotenten Staat entzieht. Auch der Staat (beziehungsweise seine politische Führung), dessen Stärke eine Lebensfrage ist, wird dadurch ein Stand.“ (Othmar Spann: Die politisch-wirtschaftliche Schicksalsstunde der deutschen Katholiken. In: *Schöne-Zukunft* 7 (1931/32), S. 567)

Spanns Ausführungen gelten der Ablehnung liberaldemokratischer Verfassungen, seine Argumentation richtet sich gegen das zentrale Element der Forderung nach Gleichheit. Diese sei „die Herrschaft der Mittleren, Schlechteren, der den Schwächsten zu sich herauf, den Stärkeren herabzieht. Sofern dabei durchgängig die große Menge die Höheren herabzieht und beherrscht, in der großen Menge jedoch abermals der Abschaum zur Herrschaft drängt, drängt Gleichheit zuletzt gar auf Herrschaft des Lumpenproletariats hin“ (Der wahre Staat, S. 44). In der weiteren Illustration der Modi des allgemeinen Wahlrechts muss das „politisch gänzlich unbelehrte ländliche Dienstmädchen“ die männliche Qualität der „politisch wenigstens teilweise unterrichteten Staatsbürger“, Handwerker oder „gehobene Arbeiter“ zwangsläufig mindern, „die Stimme des akademisch Gebildeten, des politischen Führers,...“ wird entwertet (ebd.).

Nationalsozialismus

1929 beginnt Spann Kontakte zu nationalsozialistischen Organisationen zu pflegen, er unterstützt die von Alfred Rosenberg 1927 gegründete *Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur*, deren Aufgabe die Begeisterung akademisch Gebildeter für die Bewegung sein soll (Siegfried, S. 153). Spann gilt in der Analyse der Arbeiterzeitung bereits 1925 als der intellektuelle Führer des Hakenkreuzlerturns an der Wiener Universität, er tritt der NSDAP bei und erhält eine geheime, nicht nummerierte Mitgliedskarte (ebd.). Die Schulungsabende des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* finden in den Räumen seines Seminars statt, der Unterricht wird vom Spann-Schüler Franz Seuchter gestaltet (Siegfried, S. 153f.). In einem 1933 veröffentlichten Aufsatz bietet Spann nun dem Nationalsozialismus seine universalistische Gesellschaftslehre als ideologische Grundlage des notwendigen ständischen Aufbaus dar (Zit. nach Siegfried, S. 156f.): „Soll die politische Wendung, die sich im Reiche vollzog, eine grundsätzliche und nicht zum Zwischenspiel, ja zum grausen Wegbereiter des Bolschewismus werden, dann muß sie sich ihrer geistigen Grundlage deutlich bewußt sein. Sie heißt: Idealismus und Universalismus. Unter dem Drucke geschichtlicher Notwendigkeit kann der erste Ansturm, die erste Tat rein instinktiv erfolgen. Je mehr es zu bestimmten Aufgaben kommt, um so mehr muß der klare Gedanke die Tat bestimmen. Was nun folgen muß, ist eine Umbildung des Staates und der Wirtschaft, eine Umbildung, wie sie der idealistische und universalistische Gedanke verlangt – im ständischen Sinn.“ (Othmar Spann: Die politische Wendung ist da – was nun? In: *Ständisches Leben* 3 (1933), S. 67)

Sein Bemühen wird von Repräsentanten der Schwerindustrie, besonders Thyssen, honoriert, der die Idee die Vertretungen der ArbeiterInnen in die Industrieverbände einzugliedern reizvoll findet und für die dahingehende Überzeugungsarbeit die Gründung eines *Instituts für Ständewesen* (in Düsseldorf) unterstützt. Die wissenschaftliche Leitung des am 23. Juni 1933

feierlich eröffneten Instituts übernimmt Walter Heinrich, weitere Vertreter des Spann-Kreises (Andrae, Riehl, Paul Karrenbrock) werden aktiv (Siegfried, S. 175f). Der wiederholte Ruf nach „ständischer Selbstverwaltung“ läuft den Interessen und Machtpositionen der Stahlindustriellen zuwider, Unterstützungen für die Zeitschrift *Ständisches Leben* werden 1935 eingestellt, eine Kontroverse mit der Führung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) führt 1936 zum Ende der Propagandatätigkeit des Spann-Kreises am Institut für Ständewesen (Siegfried, S. 186f. und 195). Spanns Ablehnung der NS-Rassentheorie trug neben seinen politischen Fehleinschätzungen zu den Disharmonien bei. Der Begriff der Nation wird in der universalistischen Gesellschaftslehre kulturell definiert, eine „geistige Gemeinschaft“, die antisemitische Diskriminierung ermöglicht, nicht erfordert (Siegfried, S. 201f). Ab 1935 werden die Antagonismen der beiden faschistischen Konzeptionen in zahlreichen Zeitungsbeiträgen offensiv ausgetragen, nach der Annexion Österreichs werden Othmar Spann, Rafael Spann und Walter Heinrich verhaftet. Das daraus gebildete Konstrukt einer vorzeitigen Abkehr konservativer Kräfte vom Nationalsozialismus ohne jegliche Reflexion ihrer Funktion in der Phase der Konstituierung eröffnet rechten Parteien und Einzelpersonen die Verherrlichung bewunderter und geliebter Meister und in diesem Sinne die Relativierung des Nazisystems. Die Lehre von der Ganzheit diene der Zerschlagung demokratisch verfasster Gesellschaften, dass sie zum Dienst und nicht zur Herrschaft gelangte, liegt an den realen Kräfteverhältnissen und auch am dürftigen Angebot, das Zufriedenheit in Unterdrückungsverhältnissen fordert im Tausch gegen „Beruhigung“. Die perpetuierte Distribution des Modells liegt gleichsam am Puls der Zeit, ebenso wie ein Dollfußportrait im Parlamentsbüro Khols, Wirtschafts- und Arbeitsminister Barntenstein, die ÖVP Frauenpolitik und Schwester Herbert.

1 Spann, Othmar [19313]: *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft*. Jena: Fischer, S. 175.

2 vgl., Siegfried, Klaus-Jörg [1974]: *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*. Wien: Europa Verlag, S. 72.

3 zit. nach Pichler, J. H. (Hrsg.) [1988]: *Othmar Spann oder die Welt als Ganzes*. Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 26ff. Dieses Werk ist Walter Heinrich posthum zugeeignet.

4 vgl., Pichler, J. H. [1992]: *Betrachtungen zum Vaterunser. Im Gedenken des 90. Geburtstages von Walter Heinrich*. Zeitschrift für Ganzheitsforschung, 36. Jg., IV/1992.

5 <http://motlc.wiesenthal.com/text/x29/xm2933.html>

6 Roman in autobiographischer Form, in welchem er die 131 Fragen der Entnazifizierungsbehörden dokumentieren und ad absurdum führen möchte. 1951 publiziert wurde das 800 Seiten Werk zum ersten Bestseller der BRD.

7 von Salomon, Ernst [1969]: *Der Fragebogen*. Reinbek bei Hamburg, S. 172.

8 vgl. Pichler, J. Hanns [1990]: *Woran könnte der Osten sich halten? Ganzheitliche Staatsidee und Wirtschaftsordnung als ein Programm der Mitte*. Wiss. Arbeitskreis, Institut für Gewerbeforschung, Wien (Vortrag). ders., [1993]: *Ganzheitliches Verfahren in seinem universalistisch überhöhenden Anspruch*, In: Klein, H. D./Reikersdorfer, J. (Hrsg.): *Philosophia perennis. Erich Heintel zum 80. Geburtstag*, Teil 1, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New-York, Wien.

9 ders., [1999]: *Europa und das Europäische. Auf der Suchen nach seiner ‚Begrifflichkeit‘ von der Antike bis zur Neuzeit*. In: Berchtold, J./Simhandl, F. (Hrsg.) [1999]: *Freiheit und Verantwortung. Europa an der Jahrtausendwende. Jahrbuch für politische Erneuerung*. Wien: Freiheitliche Akademie.

10 vgl. <http://www.trend.partisan.net/trd1298/t351298.html>

11 vgl. Meyer, Thomas [1997]: *Stand und Klasse. Kontinuitätsgeschichte korporativer Staatskonzeptionen im deutschen Konservatismus*.

Opladen: Westdeutscher Verlag.

12 vgl. Schneller, Martin [1970]: Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus in der Weimarer Republik. Stuttgart: Klett.

13 Resele, Gertraud [2001]: Othmar Spanns Ständestaatskonzeption und politisches Wirken. Wien (Diplomarbeit).

14 vgl. Fischer, Kurt R./Wimmer, Franz M. (Hrsg.) [1993]: Der geistige Anschluß. Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930-1950. Wien: WUV. Heiß, Gernot/Mattl, Siegfried/Meissl, Sebastian/Sauer, Edith, Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.Innen) [1989]: Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

15 Einer der deutschsprachigen Epigonen ist der eifrige Rezensent der *Zeitschrift für Ganzheitsforschung* Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der ebenso im rechtsextremen *Criticon* (hrsg. von Caspar von Schrenck-Notzing), *Sieg* oder *Aula*, Publikation der „Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs“ publiziert. Ein weiterer regelmäßiger Autor der *Zeitschrift für Ganzheitsforschung* ist der katholische Antisemit Friedrich Romig, früher Europa-Beauftragter Kurt Krenns (Vgl. <http://www.doew.at/> Neues von ganz rechts – April 2000), der seine antidemokratische Überzeugung gerne hinter ökologischen Bedenken verbirgt (Vgl. *Zeitschrift für Ganzheitsforschung* 2 (1997), S. 71-86).

Zivilcourage und Null Toleranz für RassistInnen! Auch an der Uni.



Ist das der Alltag an unseren Bildungseinrichtungen?

Wer ist dafür verantwortlich?

Wer kann dagegen etwas tun?

Wer will überhaupt etwas dagegen unternehmen?

Und wie soll das funktionieren?

Mo, Di, Mi 9.30-13h und Do 16-20h

Tel: 01 / 929 13 99

Email: zara_vienna@t0.or.at

http://zara_vienna.t0.or.at

- In einem Hörsaal der Universität ist an die Wand gekritzelt zu lesen: "Tschuschen raus" ... und die Toiletten des Juridikums sind übersät mit rassistischen "Schmierereien", Hakenkreuzen und abscheulichen Sprüchen wie "In den Ofen: Juden statt Plastik", "Tötet Drogenner". Diese Beschmierungen werden von Tag zu Tag mehr.

- Ausländische KollegInnen berichten, dass sie von ProfessorInnen oder Kommilitonen unkorrekt oder herablassend behandelt werden, dass in Vorlesungen ungehindert, unhinterfragt und ohne Widersprüche rassistische Inhalte gelehrt werden.

- Lehrende, die nicht der Vorstellung des "echten Österreichers" entsprechen, haben wiederum mit Beleidigungen von Studierenden zu rechnen.

- Kopftuch tragende Musliminnen werden aufgrund von fadenscheinigen Kleidungs Vorschriften in diversen Schulen nicht aufgenommen.

- Manche Studentenwohnheime richten ihr Angebot an "Nur Inländer".

ZARA (Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) betreibt eine Beratungsstelle, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Einzelpersonen, die mit irgendeiner Form von Rassismus konfrontiert wurden, zu betreuen.

Bei ZARA können sich sowohl Opfer als auch ZeugInnen von Rassismus melden. Das ZARA-Team informiert kostenlos über rechtliche oder andere mögliche Schritte. Das Team interveniert, wenn gewünscht, oder begleitet KlientInnen beim gemeinsam beschlossenen Vorgehen. In jedem Fall werden alle gemeldeten Fälle systematisch dokumentiert und im Rassismus Report (selbstverständlich anonym) einmal jährlich veröffentlicht. ZARA bietet aber auch Schulungen im Anti-Rassismus-Bereich an, u.a. zu Zivilcourage, Rassismus und Sprache, rechtliche Rahmenbedingungen etc. Weiters kann man Informationsmaterial über Rassismus und Besuche/Vorträge in Bildungseinrichtungen anfordern.

Der Fall Heinrich Gross

Die wissenschaftliche Verwertung der „Spiegelgrund“-Opfer in Wien

VON HERWIG CZECH

Ein lange Zeit kaum beachteter Aspekt der NS-Medizinverbrechen ist die wissenschaftliche Ausbeutung ihrer Opfer, die noch Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft mit ziemlicher Selbstverständlichkeit betrieben wurde. In Österreich betrifft das vor allem die Opfer der Klinik „Am Spiegelgrund“ auf dem Gelände des früheren Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien „Baumgartner Höhe“ (nunmehr: „Sozialmedizinisches Zentrum Baumgartner Höhe – Otto Wagner-Spital“). Am „Spiegelgrund“ befand sich eine der sogenannten „Kinderfachabteilungen“ zur Durchführung des Vernichtungsprogramms gegen behinderte Kinder. Fast 800 Personen wurden hier unter Beteiligung des Arztes Dr. Heinrich Gross in den Jahren 1940 bis 1945 ermordet. Die Gehirne der Opfer wurden zum größten Teil aufbewahrt und später systematisch wissenschaftlich verwertet. Sie befinden sich bis heute in der Pathologischen Abteilung des Otto Wagner-Spitals bzw. im Ludwig Boltzmann Institut für Klinische Neurobiologie. Im April 2002 sollen sie endlich bestattet werden.

I. Einleitung

Die sogenannte „Kindereuthanasie“ war eine von mehreren Mordaktionen gegen Psychiatriepatienten und geistig Behinderte, die oft unter dem irreführenden Begriff „Euthanasie“ zusammengefasst werden. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie als dauerhafte Einrichtung des nationalsozialistischen Gesundheitswesens geplant war, die der fortlaufenden Vernichtung der „Unbrauchbaren“ dienen sollte¹.

Das Erfassungs-, Begutachtungs- und Tötungssystem deckte sich praktisch mit dem re-

Konrad Lorenz und die Vergleichende Verhaltensforschung

Ideologie und Wissenschaft

VON MARY KREUTZER

Erst vor kurzem wurde in der Geschichtsschreibung der Wissenschaften damit begonnen, die Darstellungen eines Niedergangs der Wissenschaften im Nationalsozialismus im Sinne einer Dominanz von pseudowissenschaftlichen Ansätzen zu bezweifeln. Wissenschaft ist nicht per se „gut“, „rein“, „moralisch“, und vor allem ist sie nicht ideologiefrei. Wissenschaft kann sowohl wissenschaftlich, als auch nationalsozialistisch sein.

Anhand von verschiedenen Biographien wurde die aktive Teilnahme von WissenschaftlerInnen aller Bereiche am nationalsozialistischen Vernichtungsfeldzug gegen Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Geisteskranke und Homosexuelle aufgezeigt.

gulären Gesundheitssystem. Im Gegensatz zur „Aktion T4“ wurden keine unabhängigen Tötungsanstalten eingerichtet, sondern spezielle Abteilungen innerhalb bestehender Anstalten, die administrativ den regulären Gesundheitsbehörden unterstanden. Nur die formale Entscheidung über die Tötungen lag beim sogenannten „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“, einer Tarnorganisation der „Kanzlei des Führers“, die eine wichtige psychologische Entlastungsfunktion für die Täter erfüllte. Die Tötungen selbst erfolgten in erster Linie durch Medikamente und ließen sich dadurch leicht in den arbeitsteiligen Stationsbetrieb integrieren.

II. Die Wiener Tötungsklinik „Am Spiegelgrund“

Die Wiener „Kinderfachabteilung“, also jene Institution, die die Beobachtung, Meldung und gegebenenfalls Ermordung der betreffenden Kinder zur Aufgabe hatte, wurde am 24. Juli 1940 als Teil der „Städtischen Jugendfürsorgeanstalt Am Spiegelgrund“ auf dem Gelände der damaligen Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ gegründet. Der notwendige Platz für diese und andere Einrichtungen war durch die vorhergehende Ermordung von ca. 3200 Steinhof-Patientinnen und Patienten in Hartheim geschaffen worden.

In einem der insgesamt 9 Pavillons, dem Pavillon XV, fanden die Euthanasiemorde statt. Seine Leitung hatte seit Anfang 1941 Dr. Heinrich Gross inne, der damit direkt dem Leiter der Klinik „Am Spiegelgrund“, zuerst Dr. Erwin Jekelius, später Dr. Ernst Illing, unterstand.²

Vom 1. Juni bis zum 15. Juli 1941 nahm Gross an einem Lehrgang in Görden bei Brandenburg teil, wo im Oktober 1939 unter Direktor Hans Heinze (Gutachter der „Aktion T4“³), die erste Tötungsklinik im Deutschen Reich errichtet worden war. Diese diente als Ausbildungsstätte für das Tötungspersonal an anderen Anstalten⁴.

Bis zu seiner Einberufung am 22. März 1943⁵ starben unter der Leitung von Gross 336 Kinder, wobei er in 238 Fällen auch als Beschauer unterschrieb⁶.

Wie mittlerweile bekannt ist, war Gross allerdings entgegen seiner eigenen Darstellung auch im Sommer 1944 an der Anstalt tätig, was die Grundlage für den ergebnislos verlaufenen Mordprozess gegen ihn darstellte.

Der Mythos von Rasseeigenschaften und Erblichkeit, mit dem sie diese Verbrechen wissenschaftlich zu begründen suchten, mußte ihnen nicht von den Nazis aufgezwungen werden. Sie selbst drängten sich im Namen wissenschaftlicher Objektivität in die obersten Ränge der Universitäten und der Forschungseinrichtungen. Es kam zu keinem „Mißbrauch“ der Wissenschaft durch den Nationalsozialismus, vielmehr suchten die meisten WissenschaftlerInnen aktiv nach verschiedensten Formen von Kollaboration und Verflechtungen mit dem System. Die Konstruktion des „Mißbrauchs“ ist analog zur Schuldabweisformel „Hitler benutzte das deutsche Volk“ zu sehen. Wissenschaft und Technik sind keine in ihrem Wesen apolitische,



III. Forschen an Opfern

Damit komme ich zum eigentlichen Thema meines Beitrages, nämlich der wissenschaftlichen Forschung als Bestandteil der medizinischen Vernichtungspolitik. Solche Forschungen an Opfern gab es sowohl im Rahmen der „Aktion T4“ als auch im Zusammenhang mit der Kindereuthanasie. Die „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“, eine der T4-Tarnorganisationen, verfügte beispielsweise über eine eigene Forschungsabteilung in Heidelberg, für deren Arbeit auch Menschen eigens getötet wurden. Ebenfalls gut dokumentiert ist die Zusammenarbeit zwischen dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch und der Anstalt Brandenburg-Görden. Der Neuropathologe Julius Hallervorden, Mitarbeiter des Berliner Hirnforschungsinstituts, sammelte in Görden und anderen Anstalten nach eigenen Angaben ca. 700 Gehirne von Menschen, die z. T. auf seinen Antrag hin ermordet wurden, um die klinische Untersuchung durch die Sektionsbefunde ergänzen zu können⁷.

Auch in Wien wurden während des Krieges die Grundlagen für eine spätere Bearbeitung geschaffen. An den Kindern wurden klinische Untersuchungen wie die immer schmerzhaft und manchmal tödliche Pneumencephalographie (siehe unten) durchgeführt, deren Ergebnisse in den Krankengeschichten und Gutachten für den Reichsausschuss festgehalten wurden. Nach dem Tod der Kinder wurden die Gehirne und Rückenmarksstränge entnommen und in der Prosektur aufbewahrt.

Einige Arbeiten, die auf der wissenschaftlichen Ausbeutung von Opfern des „Spiegelgrunds“ beruhten, wurden bereits während des Krieges veröffentlicht. Mathias Dahl erwähnt in seiner Arbeit die Forschungen des zweiten Leiters der Anstalt, Dr. Ernst Illing, auf die ich weiter unten eingehe, und die Menschenversuche an der Universitätskinderklinik. Letztere wurden von Dozent Dr. Elmar Türk durchgeführt, es ging dabei um die Wirksamkeit eines Impfstoffes gegen Tuberkulose. Die für die Versuche ausgewählten Kinder wurden künstlich mit Tuberkuloseerregern infiziert. Anschließend wurden sie in der Kinderfachabteilung getötet, ihre Leichen in der Prosektur von Dr. Barbara Uiberrak und Elmar Türk obduziert und untersucht.

wertneutrale Instrumente oder Werkzeuge.

Konrad Lorenz wurde 1903 in Altenberg bei Wien geboren und starb dort 1989. Seine Arbeit „Über den Begriff der Instinkthandlung“ (1937) gilt als Beginn der Vergleichenden Verhaltensforschung (Ethologie) und er erhielt 1973 für seine wissenschaftlichen Leistungen zusammen mit Karl v. Frisch und Nikolaas Tinbergen den Nobelpreis für Medizin.

„Und ich habe mich ja auch vor aller Politik gedrückt [...] vor einer Auseinandersetzung mit den Nazis habe ich mich in sehr verächtlicher Weise gedrückt, ich hatte einfach keine Zeit dazu.“

Der unpolitische Mensch Lorenz trat bereits 1938 der NSDAP bei und wurde darüberhinaus Mitarbeiter des „Rassenpolitischen Amtes der NSDAP“. In Österreich, wo der Katholizismus einen großen Einfluss auf die Wissenschaftspolitik ausübte, hatte er mit der evolutionsbiologischen Ausrichtung seiner Forschung Schwierigkeiten gehabt, anerkannt und finanziell unterstützt zu werden. Im Nationalsozialismus fand er die Unterstützung,

IV. Die wissenschaftliche Verwertung der Euthanasieopfer seit 1945

Barbara Uiberrak war von 1938 bis in die sechziger Jahre als Pathologin für den gesamten Steinhofers Komplex zuständig. 1946, das Morden war noch kein Jahr zu Ende, sagte sie vor dem Volksgericht Wien über die von ihr obduzierten Opfer der „Kindereuthanasie“: „Fast jeder der einzelnen Fälle ist wissenschaftlich gesehen hoch interessant. Wir haben ‚Am Steinhof‘ noch alle 700 Gehirne, in den meisten Fällen auch die Drüsen mit innerer Sekretion, fixiert ausgebaut, sodaß sie jederzeit einer wissenschaftlichen pathologischen Untersuchung zugeführt werden können. Ich glaube, daß es lohnend wäre, einige Fälle aus jedem Jahr herauszugreifen.“¹⁰

1952 veröffentlichte Heinrich Gross im „Morphologischen Jahrbuch“ den ersten einer ganzen Reihe von Beiträgen über neuropathologisch interessante Einzelfälle „aus der Prosektur der Heil und Pflegeanstalt Am Steinhof“¹¹. Gross stellt darin einen Fall vor, den er bereits am 23. 11. 1942 in der *Wiener biologischen Gesellschaft* vorgetragen hatte. Es handelt sich dabei um Günther Pernegger, geboren am 16. 11. 1941. Im Alter von 6 Wochen wurde er unter der Aufnahmehzahl 267/41 in die „Kinderfachabteilung“ eingewiesen, da er Mißbildungen an Kopf und Händen hatte. Nach sieben Wochen Anstaltsaufenthalt bei „sehr schlechter Nahrungsaufnahme“ erkrankte er an einer Lungenentzündung, an der er nach sechs Tagen am 25. 1. 1942 starb.

Die anatomischen Untersuchungen waren noch während des Krieges im Anatomischen Institut der Universität Wien durchgeführt worden.

Als dieser Artikel 1952 erschien, hatte Gross offiziell keine Anstellung auf dem Steinhof. Vermutlich war es Barbara Uiberrak, die ihm trotzdem den Zugang zu den Präparaten ermöglichte.

Die für NS-Täter gefährlichste Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte Gross in sowjetischer Kriegsgefangenschaft überstanden, aus der er Ende 1947 zurückgekehrt war. Im April 1948 wurde er verhaftet und u.a. wegen seiner Beteiligung an den Euthanasiemorden (die als Totschlag gewertet wurden) angeklagt.¹² Das Gericht verurteilte ihn wegen „Beihilfe zum Totschlag“ zu zwei Jahren schweren Kerkers¹³. Die Strafe entsprach allerdings genau der be-

die er brauchte. In seinem Ansuchen um Mitgliedschaft in der NSDAP von 28. Juni 1938 wettet er gegen die „Lügen der jüdisch-internationalen Presse“ und schreibt weiters: „Schließlich darf ich wohl sagen, daß meine ganze wissenschaftliche Lebensarbeit, in der stammesgeschichtliche, rassenkundliche und sozialpsychologische Fragen im Vordergrund stehen, im Dienste Nationalsozialistischen Denkens steht.“ 1940 wurde er zum O.Prof. und Direktor des Instituts für vergleichende Psychologie an der Universität Königsberg berufen.

In seinen unzähligen Texten aus dieser Zeit finden sich immer wieder Unterscheidungen zwischen „Vollwertigen und minderwertigen Individuen“, er fordert auf zur „Ausmerzung ethisch Minderwertiger“, spricht von „sozial minderwertigem Menschenmaterial“, dessen „Ausmerzung jede Maßnahme legitimiert“. Auch ruft er zu aktivster Stellungnahme, zu Taten auf, auch wenn eine gewisse Hemmung unter den Naturforschern existiere, von den letzten großen Folgerungen zu reden. 1981 behauptet er in einem Interview, nicht gewusst zu haben, daß mit „ausmerzen“ oder „Selektion“ Mord gemeint war. Er sei naiv, blöd und gutgläubig gewesen. Seit

reits in Untersuchungshaft verbrachten Zeit, so dass Gross bereits am 1. April 1950 freiging. Das Urteil wurde zudem am 27. April 1951 vom Obersten Gerichtshof an das Volksgericht zurückverwiesen, worauf die Staatsanwaltschaft aus ungeklärten Gründen den Strafantrag zurückzog und das Verfahren am 29. 5. 1951 eingestellt wurde.

Der Beitritt zum „Bund Sozialistischer Akademiker“ (BSA), wo viele ehemalige Nazis hilfreiche Verbindungen knüpften, trug entscheidend zu Gross' zweiter Karriere bei¹⁴. Nachdem er seine Ausbildung zum Facharzt für Psychiatrie und Neurologie bei Erwin Stransky an der Nervenheilanstalt Rosenhügel abgeschlossen hatte, erhielt er 1955 wieder eine Anstellung am „Steinhof“, wo er 1962 zum Primarius aufstieg.

„Angeborene und frühzeitig erworbene hochgradige Schwachsinnszustände“ blieben sein wissenschaftlicher Schwerpunkt. Zu diesem Themenkomplex liegen mindestens 34 Veröffentlichungen aus den Jahren 1954 bis 1978 vor, an denen oft auch verschiedene andere AutorInnen beteiligt waren, und die sich grob in drei Gruppen einteilen lassen.

Die erste Gruppe entspricht dem bereits zitierten Beispiel. Es handelt sich um Veröffentlichungen über einzelne Kinder, die dem Neuropathologen Gross besonders interessant erschienen, oder anhand derer sich spezielle Fragestellungen demonstrieren ließen.

Einer der Coautoren von Heinrich Gross bei diesen Arbeiten war Franz Seitelberger. Seitelberger, seit 1938 Angehöriger der SS-Einheit „Sturm 1/89“¹⁵ war seit 1959 Vorstand des Neurologischen Institutes der Universität Wien, deren Rektor er in den 70er Jahren wurde.

Die zweite Gruppe von zehn Veröffentlichungen aus den Jahren 1956 bis 1978 beschäftigt sich mit bestimmten Krankheitsbildern, die jeweils anhand mehrerer (bis zu 40) Fälle demonstriert werden. Die letzte Gruppe schließlich umfasst elf statistische Untersuchungen, die jeweils auf der Auswertung einer großen Zahl von Krankengeschichten und Gehirnpräparaten beruhen.

1957 übernimmt Gross die Leitung der 2. Psychiatrischen Abteilung und des Neurohistologischen Laboratoriums des Steinhof¹⁶, wo die aufbewahrten Gehirne bereits seit 1954 histologisch untersucht worden waren. Er wird zu einem der prominentesten Psychiater Österreichs. Das hängt zum Teil mit seiner Tätigkeit als Gerichtsgutachter zusammen, die er oft bei aufsehenerregenden Prozessen ausübt. Drei seiner prominentesten Begutachtungsfälle:

1933 war das bevölkerungspolitische Ausmerzungskonzept grundlegender Bestandteil nationalsozialistischer Politik gewesen. Mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sollte „biologisch minderwertiges Erbgut“ durch Zwangssterilisation ausgeschaltet werden. Das Ausmerzungskonzept gipfelte in der 1939 offiziell begonnenen Euthanasie und der 1941 begonnenen „Endlösung der Judenfrage“.

Lorenz beteiligte sich 1942 ehrenamtlich in Posen an einer Untersuchung der „Reichsstiftung für deutsche Ostforschung“ an „deutsch-polnischen Mischlingen und Polen“, an deren „eignungspsychologischen und charakterologischen Wertigkeit“ in Hinsicht auf eine mögliche Einbürgerung. Den für nicht „einbürgerungsfähig“ befundenen stand Zwangsarbeit oder die Deportation in ein Vernichtungslager bevor. Lorenz schwieg nach 1945 konsequent zu seiner Mitarbeit an diesen Untersuchungen.

Er kehrte 1948 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Seine nationalsozialistische Vergangenheit war zu keinem Zeitpunkt Hindernis für seine folgende steile Karriere. 1961 wurde er Direktor des neuen Max-

Günter Brus, Otto Mühl und Oswald Wiener, die wegen der berühmten „Uni-Ferkelei“ vom 7. Juni 1968 angeklagt sind.¹⁷

Neben seiner Tätigkeit als Gerichtsgutachter und Hirnforscher findet Gross auch die Zeit, sich als Pharmatester zu betätigen. Auf seiner Abteilung am „Steinhof“ steht ihm das dafür nötige „Krankengut“ zur Verfügung. Gross genießt das Vertrauen der Pharmaindustrie: Oft kommen die neuen Präparate direkt aus dem Tierversuchslabor, um an den Steinhof-Patienten ausprobiert zu werden. Allein zwischen 1958 und 1968 testet er nach eigenen Angaben 83 verschiedene Psychopharmaka an teilweise weit über hundert Patienten.¹⁸

Die Forschungen gingen dabei oft über das Wohl der Patienten: „Gemessen an der Art des Krankengutes war schon im Vorherein ein nur bescheidener Therapieerfolg zu erwarten.“¹⁹ Das getestete Medikament, *Clozapin*, wurde 1975 in Finnland verboten, nachdem 9 Patienten an den Nebenwirkungen verstorben waren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Gross das Präparat an über 500 Patienten erprobt.²⁰

Im Jahr 1968 erhielt Heinrich Gross die Leitung eines eigens für ihn gegründeten „Ludwig Boltzmann-Instituts zur Erforschung der Mißbildungen des Nervensystems“²¹, das in den Räumlichkeiten des Neurohistologischen Laboratoriums im Pavillon B untergebracht wurde und mit diesem eine Einheit bildete.²²

„Die Prosektur des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien verfügt, soweit dies an Hand der Weltliteratur abgeschätzt werden kann, über das größte Material an Gehirnen mit angeborenen Entwicklungsstörungen und frühzeitig erworbenen Schäden. Die neuro-pathologische Aufarbeitung und Auswertung dieses einmaligen Materials ist erste Aufgabe des Instituts in den nächsten Jahren.“²³

Die wissenschaftliche Einmaligkeit dieser Sammlung liegt nicht nur in ihrer Größe begründet. Die Ermordung behinderter Kinder hatte darüber hinaus die Möglichkeit eröffnet, Mißbildungen zu untersuchen, die entweder erst in einem viel späteren Stadium, oder auch überhaupt nicht zum Tod der betreffenden Kinder geführt hätten. Es gibt also einen ziemlich direkten Zusammenhang zwischen den Morden und den Forschungen, die dadurch an den Opfern möglich wurden.

Planck-Instituts für Verhaltensforschung, 1973 folgte der Nobelpreis für Medizin und eine Fülle von Veröffentlichungen, die vor allem eines zeigen: die Kontinuität seiner Forschungsinhalte.

Lorenz, der seine nationalsozialistische Vergangenheit immer leugnete, änderte jedoch auch in nachfolgenden Schriften seine Inhalte nicht, sondern nur die Sprache, mittels derer er in sogenannter neu-rechter Manier die Shoah verharmlost, den Nationalsozialismus verherrlicht und faschistisches Gedankengut verbreitet – mit Erfolg, seine populärwissenschaftlichen Bücher waren berühmter als seine wissenschaftlichen Arbeiten. In „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ (1973) ist bereits im Vorwort der antisemitische Unterton nicht zu überhören, als er sich mit dem rabiaten Antisemiten Abraham a Santa Clara vergleicht.

In den 80er Jahren engagierte er sich in der Umweltschutzbewegung. Auch die Grünen schienen weder seine Vergangenheit noch seine propagierten sozialdarwinistischen Inhalte davor abzuschrecken, an gemeinsamer Front zu kämpfen und das Volksbegehren für die Erhaltung der Hainburger Au nach ihm zu benennen.

Alfred Gisel, einer der wichtigsten Förderer von Heinrich Gross, war über dessen Entwicklung in die NS-Euthanasie durchaus informiert. Bei der Vorstandssitzung am 27. Februar 1968, bei der über die Gründung des neuen Instituts beraten wurde, machte er die Anwesenden darauf aufmerksam, „daß Dr. Gross nach dem Krieg in ein Gerichtsverfahren verwickelt war, da er angeblich zu einem Kreis junger Ärzte gehört habe, die an der Vernichtung sogenannten untauglichen Lebens beteiligt gewesen sein sollten“. Gisel habe Gross damals im Landesgericht besucht, dieser habe aber jegliche Intervention abgelehnt und sei in der Folge auch freigesprochen worden.²⁴ Wenn die Information in diesem Punkt auch nicht ganz exakt war, so war der Vorstand doch ausreichend informiert, um auf die Herkunft von Gross' „einmaligem Material“ schliessen zu können. Das Protokoll vermerkt jedoch keinerlei Diskussion zu diesem Punkt.

In dieses Bild passt auch der Umstand, dass sich die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft noch im Juni 1981 hinter ihren Institutsleiter stellte. Im März war das Urteil im Prozess Gross-Vogt (siehe weiter unten) ergangen, das die Mitverantwortung von Heinrich Gross an den Euthansasiemorden eindeutig nachwies. Dennoch sahen die Vorstandsmitglieder (darunter Hertha Firnberg) keinen Handlungsbedarf.

Die letzte nachweisbare wissenschaftliche Bearbeitung erfolgte für einen 1978 veröffentlichten Aufsatz, der thematisch einen direkten Bezug zur Wiener „Kinderfachabteilung“ aufwies: „Tuberöse Sklerose: Neuropathologischer Befund und klinisches Korrelat bei 21 Fällen“ aus der Feder von H. Gross, E. Kaltenböck und M. Godzinski. Die tuberöse Sklerose hatte bereits den jahrelangen persönlichen Forschungsschwerpunkt von Dr. Ernst Illing gebildet. 1943 veröffentlichte er dazu einen Artikel unter dem Titel „Pathologisch-anatomisch kontrollierte Encephalographien bei tuberöser Sklerose.“²⁵ Es ging dabei um den Nachweis, dass diese Krankheit mit Hilfe der Encephalographie (einer extrem schmerzhaften und mitunter tödlichen diagnostischen Methode, bei der in das Ventrikelsystem des Gehirns Luft gepresst wird, um es im Röntgenbild darstellen zu können) mit hoher Sicherheit bereits am Lebenenden zu diagnostizieren sei. Zu diesem Zweck ließ Illing die PatientInnen nach erfolgter klinischer Untersuchung zum Zwecke der pathologischen Verifizierung töten. Ernst Illing spricht

Nachdem sich bereits Theodora Kalikow und Ute Deichmann mit seinen ideologisierten Schriften und seiner Beteiligung am Nationalsozialistischen Regime beschäftigten, erschien nun ein weiteres hervorragendes Buch zu Lorenz von Klaus Taschwer und Benedikt Föger: „Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus“, das neue Dokumente präsentiert und nachdrücklich beweist, dass Wissenschaft nie unabhängig von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu denken ist. Lorenz benützte „seine ‚Erkenntnisse‘ dafür [...], den nationalsozialistischen Entscheidungsträgern Hinweise zur Durchführung ihres rassenpolitischen Programms zu geben. Und er hat dieses Programm wissenschaftlich legitimiert.“ (S.119)

Klaus Taschwer, Benedikt Föger, „Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus“. Wien: Czernin Verlag, 2001

in seinem Artikel von 21 eigenen Fällen, die er in den Landesanstalten Brandenburg-Görden und Potsdam sowie in der Wiener Städtischen Nervenklīnik für Kinder gesammelt habe. Die Arbeit von Gross et al. 1978 beruht mit ziemlicher Sicherheit auf den selben Fällen.

Das Ludwig Boltzmann-Institut von Heinrich Gross war allerdings nicht die einzige wissenschaftliche Institution, die indirekt von den Patientenmorden profitierte. Hier ist vor allem das Neurologische Institut der Universität Wien zu nennen, dessen Angehörige immer wieder mit Gross gemeinsam über die Spiegelgrund-Opfer publizierten. Entsprechende Präparate gelangten bereits während des Krieges in das Institut. In den fünfziger Jahren gab Gross Leichenteile von etwa 20 Spiegelgrund-Opfern an das Neurologische Institut weiter²⁶. Mindestens zwei Publikationen beruhen auf diesen Fällen, zum Beispiel eine Arbeit über „Spätf infantile amaurotische Idiotie“ von Seitelberger, Vogel und Stepan „aus dem Neurologischen Institut der Universität Wien“, die damals noch unter der Leitung von Hans Hoff stand.²⁷ Es ging dabei um zwei Schwestern aus einer „arischen Sippe“, von denen die eine, Anna F., 1942 am Spiegelgrund gestorben war, die andere 1950 in Gugging. Die entsprechenden Präparate wurden auch an das Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Gießen weitergegeben, das inzwischen der bereits erwähnte Julius Hallervorden leitete, ehemaliger Oberarzt von Hans Heinze in Brandenburg-Görden. 1954 erschienen zwei weitere Arbeiten über die gleichen Präparate.

Franz Seitelberger verbrachte Anfang der 50er Jahre einige Zeit bei Hallervorden in Gießen, wo er vermutlich jenes Gehirnmaterial erhielt, das ihm als Grundlage für seine Erstbeschreibung einer Variante der Pelizäus-Merzbacherschen Krankheit²⁸ und damit seiner Habilitation diente. Es handelte sich dabei um drei Geschwister, die zwischen 1942 und 1944 in der „Kinderfachabteilung“ Brandenburg/Görden starben.²⁹

V. Späte Aufarbeitung

Der Ehrenbeleidigungsprozeß, den Heinrich Gross 1981 gegen Dr. Werner Vogt von der „Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin“ verlor, markierte einen ersten Einbruch in seiner Karriere.³⁰ In dem Urteil des Wiener Landesgerichts wurde seine Beteiligung an den Euthanasiamorden am Spiegelgrund eindeutig festgestellt.³¹ Das Urteil blieb aber ohne strafrechtliche Konsequenzen, da sich die Staatsanwaltschaft zu keiner Anklageerhebung entschließen konnte. Gross wurde aber aus der SPÖ ausgeschlossen (der er 1953 beigetreten war), und das von ihm geleitete „LBI zur Erforschung der Mißbildungen des Nervensystems“ wurde mit dem „LBI für klinische Neurobiologie“ zusammengelegt, dessen Bezeichnung beibehalten wurde. 1989 mußte Gross unter dem Druck des Wissenschaftsministeriums die Leitung des Instituts, die er gemeinsam mit Prof. Kurt Jellinger innegehabt hatte, zurücklegen.³² Die Justiz fand dennoch nichts dabei, seine Dienste als Gerichtsgutachter weiter in Anspruch zu nehmen.

Die Existenz von über 400 Gehirnpräparaten in einem Kellerraum der Prosektur, der 1988 in einen „Gedenkraum“ umgewidmet wurde, ist schon seit längerem bekannt. Die daraus angefertigten histologischen Schnitte hingegen wurden mit der größten Diskretion behandelt. 1989 antwortete der Leiter des LBI für klinische Neurobiologie, Kurt Jellinger, auf eine entsprechende Anfrage von Wolfgang Neugebauer: „Sämtliches verfügbares Hirnmaterial wurde nach Mitteilung des Vorstandes des Path. anat. Instituts des PKH, Herrn Prim. DDr. Hackl, seinerzeit bestattet.“³³ Erst bei einer Begehung des Institutes am 16. Juli 1998 wurde die Sammlung histologischer Schnitte von Opfern der Kinderklinik „Am Spiegelgrund“ gefunden.³⁴

Drei weitere Jahre sollten vergehen, bevor auf dem Dachboden des Institutes noch ein weiterer Bestand von Euthanasie-Präparaten auftauchte. Die Zahl der Präparate, die in der Pathologie des Otto Wagner-Spitals, im Ludwig Boltzmann-Institut für Klinische Neurobiologie und am Institut für Neurologie der Uni Wien gefunden wurden (Feuchtpräparate, histologische Schnitte und Paraffinblöcke), geht in die Zehntausende. Rund 600 Urnen werden nötig sein, um sie zu bestatten.

Das Begräbnis wurde bisher durch den Mordprozeß gegen Heinrich Gross, in dem die Präparate als Beweismittel dienen sollten, verzögert. Nachdem dieser nun endgültig gescheitert sein dürfte, soll die Bestattung im April dieses Jahres stattfinden. Die Auseinandersetzung mit dem Thema soll damit nicht abgeschlossen sein: Anfang Mai wird das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit Unterstützung der Stadt Wien eine Ausstellung und eine Online-Dokumentation unter dem Titel „Der Krieg gegen die ‚Minderwertigen‘: Zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen in Wien“ präsentieren. Darüber hinaus ist die Errichtung einer Gedenk- und Forschungsstätte am ehemaligen „Steinhof“ geplant. Offene Fragen gibt es genug: Neben den Präparaten der „Spiegelgrund“-Opfer lagern im Otto-Wagner-Spital noch Hunderte von Gehirnschnitten aus der NS-Zeit. Sie dürften zu einem Großteil von Opfern der sogenannten „dezentralen Euthanasie“ in der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ stammen.

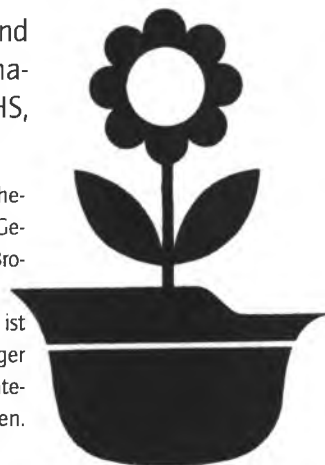
-
- 1 vgl. Götz Aly, *Der saubere und der schmutzige Fortschritt*. In: *Reform und Gewissen*. "Euthanasie" im Dienst des Fortschritts, ed. Götz Aly et al., Berlin 1985, 33.
 - 2 LG Wien, Vg 1a Vr 1601/48, Anklageschrift gegen Heinrich Gross, 19. 2. 1950, (DÖW E 18 215).
 - 3 Ernst Klee, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt am Main 1983, 229.
 - 4 ebenda, 380.
 - 5 OLG Wien, Urteil im Ehrenbeleidigungsverfahren Dr. Heinrich Gross gegen Dr. Werner Vogt, 30. 3. 1981, 39 (DÖW E 18 215).
 - 6 LG Wien, Vg 1a Vr 1601/48, Anklageschrift gegen Heinrich Gross, 19. 2. 1950, 5 (DÖW E 18 215).
 - 7 Aly, 64ff.
 - 8 Matthias Dahl, *Endstation Spiegelgrund. Die Tötung behinderter Kinder während des Nationalsozialismus am Beispiel einer Kinderfachabteilung in Wien*, Wien 1998, 110 ff.
 - 9 1945 wurde sie wegen illegaler Mitgliedschaft in der NSDAP vor 1938 für einige Zeit suspendiert, ein Volksgerichtsverfahren wegen Registrierungs Betruges wurde 1948 eingestellt (Vg 3b Vr 474/48, DÖW E 22.719).
 - 10 LG Wien, Vg 2b Vr 2365/45, Zeugenaussage Dr. Barbara Uiberrak in der Strafsache gegen Dr. Ernst Illing u.a., 8. 1. 1946 (DÖW 19 542), zit. nach Neugebauer, Spiegelgrund, 300.
 - 11 H. Gross, Zur Morphologie des Schädels bei der Acrocephalosyndaktylie, *Morphologisches Jahrbuch* 92 (1952), 350-372.
 - 12 LG Wien, Vg 1a Vr 1601/48, Anklageschrift gegen Heinrich Gross, 19. 2. 1950 (DÖW E 18 215).
 - 13 LG Wien, Vg 1a Vr 1601/48, Urteil gegen Heinrich Gross, 29. 3. 1950 (DÖW E 18 215).
 - 14 BSA-Beitrittserklärung von Heinrich Gross, 6. Juni 1951, zit. nach: Oliver Lehmann, Traudl Schmidt, *In den Fängen des Dr. Gross. Das misshandelte Leben des Friedrich Zawrel*, Wien 2001, 135.
 - 15 AZ vom 6. März 1976.
 - 16 Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Öllinger durch Wissenschaftsminister Caspar Einem vom 30. 4. 1998 (DÖW, ohne Signatur).
 - 17 Lehmann, 125.
 - 18 Heinrich Gross, Elisabeth Kaltenbeck, *The Clinical Position of Moperone among the Butyrophenons*, Typoskript vom 22. Mai 1968, 7 Seiten, 2 (DÖW).
 - 19 Zit. nach: EINGRIFFE - Informationen der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin 13/14 (1980), 25.

- 20 Heinrich Gross, Vortrag beim Clozapin-Symposium der Psychiatrischen Universitätsklinik Wien am 25.5.1973, Typoskript, 5 Seiten (DÖW)
- 21 Heinrich Gross hatte spätestens seit 1964/65 Förderungsmittel der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft für Forschungen an Hirnmißbildungen erhalten: ÖStA, AdR, BM für Unterricht, 119 996-I/6/65, Auftrag an die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft zur Bekanntgabe der geförderten Forschungsvorhaben, 4. 2. 1965 (Kopie im DÖW).
- 22 H. Gross, Institut zur Erforschung der Mißbildungen des Nervensystems. In: Geschäftsbericht 1970, ed. Ludwig Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich, Wien 1970, 10.
- 23 Geschäftsbericht 1968 (unveröffentlicht), 5 f.
- 24 LBG, Protokoll der Vorstandssitzung vom 27. Februar 1968.
- 25 Ernst Illing, Pathologisch-anatomisch kontrollierte Encephalographien bei tuberöser Sklerose. In: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie 1943 (1943), 160-171.
- 26 vgl. Daniela Angetter, Überprüfung der Sammlung des Neurologischen Instituts. In: Untersuchungen zur anatomischen Wissenschaft, 266-288. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass die Zahl noch etwas höher liegen dürfte.
- 27 F. Seitelberger, G. Vogel, H. Stepan, Spätfantile amaurotische Idiotie. In: Archiv für Psychiatrie und Zeitschrift für die ges. Neurologie 196 (1957), 154-190 und H. Bernheimer, F. Seitelberger, Über das Verhalten der Ganglioside im Gehirn bei 2 Fällen von spätfantiler amaurotischer Idiotie. In: Wiener Klinische Wochenschrift 80 (1968), 163-164.
- 28 Franz Seitelberger, Die Pelizaeus Merzbachersche Krankheit. In: Wiener Zeitschrift für Nervenheilkunde 9 (1954), 228-89.
- 29 Mündliche Mitteilung von Prof. Herbert Budka, Klinisches Institut für Neurologie d. Univ. Wien.
- 30 Dr. Werner Vogt hatte Heinrich Gross 1979 vorgeworfen, während der NS-Zeit an Tötungen von Kindern beteiligt gewesen zu sein. Gross klagte auf Ehrenbeleidigung und verlor in zweiter Instanz.
- 31 OLG Wien, Urteil im Ehrenbeleidigungsverfahren Dr. Heinrich Gross gegen Dr. Werner Vogt, 30. 3. 1981 (DÖW E 18 215).
- 32 vgl. Wolfgang Neugebauer, Herwig Czech, Die "wissenschaftliche" Verwertung der Opfer der NS-Kindereuthanasie. Die Gehirnpräparatesammlung im Psychiatrischen Krankenhaus d. Stadt Wien. In: Untersuchungen zur anatomischen Wissenschaft, 477-506.
- 33 Kurt Jellinger an Wolfgang Neugebauer, 10. 3. 1989, DÖW.
- 34 Zwei Protokolle (von Prof. W. Neugebauer und Prof. E. Gabriel) der Begehung des Ludwig Boltzmann-Instituts für klinische Neurobiologie und des Pathologischen Instituts des PKH finden sich in: Untersuchungen zur anatomischen Wissenschaft, 359-367.

Die Arge für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingshilfe bietet gemeinsam mit dem Internationalen Zivildienst ab der 8. Schulstufe (Hauptschule, AHS, BHS) antimilitaristische Unterrichtseinheiten an.

Gemeinsam mit den SchülerInnen diskutieren und erarbeiten wir die Themenbereiche Wehrpflicht, Wehr- und Zivildienst, Neutralität und Nato, Gewaltfreie Konfliktlösung und Bundesheer an. Videos Overheadfolien und Broschüren helfen uns, die Inhalte zu vermitteln.

Die Arge für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingshilfe ist seit 1977 in der Wehr- und Zivildienstberatung tätig. Als gemeinnütziger Verein verfügt die Arge mit der Rechtsberatung und der ZivildienstberaterInnen-schulung über die erfahrensten nichtstaatlichen MitarbeiterInnen. Kontakt: Christian Mokricky 01-5359109, argewdv@utanet.at



Pernkopf-Atlas

Die Inaugurationsrede des Eduard Pernkopf und seine „wissenschaftliche“ Arbeit

VON WOLFGANG LAMSA

Am 15. März 1943 wurde Eduard Pernkopf als Rektor der Universität Wien bei einer Feier im Festsaal der Universität inauguriert. Die so genannte Zeremonie wird als Festakt beschrieben. Neben dem Gauleiter und Reichsstatthalter Baldur von Schirach, dem Akademischen Senat, den Rektoren aller Wiener Hochschulen waren bei dieser Veranstaltung, neben Studenten und Studentinnen, ein Vertreter des Bürgermeisters, Angehörige der Wehrmacht, der SS und Höhere Polizeiführer anwesend. Ferner nahm der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust an der Feier teil. Der abtretende Rektor Prof. Fritz Knoll begrüßte die Anwesenden und beschrieb in einer kurzen Rede die Überführung „der Alma Mater Rudolphina in eine deutsche Universität“¹, in eine nationalsozialistische Universität, die unter seinem Rektorat in den letzten fünf Jahren betrieben worden war.

In einer früheren Rede sagte Knoll: „Unsere Universität wurde vor allem rasch und gründlich von allen jenen Professoren und Dozenten befreit, die als Lehrer an einer nationalsozialistischen Hochschule nicht geeignet waren. So ist die Bahn nun frei für einen neuen Studienbetrieb und für den notwendigen Aufbau.“²

Diese Phase der Gleichschaltung bzw. Selbstgleichschaltung der Universitäten wurde von Peter Lundgreen folgendermaßen beschrieben: Die „Nationalsozialistische Hochschulpolitik lässt sich in ihren Grundzügen unter fünf Aspekten kennzeichnen: Umgestaltung des Lehrkörpers durch ‚Säuberungen‘ und politische Rekrutierungspraxis, Heranziehen einer NS-loyalen Studentenschaft, Umgestaltung der Hochschulverfassung nach dem ‚Führerprinzip‘, Politisierung der wissenschaftlichen Disziplinen durch Orientierung an ‚völkischen Gesichtspunkten‘, Instrumentalisierung von Forschung und Entwicklung für den Endsieg“³. In Wirklichkeit bedeutete dieses Programm die Entlassung aller jüdischen Lehrenden, ihre Vertreibung ins Exil oder ihre Ermordung in den Konzentrationslagern. Unter Rektor Knoll wurden die Burschenschaften und deren politische Fraktionen zum Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund gleichgeschaltet.

Die Inauguration des Eduard Pernkopf hatte einen staatstragenden Charakter. Bevor er seine eigentliche Rede halten durfte, überreichte ihm der Hausmeister der Universität ein Zepter, und Pernkopf leistete ein Gelöbnis: „Magnifizenz! Ich übernehme hiermit diese Kleinodien und vor allem das Zepter in meine Obhut. Ich gelobe bei diesem Anlass, dass ich die Wiener Universität als *d e u t s c h e* (im Original hervorgehoben) Universität führen werde, in unwandelbarer Treue zu unserem Führer Adolf Hitler. Ich gelobe, daß ich mich stets für die Steigerung unserer geistigen Leistungen einsetzen werde, als Dienst am deutschen Volke, und für die Ehre der geistigen Arbeit.“⁴ Pernkopf bekommt nach diesen Sätzen von seinem Vorgänger eine goldene Amtskette umgehängt und hält nach einer Blasmusik-Einlage eine Rede, die ein Ausblick auf sein weiteres „wissenschaftliches“ Schaffen ist. Er versichert dem

nicht anwesenden Führer und Reichskanzler Adolf Hitler „die immerwährende Treue der Universität“⁵.

In der Folge legt er seinen Wissenschaftsbegriff dar. Er versucht die Vereinbarkeit seiner nationalsozialistischen Weltanschauung, die er als „Philosophia ultima“ bezeichnet, mit den Wissenschaften zu erklären. „Wir müssen (...) der Philosophia ultima, der Metaphysik und ihrem Drange, das Wesen der Wirklichkeit zu erschauen, es als Aufgabe überlassen, hier eine einheitliche Weltanschauung und Welterfassung zu erstreben.“⁶ Seine Bestrebungen, dieses Gedankenmodell auf die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen umzulegen scheitert, sein „pädagogisches“ Ziel formuliert er recht deutlich. So wollte er zum Beispiel sein eigenes Fach, die Medizin, eigentlich abschaffen um „selbständige Medizinische Akademien zu schaffen“⁷. Die Aufgabe der Universität definierte Pernkopf so: „Zielsetzung: ist die Universität für uns bildungsmäßig betrachtet die höchste und reinste Ausprägung des im Volke wirkenden Geistes und die Stätte, die die Auslese der Nation zu wahren geistigen Führern heranzubilden hat, so darf sie sich nicht damit begnügen, bloß eine entsprechende fachliche und rein intellektuelle Bildung zu vermitteln. Sie muss in jeder Hinsicht durch Vorbild, charakterliche und körperliche Ertüchtigung erzieherisch wirken.“⁸

Eduard Pernkopf war Mitglied in der Burschenschaft *Alemania*. Schon seit 1932 war er unterstützendes Mitglied der NSDAP und Mitglied der SA. Im Personalfragebogen der NSDAP wird seine „konsequente N.s. Haltung und Stellung innerhalb der Studentenschaft der Univ. Wien insb. in der Anatomie“⁹, erwähnt. Eduard Pernkopf wird dort als nationalsozialistischer Hochschullehrer bezeichnet, und wurde wegen seiner Förderung nationaler Elemente, in die 1938 wieder legale NSDAP aufgenommen.

In wissenschaftlicher Hinsicht erarbeitet sich Eduard Pernkopf einen Ruf, der noch bis vor einigen Jahren nahezu unumstritten war. Von 1937 bis 1960 erscheint sein anatomisches Lebenswerk in mehreren Bänden: „Topographische Anatomie des Menschen, Atlas der regionär strategischen Präparation.“ Dieser Anatomische Atlas galt noch bis vor kurzem als ein anatomisches Standardwerk, das weltweit einzigartig ist. Für die Erstellung dieses Atlas ging der Universitätsprofessor Eduard Pernkopf sozusagen über Leichen.

Die detailgetreuen Zeichnungen, die in diesem Atlas abgebildet sind, wurden anhand von unzähligen menschlichen Körpern und Organen vorgenommen. Die Grundlagen dafür bildeten Leichen von am Landesgericht Wien hingerichteten WiderstandskämpferInnen, Juden und Jüdinnen oder so genannte Kriminelle.

„Für die in der Strafvollzugsanstalt Wien I Hingerichteten wurde gemäß Rundverfügung vom 19. Februar 1939 vom Justizminister in aller Regel bestimmt, daß ihre Leichen dem Institut für Anatomie an der Universität zu übergeben seien. Eine reichseinheitliche Regelung der Ablieferung Justifizierter an anatomische Institute wurde im Einverständnis mit dem Reichsminister für Justiz auf dem Verordnungsweg vom Reichsminister für Wissenschaft und Erziehung und Volksbildung erlassen. Da sowohl den Verteidigern als auch den Anstaltsgeistlichen verboten war, die Angehörigen von einer geplanten Hinrichtung zu verständigen, konnten Ansuchen für die Herausgabe des Leichnams des Hingerichteten oftmals nicht rechtzeitig eingebracht werden. Meist waren die Angehörigen über die einschlägigen Vorschriften nicht einmal informiert worden.“¹⁰

Wurden von 1938 bis 1941 111 Menschen am Landesgericht Wien hingerichtet, so waren

es 1942: 308 Menschen, 1943: 487 Menschen, 1944: 372 Menschen, und im Jahr 1945: 81 Menschen.¹¹ In diesen Jahren wurden in Wien-Kagrán auch unzählige Wehrmachtsangehörige aus den unterschiedlichsten Gründen standrechtlich erschossen. Die Körper dieser Menschen wurden von Eduard Pernkopf und seinen Mitarbeitern ebenfalls „wissenschaftlich bearbeitet.“ Genaue Zahlen und Namen dieser Menschen konnte die von der Universität Wien eingerichtete Senatskommission 1998 nicht feststellen, da dafür keine Forschungsgelder vorhanden waren. Wie viele ermordete Menschen Eduard Pernkopf und seine Mitarbeiter für die wissenschaftliche Forschung auch verwendet haben, ihr Tod ermöglichte erst die „Einzigartigkeit“ des sogenannten Pernkopf-Atlas. Denn hier konnte zum ersten Mal die menschliche Anatomie an Körpern studiert werden, die nicht eines natürlichen Todes gestorben waren, sondern die sehr jung waren und deren Organe nicht durch Krankheit oder schädliche Umwelteinflüsse „beeinträchtigt“ gewesen sind.

Mit dem Zusammenbruch der Nazidiktatur flüchtete Eduard Pernkopf nach Salzburg, wo er im August 1945 verhaftet wurde. „In dem von den Amerikanern für ehemalige Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher eingerichteten Lager Glaserbach (Camp Marcus W. Orr) war Pernkopf dann etwa zwei Jahre lang interniert“¹². Nach seiner Entlassung versucht er im Nachkriegsösterreich wieder Fuß zu fassen. Die Universität hatte ihn entlassen, und die Zukunftsmöglichkeiten waren für so prominente Nazis wie Eduard Pernkopf im Nachkriegsösterreich nicht gut. Doch nach mehreren Versuchen findet er einen Weg seine Nazi-Karriere umzudichten. Das Amt der Salzburger Landesregierung jedenfalls zeigte sich bereit, die Entnazifizierung des ehemaligen Rektors der Universität Wien möglich zu machen. Mit Bescheid vom 16. 03. 1949 wurde sein Einspruch gegen die Registrierung als „Belasteter“ stattgegeben. Pernkopf hatte die Behörde davon überzeugen können, daß er die Dienstcharge eines SA-Obersturmbannführers der Sanität nur „ehrenhalber und rein ‚formell‘ verliehen erhalten hatte.“¹³ Aus dem nationalsozialistischen Universitätsrektor war ein „kleiner Mitläufer“ geworden. Damit stand einer Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Arbeit nichts mehr im Weg. Pernkopf hielt zwar keine Vorlesungen mehr, doch er konnte seine Arbeit über die „Topographische Anatomie des Menschen, Atlas der regionär strategischen Präparation“ am Anatomischen Institut der Universität Wien fortsetzen. Trotzdem das Institut gegen Ende des Krieges von einer Fliegerbombe getroffen wurde, waren noch unzählige Präparate erhalten geblieben, somit konnten weitere Bände des Pernkopf-Atlas erscheinen.

„Die Geschichte des Pernkopf-Atlas ist zu einem Demonstrationsbeispiel österreichischer Vergangenheitsbewältigung geworden.“¹⁴ Im März 1952 druckten die Salzburger Nachrichten einen Artikel, der sich mit dem dritten Band des Pernkopf-Atlas beschäftigte. „Der in der ganzen Welt bisher unerreichte Vorzug des Werkes besteht in der plastischen wissenschaftlichen Darstellung der Anatomie des menschlichen Körpers, so daß sie als Grundlage für Operationen und für die Lehrtätigkeit herangezogen werden kann. Es wurden keine Photographien, sondern durchwegs auf Grund von Präparaten hergestellte vierfarbige Zeichnungen verwendet. Wissenschaftler der verschiedenen Staaten haben bestätigt, daß dieses Verfahren, das ein außergewöhnliches Maß individueller Kunst erfordert, bisher in keinem Land der Welt verwirklicht werden konnte und auch mit den besten technischen Mitteln arbeitende Institute in den Vereinigten Staaten diese Leistung nicht erreichen konnten. Übersetzungen in die Welt-sprachen sind bereits abgeschlossen worden, für jede Ausgabe des Werkes wird Bildmaterial von

Wien aus geliefert werden“¹⁵. Als daraufhin in der österreichischen Öffentlichkeit Stimmen laut werden, die nach der Herkunft der Präparate fragen, meldet sich die Zeitung „Der Montag“ mit einem Artikel zu Wort, der wieder eine kolossale Umdeutung der Entstehungsgeschichte vornimmt. „Es ist ein Werk, auf das Österreich mit Recht stolz sein kann: In Österreich ersonnen und geplant, von österreichischen Künstlern geschaffen und zur Gänze in Österreich hergestellt“¹⁶. Die Nazivergangenheit des Eduard Pernkopf wurde verschwiegen. „Glückliches Österreich, daß es Männer besitzt, die der ganzen Welt dienen und helfen. Armes Österreich, das diese Männer aus politischer Rachsucht ihrer Habseligkeiten beraubt, sie jahrelang in einem Kabinett hausen lässt und nichts gegen ihre Abwanderung in das Ausland (Professor Pernkopf erhielt kürzlich eine ehrenvolle Berufung nach Kairo!) unternimmt!...“¹⁷

Wie Peter Malina in dem Bericht des Akademischen Senats zur Geschichte des Pernkopf-Atlas beschreibt, fragte schon 1966 „E. S. Horowitz von den Geigy Research Laboratories unter Bezug auf ‚some disquieting rumors‘ um Auskunft über Pernkopfs ‚political affiliation and behavior during the nazi period‘“¹⁸. Die Anfrage aus dem Ausland erregte damals kein Aufsehen, erst als der Kanadische Mediziner William E. Seidelman und Yad Vashem 1995 die Universitäten Wien und Innsbruck nach der Entstehungsgeschichte des Pernkopf-Atlas fragen, beginnt in Österreich eine Auseinandersetzung mit der Geschichte.

„Über den politischen Hintergrund Pernkopfs wurde nach 1945 bis in die Gegenwart in der Regel nicht mehr gesprochen, da sein wissenschaftlicher Ruf seine politische Lebensgeschichte vollkommen überdeckte. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass der fachlich-wissenschaftlich interessierte Blick die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Forschung nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Erst in jüngster Zeit ist in der historisch sozialwissenschaftlichen Forschung der ‚schmutzige Fortschritt‘ im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Medizin im Nationalsozialismus zur Diskussion gestellt worden“¹⁹.

Das 1998 abgeschlossene Senatsprojekt der Universität Wien beschreibt die Entstehungsgeschichte des Pernkopf-Atlas. Es untersucht akribisch genau die einzelnen Aspekte seiner Herstellung und räumt mit dem gut gestrickten Mythos, dass diese Publikation eine Weltleistung eines österreichischen Wissenschaftlers wäre, auf. Es ist, wie der Historiker Peter Schwarz vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands gegenüber dem Autor des Beitrages meinte, „ein Pilotprojekt österreichischer Vergangenheitsbewältigung, das für alle anderen Universitätsinstitute mit ähnlicher Vergangenheit Maßstäbe setzt. Natürlich war der budgetäre Rahmen nicht sehr groß, doch die wichtigsten Fragestellungen konnten recherchiert und publiziert werden.“ Peter Schwarz, der an diesem Senatsprojekt mitgearbeitet hat, bewertet das Senatsprojekt positiv, weist aber darauf hin, „dass es natürlich unzählige weitere wissenschaftliche Gebiete und Institutionen gibt, bei denen die Forschung erst am Anfang steht.“

An alle Bibliotheken weltweit, in denen der Pernkopf-Atlas steht, erging ein Schreiben, das seine Entstehungsgeschichte erklärt und das dem anatomischen Atlas hinzugefügt wurde. Damit die LeserInnen selbst entscheiden können, wie sie mit dem Pernkopf-Atlas umgehen sollen. Als wissenschaftliches Standardwerk hat er nicht nur moralisch ausgedient, mittlerweile gibt es Computertomographien, die den menschlichen Körper wesentlich besser und genauer beschreiben. Sie lassen sich in jedem größeren Krankenhaus herstellen, ohne dass Menschen dafür umgebracht werden müssen.

- 1 Die feierliche Rektorsinauguration der Universität Wien. 1943. Bericht von Rektor Univ. Prof. Dr. Fritz Knoll. Antrittsrede von Rektor Prof. Dr. Eduard Pernkopf. Universität und Wissenschaft. Verlag der Ringbuchhandlung. Wien. 1944.
- 2 Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft an den Ostmarkdeutschen Hochschulen. 1938/39. S. 60. Zitiert nach Lichtenberger-Fenz. NS-Herrschaft in Österreich: ein Handbuch. Hg. Emmerich Talos ua. ÖBV. 2000
- 3 Peter Lundgreen. Wissenschaft und Hochschulpolitik im Dritten Reich. Frankfurt am Main. 1985.
- 4 Die feierliche Rektorsinauguration der Universität Wien. 1943. Bericht von Rektor Univ. Prof. Dr. Fritz Knoll. Antrittsrede von Rektor Prof. Dr. Eduard Pernkopf. Universität und Wissenschaft. Verlag der Ringbuchhandlung. Wien. 1944. S 26.
- 5 ebenda S.29.
- 6 ebenda S.44.
- 7 ebenda S.58.
- 8 ebenda S.58.
- 9 Prof. Dr. Eduard Pernkopf: Personalfragebogen der NSDAP, 31. Mai 1938. Quelle: Österr. Staatsarchiv, Gauakt 281509.
- 10 Peter Schwarz in: Senatsprojekt der Universität Wien. Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien. 1938- 1945. Wien 1998. Kapitel 4. NS-Justiz, Todesstrafe und Hinrichtung am Landesgericht Wien unter besonderer Berücksichtigung der zum Tode verurteilten jüdischen Opfer. S 115.
- 11 Daniela Angetter in: Senatsprojekt der Universität Wien. Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien. 1938- 1945. Wien 1998. Kapitel 3. Erfassung der von der NS- Justiz in der Zeit von 1938- 1945 Hingerichteten, die als Studienleichen dem Anatomischen Institut der Universität Wien zugewiesen wurden. S.84.
- 12 ebenda. S. 431.
- 13 ebenda S. 440.
- 14 Peter Malina in: Senatsprojekt der Universität Wien. Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien. 1938- 1945. Wien 1998. Kapitel 2. Eduard Pernkopf. Versuch einer „stratigraphischen“ Biographie. S. 420.
- 15 Salzburger Nachrichten vom 15. 03. 1952. Neue Weltleistung der österreichischen Wissenschaft.
- 16 Der Montag vom 31.03.1952. Ein Weltbuch ist erschienen.
- 17 ebenda.
- 18 Peter Malina in: Senatsprojekt der Universität Wien. Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien. 1938- 1945. Wien 1998. Kapitel 2. Eduard Pernkopf. Versuch einer „stratigraphischen“ Biographie. S. 425.
- 19 Peter Malina, Gustav Spann. in Wiener klinische Wochenschrift 1999. 11/18. Springer Verlag s.745

Vor 40 Jahren – der Fall B.

VON FERDINAND LACINA

5 Jahre nach dem Staatsvertrag tauchten an den Wänden Österreichs Hakenkreuze und sogenannte Odalsrunen auf, „Heimattreue“ begannen sich erneut zu regen. Das Unterrichtsministerium empfahl Zeitgeschichte zu lehren. Der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Welthandel berichtete also nicht mehr nur vom germanischen Pflug, der tiefer in die Erde eindrang als der römische, er widmete sich der jüngeren Vergangenheit. 3 Jahre vor 1968 war Wien Schauplatz von Demonstrationen, die Zustände an den Hochschulen zum Anlass hatten, die gewalttätig ausarteten und zu zahlreichen Verletzungen, sogar zum Tod von Ernst Kirchweger, eines Widerstandskämpfers und Kommunisten, führten. Begonnen hatte alles mit der

Der Fall Borodajkewycz

VON DEBORAH HARTMANN

Unter den zahlreichen Professoren, die ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zum Trotz auch nach 1945 an Österreichs Universitäten lehrten, sorgte in den 60er Jahren einer für besondere Aufregung: Taras Borodajkewycz, Professor an der Hochschule für Welthandel (Wirtschaftsuniversität).

Taras Borodajkewycz wurde am 1. Oktober 1902 in der Ukraine geboren. Er wuchs streng katholisch in Baden bei Wien auf. Nach seinem Abitur begab er sich an die Wiener Universität um Theologie zu studieren. Nach zwei Jahren allerdings brach Borodajkewycz das Studium ab und widmete sich der Philosophie. Doch auch dieses Studium beendete er nicht. Seinen Abschluss machte Borodajkewycz 1932 in Geschichte und wurde kurz darauf Assistent des deutschtümelnden Historikers Heinrich Ritter von Srbik, „Alter Herr“ der Wiener Burschenschaft *Gothia*.

Borodajkewycz hingegen war katholisch korporiert (CV) und wurde 1933 Sekretär des Katholikentages. Für sein diesbezügliches Engagement bekam er das päpstliche Ehrenkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice“ ausgehändigt. Im Jänner 1934 wurde er Mitglied der illegalen NSDAP. Trotz seiner NS-Gesinnung blieb Borodajkewycz seiner CV-Mitgliedschaft treu. Er sah sich als einer der „Brückenbauer“ zwischen politischem Katholizismus und Nationalsozialismus, eine Funktion, die er nach 1945 wieder einnehmen sollte.¹ 1935 begann seine Tätigkeit in der NSDAP als Mitarbeiter des NS-Nachrichtendienstes. „Schon damals verstand er es, als Staatsbeamter – er war damals Staatsarchivar des Bundeskanzleramtes –, ‚Gesinnung‘ und Beruf zu vereinen. Wie die Geschichte der 6. Wiener SA-Brigade lobend erwähnt, verwahrte er ‚wichtiges illegales Aktenmaterial‘ im Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Stolz berichtet er im Jahr 1938 über seine illegale Tätigkeit: seine Privatwohnung hatte er der Stabsführung der SA für Sitzungen zur Verfügung gestellt, er erstattete Gutachten für die illegale Landesleitung, er verwahrte die Organisationspläne der SA. Außerdem arbeitete er im Kulturreferat der SA und als Schulungsmeister der SS.“²

Wiedereingliederung von Professoren, die eine Nazi-Vergangenheit hatten, in österreichische Universitäten. Einige von ihnen hatten nur das Parteibuch, nicht die Gesinnung gewechselt, was sie auch in den von ihnen vortragenen Lehrinhalten deutlich machten. Der frühere Studentenfunktionär Heinz Fischer, nunmehr im Parlamentsklub der Sozialistischen Partei tätig, widmete diesem Problem einen Artikel im theoretischen Organ der SPÖ, der „Zukunft“, in dem er auch einige Namen als Beispiele für alten nazistischen Ungeist nannte, der sich wieder auf Universitätsboden breit machte. Unter anderem war auch vom Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Welthandel, der Vorläuferin der heutigen Wirtschaftsuniversität, Taras Borodajkewycz, die Rede. Während seine Kollegen es vorzogen, auf diesen, auch in der „Arbeiter-Zeitung“ verkürzt nachgedruckten Artikel nicht zu reagieren, lief „Boro“ zu Gericht, fühlte sich in seiner Ehre gekränkt.

Einem größeren Kreis war er schon längere Zeit ein Begriff. In einer der damals populär werdenden Quizsendungen des Rundfunks hatte es eine Studentin der „Welthandel“ gewagt, den allgemein gebräuchlichen

1937 wurde Borodajkewycz Dozent an der Universität Wien, 1942 unterrichtete er Allgemeine Neuere Geschichte an der Prager Universität. Häufig wurde er aufgrund seiner religiösen Gesinnung von der NSDAP ermahnt. Einige unaufmerksame Äußerungen Borodajkewycz', wie z. B., dass der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen sei, führten 1943 zum Ausschluss aus der NSDAP. Sofort legte Borodajkewycz Berufung gegen dieses Urteil ein und tatsächlich, aus einem Ausschluss wurde eine Verwarnung. Borodajkewycz war also bis 1945 NSDAP-Mitglied.

Schon 1946 wurde Borodajkewycz als „Minderbelasteter“ eingestuft und erreichte somit seine Entnazifizierung. Aufgrund seiner guten Beziehungen zur ÖVP, insbesondere zum damaligen Unterrichtsminister Drimmel und dem späteren Bundeskanzlers Klaus, der sich in der Ersten Republik als Spitzenfunktionär der antisemitischen *Deutschen Studentenschaft* betätigte, schaffte es Borodajkewycz 1955 abermals zum außerordentlichen Professor an der Wiener Hochschule für Welthandel. Erst elf Jahre später sollte er zwangsweise pensioniert werden.

Zahlreiche Äußerungen Borodajkewycz' brachten Politiker und Journalisten bereits in den Fünfzigern und Sechzigern in Aufruhr. In Artikeln konnte man durchaus seine neonazistische Haltung erkennen, wie zum Beispiel 1956 in der Zeitschrift *Die Aktion*: „Zu den unerfreulichsten Überresten des an Gesinnungs- und Würdelosigkeit reichen Jahres 1945 gehört das Geflunker von der ‚österreichischen‘ Nation. Es entstammt derselben moralischen und geistigen Haltung, die die Besatzungsmächte als Befreier feierte und die dauernde Erinnerung an ihr für unser Land so segensreiches Erscheinen in der Umbenennung von Straßen und Plätzen festhalten wollte, der Haltung, die den bisherigen Ehrenkodex der Menschheit umstülpte und Feigheit, Fahnenflucht und Verrat als die wahren Tugenden des österreichischen Mannes pries. Diese Sumpflilien einer Zeit, der der Boden unter den Füßen entzogen war, gehören glücklicherweise der Vergangenheit an.“³

Dokumentiert ist auch eine Vorlesung über die Entstehung der Weimarer Republik, die Borodajkewycz Anfang Februar 1961 hielt. Dabei schien es ihm notwendig vom „jüdischen“ Hugo Preuß zu sprechen. Als „jüdische Massenaufpeitscherin“ bezeichnete Borodajkewycz Rosa Luxemburg, die von Leuten umgebracht wurde, die er „herrliches deutsches Freikorps“

Begriff für ihre Hochschule zu verwenden: nämlich „Greißlerakademie“. Das Professorenkollegium reagierte beleidigt und leitete ein Disziplinarverfahren ein. Dies wiederum veranlasste den der ÖVP angehörenden Redakteur Heribert Husinsky zu einem Leitartikel im „Neuen Österreich“, einer offiziös-grosskoalitionären Postille unter dem Titel „Lotte und Taras“. Kernpunkt seiner Glosse war die Frage, wer mehr zur Schädigung des Rufes der Hochschule für Welthandel beitrage, eine junge, kecke Studentin oder ein alter, unbelehrbarer Geschichtspräsident mit Vergangenheit.

Hinter diesem Artikel verbarg sich wohl auch interne ÖVP-Kritik an der Rehabilitierung eines Mannes, der in den dreißiger Jahren bereits unrühmlich dadurch auffiel, dass er keine Schwierigkeiten hatte, gleichzeitig mit beiden Spielarten des Faschismus sich anzufreunden, Dollfuß organisatorisch zu unterstützen und den illegalen Nazis zu dienen. Borodajkewycz war ein Exempel für das Fischen im Trüben der gar nicht so „Ehemaligen“, wie es von allen Parteien betrieben wurde.

nannte. Auch von der „jüdischen SPD“ sprach Borodajkewycz gerne.

„Eine ganze Vorlesung widmete Borodajkewycz auch der brennenden Frage, ob Adolf Hitler ‚Vierteljude‘ gewesen sei oder nicht, wie überhaupt die ‚Persönlichkeit‘ des ‚Führers‘ eine noch immer nicht abgeschwächte Anziehungskraft auf ihn ausübt. Auch über die ‚Juden in der NSDAP‘ hat er etwas zu sagen: ‚Heydrichs Großmutter war Jüdin – und das war in der SS bekannt –, obwohl er persönlich ein ausgezeichnet aussehender, blonder, intelligenter und sympathischer Mensch war.“⁴

Im Februar 1962 beschäftigte sich der frisch promovierte Jurist Heinz Fischer mit der „Situation an Österreichs Hochschulen“. Zu diesem Thema verfasste er einen Artikel in der sozialistischen Monatszeitschrift *Die Zukunft*, in dem es unter anderem heißt: „Übereinstimmend stellen die Minister Afritsch und Dr. Broda fest, dass die Bekämpfung des Neonazismus bei der Erziehung im Elternhaus und in der Schule beginnen muss. (...) Sehr richtig! Aber wie sieht es in der Praxis aus? An der Hochschule für Welthandel wird die demokratische Gesinnung den Studenten unter anderen von Prof. Taras Borodajkewycz beigebracht, der unter Schuschnigg Katholikentage organisierte, aber 1938 sofort zum Naziregime übergang und der jetzt – akademischer Lehrer und Vorbild sein soll.“⁵

Im Juni schrieb Fischer: „Borodajkewycz war ein eifriger Verfechter des Ständestaates (...); nach 1938 rühmte sich Borodajkewycz hingegen schon lange Mitglied des illegalen Blocks gewesen zu sein (...) Heute mutet man den Studenten zu, sich an der Hochschule für Welthandel von Herrn Dr. Borodajkewycz ausgerechnet in Geschichte unterrichten zu lassen.“⁶

Borodajkewycz klagte daraufhin Heinz Fischer und den zuständigen Redakteur wegen Ehrenbeleidigung. Ferdinand Lacina, zu dieser Zeit Student und Parteifreund von Heinz Fischer, fertigte dann Mitschriften aus Borodajkewycz' Vorlesungen an, um die Unschuld seines Freundes zu beweisen. Allerdings konnten diese vor Gericht nicht verwendet werden, da Borodajkewycz in seinen Vorlesungen damit drohte, dass Studenten, die gegen ihn aussagen würden, mit einem Ausschluss zu rechnen hätten. Trotz der Tatsache, dass Borodajkewycz Teile dieser Äußerungen gar nicht abstritt und der Justiz seine Vergangenheit bekannt war, wurden Heinz Fischer und der Redakteur 1963 zu Geldstrafen verurteilt.

Der Prozess gegen Heinz Fischer löste zunächst geringe Echo aus, erst als sich das damals noch junge Medium Fernsehen, in der von Gerhard Bronner und Peter Wehle gestalteten Sendung „Zeitventil“ der Sache annahm und der Schauspieler Sobotka einige Zitate aus Vorlesungen des Historikers wiedergab, der sorgfältig die jüdische Abstammung von ihm zitierter Persönlichkeiten angab, sich hie und da auch zu einem „Kaffeehaus-Juden“ hinreißen ließ, wurde die Sache publik. Die Hochschülerschaft an der „Welthandel“ glaubte für den Professor eine Pressekonferenz veranstalten zu müssen, um die Dinge richtigzustellen.

Der Professor, unter Gleichgesinnten zur Hochform auflaufend, bestätigte mit seinem antisemitischen Grundton alle Vorwürfe gegen ihn. Es bedurfte jedoch zweier Großdemonstrationen, um den Bundeskanzler Klaus, später als „echter Österreicher“ plakatiert, und den Unterrichtsminister Piffli-Percevic zu aktivieren. Ein langwieriges Disziplinarverfahren hatte den vorzeitigen Ruhestand des Professors mit unwesentlich gekürzten Bezügen zur Folge. Eine neonazistische Burschenschaft, der auch der Totschläger Ernst Kirchwegers an-

Und noch ein weiteres Mal halfen Borodajkewycz seine guten Beziehungen zu ÖVP-Mitgliedern. Am 20. Jänner 1965 stellten die sozialistischen Abgeordneten Karl Mark und Stella Klein-Löw eine Anfrage an den Unterrichtsminister Piffl-Percevic, ob dieser bereit sei, gegen Professor Brodajkewycz ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Grund dafür war ein Artikel von Borodajkewycz in der deutschen Wochenzeitschrift *Das Parlament* zum Thema „Der Zweite Weltkrieg“. Dort schrieb er nämlich unter anderem: „Es ist nur ein Teil der gesamtdeutschen Katastrophe, daß wir deutschen Österreicher zum zweitenmal innerhalb einer Generation das größere Vaterland verloren haben.“⁷ Der Unterrichtsminister lehnte das Ansinnen der SPÖ-Anfrage kurzerhand ab.

Zum Auslöser der Affäre wurde schließlich die Pressekonferenz vom 23. März 1965: Diese wurde von der ÖH organisiert und fand im Audi Max der Wiener Universität statt. Zahlreiche Studenten waren gekommen. Der Grund für diese Veranstaltung war allen klar: Borodajkewycz wollte Stellung beziehen gegenüber den Anschuldigungen der letzten Monate. Schon beim Betreten des Saales empfing den Professor kräftiger Applaus. Als er über seine Prozesse gegen Heinz Fischer und sozialistische Parteizeitungen berichtete und dabei den jüdischen Anwalt Rosenzweig erwähnte, brach das Publikum erstmals in Gelächter aus.

Dann versuchte Borodajkewycz zu erklären, weshalb er in seinen Vorlesungen Juden und Jüdinnen immer als solche bezeichne: „Nun kennen Sie meine Vorlesungen, und Sie wissen daß ich tatsächlich Persönlichkeiten der Geschichte, die aus dem Judentum stammen, als solche deklarieren, und ich werde das auch weiterhin tun, weil es meine Pflicht als Historiker ist, nicht wahr, und ich sehe nicht ein, warum jemand darüber beleidigt sein sollte. Wenn mir jemand sagt: Herr Borodajkewycz, Sie sind slawischer Abstammung – was mein Name eindeutig sagt –, bin ich ja auch nicht beleidigt darüber. Ich kann nicht sagen, daß Kelsen Israeli war, weil damals der Staat Israel noch nicht existiert hat.“ Den größten Beifall erreichte er, als er sich stolz dazu bekannte, freiwillig der NSDAP beigetreten zu sein.

Die *Arbeiter-Zeitung*, die von Borodajkewycz schon zuvor mit Klagen eingedeckt worden war, schrieb über die Pressekonferenz: „Die Art, in der diese antisemitische Kundgebung abgehalten wurde, indem bei der Nennung jüdischer Namen Gelächter und Gejohle ausbrach

gehörte, wurde verboten, der Totschläger zu wenigen Monaten Gefängnis verurteilt.

Bedeutender war die Wirkung der Affäre. Erstmals wurden Lehrinhalte einer Hochschule, die eher von den Überbleibseln faschistischer Ideologien verschiedensten Ursprungs denn von demokratischem Geist geprägt war, in Frage gestellt. Konsens aus der Zeit gemeinsamen Widerstandes gewann an Bedeutung gegenüber dem Stimmenfang der Konkurrenzdemokratie, zumindest vorübergehend.

Manche der Akteure von damals sind heute noch tätig, natürlich Dr. Heinz Fischer als Präsident des Österreichischen Nationalrats, aber auch die „andere Seite“ stellt noch Aktive, ein Wirtschaftskammerpräsident war damals glückloser Veranstalter der berüchtigten Pressekonferenz, wenig verwundert die Teilnahme einiger FPÖ-Funktionäre, früherer und jetziger, an den Demonstrationen für „Boro“.

und ein Bekenntnis zur NSDAP-Vergangenheit mit stürmischem Beifall quittiert wurde, gibt zu ernstester Besorgnis Anlaß und fordert rasche und wirksame Maßnahmen zu Wiederherstellung des Ansehens der österreichischen Hochschulen.“⁸

Schon am Tag nach der Pressekonferenz kam es zu ersten Demonstrationen gegen Borodajkewycz und kurz darauf auch zu ersten Rangeleien zwischen Borodajkewycz-GegnerInnen und -Anhängern. Die Demonstrationen wurden von der *Österreichischen Widerstandsbewegung*, dem *Antifaschistischen Studenten Komitee* und von AktivistInnen linker ÖH-Fraktionen organisiert. Bald beteiligte sich auch die *Katholische Hochschulg Jugend* und verschiedene Gewerkschaften am Protest gegen den Nazi-Professor. Der Höhepunkt der Demonstrationen war der 31. März 1965. Tausende versammelten sich an jenem Abend in der Wiener Innenstadt, um gegen Borodajkewycz zu demonstrieren. Doch auch einige hundert Borodajkewycz-Anhänger hatten sich zusammengefunden, um die Demonstration zu stören. Auf der einen Seite erblickte man Transparente wie „Österreichs Studenten dulden keine Antisemiten an ihren Hochschulen“ und „Borodajkewycz muß weg“, auf der anderen Seite ertönten Rufe wie „Heil Borodajkewycz“, „Juden raus“ und „Hoch Auschwitz“.

An diesem Abend kam es zu schweren Ausschreitungen. Trotz massivem Polizeischutz und einer Ordnerkette kam es zum Tod eines Antifaschisten. Der 67-jährige Kommunist und ehemalige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger wurde vom 24-jährigen Neonazi und Burschenschafter Günther K. niedergeschlagen und starb wenige Tage später an den Folgen der Verletzung.

Günther K., geboren in Teheran, schloss sich schon mit sechzehn Jahren der rechtsextremen Szene an und wurde Mitglied des *Bundes Heimatlicher Jugend*. Nachdem diese Organisation verboten worden war, wechselte er ins unmittelbare FPÖ-Vorfeld über. Mit Beginn seines Chemiestudiums wurde er schließlich Aktivist des *Ringes Freiheitlicher Studenten* und Mitglied der Burschenschaft *Markomannia* und der *Olympia*.

Bereits 1957 wurde K. aufgrund zahlreicher Hakenkreuzschmierereien angezeigt. Am 1. Mai 1958 warf er Stinkbomben auf den Maiaufmarsch der SPÖ. 1961 warf er eine Brandbombe gegen die italienische Botschaft, 1962 wurde er zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er auf das Parlament geschossen hatte. Im Oktober 1965 wurde K. in einem Prozess der Totschlag als „Notwehrüberschreitung“ ausgelegt. Er wurde zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt, wobei die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Das Begräbnis von Ernst Kirchweger am 9. April 1965 wurde zu einer großen Manifestation des „demokratischen Österreichs“: Mehr als 25.000 Menschen, voran höchstrangige PolitikerInnen von SPÖ, KPÖ und sogar ÖVP, begleiteten den Zug vom Ring zum Zentralfriedhof. Zahlreiche Redner appellierten an die Bevölkerung, einig und wachsam gegenüber der neonazistischen Gefahr zu sein. Angerufen wurde wieder der „Geist der Lagerstraße“, nach welchem die AnhängerInnen der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik (SPÖ, ÖVP, KPÖ) ihre Differenzen angesichts der (neo)nationalsozialistischen Bedrohung hintanstellen.

Was dieser „Geist“ abseits von Sonntagsreden wert ist, belegte die ÖVP mit ihrer anhaltenden Rückendeckung für Borodajkewycz. In der Fragestunde des Nationalrates am 31. März 1965, hielt der SP-Abgeordnete Neugebauer dem Unterrichtsminister eine Reihe von Rechtsgutachten vor, die ihm die vorläufige Suspendierung von Borodajkewycz ermöglichen würden. Piffel-Percevic lehnte dennoch ab, mit der Begründung: „Ich kenne die Problematik der Frage, ob ich unmittelbar dieses Suspendierungsrecht besitze oder nicht. Auch wenn ich es besäße, würde ich es nicht

ausüben, ohne konkrete amtliche Berichte über die Vorkommnisse vorliegen zu haben (...).“⁹

Bezeichnend auch die Reaktion von Piffel-Percevic auf die Kritik der SozialistInnen an seiner Untätigkeit: „Die Sozialisten werfen mir vor, ich hätte in dem Fall Borodajkewycz, ein dem Unterrichtsminister zustehendes Recht nicht wahrgenommen (...) Sie wollen damit über die besorgniserweckende Tatsache hinwegtäuschen, dass in den von ihnen betreuten Amtsbereichen gesetzliche Pflichten nicht wahrgenommen worden sind (...) Ohne Ermittlungsverfahren aber zu handeln bedeute undemokratische Willkür, wie wir sie in den Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft zur Genüge kennengelernt haben.“¹⁰

Wie stets bei der Pardonierung und Integration von ehemaligen Nationalsozialisten wurde auch hier der Antikommunismus in Anschlag gebracht: „Die traurigen Vorfälle der Vorwoche dürfen zu keiner Munition für die kommunistische Propaganda gegen die Demokratie in Österreich werden, erklärte Generalsekretär Dr. Withalm heute dem ÖVP-Pressedienst (...) Wer an den österreichischen Hochschulen lehren darf und wer nicht, wird jedenfalls weder die Straße noch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs bestimmen, schloss Generalsekretär Dr. Withalm.“¹¹

Nur wenige ÖVP-Politiker äußerten sich entschieden und direkt gegen Borodajkewycz, so der Nationalratsabgeordnete Nemeč, der in einer Plenumsdebatte meinte: „Es stehe aber außer Streit, dass der Beruf eines Hochschullehrers neben Rechten auch Pflichten mit sich bringt (...) Rassische Diskriminierung darf es nicht geben (...) der Fall Borodajkewycz hat schon viel zu hohe Wellen geschlagen, als gut ist. Er muss rasch bereinigt und dann die Debatte darüber abgeschlossen werden.“¹²

Während die Aktivitas des *Cartellverbandes* (CV) mehrheitlich im Borodajkewycz-Lager zu finden war, bezogen die CV-„Senioren“ deutlich gegen ihn Stellung. Unmittelbar nach der berüchtigten Pressekonferenz gaben diese eine Erklärung ab, „in der aufs schärfste jede Art von nationalsozialistischer Betätigung, Glorifizierung, Gutheißung oder Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes an den österreichischen Hochschulen verurteilt wird.“¹³

Und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten forderte in einem Telegramm an Piffel-Percevic: „Die Disziplinarkammer möge rasch und konsequent entscheiden, um zu verhindern, dass sich auf Hochschulboden NS-Gedankengut ausbreite.“¹⁴

Aber auch in der SPÖ wurden Stimmen laut, die angesichts der damals vorherrschenden Stimmung vor einer allzu deutlichen Positionierung auf antifaschistischer Seite warnten. So räumt Ferdinand Lacina ein: „Das war ja mitten in einem Wahlkampf, es war also auch für uns in der Partei nicht ganz einfach, weil es da in der Partei Meinungen gegeben hat, die gesagt haben, mitten in der Wahl für den Bundespräsidenten brauch ma des net, da brauchen wir alle Stimmen, die wir bekommen können.“¹⁵

Die FPÖ verhielt sich eher ruhig und versuchte, die Affäre als rein disziplinäres Problem darzustellen und aus dem Nationalrat zu halten. Bei den Abstimmungen zum Fall Borodajkewycz stimmten freiheitliche Mandatare dann entweder dagegen oder verließen den Saal.

Die rechte ÖH-Exekutive, gebildet aus konservativen und freiheitlichen Fraktionen, bezog eindeutig für Borodajkewycz Stellung: „Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Hochschülerschaft, Peter Thiel, bedauerte das Verhalten einiger Kollegen in der Hörerversammlung. Gleichzeitig aber erklärte er im Namen der Hochschülerschaft, die Vorwürfe gegen Professor Borodajkewycz seien ‚unfair‘, ‚unkorrekt‘ und ‚in provozierender Weise‘ vorgebracht worden.

Unobjektive Zeitungsberichte hätten die Unruhen erst ausgelöst.“¹⁶

Aufgrund der Ereignisse vom März/April 1965 beantragte Heinz Fischer eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Ferdinand Lacina konnte nun als Zeuge aussagen, da er sein Studium schon beendet hatte. Sowohl die Mitschriften Lacinas, als auch Borodajkewycz' Pressekonferenz dienten als Beweismaterial. Am 22. Juni 1965 wurden Heinz Fischer und sein Redakteur tatsächlich freigesprochen.

Das Gericht begründete das Urteil folgendermaßen: „Der Hauptakzent ist auf den beim Privatankläger tief eingewurzelten Antisemitismus zu legen. (...) Wer gegen Teile der Bevölkerung eine feindselige Haltung einnimmt, wer gegen andersrassische Gruppen ist, kann nicht als Demokrat angesehen werden.(...) Er hat die Bemerkungen nicht am Stammtisch, sondern vor Studenten gemacht, die er zu demokratischen Staatsbürgern zu erziehen hatte.“¹⁷

Bereits am 5. Juni 1965 betonte die Staatsanwaltschaft, dass Borodajkewycz' Verhalten „hart an der Grenze des Tatbestandes nach Paragraph 3g des Verbotsgesetzes nationalsozialistischer Wiederbetätigung“¹⁸ liege. Trotzdem hielt sie es nicht für notwendig, in die Affäre unmittelbar einzuschreiten. Die Staatsanwaltschaft überließ das den zuständigen Universitätsbehörden.

Doch auch diese reagierten nicht. So richtete Borodajkewycz selbst am 2. Juni 1965 ein Ansuchen an die Hochschule für Welthandel, gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Kurz darauf wurde er beurlaubt. Erst am 14. Mai 1966 wurde das Urteil dieser Untersuchung verkündet. Borodajkewycz wurde zwangsweise pensioniert. Der Wortlaut des Disziplinarverfahrens wurde nie veröffentlicht.

Während seiner weiteren Lebensjahre verfasste Borodajkewycz zahlreiche Bücher und Artikel, auch für rechtsextreme Zeitschriften. Am 3. Jänner 1984 starb er im 82. Lebensjahr in Wien.

1 Bei einer "Geheimkonferenz" am 28. Mai 1949 in Oberweis bei Gmunden schlugen frühere NSDAP-Mitglieder der ÖVP ein Geschäft vor, das der ÖVP die Stimmen der Ehemaligen verschaffen sollte, wenn sich diese für eine Abmilderung des NS-Verbotsgesetzes stark mache. Auf Seiten der (ehemaligen) Nationalsozialisten nahm Borodajkewycz daran teil.

2 Schmidt, Erich; Konecny, Albrecht K.: "Heil Borodajkewycz!" Österreichs Demokraten im Kampf gegen Professor Borodajkewycz und seine Hintermänner. Wien, München 1966, S.16

3 zit. nach ebd., S.10

4 ebd., S. 7

5+6 zit. nach: Gehler, Michael; Sickinger, Hubert: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur, Wien, München 1996, S. 491f

7 zit. nach Arbeiter-Zeitung, 14. 3. 1985, S. 5

8 Arbeiter Zeitung, 25. 3. 1965, S. 2

9 Gehler, Michael a.a.O., S. 494

10 zit. nach Fischer, Heinz: Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz. Wien, Frankfurt a. M., Zürich, S. 284f

11 Vorarlberger Volkszeitung, 6. 4. 1965, S. 1

12 Arbeiter-Zeitung, 1. 4. 1965, S. 3

13+14 zit. nach Fischer, Heinz a.a.O., S. 251

15 zit. nach Gehler, Michael a.a.O., S. 495

16 zit. nach Fischer, Heinz a.a.O., S. 254

17 zit. nach Schmidt, Erich a.a.O., S. 8f

18 zit. nach Gehler, Michael a.a.O., S. 500

UnterstützerInnen

Gefördertes Sonderprojekt der Österreichischen HochschülerInnenschaft – Bundesvertretung
Gefördertes Sonderprojekt der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien

HochschülerInnenschaft der Technischen Universität Wien • Fakultätsvertretung – Human- und Sozialwissenschaften der Universität Wien • Fakultätsvertretung – Geistes- und Kulturwissenschaften der Universität Wien • Fakultätsvertretung – Technische Naturwissenschaften und Informatik der TU Wien • Fachschaft Informatik – TU Wien • Fachschaft Architektur – TU Wien • GPA StudentInnen • DÖW – Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes • LICRA – Ligue Internationale Contre le Racisme et l'Antisemitisme • GRAS – Grüne und Alternative StudentInnen • VSSÖ – Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs • KSV – Kommunistischer StudentInnenverband • Ökoli – StudentInnen • SJ – Sozialistische Jugend • SJ Wien • GAJ Wien – Grün Alternative Jugend • BSA – Bund Sozialdemokratischer Akademiker • BSA – Medienberufe

Impressum

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16

E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung, LICRA - Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus)

Redaktion: Roland Atzmüller, diE nOt, Manfred Gmeiner, Heide Hammer (Radio), Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stefan Künz (Internet-Ausgabe), Stefanie Mayer, Markus Pinter, Thomas Schmidinger,

Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Jutta Sommerbauer (Internet-Herausgeberin), Markus Zingerle (Radio), Robert Zöchling (em. Redakteur), Markus Blümel (Radio) und Eva Hruby (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** siehe Seite 143 dieser Ausgabe **Titelgraphik:** Anna Mitterer **Layout:** Beate Schneider **Hersteller:** Resch & Vana, 1150 Wien, Rosinag. 19, Fon 8932358, Fax DW 4

Offenlegung: Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abo:** siehe Seite 144

Context XXI ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Eine Liste mit Adressen und Websites von Dokumentationszentren, Archiven, Beratungsstellen und politischen Initiativen im Bereich der historischen Aufarbeitung des Antirassismus, Antifaschismus und des Vorgehens gegen Antisemitismus wird – aufgrund von Platzmangel – auf folgender Seite veröffentlicht:

<http://contextXXI.mediaweb.at>

AutorInnen, MitarbeiterInnen

- BOGDAN BOGDANOVIC**, Architekt, Erbauer der Mahnmale von Jasenovac und Vukovar (inzwischen zerstört), ehem. Bürgermeister von Belgrad.
- HERWIG CZECH**, Studium der Geschichte und Romanistik in Graz, Paris und Wien, Mitarbeiter am DÖW (Forschungsschwerpunkt: NS-Medizin)
- ALEX DEMIROVIC**, ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt, z. Zt. Vertretungsprofessur an der Bergischen Universität/Gesamthochschule Wuppertal
- INES GARNITSCHNIG**, Mitarbeiterin der ÖH H.u.S, Studiert Psychologie in Wien.
- MANFRED GMEINER**, Buchhändler „La Libreria“, Aktivist der ARGE für Wehrdienstverweigerung, Redaktion Context XXI
- CARLOS GUZMÁN BÖCKLER**, lehrte von 1965-1977 und 1985-2000 an der öffentlichen Universität San Carlos in Guatemala. War öfters in Mexiko im Exil, wo er am CIESAS (Forschungsinstitut für Sozialanthropologie) lehrte.
- CLAUDE HADDAD** war 4,5 Jahre Mitarbeiter und AusländerInnenreferent der ÖH. Derzeit ist er im Verein „AuslaenderInnen-Online“ aktiv.
- HEIDE HAMMER**, Dissertantin am Inst. für Philosophie, Redaktion XXI (Radio)
- DEBORAH HARTMANN**, Schülerin in Wien, hat gerade im Rahmen der Matura eine Fachbereichsarbeit über Borodajkewycz verfaßt.
- EL AWADALLA**, freie Journalistin und Autorin.
- EVA KRIVANEC**, Studiert Theaterwissenschaft und Philosophie in Wien, freiberuflich wissenschaftlich tätig, Redaktion Context XXI
- MARY KREUTZER**, Studiert Politikwissenschaft in Wien, Redaktion radix und Context XXI
- FERDINAND LACINA**, Präsident der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Finanzminister a.D.
- WOLFGANG LAMSA**, Autor und freier Mitarbeiter im DÖW
- ANNA MITTERER**, Studentin an der Akademie der Bildende Künste in Wien
- ALEXANDER POLLAK**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt „Diskurs, Politik, Identität“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Doktoratsstudent im Bereich Angewandte Sprachwissenschaften.
- HERIBERT SCHIEDEL**, Mitarbeiter des DÖW (www.doew.at), forscht zu Rechtsextremismus und Neonazis in Österreich, Rassismus / Antisemitismustheorien.
- BEATE SCHNEIDER**, Dramaturgin und Produktionsleiterin, Wien
- THOMAS SCHMIDINGER**, Studiert Politikwissenschaft in Wien, Redaktion radix und Context XXI
- ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELI**, Studiert Politikwissenschaften in Wien, Sprecher LICRA-Österreich, Redaktion Context XXI.
- RITA THALMANN**, LICRA-Frankreich. Näheres Seite 44
- MARTIN TRÖGER**, studiert Politikwissenschaft und Geschichte in Innsbruck und Florenz mit dem Schwerpunkt vergleichende Rechtsextremismusforschung.
- HEIDEMARIE UHL**, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte – Universität Graz
- BENNO WEISER-VARON**, Lehrender an der Boston University. Näheres Seite 102

WER VOM KAPITALISMUS NICHT REDEN WILL,
SOLL AUCH VOM FASCHISMUS SCHWEIGEN

(Max Horkheimer)



WWW.SJ-WIEN.AT

Bestellschein bitte senden (faxen) an:

ICH BESTELLE HIERMIT:

- ☐ Probeabo: die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich. Es erfolgt keine automatische Verlängerung, Sie werden lediglich nach Ablauf des Probeabos zur Fortsetzung im Normalabo eingeladen.
- ☐ Sonderabo: für alle, die sich nicht mehr leisten können: Inland 22 EUR pro Jahr
- ☐ Normalabo: Inland 33 EUR / Ausland 38 EUR pro Jahr - das Abo gilt als verlängert, wenn es nicht bis 15. Dezember gekündigt wird und ist gegen Rechnung zahlbar.
- ☐ Förderabo: Ab 66 EUR, im Übrigen wie Normalabo.

Name, Vorname:

Adresse:

Telephon:

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16

E-mail: contextXXI@mediaweb.at



basisdemokratisch?



feministisch?



pazifistisch?



ökologisch?

WIDERSTÄNDIG UND LEBENDIG!





**Auf unseren Unis ist kein Platz für
Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus!**

Als Mitglied der GPA StudentInnen bieten wir dir

- > vollen gewerkschaftlichen Rechtsschutz
- > Rechtsberatung
- > Internationalen Jugendherbergsausweis
- > Gratis Weiterbildungsseminare
- > Gratis Visitenkarten

Um nur EUR 0,70 im Monat bist du dabei!

mehr INFOS:

0800 - 215 313
gpa@jugend.at

GPA

STUDENTINNEN

GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN

Es gibt vieles für das es sich lohnt organisiert zu sein

Schöne neue Welt?!

Sofa-Talk zur Globalisierung

10.3.2002, "Capitalism stole my virginity"

Was bitte ist Neoliberalismus, IWF, WTO, usw.?

14.4.2002, "Make me lose control"

Überwachung jederzeit und überall?! Welche Rechte hab ich eigentlich noch?

26.5.2002, "Respect - just a little bit...!"

Fortschrittliche Asylpolitik?! Was kann ich tun?

23.6.2002, "Sexless and incorrigible"

Reproduktionsmedizin, Bevölkerungspolitik, Eugenik & Co.

22.9.2002, "Running Sushi"

Corporate Culture. Das Ende des Provinzialismus.

Jeweils 19 Uhr im WIRR

Der 1. Sofa-Talk zur Globalisierung am 10.3.2002

"Capitalism stole my virginity"

Was bitte ist Neoliberalismus, IWF, WTO, usw.?

- Was tun gegen schwarze Schafe in internationalen Markenfirmen?
- Was nützen Kampagnen gegen neoliberale Politik wie z.B. TransFair oder ATTAC?

Ein Abend mit:

Cornelia Staritz (ATTAC Österreich, Leiterin der Arbeitsgruppe Entschuldung)

Leon Lenhart (Geschäftsführer TransFair Österreich)

Hans Weiss (Autor "Schwarzbuch Markenfirmen")

Moderation:

Marie Ringler (Landtagsabgeordnete der Wiener Grünen)

19 Uhr im WIRR

Weiter Infos findest du auf:

www.gajwien.at/sofa

Grünalternative Jugend Wien





resch
druck +
grafik

Thomas Resch KEG
Rosinagasse 19 1150 Wien
Tel. 01/ 893 23 58
Fax 01/893 23 58/4
ISDN 01/893 23 58/6

„Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1941“

Wien ist nach Berlin und Bielefeld die dritte Station der Ausstellung

Vom 9. April bis zum 26. Mai 2002 wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste Wien (ehem. Semper-Depot), Lehárgasse 6, 1060 Wien, gezeigt werden. Das Institut für Zeitgeschichte veranstaltet dazu ein Symposium vom 16. bis 18. Mai 2002 im Campus.

<http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de>

P.b.b. GZ 02Z033144
Verlagspostamt 1010 Wien

Envoi à taxe réduite
Taxe perçue

Bureau de poste
A-1150 Wien/Autriche